NEUES ROTES FORUM

3/72

August 1972
3. Jahrgang
Preis 2,– DM

Thesen zur Faschismusfrage

Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik

Kampf zweier Linien in der Klassenanalyse

Interview mit einem Genossen der IRA (official)

Kapitalistischer Staat und kapitalistische „Planung"

Inhalt:

editorial..... S. 2

Ein Schritt vorwärts in der Überwindung des Zirkelwesens
Gemeinsames Kommuniqué..... S. 5

Müssen wir heute den Hauptschlag gegen den Faschismus richten?
Thesen zur Faschismusfrage..... S. 7

Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik..... S. 22

Kampf zweier Linien in der Klassenanalyse
Vorbemerkung..... S. 30

Zu dem Aufsatz: Die Neuen Mittelklassen und das Proletariat - bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse von Joscha Schmierer in: Neues Rotes Forum 4/71..... S. 31

Die Widersprüche in der grundlegenden Bestimmung der Politik der MLH's und des KB - dargestellt am Beispiel der Klassenanalyse in "Kommunist" 4/5..... S. 34

Interview mit einem Genossen der IRA (Officials)
Vorbemerkung..... S. 42

Interview mit Erin O'Murchu..... S. 44

Kapitalistischer Staat und kapitalistische"Planung"..... S. 54

IMPRESSUM:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr. Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten. Auflage 10.000

Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum, Heidelberg, Verleger Jürgen Sendler

Redaktion: Hans G. Schmierer (verantwortlich), Dietrich Hildebrandt

Anschrift für Verlag und Anzeigenverwaltung:
Neues Rotes Forum, 69 Heidelberg, Bahnhofstr. 17

Druck: Caro-Druck Heidelberg, Lutherstr. 44a

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden erhältlich.
Im Abonnement 2.00 DM plus Porto.
Bestellungen an: D. Hildebrandt, Heidelberg, Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

NEUES ROTES FORUM 3/72

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER KPD/AO - WIR SEHEN KEINEN GRUND ZUR MEINUNGSÄNDERUNG

Die ROTE FAHNE Nr. 50 (5.7.72) setzt sich mit dem redaktionellen Artikel "Kampf dem Zirkelwesen !Für den Wiederaufbau der kommunistischen Partei" (1) in NRF 2/72 auseinander. Schon der Titel des Artikels "Ein dritter Weg des Parteiaufbaus ?" läßt nichts Gutes ahnen, sondern die alte Selbstbeweihräucherei befürchten. So ist es denn auch. Weil der Artikel im NRF 2/72 an der nach wie vor bestehenden Notwendigkeit des Wiederaufbaus der KPD festhält, meinen die Genossen der KPD/AO, die das ganze Problem auf eine Frage des Taufscheins reduziert haben, der Artikel müsse eigentlich die Überschrift haben :"Kampf der KPD ! Für die Zentralisiation des kommunistischen Gruppenwesens !". Auf der restlichen Seite wird dieser glänzende Einfall dann variiert und ausgewalzt. Lassen wir das also und fassen wir den Kern der Polemik um den Parteiaufbau noch einmal zusammen.
Die Genossen von der KPD/AO meinen : Wenn einige Leute glauben, sie hätten die richtige Linie, dann sei

1) Bei der KPD/AO wird der Titel falsch wiedergegeben "Für den Aufbau der Kommunistischen Partei". Dahinter steckt natürlich mehr als Schlamperei. Denn schon das Konzept des Wiederaufbaus der KPD muß den Usurpatoren des Namens der Partei des Proletariats zutiefst zuwider sein, ist es doch von vornherein gegen jene Windbeutelei gerichtet, mit der sie sich als KPD aufspielen.

das Voraussetzung genug, die Partei zu gründen. So sind sie in der Praxis verfahren, so rechtfertigen sie ihre Praxis theoretisch.
Wir meinen : Die Partei muß vor ihrer Gründung ideologisch aufgebaut werden. Es genügt dafür nicht, daß einige Genossen glauben, sie hätten die richtige Linie, vielmehr muß die richtige Linie im scharfen ideologischen Kampf in der ganzen kommunistischen Bewegung herausgearbeitet werden, und müssen sich die entscheidenden Kräfte der kommunistischen Bewegung auf dieser Linie ideologisch zusammenschließen, ehe die Partei des Proletariats, die KPD, formell neu gegründet werden kann. Ohne diese Voraussetzung gibt es bestenfalls einen Parteianspruch, aber keine Partei des Proletariats, einen Führungsanspruch, aber keine einheitliche Führung des Proletariats.
Selbst, wenn man (fälschlich) annimmt, die richtige Linie könne ohne umfassenden ideologischen Kampf unter den Kommunisten herausgearbeitet und konkret entfaltet werden, würde diese richtige Linie in den Köpfen einiger Genossen noch nicht die Partei in die Welt setzen können. Es geht nämlich nicht darum, daß einige Genossen sich die richtige Linie ausdenken und dann die vorhandenen Kräfte auf dieser Linie sammeln, sondern darum, daß im ideologischen Kampf die ideologische Einheit aller Kommunisten geschaffen wird und damit die Voraussetzung für die formelle Gründung der Partei. Nur in diesem Kampf für die ideologische Einheit wird sich die Spreu vom Weizen scheiden, wird die bürgerliche Linie entlarvt werden, und wird die Parteigründung als Gründung der Partei des Proletariats möglich, statt als Gründung einer Sekte einiger Möchtegerne.
Lenin stellte Anfang 1900 die Aufgabe so : "Die Partei schaffen und festigen heißt, die Vereinigung aller russischen Sozialdemokraten schaffen und festigen, eine solche Vereinigung aber läßt sich nicht einfach dekretieren, sie kann nicht durch den Beschluß irgendeiner, sagen wir Versammlung von Delegierten herbeigeführt, sondern muß entwickelt werden." (Lenin, W 4, S. 319).
Der ideologische Aufbau der Partei verläuft natürlich nicht jenseits der Praxis der Kommunisten im Klassenkampf, sondern beruht auf der Aneignung der theoretischen Grundlagen des Marxismus-Leninismus und auf der Zusammenfassung und Auswertung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung, deren Bestandteil unsere Praxis ist. Der ideologische Aufbau stellt politische und organisatorische Aufgaben, die schon jetzt erfüllt werden müssen und nicht auf die formelle Gründung der Partei verschoben werden dürfen : die Schaffung einer nationalen politischen Zeitung und die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Literatur, sowie die Schaffung der organisatorischen Grundlagen für ihre planmäßige Herstellung und Verbreitung im Proletariat und in den fortschrittlichen Teilen des Volkes. Die Lösung dieser Aufgaben erfordert eine schrittweise Überwindung und Zerschlagung des Zirkelwesens, das dann und nur dann überholt sein wird, wenn "der Kampf der Zirkel die grundlegenden Fragen der Sozialdemokratie (d.h. der kommunistischen Bewegung) in aller Schärfe zur Debatte gestellt, sie in unversöhnlich-revolutionärem Sinne entschieden und damit die feste Basis für eine breit angelegte Parteiarbeit geschaffen hat." (Lenin, W 13, S. 98) Wenn wir das Zirkelwesen wirklich, und nicht in der Einbildung, überwinden und zerschlagen wollen, dann müssen wir zuerst feststellen, daß das Zirkelwesen in diesem Sinne noch nicht überholt ist, und daß die Kommunisten in der BRD immer noch geneigt sind, das Problem zu umgehen : auf der einen Seite à la KPD/AO, die das Problem idealistisch unter den Tisch fegt, auf der anderen Seite à la KB Nord, der das Zirkelwesen durch pragmatischen Zusammenschluß der Zirkel überwinden will.
Gegenüber diesen grundfalschen gleicherweise bürgerlichen Wegen, schlagen wir nicht etwa einen "dritten Weg" ein, sondern den marxistisch-leninistischen Weg des ideologischen Aufbaus der Partei, der allein die Vereinigung aller westdeutschen Kommunisten herbeiführen und damit die Partei schaffen und festigen kann.

Die Genossen von der KPD/AO behaupten also (und das ist grundfalsch) : die richtige Linie in einigen Köpfen sei Grund genug gewesen, die Partei zu gründen. Aber wie steht es mit dieser richtigen Linie selber ? In der Frage des Parteiaufbaus läuft sie auf den Zirkelschluß hinaus : die Partei kann bloß von der Partei aufgebaut werden, die KPD bloß von der KPD. Dieser Zirkelschluß ist die Grundlage der Theorie und Praxis der KPD/AO (2), und auf dieser Grundlage kann, so müssen wir fairerweise sagen, natürlich nicht viel herauskommen. Wenn wir deshalb das Programm der KPD/AO untersuchen, dürfen wir keine falschen Erwartungen an es herantragen.
Die programmatische Erklärung (ROTE FAHNE, Nr.21, Juli 1971) und der "Rechenschaftsbericht des 3. ZK an die 4. Parteikonferenz" stellen den verzweifelten Versuch dar, sich den viel zu großen Mantel der westdeutschen Partei des Proletariats umzulegen. Sie bleiben mehr oder weniger richtige und mehr oder weniger zufällige Zusammenstellungen dessen, was in der kommunistischen Bewegung so gedacht wird. Da ist es dann geradezu lächerlich, wenn die KPD/AO uns und anderen Organisationen vorwirft, wir hätten "einige der darin (in der Programmatischen Erklärung) niedergelegten Positionen (z.B. in der Frage der Volksrevolution) übernommen." (ROTE FAHNE Nr. 50 1972 , S.8).
Wir meinen, um die These der Volksrevolution zu entwickeln, ist die Lektüre der Programmatischen Erklärung der KPD/AO weniger notwendig als eine Klassenanalyse des westdeutschen Imperialismus. Das Konzept der Volksrevolution ist unter klassenmäßig unterschiedlichen Bedingungen und in einer anderen Etappe des Klassenkampfes von Marx und Lenin vertreten (vgl. z.B. Lenin, Bd.9, S.101 ff und Bd. 11 S. 463) und dann vom Januarplenum 1931 des ZK der KPD als strategischer Hauptlosung aufgestellt worden. Man braucht die Konzeption der Volksrevolution also nicht bei der KPD/AO zu suchen. Vergeblich bei ihr suchen wird man ohnehin eine klassenanalytische und strategische Erklärung für diese Losung. Diese

---

2) In der Praxis des Parteiaufbaus führt das zu schierem organisatorischen Opportunismus und systematischer Spaltertätigkeit. In Baden-Württemberg versucht die KPD/AO jetzt offensichtlich, die kommunistischen Organisationen von der Schülerbewegung her aufzurollen, unter der ihre Sendboten tätig werden. Die KPD/AO beklagt sich heftig über den Vergleich ihrer Organisation mit der trotzkistischen KP Albaniens. Dieser Vergleich ist aber nicht so weit hergeholt, sondern beruht auf der Tatsache, daß die Vernachlässigung des ideologischen Aufbaus der Partei zugunsten der unausgewiesenen Parteigündung notwendig zu trotzkistischen Spaltermethoden gegenüber den bestehenden Organisationen führt.

Erklärung ist aber notwendig, weil der Begriff "Volk" in verschiedenen Staaten und in verschiedenen historischen Perioden eines jeden Staates eine verschiedene Bedeutung hat (vgl. Mao, über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk, Peking 1967). Im übrigen wird natürlich auch die Konzeption der Volksrevolution in keiner Weise entfaltet. Im angefügten Aktionsprogramm werden zwar einige allgemeine demokratische Parolen angeführt und reformerische Forderungen für die Bauern und eine revolutionäre Forderung für die Hochschulen genannt (die zudem falsch, nämlich als studentische Losung, statt als Losung des Proletariats und des Volkes begriffen wird), dabei bleibt es aber auch. Für die Partei des Proletariats, die die Führung des Proletariats in der Volksrevolution sichern will, wäre das ein bißchen wenig.
Die Hauptschwächen der Programmatischen Erklärung der KPD/AO hat die Leitung des KB Bremen in ihrem Referat für die Delegierten Konferenz des KBB offengelegt (WAHRHEIT, Nr. 5/6, S.16ff) ,und wir werden hier nicht weiter darauf eingehen. In einzelnen Fragen haben die Genossen der KPD/AO selber inzwischen die Schwäche ihrer Programmatischen Erklräung erkannt. (Sozialimperialismus). Diese Schwäche ist ja auch verständlich. Nur wehren wir uns dagegen, diese Schwäche des Zirkelwesens zum Fundament der Partei des Proletariats, der KPD, zu machen.
Die KPD/AO schreibt am Ende ihres Artikels, sie halte ihr Gesprächsangebot an uns aufrecht. Soweit sich dies Gesprächsangebot auf die ideologische Auseinandersetzung bezieht, haben wir diese schon begonnen und werden sie fortsetzen.

VERSUMPFUNG DER IDEOLOGISCHEN AUSEINANDERSETZUNG - DER WEG DES KB HAMBURG

Der KB Hamburg hat uns in der jüngsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF mit einer neuen Anpinkelei beehrt. Nachdem er zunächst die KPD/AO mit der RAF in einen Topf geworfen hat, wirft er die KG (NRF) schnell dazu und schreibt folgendes: "Einanderes Beispiel (für den Führungsanspruch der kleinbürgerlichen Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse, Anm. d. Red.) ist die Gruppe um die Heidelberger Studentenzeitung NEUES ROTES FORUM. Diese Gruppe ist jetzt daran gegangen, die Arbeiter im nahegelegenen Industriezentrum Mannheim zu bearbeiten. Wie sie selbst dazu schreiben, sind ihre Betriebskollektive oft nicht im Betrieb sondern am Betrieb ". D.h. sie bestehen mehrheitlich aus Heidelberger Studenten, die nicht im Betrieb arbeiten. Die Sympathisanten im Umkreis der Betriebskollektive können nicht unmittelbar aufgenommen werden, weil sonst die proletarische Mehrheit leicht auf Kosten der kommunistischen Linie erreicht würde. Mit anderen Worten: Das "Betriebskollektiv" darf nicht zuviele Betriebsarbeiter in seinen Reihen haben, weil die Arbeiter sonst den Herren Studenten die "kommunistische Linie" vermasseln. Die kleinbürgerliche Intelligenz, namentlich die "revolutionären" Studenten, werden von solchen Theoretikern ganz selbstverständlich als Träger der "kommunistischen Linie" betrachtet, die den Arbeitern erst noch beigebracht werden soll."
Diesen Unsinn im einzelnen zu widerlegen, lohnt sich nicht. Die ganze Theorie und Praxis der KG (NRF) widerlegt diese an den Haaren herbeigezogenen Vorstellungen. Hinter der ouvrieristischen (3) Maske des KB Hamburg verbirgt sich nichts anderes als bürgerliche Soziologie. Selbstverständlich kommt ein Teil der Mitglieder der KG (NRF) aus der Studentenbewegung und von der Universität. Dieser Teil nimmt relativ ab. Das kann aber nicht unser primäres Ziel sein, sondern nur Folge einer richtigen Politik in der Arbeiterklasse. Diese richtige Politik definiert eine kommunistische Organisation und macht sie in dem Maße auch sozial zu einer proletarischen Organisation, wie die Arbeiter diese Organisation aufgrund ihrer richtigen Politik als ihre Organisation begreifen und zu ihrem Instrument machen. Dieser Prozeß der Herausbildung einer wirklich proletarischen Organisation hat auch seine inhaltliche Seite, führt zur Entfaltung und Konkretisierung der kommunistischen Politik, zur Korrektur von kleinbürgerlichen Fehlern, und zur Umerziehung der kommunistischen Intellektuellen. Aber zu meinen, diese Durchsetzung der Führung des Proletariats müsse darauf hinauslaufen, daß kommunistische Intellektuelle nicht aktiv am Aufbau von Betriebszellen teilnehmen dürften, und daß nicht die Anerkennung der kommunistischen Linie der Organisation Kriterium der Aufnahme in eine kommunistische Organisation sein müsse, läuft auf den Verzicht hinaus, den Parteiaufbau in Angriff zu nehmen. Die hysterischen Angriffe auf kommunistische Intellektuelle, einfach weil sie Intellektuelle sind, ist eine Marotte des KB-Hamburg, der Arbeiterklasse aber ist sie ganz fremd. Dem KB-Nord dient sie auch lediglich dazu, sich gegen jede inhaltliche Kritik grundsätzlich abzuschirmen und andere Organisationen nicht inhaltlich, sondern hysterisch zu kritisieren (wie z.B. den Studentenverband der KPD/AO, den KSV, dessen DDR-teach-in an der Hamburger Universität der KB-Hamburg durch Rasseln und andere Scherzartikel zu sprengen versuchte). Die Folge dieser Politik ist natürlich die völlige Versumpfung der ideologischen Auseinandersetzungen. Das führt dann zu leichten Erfolgen der KPD/AO (Beispiel SALZ Cuxhaven, ehemals Teil des KB-Nord, das zur KPD/AO übergegangen ist) und, was schlimmer ist, zu Erfolgen für die Revisionisten, deren Methoden sich der KB sowieso immer mehr annähert (ähnlichen Mist wie der KB-Nord verbreitet die DKP ohne Erfolg seit Jahr und Tag schon gegen unsere Organisation).
Die KG (NRF) hat versucht, mit dem KB-Nord zusammen zuarbeiten. Dieser Versuch ist gescheitert, denn sowohl in der Aktionseinheit in der Metalltarifrunde letzten Jahres als auch in den nachfolgenden Auseinandersetzungen hat sich gezeigt, daß der KB-Nord eigenartige Formen der ideologischen Auseinandersetzung pflegt. Letzten Endes liegen der Politik des KB-Hamburg, gerade auch seinem ouvrieristischen Geschrei, kleinbürgerliche Wurzeln zugrunde. Das ist eine Frage der Ideologie und nicht der klassenmäßigen Herkunft. Dennoch meinen wir, daß diese Art "inhaltlicher" Angriffe wie "Studentenzeitung", "Studentenführer" etc. nicht von fortschrittlichen oder kommunistischen Arbeitern kommen, sondern von Genossen, die ihre soziale und politische Herkunft vertuschen wollen.

---

3) fester Begriff der internationalen Arbeiterbewegung - wörtlich: arbeiteristisch, d.h. eine bürgerliche Politik wird hinter Beschwörungen des Proletariats verborgen.

Ein Schritt vorwärts in der Überwindung des Zirkelwesens

Nachstehend drucken wir die Erklärung ab, die von Vertretern des KB Bremen, des KB Göttingen, des KB Osnabrück, des BKA Freiburg und der KG (NRF) MA/HD auf einem Treffen am 27./28. Mai erarbeitet worden ist.

Diese Erklärung ist inzwischen von allen beteiligten Organisationen bestätigt worden. →

Gemeinsames Kommuniqué

Die Vertreter der Kommunistischen Gruppe (Neues Rotes Forum) Mannheim–Heidelberg, des Bundes Kommunistischer Arbeiter Freiburg, des Kommunistischen Bundes Göttingen, des Kommunistischen Bundes Osnabrück, des Kommunistischen Bundes Bremen und einer Berliner Gruppe sind auf einer gemeinsamen Beratung in folgenden Punkten übereingekommen:

1. Die bisherigen Überlegungen zur politischen Zeitung als einem zentralen Hebel für den Wiederaufbau der KPD, wie sie insbesondere vom KBB vorgetragen wurden, leiden an dem Mangel, die Überwindung des Zirkelwesens noch auf der organisatorischen Basis des Zirkelwesens selbst vornehmen zu wollen. Es ist richtig, die politische Zeitung als zentralen politischen Hebel zur Überwindung des Zirkelwesens anzusetzen. Klarheit muß aber darüber geschaffen werden, daß nur eine einheitliche Organisation diesen Hebel in nationalem Maßstab zur Überwindung des Zirkelwesens nutzen kann. Eine solche einheitliche Organisation kann nur auf der Grundlage von Programm und Statut geschaffen werden. Auf dieser Grundlage faßt sie die kommunistischen Kräfte aus den einzelnen Zirkeln in einer einheitlichen Organisation unter einer gemeinsamen Leitung zusammen. Diese einheitliche Organisation, die zu schaffen wir uns vornehmen, ist noch nicht die Partei, weil sie noch nicht alle wesentlichen Kräfte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und Westberlin umfaßt. Sie ist aber ein wesentlicher Schritt dorthin, insofern sie erlaubt, die jetzt in der KG, im BKA, in KBO, KBB und KBG usw. zersplitterten Kräfte auf die zentralen nationalen Auseinandersetzungen und praktischen Aufgaben zu konzentrieren.

2. Der aktuelle Stand der kommunistischen Bewegung macht es notwendig und möglich, die Schaffung dieser nationalen Organisation direkt auf die Tagesordnung zu setzen. Notwendig, weil das Zirkelwesen an die Grenzen seiner Entwicklung gestoßen ist und sich zunehmend als unfähig erweist, die Verbindung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus weiter voranzutreiben, möglich, weil durch die Arbeit der Zirkel in einigen Bezirken feste Verbindungen von Kommunisten in die Arbeiterklasse geschaffen sind und weil die Auseinandersetzung um grundsätzliche Fragen soweit fortgeschritten ist, daß sich nationale Fronten darin abzeichnen.

3. Über die bisher bestehenden Klärungen in der Etappenbestimmung der proletarischen Revolution in Westdeutschland, in der Gewerkschaftsfrage, der Frage des Parteiaufbaus hinaus kann in den folgenden entscheidenden politischen Fragen ein einheitlicher Standpunkt erarbeitet werden: Die Frage der Entwicklung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Macht, womit sich im Weltmaßstab die Kräfteverhältnisse für den proletarischen Befreiungskampf verändert haben, und in der Faschismusfrage. Die Klärung dieser Fragen ist die entscheidende Voraussetzung für die Erarbeitung des Programms.

4. Die Fragen sollen auf der Basis der schon bestehenden Gemeinsamkeiten in den verschiedenen Organisationen und zwischen ihren Mitgliedern vordringlich geklärt werden. Jedes Mitglied und jede Grundeinheit müssen dabei das Recht haben, sich unmittelbar an die Mitglieder der beteiligten anderen Zirkel mit Ausarbeitungen und Stellungnahmen wenden zu können. Die lokalen Leitungen haben die Pflicht, die Veröffentlichungen dieser Materialien zu ermöglichen. Insbesondere die Redaktionen von NRF, Arbeiterzeitung und Wahrheit erklären ihre Bereitschaft, ihre Organe für die Auseinandersetzung unter den Mitgliedern breit zur Verfügung zu stellen. Von den jeweiligen Zirkeln und gemeinsam erarbeitete Schulungsmaterialien werden allen Grundeinheiten zur Verfügung gestellt.

5. In dem Maße, wie zwischen den Mitgliedern unserer Organisationen Einheit in diesen Punkten und Klärung der schon bestehenden Gemeinsamkeit erzielt werden kann, wird diese Gemeinsamkeit in programmatischer Form zusammengefaßt und kommissionsmäßig ausformuliert. Die so erarbeiteten Vorlagen werden dann von den Mitgliedern der einzelnen Organisationen beraten, um auf einer gemeinsamen Delegiertenkonferenz beschlossen zu werden.

6. Zu den Aufgaben dieser Konferenz gehört weiterhin die abschliessende Beschlußfassung über ein Statut, das zumindest den Rahmen der einheitlichen Organisation festlegt und den organisatorischen Hebel für die zu wählende Leitung schafft, um den Kampf gegen die Reste des Zirkelwesens in der eigenen Organisation zu führen und den demokratischen Zentralismus durchzusetzen. Noch nicht erarbeitet wurde, wie spezifiziert ein solches Statut von vorneherein sein muß und wie es der Tatsache Rechnung trägt, daß vorläufig nur eine Minderheit der westdeutschen Kommunisten in der zu schaffenden einheitlichen Organisation arbeitet, während der größere Teil noch in Zirkeln organisiert ist.

7. Zentraler politischer Hebel der zu wählenden Leitung ist die politische Zeitung, deren Aufgaben darin bestehen:
- das Programm weiter zu konkretisieren und auf dieser Grundlage den Kampf zur Überwindung des Zirkelwesens in der nationalen kommunistischen Bewegung zu führen,
- das Programm breit in der Arbeiterklasse zu propagieren,
- die praktischen Kämpfe der Arbeiterklasse anzuleiten
- und durch Zusammenfassung der organisatorischen Erfahrungen den demokratischen Zentralismus in der eigenen Organisation umfassend zu entwickeln.

8. Die an der Beratung beteiligten Vertreter der Zirkel verpflichten sich, die in dieser Resolution niedergelegten Standpunkte in ihren Organisationen zu propagieren und durchzusetzen. Sie erkennen dieser Aufgabe absoluten Vorrang zu. Die anwesenden Vertreter werden alles daran setzen, daß noch in diesem Jahr diese Konferenz durchgeführt werden kann.

Bremen, den 28. Mai 1972

→ S. 5

Die Beiträge zur "Faschismusfrage", d.h. zur Frage der Klassenkampfsituation in diesem Heft sind als Beitrag zu der programmatischen Diskussion gedacht, die wir gemeinsam mit den anderen Organisationen und allen Kommunisten, die Klarheit in den wichtigsten programmatischen Fragen für die Voraussetzung der Einheit halten, in den nächsten Monaten führen wollen. Die gemeinsame Erklärung zieht einen Schlußstrich unter eine frühere Auseinandersetzung über die nächsten Schritte des Parteiaufbaus zwischen dem KB Bremen und dem KB Göttingen auf der einen Seite und uns auf der anderen Seite. Diese Auseinandersetzung, die sich teilweise auf die Frage "politische Zeitung oder theoretische Zeitschrift" zuzuspitzen schien, ging im Grunde vorbei an der Kernfrage, an den organisatorischen Bedingungen für die Anwendung solcher Instrumente, der Überwindung des Zirkelwesens. Nachdem wir nun die Herstellung dieser organisatorischen Bedingungen auf die Tagesordnung gesetzt haben, ist diese Auseinandersetzung in ihrer früheren Form (vgl. NRF2/72) hinfällig. Für die Organisation, die wir aufbauen wollen, wird die politische Zeitung der entscheidende Hebel der Gewinnung der Arbeiterklasse für den Kommunismus sein, wie dies auf lokaler und regionaler Ebene gegenwärtig die "WAHRHEIT", und die "ARBEITERZEITUNG" sind. Im Gegensatz zu den bestehenden lokalen und regionalen Zirkeln wird die zu schaffende Organisation diesen Hebel wirklich zur Gewinnung der Arbeiterklasse im nationalen Maßstab benutzen können. Unsere Kritik am KB-Nord bezog sich auf die Vorstellung, die politische Zeitung eines lokalen oder regionalen Zirkels könnte diese Aufgabe erfüllen, nicht auf den Nachdruck, den die Bremer Genossen zu Recht auf die Schaffung der politischen Zeitung legen.

Das NRF wird sich in den Dienst der Erarbeitung des Programms der von uns angestrebten Organisation stellen. Welche Funktion das NRF oder eine entsprechende theoretische Zeitung für diese Organisation haben kann, wird Gegenstand der weiteren Disskussion sein. Diese Organisation kann nicht eine neue "Partei" sein; im Gegenteil wird sie das ganze "Parteien"-unwesen, den zugespitzten Ausdruck des Zirkelwesens, wird sie die ganzen gegenwärtigen Formen der kommunistischen Bewegung zum Tanzen bringen, wenn sie auf dem Weg zur Gründung der KPD ein wirklicher Schritt nach vorn sein soll.

Red.

CAVE 54
Heidelberg tel. 27840
Krämergasse 2

JAZZKONZERT

IM SEPTEMBER : JEDEN DIENSTAG : 20:30 UHR

MÜSSEN WIR HEUTE DEN HAUPTSCHLAG GEGEN DEN FASCHISMUS RICHTEN ?

VORBEMERKUNG :

Wir haben im NRF 2/72 angekündigt, daß wir uns in diesem Heft vor allem mit der "Faschismusfrage" einandersetzen werden. Dabei geht es uns um Fragen der revolutionären Strategie und Taktik in der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes. Wenn wir den Faschismus historisch untersuchen, dann nicht, um Analogien zu unserem jetzigen Kampf zu ziehen, sondern im Gegenteil, um das Besondere der gegenwärtigen Klassenkampfsituation herauszuarbeiten. Aus der Geschichte des Klassenkampfes lernen, kann niemals heißen aus den Dokumenten dieser Geschichte abzuschreiben. Die beiden nachfolgenden Artikel sind als Material für die Auseinandersetzung um die richtige Linie in der gegenwärtigen Etappe des Klassenkampfes gedacht. Sie werden in der KG (NRF) Mannheim/Heidelberg und in ihren Massenorganisationen, der KHG (NRF) MA, der KHG (NRF) HD und der im Aufbau begriffenen Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (NRF), die Grundlage für die weitere Auseinandersetzung und Klärung bilden. Sie sind ein Beitrag zu der Programmdiskussion, die zwischen dem KB Bremen, dem KB Göttingen, dem KB Osnabrück, dem BKA Freiburg und der KG (NRF) MA/HD eingeleitet worden ist, mit dem Ziel, auf geklärten programmatischen Voraussetzungen die in diesen Organisationen arbeitenden Kommunisten in einer einheitlichen, demokratisch-zentralistischen Organisation zusammenzufassen. Diese programmatische Diskussion wird die Fronten in den zentralen Fragen der kommunistischen Bewegung weiter klären und zur ideologischen Einheit in der kommunistischen Bewegung beitragen.
Der Artikel "Thesen zur Faschismusfrage" untersucht im ersten Teil das Verhältnis von Imperialismus und Faschismus; im zweiten Teil wird die spezifische Krise untersucht, aus der die Bourgeoisie den faschistischen Ausweg suchte; im dritten Teil wird die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes untersucht, Der zweite Teil setzt sich mit Positionen in der Komintern auseinander ; der dritte Teil mit Positionen, die heute in der kommunistischen Bewegung vertreten werden.

Thesen zur Faschismusfrage

I. IMPERIALISMUS UND FASCHISMUS

Mit der Spaltung der Gesellschaft in Klassen wird der Staat zur zwingenden Notwendigkeit. Allgemein hat der Staat folgende Aufgaben:

Niederhaltung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen
Dämpfung und Regulierung der Klassengegensätze
Politische Vereinheitlichung der herrschenden Klasse(n) und Ausgleich ihrer Interessen.

In der Regel ist der Staat der Staat der ökonomisch herrschenden Klasse, die mittels seiner zur politisch herrschenden Klasse wird (vgl. Engels, Ursprung der Familie, Berlin 1964, S. 193). Mit der Entfaltung der Warenproduktion, ihrer Entwicklung zur kapitalistischen Warenproduktion und der Entfaltung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat wächst die Bedeutung des Staates. Der bürgerliche Staat ist die höchstentwickelte Form des Staates überhaupt. Die Diktatur des Proletariats dagegen ist wesentlich absterbender Staat, der sich qualitativ von allen vorangehenden Staatsformen unterscheidet. Das Proletariat benützt den Staat, um die Grundlagen der Klassengesellschaft und damit des Staates selbst zu beseitigen.
Der bürgerliche Staat ist der geschäftsführende Ausschuß der Bourgeoisie. Mittels seiner vereinheitlicht sie ihren Willen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und setzt diesen Willen gegen die ausgebeutete Klasse durch. Bei normaler Entwicklung ist der bürgerliche Staat vor allem Regulator der Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie, der Interessenkonflikte einzelner Gruppierungen der Bourgeoisie mit Teilen der Arbeiterklasse und des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse. Er reguliert diese Konflikte und den Klassengegensatz im Interesse der Gesamtbourgeoisie. Bei normaler Entwicklung ist zu dieser Regulierung keine offene Gewaltanwendung notwendig. Selbst der Klassengegensatz wird nicht durch offene staatliche Gewalt ausgetragen, denn "für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den Naturgesetzen der Produktion überlassen bleiben, d.h., seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital" (Kapital I, S. 765). "Außerökonomische, unmittelbare Gewalt" wird nur "ausnahmsweise" angewandt (ebd.)

Der regulierenden Funktion des bürgerlichen Staates entspricht die demokratische Republik, die Engels als "höchste Staatsform" bezeichnet, die "in unsern modernen Gesellschaftsverhältnissen mehr und mehr unvermeidliche Notwendigkeit wird und die Staatsform ist, in der der letzte Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie allein ausgekämpft werden

kann - die demokratische Republik weiß offiziell nichts mehr von Besitzunterschieden. In ihr übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus." (Engels, a.a.O., S. 194f.)

Die regulierende Funktion der bürgerlichen demokratischen Republik darf nicht als Nachtwächterrolle des Staates mißverstanden werden. Der Staat greift immer aktiv in die Konflikte ein, wenn auch in gewöhnlichen Zeiten nur regulierend. Der aktive Eingriff des Staates entspringt seinem Begriff: er ist notwendiges Produkt der Klassengesellschaft, er ist das "Eingeständnis", daß sich die Gesellschaft "auf bestimmter Entwicklungsstufe" in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der 'Ordnung' halten soll, und diese aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat." (aaO, S. 191)

In gewöhnlichen Zeiten, in denen der Arbeiter den stummen Zwängen der Produktionsbedingungen überlassen bleiben kann, tritt die unterdrückerische Funktion des Staates nicht offen in Erscheinung, und auch die Vereinheitlichung des Willens der Bourgeoisie vollzieht sich ohne größere Schwierigkeit. Anders in Zeiten der politischen Krise. Dann wendet der bürgerliche Staat seine Gewaltmittel offen an, greift zu Ausnahmegesetzen, läßt seine Armee und Polizei gegen das Proletariat und andere Volksschichten aufmaschieren. Innerhalb der Bourgeoisie treten schroffe Widersprüche auf über den richtigen Weg der Aufrechterhaltung ihrer politischen Herrschaft. Flügelkämpfe innerhalb der Bourgeoisie und rasche Regierungswechsel sind der Ausdruck. Die Entwicklung der politischen Krise ruft jeweils spezifische Herrschaftformen der Bourgeoisie ins Leben, mit denen sie der politischen Krise, d.h. dem aufbegehrenden und rebellierenden Proletariat und den anderen in Bewegung geratenen Volksschichten Herr zu werden versucht. Mit welcher Herrschaftsform die Bourgeoisie die politische Krise meistern will, hängt vom bestimmten Charakter dieser Krise selbst ab.

Der Faschismus ist eine dieser Herrschaftsformen der Bourgeoisie. Der Faschismus ist nicht der Ausweg aus der politischen Krise der Bourgeoisie. Er ist ein ganz bestimmter Ausweg aus einer bestimmten Krise der Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus und der sozialistischen Revolution. Das bedeutet also nicht, daß der Faschismus eine einmalige Herrschaftsform gewesen ist, bedeutet aber, daß er keine beliebige Herrschaftsform der Bourgeoisie ist. Um den Faschismus konkret zu untersuchen, müssen wir zunächst die allgemeinen Bedingungen der politischen Herrschaft der Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus untersuchen. Auch wenn der Faschismus keineswegs die Herrschaftsform der Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus ist, so kann er doch nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Bedingungen der Herrschaft der Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus verstanden werden. (1)

"Ökonomisch ist der Imperialismus monopolistischer Kapitalismus" (Lenin, Werke 23, S. 35), d.h. nicht mehr der Kapitalismus der freien Konkurrenz, sondern der Kapitalismus weniger großer, konzentrierter Kapitalmassen, die den Markt zu monopolisieren versuchen. Der Imperialismus wächst aus dem Konkurrenzkapitalismus durch Konzentration und Zentralisierung selbst hervor, und zwar gerade unter der Geissel der Konkurrenz, die gegenüber den einzelnen Kapitalisten die Selbstverwertung des Werts als Zwangsgesetz exekutiert. Der monopolistische Kapitalismus entspringt so der Konkurrenz, die den einzelnen Kapitalisten zwingt, Extraprofite zu erzielen, um sich gegenüber den anderen Kapitalisten zu erhalten, die den Kapitalisten zwingt, andere Kapitalisten zu vernichten, um sich selbst als Kapitalist zu erhalten. Auch der monopolistische Kapitalismus kann die einzelnen Kapitalien nicht von der Geißel der Konkurrenz befreien, die an ihnen die Selbstverwertung des Kapitals als Zwangsgesetz exekutiert. Nur wird die Konkurrenz ins Ungeheure gesteigert, wird zur Konkurrenz unter Monopolen und Monopolgruppen und verändert damit auch ihre Form. Der Staat selbst wird zum Instrument dieses Kampfes unter den Monopolen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Im nationalen Maßstab verschärft sich der Kampf

---

(1)

Poulantzas wandelt den Horkheimerschen Satz "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll über den Faschismus schweigen" dahin ab: Wer nicht vom Imperialismus reden will, soll über den Faschismus schweigen (Fascisme et dictature. La troisième internationale face au fascisme, Paris 1970, S. 13).

In einer 'Stellungnahme der 'Roten Robe' zu Beiträgen der Faschismusdiskussion" (nicht veröffentlicht) heißt es in einer Kritik an dem Artikel von Peter Lagarde (NRF 6/71), der den Faschismus korrekt der imperialistischen Epoche zuordnet: "Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß der Faschismus nicht eine spezifisch imperialistische Herrschaftsform ist." (S. 8) In ihrer Auffassung stützen sich die Genossen auf die Analyse Thalheimers über den Faschismus (nachgedruckt in: Faschismus und Kapitalismus, Ffm 1967, S. 19ff.). Dabei überziehen sie die an sich schon falsche Analogie Bonapartismus - Faschismus Thalheimers völlig, die durch den tatsächlichen Charakter des Faschismus als direkter Herrschaft des Finanzkapitals klar widerlegt ist (vgl. die in dieser Hinsicht zureichenden Untersuchungen E. Czichons, Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Argument 10,3, S. 168ff. und die Untersuchungen von Kuczynski, Eichholtz). Richtig ist es, die allgemeinen Bedingungen der Herrschaft der Bourgeoisie in der imperialistischen Epoche und die besondere Form ihrer faschistischen Herrschaft nicht einfach zu identifizieren; falsch ist es, diese besondere Herrschaftsform von ihren allgemeinen Bedingungen zu lösen.

Wir untersuchen also zunächst die allgemeinen Bedingungen und Grundzüge der Herrschaft der Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus. Dann untersuchen wir die bestimmte Form der politischen Krise, aus der die deutsche Bourgeoisie den faschistischen Ausweg suchte, und den bestimmten Charakter dieses Ausweges selber.

Auf Grundlage dieser Untersuchung können wir dann klären, was die "faschistische Gefahr" gegenwärtig bedeutet, d.h. welche Formen der Herrschaft der Bourgeoisie heute aus den allgemeinen Bedingungen der imperialistischen Epoche entspringen und inwiefern Momente der politischen Krise schon erkennbar sind, aus der die Bourgeoisie den faschistischen Ausweg vorbereitet.

der Monopole und Monopolgruppen um die Kommandohöhen des Staates. Dieser Kampf wird geführt sowohl unter verschiedenen Monopolgruppierungen als auch zwischen dem monopolistischen Kapital und dem nichtmonopolistischen Kapital, das sich politisch zu organisieren versucht. Jede Gruppierung versucht, den kapitalistischen Staat zu ihrem Instrument zu machen. Im internationalen Maßstab werden die Staaten zum Instrument der Monopole und Monopolgruppierungen, die sich mit seiner Hilfe erbittert bekriegen zwecks gegenseitiger Unterwerfung und Vernichtung. Die Staaten hören auf, Nationalstaaten zu sein, nicht nur, weil verschiedene Monopolgruppierungen längst die Ländergrenzen überschritten haben und fremde Staaten beherrschen, sondern auch weil die Staaten als Instrumente des monopolistischen Kapitals prinzipiell um die Weltherrschaft kämpfen. Die Staaten werden imperialistische Staaten.

Das führt im Innern dieser Staaten zu einer gewaltigen Verstärkung der Unterdrückung der Arbeiterklasse, durch die bessere Ausbeutungsbedingungen geschaffen werden sollen, um die monopolistische Konkurrenz im internationalen Maßstab erkämpfen zu können (dies vor allem in den zurückgebliebenen und zu kurz gekommenen imperialistischen Staaten). Nach außen aber tritt der imperialistsiche Staat als bis an die Zähne bewaffneter Eroberstaat auf.

Trotz dieses durch und durch arbeiter- und volksfeindlichen Charakters des Imperialismus, sind die einzelnen Monopolgruppierungen und die Kapitalgruppierungen generell zu einer permanenten Massenmobilisierung gezwungen, um den Kampf um den Staat wirksam führen und nach außen mit Hilfe dieses Staates wirksam auftreten zu können. Eines der ideologischen Instrumente dieser Massenmobilisierung des nach der Weltherrschaft strebenden monopolistischen Kapitals ist der Nationalchauvinismus, d.h. der in sein Gegenteil verkehrte Nationalismus.

Die Kehrseite dieser Massenmobilisierung für arbeiter- und volksfeindliche Ziele sind die vielfältigen Unterdrückungsversuche der selbständigen Ideologie der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und das ganze Volk sollen durch einen ungeheuren Propagandaaufwand in freiwillige Handlanger des monopolistischen Kapitals verwandelt werden. Im Imperialismus unternimmt die Bourgeoisie den ununterbrochenen Versuch, die Massen gegen ihre eigenen Interessen zu mobilisieren (immense Bedeutung des ideologischen Kampfes für die Arbeiterklasse). Seinen Höhepunkt erreicht dieser Versuch in internationalen Spannungssituationen und Kriegszeiten.

Der imperialistische Staat kann verschiedene Regierungsformen annehmen, und die Monopolbourgeoisie kann sich jeder Regierungsform bedienen, um ihre Herrschaft durchzusetzen. Insbesondere kann sich die Monopolborgeoisie auch der demokratischen Republik bedienen, um ihre Herrschaft auszuüben. Im Imperialismus werden jedoch die bürgerlich-demokratischen Institutionen zunehmend ihres Sinns beraubt, die Interessenkonflikte innerhalb der Bourgeoisie und den Klassengegensatz tatsächlich zu regulieren. Die bürgerlich-parlamentarische Regierungsform wird zunehmend zur bloßen Hülle der politischen Herrschaft des Monopolkapitals. Während das Monopolkapital in der bürgerlichen Republik formal nur indirekt herrscht, entwickeln sich unter der Hülle der parlamentarischen Demokratie Dutzende von Kanälen, durch die das Monopolkapital die staatlichen Entscheidungen bestimmt. Wichtige Instrumente dieses direkten Einflusses sind sowohl Ministerialbürokratie als auch gemeinsame Beratungen zwischen Vertretern des Monopolkapitals mit Regierungs- und Parteispitzen, in denen wichtige Fragen vorparlamentarisch und außerparlamentarisch entschieden werden. Auch entsendet es seine Vertreter direkt in die Regierung. Die Herrschaft des Monopolkapitals als Herrschaft einiger weniger Monopolgruppierungen bedarf zur Herausbildung ihrer politischen Strategie und Taktik nicht mehr der bürgerlichen Öffentlichkeit. Die demokratische Meinungbildung selbst innerhalb der Bourgeoisie wird disfunktional und auch wo ihr Schein aufrechterhalten wird, bestimmt sie nicht mehr den wirklichen staatlichen Entscheidungsprozess:

"Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. 'Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft,' sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem 'Finanzkapital'. (...) Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion." (Lenin, "Über eine Karikatur auf den Marxismus", Werke, Bd. 23, S. 34)

Wie weit das monopolistische Kapital die demokratische Hülle abstreift oder sprengt, hängt im wesentlichen von der Entwicklung der Klassenkämpfe ab.

Die politische Tendenz des Imperialismus ist:
Ersetzung der Demokratie durch die Oligarchie (Lenin, a.a.O. S.36)
Ersetzung der bürgerlichen Öffentlichkeit durch die Indoktrinierung und Mobilisierung der Massen für die Interessen des monopolistischen Kapitals

Es ist von entscheidender Bedeutung für die Analyse der Klassenkampfsituation und die Politik der Kommunisten, daß der grundsätzlich reaktionäre politische Charakter des Imperialismus nicht in eins gesetzt wird mit dem faschistischen Ausweg aus der politischen Krise des Monopolkapitals in einer konkreten historischen Situation.

II. WELCHE FORM HAT DIE POLITISCHE KRISE, AUS DER DIE DEUTSCHE MONOPOLBOURGEOISIE DEN FASCHISTISCHEN AUSWEG SUCHTE ?

1918 geriet der deutsche Imperialismus in seine erste große politische Krise. Die Stoßrichtung der Massenbewegung richtete sich allerdings zunächst vor allem gegen die bestimmte politische Herrschaftsform des deutschen Imperialismus, gegen den Wilhelminischen Staat, und nur das Industrieproletariat einiger großer Städte und Betriebe setzte die proletarische Revolution direkt auf die Tagesordnung. Die Mehrheit der Arbeiter und Soldatenräte bestand aus Mehrheitssozialdemokraten und anderen bürgerlich-parlamentarischen Kräften. Der proletarischen Avantgarde der großen Industriegebiete fehlte eine politische Organisation, eine kampfgestählte kommunistische Partei, die sie befähigt hätte, die spontane Hinwendung zum Sozialismus breiter Teile der Arbeiterklasse und anderer Volksschichten im Verlauf der Kämpfe auf die proletarische Revolution auszurichten, die Arbeiterklasse

und die in Bewegung geratenen Volksmassen dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen und die Arbeiter- und Soldatenräte durch Veränderung ihrer politischen Zusammensetzung in Instrumente des Aufstandes und der proletarischen Revolution zu verwandeln. (2) Statt dessen gelang es der Sozialdemokratie, die Arbeiterklasse mit Hilfe ihrer Sozialisierungsparolen und ihrer Funktionalisierung der Räte auf der Stufe der bürgerlich-demokratischen Revolution zu halten, die revolutionäre Flut einzudämmen und mit brutaler Gewalt und schamloser Demagogie die Herrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Die Bourgeoisie hatte in dieser politischen Krise ihrer Herrschaft nur diesen Ausweg: die Arbeitsgemeinschaft mit der SPD- und Gewerkschaftsführung, um die Entfaltung der proletarischen Organisation zu verhindern und die Ansätze der proletarischen Revolution zu zerschlagen. Diese Tatsache hatte die Bourgeoisie sofort erkannt, als sich die Niederlage im imperialistischen Krieg abzeichnete und die politische Krise in zahlreichen spontanen Streiks, die zunehmend politischen Charakter annahmen, ihren ersten Ausdruck fand. Die fähigsten Führer der deutschen Bourgeoisie (z.B. Rathenau) zögerten keinen Augenblick, diesen Ausweg einzuschlagen und die Niederschlagung der proletarischen Revolution mit Hilfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsführung vorzubereiten. Spätestens seit Mai 1918 schmiedeten sie zielstrebig an dem Bündnis von Monopolbourgeoisie und SPD- und Gewerkschaftsführung gegen die proletarische Revolution, wobei sie vor allem auf die Gewerkschaftsführung setzten. So berichtet I. Reichert, der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller rückblickend, die Elektroindustriellen hätten schon im Mai 1918 die "Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Angestellten" für nötig gehalten und die Gewerkschaftsführer als potentielle Ordnungsfaktoren gegen die proletarische Revolution umworben. Im Oktober sei "jedermann" deutlich geworden, "daß wir nunmehr vor einem Trümmerfeld unserer ganzen Politik standen und daß es notwendig war, in dem Trümmerfeld den Eckstein zu suchen, auf dem wir unsere Wirtschaft einigermaßen fest aufbauen können, die Grundlage, auf der auch das Unternehmertum als solches weiterbestehen kann.

Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung, und der nahenden Revolution bewahren?" (I. Reichert, Entstehung, Bedeutung und Ziel der "Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919, S. 105 f. Zit. Kuczyski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitaliamus, Bd 5, S.110 f.) die Rettung war die Arbeitsgemeinschaft. Reichert fährt fort: "Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften. Diese Organisationen hatten zwar am Anfang des Krieges erheblich an Mitgliederzahlen verloren, neuerdings aber sehr großen Zulauf erhalten, (...). Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke der Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann - so schien es - ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung. Es ist klar, daß, wenn die Industriellen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen für eine gemeinsame Industriepolitik gewinnen wollen, dies nur dann erreichbar ist, wenn wir für diese Mithilfe, die wir von den Arbeitnehmern erwarten, einen Gegendienst leisten, und diese Gegengabe mußte bestehen und wird weiter bestehen müssen in einem Entgegenkommen in sozialen Fragen, vor allem in den Arbeitsbedingungen. das ist das größte Opfer, das die Unternehmerschaft gebracht hat und das sie bringen mußte. Es ist nicht nur ein Opfer finanzieller Natur, sondern ich glaube, es ist manchen Industriellen ebenso schwer geworden, ein Opfer ihrer Überzeugung zu bringen, insofern, als sie es doch bis in die letzten Monate hinein abgelehnt hatten, mit Organisationen zu verhandeln, welche nur einen Bruchteil der Arbeiterschaft umfassen und die trotzdem als die berufenen Vertretungen der gesamten Arbeiterschaft angesehen sein wollen.
Aber, was hilft das? Das Opfer mußte gebracht werden. und es müssen wohl noch weitere Opfer in Zukunft verlangt werden, aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit und ferner aus der politischen Notwendigkeit." (a.a.O., S.6ff., Zit. a.a.O. S. 111f.)

Ein anderer Bourgeoisvertreter, der führend am Zustandekommen der Arbeitsgemeinschaft beteiligt war, H.v. Raumer, Geschäftsführer des Industriellenverbandes, schildert ihre offizielle Geburt in den Tagen nach der Novemberrevolution wie folgt:
"die Revolution hatte die Machtposition der beiden Vertragspartnerentscheidend verändert. Die Gewerkschaften erhoben neue Forderungen, vor allem auf Einführung des Achtstundentages für alle Berufe. Die Verständigung schien im letzten Moment in Frage gestellt. Hugo Stinnes rettete die Situation durch die Erklärung: Sie haben heute die politische Macht, aber ich unterschreibe nichts, was ich nicht auch unter veränderten politischen Bedingungen dem Geiste nach halten kann." und hier schaltete sich Legien ein. Das freiwillige vorbehaltlose Angebot der Unternehmer, mit dem sich die

(2)
Genau diese Entwicklung und das selbständige Handeln der Arbeiterklasse fürchtete die Bourgeoisie zurecht. So schreibt Rathenau am 15. Okt. nach einer Besprechung mit dem Kriegsminister Scheuch an den Monopolkapitalisten Ballin: "Ich befürchte, daß man jetzt soweit ist, jede Bedingung anzunehmen. Das bedeutet für uns nach meiner festen Überzeugung den Bürgerkrieg und Bolschewismus. Ich sage Ihnen das vertraulich, denn ich glaube nicht, daß man die Öffentlichkeit schon jetzt beunruhigen darf. Mit den maßgebenden Instanzen habe ich gesprochen und spreche ich weiter. Ob es eine Abwehr gibt, scheint mir heute noch zweifelhaft. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß wirklichen Revolten gegenüber die Sozialdemokratie die Massen in der Hand behält, sie gleiten zuerst zu den Unabhängigen, dann über deren Kopf zu eigenen Organisationen." (Politische Briefe, S.194, zit. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.5, Berlin 1966, S. 115)

Gewerkschaften bis dahin voll einverstanden erklärt hatten, unter Ausnutzung einer momentanen politischen Lage zu überfordern, schien ihm den Geist der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu bedrohen. So einigte man sich auch über die Annahme des Achtstundentages, der in dem von Leipart und mir entworfenen Abkommen vereinbart, aber dadurch für die Unternehmer annehmbar war, daß in einem Zusatzabkommen seine Einführung von der Voraussetzung der internationalen Durchführung abhängig gemacht wurde. Zur Durchführung der Vereinbarungen sowie zur Regelung aller sich durch die Demobilmachung stellenden Aufgaben wurde die Bildung eines Zentralausschusses auf paritätischer Grundlage beschlossen, dem Lohn- und Arbeitsverhältnisse übertragen wurden. Am 14. November gaben sämtliche Gewerkschaften ihre Zustimmung zu der Vereinbarung, die man mit Recht als die Magna Charta der Gewerkschaften bezeichnet hat. Am 15. November unterzeichneten die Verbände der Unternehmer. So war in noch nicht drei Wochen das Werk der Verständigung gelungen und die Grundlage für eine Zusammenarbeit geschaffen, die in den ersten Jahren die Ordnung getragen hat. Sieben Unternehmer hatten ohne jedes Mandat der Verbände die Aktion durchgeführt, die das bisherige Verhältnis der Unternehmer zu den Gewerkschaften revolutionierte.
Am 16. November übergaben Legien und ich in der Reichskanzlei das Abkommen den Volksbeauftragten ...
Nun drängte die Arbeit. Wir schufen zunächst in einem provisorisch gebildeten Zentralausschuß ein Exekutivorgan, das alsbald unter dem Vorsitz von Borsig und Legien die Arbeit aufnahm. Aber noch fehlte eine feste Organisation. Sie sollte regional und fachlich gegliedert und zentral zusammengefaßt werden. Legien und ich wurden mit der Ausarbeitung einer Satzung beauftragt. In wenigen Tagen lag sie vor, so daß sämtliche Gewerkschaften bereits am 3. Dezember ihren Beitritt erklären konnten. Am 4. Dezember wurde der Entwurf von dem Zentralausschuß als vorläufige Satzung der "Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitsnehmer Deutschlands" einstimmig angenommen.
Damit war die Organisation gegründet, die als Zentralarbeitsgemeinschaft in die Geschichte einging. Die Worte, die Legien und ich der Satzung voranstellten, sollten allen im Land Geist und Sinn dieser Gemeinschaft einprägen: 'Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitig einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.'
Diese vorläufige Satzung wurde im Dezember 1919 durch eine endgültige ersetzt, die einen umfassenden Organisationsplan in Fachgruppen und regionale Gruppen vorsah...
Man geht nicht zuweit mit der Feststellung, daß die ZAG im ersten Jahr ihres Bestehens Deutschland vor dem Chaos und vor einer bolschewistischen Revolution bewahrt hat.

Als alle Autoritäten zusammenbrachen: Monarchie, Staat, Militär und Bürokratie, schuf sie durch den Zusammenschluß der Unternehmer mit den Gewerkschaften eine Macht, die Wirtschaft und Betriebe in Ordnung hielt.
Der bei allen Revolutionen sonst zu beobachtende Vorgang, daß sich die Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber wandten, wurde nicht ausgelöst, weil die Gewerkschaften fest zur Ordnung und zu ihrer Aufrechterhaltung mit den Unternehmern zusammenstanden." (H.v.Raumer, Unternehmer und Gewerkschaften in der Weimarer Zeit. in: "Dt. Rundschau", Jg. 80, Baden-Baden 1954, h. 5, Mai, S. 430 ff, Zit. a.a.O. S. 119 f.)

Daß die Arbeitsgemeinschaft in dieser revolutionären Krise tatsächlich der einzige Ausweg gewesen ist, zeigt der Kapp - Putsch, der am geschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse zerbrochen ist. Was sind die Charakteristika der politischen Krise von 1918 und des Auswegs der Bourgeoisie aus dieser Krise:
1918 war die Arbeiterklasse in der Offensive, Teile der Klasse strebten direkt zur proletarischen Revolution, die breite Masse der Arbeiterklasse fühlte sich spontan zum Sozialismus hingezogen, auch wenn sie die Notwendigkeit der gewaltsamen Eroberung der Macht noch nicht begriff. Der ganze traditionelle Machtapparat der Bourgeoisie war in Auflösung begriffen, vor allem die Bürokratie und die Armee. Die Bourgeoisie war nicht mehr in der Lage, in der alten Weise ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Bourgeoisie war in der Defensive, sie mußte Zugeständnisse machen, sowohl politischer als auch sozialer Art.
In dieser Situation konnte die Bourgeoisie die proletarische Revolution nur verhindern, wenn sie Teile der Arbeiterklasse mit Hilfe der traditionellen Arbeiterorganisationen an sich band und die Arbeiterklasse spaltete, bzw. die bestehende Spaltung der Arbeiterklasse ausnützte und vertiefte. Dieser Ausweg war möglich, weil die Avantgarde der Arbeiterklasse nicht fest organisiert war und zwischen Spontaneismus und Putschismus hin und her schwankte und so die Dialektik von Klasse und Avantgarde nicht zur Entfaltung bringen konnte.
Daß die Bourgeoisie diesen Ausweg der Arbeitsgemeinschaft von vornherein als Weg zur Wiederherstellung ihrer vollen Macht verstanden hatte, zeigt die Politik der Bourgeoisie. Sie strebte die Wiederaufrichtung ihrer vollen Herrschaft an und als Voraussetzung dafür die "Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft", wozu sie die Gewerkschaftsführung brauchte. So klar die Kapitalisten also die Arbeitsgemeinschaft als einzigen Ausweg zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft erkannten, so klar war ihnen auch, daß sie nicht der Inbegriff ihrer Herrschaft war.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Monopolbourgeoisie und SPD- und Gewerkschaftsführung gegen das Proletariat und zum Wiederaufbau der kapitalistischen Produktion, d. h. die Erhaltung der Herrschaft der Monopolbougeoisie mit Hilfe des Reformismus war der eigentliche Inhalt der "reinen Demokratie", hinter welchem Schlagwort sich entsprechend der Voraussage Engels 1918 ff. die "Gesamtreaktion" "am Tag der Krise und am Tag nachher" sammelte (Engels an Bebel am 11.12.1884, MEW36 S. 253)
Der "reinen Demokratie", der Losung der Gesamtreaktion, mußte als Forderung der Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats entgegengestellt werden. Weil es der Arbeiterklasse nicht gelang, die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, konnte sich die Bourgeoisie darauf vorbereiten, unter dem Deckmantel der "reinen Demokratie" und der "Arbeitsgemeinschaft" den offensiven Gegenschlag gegen das Proletariat vorzubereiten.
In der relativen Stabilisierungsperiode der Weimarer Republik schuf sich das Monopolkapital die Voraussetzungen, um die Arbeitsgemeinschaft aufzukündigen: durch die Rekonstruktion des Produktionsapparates (kapitalistische Rationalisierung), die Rekonsolidierung der Armee als kleines, aber schlagkräftiges Berufsheer und die Rekon-

solidierung des staatlichen Unterdrückungsapparates. In der Krise von 1929 ff. trat die Bourgeoisie als herrschende Klasse ein, die die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr nötig hatte und die die Fesseln der Arbeitsgemeinschaft sprengen wollte, um die Krise durch die völlige Zerschlagung der Arbeiterbewegung zu lösen und einen neuen Anlauf auf die imperialistische Weltherrschaft zu unternehmen.
Die Arbeitsgemeinschaft war also nicht mehr notwendig. Sie war auch nicht mehr möglich. Die ökonomische Krise hatte solche Ausmaße erreicht, daß die Bourgeoisie zur groß angelegten politischen Offensive gegen die Errungenschaften der Novemberrevolution übergehen mußte, wenn sie aus der Krise herauskommen wollte. Die neuerlichen Koalitionsversuche mit der SPD platzten am Abbau der Sozialversicherung, die die SPD in dem von der Monopolbourgeoisie gewünschten Maße nicht aktiv vorantreiben, sondern bloß aktiv über sich ergehen lassen konnte. Die offensivsten Teile der Monopolbourgeoisie sprengten selbst die staatliche Zwangsschlichtung der Tarifauseinandersetzung. Sie konnten keinen Staat mehr brauchen, der auch bloß den Anschein der Neutralität aufrecht erhielt. Statt der Benutzung der Gewerkschaften und der SPD zur Bindung der Arbeiterklasse an die kapitalistische Produktionsweise wurde die Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiter nötig. Dazu waren die traditionellen Herrschaftsinstrumente nicht in der Lage, dazu war die ganze bestehende Herrschaftsform, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, letzten Endes nicht geeignet. Dazu brauchte die Monopolbourgeoisie den Faschismus.
Aus der Krise von 1929 ff. bot weder die Arbeitsgemeinschaft noch ihre politische Hülle, die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, einen Ausweg für die Monopolbourgeoisie, zumal sich die Arbeiterklasse in der KPD eine selbständige Organisation geschaffen hatte, mit deren Hilfe sie die Regelmechanismen der Arbeitsgemeinschaft in Frage stellte, die Objektrolle, in die sie die Arbeitsgemeinschaft verwies, zu überwinden versuchte, und die bürgerliche Demokratie trotz aller reaktionären Beschränkungen zu Demonstrationen ihrer Macht ausnutzen konnte.
Für die ökonomische und politische Krise von 1929 ff. gab es also für die Monopolbourgeoisie von vornherein keinen anderen Ausweg als den faschistischen, und sie strebte diesen Ausweg auch zunehmend bewußt an. Es war gerade der Ausweg aus der Arbeitsgemeinschaft durch die Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiterklasse, auch der reformistischen und klassenversöhnlerischen.

Es war der verhängnisvolle Fehler der KPD, dass sie die qualitative Differenz zwischen der Arbeitsgemeinschaft und der drohenden Zerschlagung jeder Organisation der Arbeiterklasse durch den Faschismus nicht herausarbeitete und das Klassenversöhnlertum, das die Arbeiterklasse gegenüber der Monopolbourgeoisie entwaffnete, mit der offen gewalttätigen Herrschaft der Bourgeoisie gleichsetzte, die die Fesseln der Arbeitsgemeinschaft sprengen wollte, um die Arbeiter direkt und gewaltsam zu unterwerfen. Dieser Fehler hat seine Ursache in der mangelnden Differenzierung der politischen Krisen von 1918 - 1923 und 1929 - 1933. In der Krise von 1919 - 1923 war die SPD tatsächlich die politische Hauptstütze der Bourgeoisie weil sie die einzige Kraft war, die die Herrschaft der Bourgeoisie noch sichern konnte. Die Hauptform der politischen Reaktion war gerade das Klassenversöhnlertum, das die endgültige Zerschlagung der Herrschaft der Bourgeoisie verhinderte. 1929 - 1933 wollte sich die Bourgeoisie von jeder reformistischen Fessel befreien, weil sie nur so ihre Herrschaft aufrechterhalten und sich zu einem neuen Anlauf auf die Weltherrschaft vorbereiten konnte. Der Hauptschlag mußte gegen den Faschismus geführt werden. Die Hauptform der politischen Reaktion war die Beseitigung jeder Fessel, die die offene und gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterklasse behindern konnte. Wie die Bourgeoisie bzw. deren bewußteste Teile 1918 zielstrebig und ohne Zeit zu verlieren das Komplott mit der Gewerkschaftsführung einleiteten, um die "Wirtschaft", d.h. die Grundlagen ihrer Herrschaft zu sichern, so leiteten sie vor 1933 das Komplott mit Hitler ein, um ihre offen terroristische Herrschaft zu etablieren und die Organisationen der Arbeiterklasse zu zerschlagen. (3) Die Kräfteverhältnisse im Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse waren 1918 ff und 1929 ff sehr verschieden. 1918 ff war die Bourgeoisie einem revolutionären Ansturm ausgesetzt, den sie nur mit Hilfe der SPD- und Gewerkschaftsführung aufhalten konnte, in der Zeit der relativen Stabilisierung schuf sie die Grundlagen, um das bestehende Gleichgewicht zu zerschlagen und ihre direkte und zügellose Gewaltherrschaft auszuüben. In der Krise von 1929 ff blieb ihr nur dieser Ausweg und sie schlug ihn konsequent ein. Wenn wir die Klassenkämpfe der Weimarer Republik periodisieren wollen und dabei das strategische Kategorienpaar Offensive und Defensive benutzen, so waren die Jahre 1918 bis 1923 Jahre der Offensive der Arbeiterklasse, die Jahre der relativen Stabilisierung eine Zeit des Stellungskrieges und des relativen Gleichgewichts, aus dem die Bourgeoisie 1929 ff in die Offensive überging, um Schlag auf Schlag das relative Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu wenden. (4) Weder die Komintern noch etwa Thalheimer entwickelten ihre Faschismustheorien auf Grundlage dieser korrekten Analyse der Entfaltung des Klassenkampfes in der Weimarer Republik. Deshalb konnten diese Theorien es auch nicht ermöglichen, bewußt genug in die Entwicklung des Klassenkampfes einzugreifen. Sinowjew sagte im Januar 1924, als die Komintern die Ursachen und Folgen der Oktoberniederlage in Deutschland untersuchte: "Die internationale Sozialdemokratie stellt heute einen Flügel des Faschismus dar. Das muß den deutschen Arbeitern klar gemacht werden." (Rede über die Lage der KPD, Sitzung der EKKI, Januar 1924 in: "Die Internationale", 5. Jahrgang (1924), Heft 2/3, S 33). Diese Kennzeichnung der SPD übersah völlig, daß

---

(3) vergl. dazu die Untersuchungen von Kuczinski, a.a.O. Bd. 5 und 6, und Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht, Köln 1967; siehe dort z.B. Dokument Nr. 10, S. 69 f "Eingabe von Industriellen, Bankiers und Großagrariern an Reichspräsident von Hindenburg" vom November 1932

(4) Zum Gebrauch des Kategorienpaares Offensive/ Defensive schreibt Poulantzas, a.a.O., S. 78 f.:
"Im Gegensatz zur herrschenden Auffassung der Komintern, entspricht der Prozess der Faschisierung einer entscheidenden Wendung in den vorhandenen Kräfteverhältnissen; er entspricht sehr genau einer offensiven Etappe u. Strategie der Bourgeoisie und einer defensiven Etappe der Arbeiterklasse.

der Faschismus von vornherein eine Bewegung gegen die Arbeitsgemeinschaft, gegen die bestimmte Form der Lösung der revolutionären Krise von 1918 ff gewesen ist und daß die SPD und der Faschismus als Instrumente der Bourgeoisie sich gegenseitig ausschlossen und in jeweils völlig verschiedenen historischen Perioden das Hauptinstrument der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse waren. Auch wenn die SPD- und die Gewerkschaftsführung noch so brutal gegen jeden Durchbrechungsversuch der Arbeitsgemeinschaft von Seiten der Arbeiterklasse vorgingen, sie verteidigten doch die Arbeitsgemeinschaft, also die Lösung der politischen Krise, die der Faschismus offen bekämpfte. Die SPD ist ein wichtiges politisches Instrument der Bourgeoisie bei der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, aber nicht schon deshalb wird sie zu einem Flügel des Faschismus, genausowenig wie die Herrschaft der Monopolbourgeoisie mit ihrer faschistischen Form identisch ist.

Die Sozialfaschismustheorie, die sich voll erst in den Jahren 1929 ff entfaltet, entspringt sowohl einer falschen Einschätzung der Klassenkampfsituation, in der die Bourgeoisie nur durch eine bedingungslose Offensive gegen die Arbeiterklasse ihre Herrschaft aufrechterhalten kann, als auch einer Verwechslung der Arbeitsgemeinschaft, von der SPD ideologisch weiterentwickelt zur "Wirtschaftsdemokratie", mit der "Volksgemeinschaft", wie sie das Kapital mithilfe der faschistischen Massenbewegung anstrebte. Die Arbeitsgemeinschaft setzt z.B. formell unabhängige Arbeiterorganisationen, v.a. Gewerkschaften voraus, die faschistische "Volksgemeinschaft" beruht auf deren Zerschlagung. Die Arbeitsgemeinschaft behauptet den Klassengegensatz zu versöhnen, die "Volksgemeinschaft" negiert ihn.

Die faschistische "Volksgemeinschaft" beruht im Gegensatz zur "Arbeitsgemeinschaft" nicht auf der Zusammenarbeit formell unabhängiger Klassenorganisationen. Auch wenn diese Zusammenarbeit staatlich sanktioniert ist (z. B. Zwangsschlichtungen), bleibt sie doch die Zusammenarbeit von Klassenorganisationen, die ihrerseits keinen Zwangscharakter haben und keine staatlichen Organisationen sind. Die faschistische "Volksgemeinschaft" beruht ihrem Wesen nach auf vertikalen Verbänden, in denen die Arbeiter zwangsweise unter die direkte Befehlsgewalt der Monopolkapitalisten gestellt werden. Streik und jede Form des Arbeitskampfes sind genauso prinzipiell ausgeschlossen wie gegenseitige Verträge und organisierte Zusammenarbeit zwischen Kapitalistenorganisation und Arbeiterorganisationen. Die faschistische "Volksgemeinschaft" ist deshalb qualitativ von jeder Form der "Arbeitsgemeinschaft" oder der "Wirtschaftsdemokratie" unterschieden, auch wenn beide Unterdrückungsinstrumente gegen die Arbeiterklasse sind. Die "Wirtschaftsdemokratie", die syste-

---

→ (4)

a) Zu den Begriffen Offensive und Defensive

Zunächst müssen jedoch die Begriffe offensiver und defensiver Etappen, genauso wie der Begriff der offensiven und defensiven Strategie, erläutert werden. Und ist es überhaupt gerechtfertigt, um eine konkrete Situation des Kräfteverhältnisses zu analysieren, auf diese Unterscheidung von Offensive und Defensive zurückzugreifen ?

Bemerken wir zuerst, daß Lenin genau wie Mao ihre politischen und militärischen Analysen auf die unaufhebbare Dissymetrie von Offensive und Defensive gründen : ihr ganzes strategisches Denken stützt sich auf diesen Unterschied. So unterstreicht Mao : " Der Bürgerkrieg in China kennt, genauso wie jeder andere Krieg in früheren Zeiten oder heute, in China oder in anderen Ländern, nur zwei Grundformen des Kampfes : die Offensive und die Defensive." (Militärische Schriften) Maos Konzeption des "langandauernden Krieges" verwischt diesen Unterschied keineswegs.

Dieser Unterschied betrifft zuallererst die objektiven Etappen des Kampfes; sie hängen von einer ganzen Reihe von objektiven Faktoren des Kräfteverhältnisses ab. In diesem Sinn kann man auch für jeden Gegner in der Arena des Klassenkampfes eine offensive und eine defensive Etappe bestimmen : zwischen diese beiden Etappen schiebt sich die relative Stabilisierung der vorhandenen Kräfte, die Lenin als relatives Gleichgewicht der Kräfte, Mao als Etappe der "Konsolidierung" des Kräfteverhältnisses charakterisiert.

Die richtige und korrekte Analyse dieser Etappen ist die Voraussetzung einer richtigen Strategie der Arbeiterklasse und der Volksmassen, sowie ihrer Führung. Die richtige Strategie fällt nicht vom Himmel, sie ergibt sich nicht von allein.

Auf Grundlage dieser Etappen wird, und das ist die andere Seite der Frage, die Strategie im eigentlichen Sinn festgelegt. Die Strategie hat ihre eigenen Regeln und ist im übrigen selber auf die Unterscheidung offensiv - defensiv gegründet. Für Mao handelt es sich auch hier um drei unterschiedene Momente : "strategische Defensive", "strategische Konsolidierung", "strategische Gegenoffensive", die jeweils den Etappen des Kräfteverhältnisses entsprechen. Die Strategie sagt, wie die Arbeiterklasse und die Volksmassen entsprechend den Etappen handeln müssen, um den endgültigen Sieg davonzutragen - im langandauernden Krieg. Aber wenn die Strategie auf die Analyse der Etappen gegründet ist, so bestimmt sie auch als eines der Elemente der Etappe selber das Kräfteverhältnis : z.B. ist eine defensive Etappe der Arbeiterklasse, auf die mit einer strategischen Defensive geantwortet werden muß, u.a. durch die Strategie des Gegners gekennzeichnet, d.h. durch seine strategische Offensive.

Bei Untersuchung des Prozesses der Faschisierung stellt sich also ein doppeltes Problem :

a) Das Problem des tatsächlichen Charakters der Etappe und der Analyse, die die Komintern unternahm.

b) Das Problem der Strategie, die dann angewandt wurde."

Poulantzas untersucht dann im einzelnen die Etappen des Klassenkampfes der Weimarer Republik.

Um eine korrekte Praxis zu entfalten oder die frühere Praxis der Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde zu untersuchen, müssen wir nicht nur den Unterschied zwischen Offensive und Defensive, sondern auch zwischen Strategie und Taktik berücksichtigen. So sind z.B. im Rahmen einer strategischen Offensive taktische Rückzüge u.U. notwendig und umgekehrt.

Kann die Bourgeoisie zur strategischen Offensive übergehen, dann ist es für das Proletariat notwendig, die bestimmte Form dieser Offensive zu brechen, um seinerseits in die Offensive zu kommen. So war 1929 ff die Zerschlagung der faschistischen Offensive eine Voraussetzung, um einen neuen Sturm auf die Diktatur der Bourgeoisie überhaupt einzuleiten. Der Fehler der Komintern lag nicht so sehr darin, daß sie die Offensive des Kapitals nicht erkannt hätte (das meint Poulantzas), als vielmehr darin, daß sie die spezifische Form dieser Offensive erst sehr spät herausarbeitete, nicht rechtzeitig den Hauptschlag gegen den Faschismus führte und damit aus der Defensive nicht herauskam.

matische Ausarbeitung des verräterischen Klassenkompromisses der Gewerkschafts- und SPD-Führung von 1918 ff., war durch die reale Entwicklung des Klassenkampfes längst überholt, als die Tarnow etc. sie den Monopolkapitalisten und der Arbeiterklasse als "Lösung" des Klassengegensatzes aufschwätzen wollten. Genauso wie 1918 die Arbeitsgemeinschaft der letzte Rettungsanker der Bourgeoisie gewesen ist, so 1933 die faschistische "Volksgemeinschaft". Diese "Lösungen" sind nicht beliebig austauschbar (5), sie können nur durch den Kampf der Arbeiterklasse verhindert werden, der in dem Maße die proletarische Revolution unmittelbar auf die Tagesordnung setzt, wie er die spezifische 'Lösung' der politischen Krise durch die Bourgeoisie verhindert und damit die politische Krise zur revolutionären Situtation zuspitzt. Der erfolgreiche Kampf gegen die jeweils spezifischen Lösungsversuche setzt auch jeweils spezifische revolutionäre Methoden auf seiten des Proletariats und seiner Partei voraus. An die Entwicklung dieser spezifischen Methoden des Kampfes gegen die faschistische Lösung der Krise ging die KOMINTERN erst relativ spät; ein stringentes Konzept legte sie erst auf dem VII. Kongress der KOMINTERN vor. Erst hier wurde der besondere Inhalt und die besondere Form der faschistischen Herrschaft der Bourgeoisie genau untersucht und eine entsprechende Strategie und Taktik erarbeitet.

DIE FASCHISMUSANALYSE DES VII. WELTKONGRESSES

Die deutsche Monopolbourgeoisie herrschte in der Weimarer Republik politisch nicht unumschränkt; sie war durch die Arbeitsgemeinschaft gefesselt. Außerdem waren im Rahmen des parlamentarischen Regimes auch nicht-monopolistische Teile der Bourgeoisie direkt an der politischen Herrschaft beteiligt. Mit Hilfe der faschistischen Bewegung zerschlug die deutsche Monopolbourgeoisie diese Fesseln und errichtete ihre unumschränkte offene politische Gewaltherrschaft. Die sogenannte Selbständigkeit der politischen Herrschaft des Faschismus gegenüber der sozialen Herrschaft

---

(5) Davon aber ging die Komintern lange Zeit aus. Auch im Programm der Komintern "tritt" der Faschismus einfach "neben" die Sozialdemokratie. Es heißt dort: "Entsprechend der jeweiligen politischen Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie sowohl der faschistischen Methoden als auch der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, wobei die Sozialdemokratie selbst, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, nicht selten eine faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Kraft aufzutreten. Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen." (Protokoll des VI. Kongresses der Komintern, 1928, Bd. 4, S. 58)

Trotz der Herausarbeitung des Ausnahmecharakters beider Formen der politischen Reaktion, werden diese bloß auf die allgemeine Krise des Kapitalismus bezogen, wodurch sie austauschbar erscheinen. Durch die Fixierung auf Erscheinungsformen (faschistische Methoden, faschistische Rolle) wird der Unterschied der beiden Formen der politischen Reaktion reduziert. Da die jeweilige politische Konjunktur nicht mit Hilfe der Begriffe Offensive und Defensive genauer bestimmt wird, erscheinen sie notwendig austauschbar und versöhnbar. Das ließ dann Aussagen wie die folgenden zu: "Die Sozialdemokratie ist nur eine Strömung in der faschistischen Front. Nur wenn wir das verstehen, und die Frage so stellen, werden wir eine richtige Perspektive bekommen." Reimann, (Tschechoslowakei) 10 Plenum des EKKI (3. Juli 1929 - 19 Juli 1929), Protokoll, S. 205;

"... es ist Tatsache, daß die Bourgeoisie zu ihrer Rettung in den Industrieländern mit Hilfe der Sozialfaschisten ihre offene Diktatur errichtet. Das läßt erkennen, daß unser gefährlichster Feind in allen großen Industrieländern der Sozialfaschismus sein wird. Die Tatsache jedoch, daß die Bourgeoisie jetzt gezwungen ist, mit ihrer Diktatur jetzt nicht offen hervorzutreten, sondern sie durch den Sozialfaschismus zu maskieren, ist eines der klarsten Symptome des Fäulnisprozesses der kapitalistischen Ordnung und eine der Bürgschaften unseres Sieges." Martynow, a.a.O. S. 232;

"Wenn Italien das klassische Land des Faschismus ist, ist Deutschland das klassische Land des Sozialfaschismus. Es gibt kein Land, in dem der Sozialfaschismus bereits eine solche Vollendung, eine solche Durchbildung, auch ideologisch, gefunden hat wie Deutschland. Was ist einer der entscheidenden Hebel zur Beschleunigung der sozialfaschistischen Tendenz? Es ist die Regierungsteilnahme der Sozialdemokratie." Neumann a.a.O. S. 474;

"Die Offensive der Bourgeoisie dauert an, und wo sie den Charakter des Faschismus angenommen hat ... unterscheidet sie sich nicht so sehr von der Diagnose des Gen. Sinowjew betreffend die sozialdemokratische Politik, die die Politik einer dritten bürgerlichen Partei, eine Politik der Mobilisierung einer Arbeiteraristokratie und gewisser bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten im Interesse der Bourgeoisie geworden ist. Im grunde ist auch der Faschismus nichts anderes. Der Faschismus ist nicht mehr die einfache Reaktion des Belagerungszustandes, des Terrors, er ist eine weit modernere, schlauere, erfahrenere Bewegung, die gerade darauf abzielt, einen Halt in gewissen Schichten der Masse zu finden. Es ist schwer für ihn, die Masse der Industriearbeiter zu erfassen. Es gelingt ihm aber in der ersten Periode seiner Tätigkeit, in anderen Schichten durch Ausschlachtung der kleinbürgerlichen Ideologie eine Mobilisierung, ähnlich der sozialdemokratischen Mobilisierung, die im Interesse der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Verhältnisse stattfindet, herbeizuführen. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß die beiden Methoden der bürgerlichen Offensive eine Synthese bilden werden, und daß die Sozialdemokraten und Faschisten zusammen eine scharfe Offensive gegen die revolutionäre Bewegung unternehmen und in Gemeinschaft als Gegner auftreten werden, gegen den der Weltkommunismus zu kämpfen haben wird." Bordiga, V. Weltkongress der Komintern, 1924, S. 396;

→

der Monopolbourgeoisie, die vor allem Thalheimer (6) in den Mittelpunkt seiner Faschismusanalyse stellte, beruht auf einem grundlegenden Fehler: er verwechselt die Beseitigung der öffentlichen Vermittlungsinstanzen der Meinungsbildung innerhalb der Bourgeoisie mit der Beseitigung des direkten Einflusses der Monopolbourgeoisie auf Staat und Regierung. In Wirklichkeit verstärkt natürlich die Beseitigung der Vermittlungsinstanzen der bürgerlichen Meinungs- und Regierungsbildung den Einfluß der Monopolbourgeoisie. Die Bourgeoisie hat nicht, wie Thalheimer meinte, auf die politische Herrschaft verzichtet, um ihre soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten, vielmehr hat die Monopolbourgeoisie, um die kapitalistische Produktionsweise aufrechtzuerhalten, die politische Macht direkt in die Hände genommen. Es ist das Verdienst der KOMINTERN in dieser Hinsicht niemals den Erscheinungsformen des Faschismus aufgesessen zu sein. Dieser Klarblick ging aber bis zum VII. Weltkongress oft auf Kosten der Erkenntnis der qualitativen Differenz zwischen politischer Reaktion in der bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Herrschaft. Diesen Fehler hat übrigens gerade auch der Brandler/Thalheimer-Flügel in der KPD besonders kraß begangen, als er die Niederlage im Oktober 1923 als Sieg des Faschismus interpretierte (7). Die "Linken" um Fischer-Maslow und auch Sinowjew aber kritisierten diesen Fehler teilweise mit einer anderen fehlerhaften Argumentation, indem sie Brandler/Thalheimer vorwarfen, sie machten zuviel Aufhebens vom Unterschied zwischen "Novemberrepublik" und Faschismus. (8) In der These vom Sozialfaschismus war diese Unterschätzung der qualitativen Differenz zwischen reaktionärer bürgerlicher Demokratie und Faschismus immer enthalten (s.o.). Sie kommt gerade auch in dem Beitrag Manuilskis auf dem 11. Plenum des EKKI (1931) zum Ausdruck, obwohl dieser Beitrag die "Rechten" kritisiert, weil sie im "Faschismus nur eine gewöhnliche Offensive des Kapitals, nur eine Verstärkung der politischen Reaktion erblicken". (S. 116) Manuilski reduzierte die Analyse des Faschismus auf die Feststellung, daß er seinem Wesen nach Diktatur der Bourgeoisie ist: "Der Faschismus ist keine neue Regierungsmethode, die sich vom System der Diktatur der Bourgeoisie unterscheidet." (S. 108)
"Aber nehmen wir unsere jungen oder sogar älteren Gelehrten. Einige dieser Genossen sind bestrebt, mit der Lupe, buchstäblich mit der Lupe die geringsten Feinheiten herauszufinden, die die faschistische Form der Diktatur der Bour-

→ (5)

"Sozialdemokratie und Faschismus sind zwei verschiedene Methoden zur Erreichung des selben Zwecks. Beide Bewegungen, Sozialdemokratie wie Faschismus, haben in der Periode der rücksichtslosesten kapitalistischen Diktatur die gleiche Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Sicherung und Verteidigung der Diktatur der Großbourgeoisie über das Proletariat, Sozialdemokratie und Faschismus sind die Kampfesmittel der großkapitalistischen Diktatur gegen das um die politische Macht kämpfende revolutionäre Proletariat. Sozialdemokratie und Faschismus sind also keine Gegensätze, sondern trotz ihres scheinbaren Streites von gleichem Fleisch und Bein. Daher kann die Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus nie Verbündeter des revolutionären Proletariats sein. Das Wesen und die Rolle der Sozialdemokratie, die historische Mission, die sie in der Epoche der proletarischen Revolution zu erfüllen hat, zwingt sie an die Seite des Faschismus. Der Kampf gegen den Faschismus kann nicht nur der Kampf gegen die weiße Diktatur sein, sondern es muß zu gleicher Zeit der Kampf gegen die kleinbürgerliche Demokratie sein, gegen den "Marxismus", wie ihn die Sozialdemokraten predigen, die aus dem revolutionären Marxismus einen pazifistischen "Marxismus" zur Versklavung des Proletariats gemacht haben, ein Kampf gegen die Sozialdemokratie für den revolutionären Marxismus. In diesem Kampf gegen die Sozialdemokratie gewinnen wir all jene Elemente und Gruppen vom Faschismus für den proletarischen Klassenkampf zurück, die das Fundament der Massenbewegung des Faschismus bilden." Freimuth, a.a.O. S. 767 f. (Protokoll des V. Weltkongresses der KI)

Diese Zitate werden hier in diesem Thesenpapier nicht weiter untersucht, sondern bloß als Material für die weitere Diskussion beigefügt.

(6) Thalheimer, Über den Faschismus, in: Gegen den Strom, Organ der KPD(O), Jg. 1930, nachgedruckt in: Faschismus und Kapitalismus, Ffm 1967, S 19 ff.

Ins Groteske gesteigert wurde diese falsche Analyse durch Sozialdemokraten wie Otto Bauer, für den der Faschismus eine Form der Staatsmacht ist, die "über beiden Klassen, dem Proletariat und Bourgeoisie, steht", und Brailsford, der behauptete, daß im Faschismus "aufständisches Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen" hätte, die Macht ausübe. (Vgl. Dimitroff, Protokoll des VII. Weltkongresses der KI, Neudruck Ffm 1971, S 75)

Bauer sitzt der Erscheinungsform jedes bürgerlichen Staates auf, und Brailsford verwechselt die Träger der faschistischen Massenbewegung mit den Machthabern im Faschismus.

Selbstverständlich wird auch im Faschismus der Widerspruch zwischen dem Staat als geschäftsführendem Ausschuß der Kapitalistenklasse (d.h. konkret der Monopolbourgeoisie) und den einzelnen Kapitalisten (d.h. konkret den einzelnen Monopolgruppierungen und Monopolisten) nicht aufgehoben. Aber diesen Widerspruch sehen und sich gegen eine "Agententheorie" wenden, die diesen Widerspruch leugnet, ist eine Sache, diesen Widerspruch als Verselbständigung des Staates gegenüber der Bourgeoisie oder gar als Widerspruch zwischen Klassencharakter der politischen und ökonomischen und sozialen Herrschaft begreifen, ist eine andere Sache.

(7) Vgl. Thesen der Brandler/Thalheimer-Gruppe zum 9. Parteitag der KPD 1924, Protokoll, S. 177-178. Vgl auch die Thesen des Zentralausschusses der KPD am 3. November 1923 über die Lage in Deutschland und die politischen Aufgaben der Partei in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Band VII, 2, S 471-480.

(8) Vgl. Protokoll des IX. Parteitages, S 226 f, und schon früher: Referat Sinowjew in der Sitzung der Exekutive der KI Januar 1924, in: Die Internationale, Band 5 (1924), S 33 ff, vor allem S 40 f.

geoisie von der bürgerlichen Diktatur sozusagen "normalen" Typs unterscheiden. Wozu das, Genossen? Sind denn etwa die marxistisch-leninistischen Definierungen der bürgerlichen Diktatur schon veraltet und auf die faschistische Form der bürgerlichen Diktatur nicht mehr anwendbar? Hinter all diesen krampfhaften theoretischen Bemühungen, die nur die Frage verwirren, ja zur eigenen Verwirrung und was schlimmer ist, zur Verwirrung anderer führen, verbirgt sich in Wirklichkeit eine Gegenüberstellung des Faschismus als "neuer Typus" des bürgerlichen Staates gegen den alten demokratischen Typus dieses letzteren. Die ganze Verschärfung des Klassenkampfes zeugt davon, daß der Unterschied der Methoden der Klassenherrschaft zwischen der sogenannten bürgerlichen Demokratie und dem Faschismus sich immer mehr verwischen wird, bzw. in der Praxis bereits verwischt ist". (Manuilski, Die kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus, Bericht vor dem 11. Plenum des EKKI März/April 1931, Schlußwort, S. 122)

Manuilski sah richtig, daß der Faschismus nicht von der allgemeinen Krise des Imperialismus losgelöst betrachtet werden kann und daß er Symptom der politischen Krise des Imperialismus ist. Daß er der bestimmte Ausweg der Bourgeoisie aus einer bestimmten Krise ist und sich als bestimmte Form der Diktatur der Bourgeoisie von anderen qualitativ unterscheidet, vernachlässigte er. Entsprechend konnte in der Komintern auch der Gedanke aufkommen, daß eine Koexistenz der Politik der Arbeitsgemeinschaft und der faschistischen Volksgemeinschaft durchaus möglich sei, während der Faschismus in Wirklichkeit auf die Zerschlagung des ganzen Systems der Arbeitsgemeinschaft samt der entsprechenden bürgerlichen Parteien hinauslief. Aus der richtigen These Manuilskis: "Der Hauptfeind der Arbeiterklasse war, ist und bleibt stets die Bourgeoisie", wurde nicht rechtzeitig der Schluß gezogen, den Hauptschlag gegen den Faschismus zu richten, weil der Charakter der politischen Krise, aus der nur der Faschismus der Ausweg für die deutsche Bourgeoisie sein konnte, nicht erkannt wurde. Die Krise von 1929 ff. war im Gegensatz zu der von 1918 ff. für die deutsche Bourgeoisie gerade nicht durch die Arbeitsgemeinschaft zu lösen. Deshalb mußte die Arbeiterklasse den Hauptschlag gegen den Faschismus führen, um den Hauptfeind Bourgeoisie zu treffen. Diese Konsequenz zog die Komintern erst nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland.

Dimitroff zeigte in seinem Referat die Notwendigkeit des faschistischen Auswegs für die Bourgeoisie auf: "Schon der VI. Kongress der kommunistischen Internationale hat dem internationalen Proletariat signalisiert, daß eine neue faschistische Offensive im Anzuge ist und hat zum Kampf gegen sie aufgerufen. Der Kongress wies darauf hin, daß 'faschistische Tendenzen und Keime einer faschistischen Bewegung in mehr oder weniger entwickelter Form fast überall zu finden sind'.

Als die äußerst schwere Wirtschaftskrise hereingebrochen war, die allgemeine Krise sich heftig verschärft und die werktätigen Massen sich revolutioniert hatten, ging der Faschismus zum breiten Angriff über. Die herrschende Bourgeoisie suchte immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg vorzubereiten, um die Sowjetunion zu überfallen, China zu versklaven und durch all diese Schritte die Revolution zu verhindern.

Die imperialistischen Kreise suchen die ganze Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Dazu brauchen sie den Faschismus.

Sie wollen das Problem der Märkte durch Versklavung der schwachen Völker, durch Steigerung der kolonialen Unterdrückung und durch die Neuaufteilung der Welt auf dem Wege des Krieges lösen. Dazu brauchen sie den Faschismus.

Sie suchen dem Anwachsen der Kräfte der Revolution durch die Zerschlagung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und der Bauern und durch den militärischen Überfall auf die Sowjetunion, das Bollwerk des Weltproletariats, zuvorzukommen. Dazu brauchen sie den Faschismus."
(Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: VII. Weltkongress der Komintern, Neudruck Frankfurt/M. 1971).

Die Bourgeoisie brauchte den Faschismus, sie hatte nicht die Wahl zwischen dieser oder jener Rettung, wenn sie die ganze Last der Krise auf das Proletariat abwälzen, die Neuaufteilung der Welt einleiten und dem Anwachsen der Kräfte der Revolution zuvorkommen wollte. Das aber mußte sie versuchen, wenn sie aus der politischen Krise herauskommen wollte. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft erlaubte es nicht, die ganze Last auf das Proletariat abzuwälzen, war deshalb auch nicht geeignet, alle Kräfte für die Rüstung einzusetzen, und vor allem wandte sich die Arbeiterklasse selbst immer mehr von der Arbeitsgemeinschaft ab, weil sie offensichtlich nichts brachte und sich als Betrug erwies.

Dimitroff bestimmte den Faschismus nun auch nicht mehr einfach nach seinem allgemeinen Wesen, Diktatur der Bourgeoisie zu sein, sondern bestimmte ihn entsprechend der Charakterisierung des XIII. Plenums der EKKI als "die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." (a.a.O. S. 75)
Ist diese Bestimmung richtig? Dimitroff gibt wenige Zeilen später eine andere Kennzeichnung: "Der Faschismus - das ist die Macht des Finanzkapitals selbst". Diese Ergänzung ist von entscheidender Bedeutung, wenn man nicht einer falschen Fraktionstheorie innerhalb des Finanzkapitals aufsitzen will. Bei der Errichtung der faschistischen Herrschaft sind zwar bestimmte Elemente des Finanzkapitals führend, wie in Deutschland die Vertreter der Schwerindustrie, aber sie errichten die faschistische Herrschaft im Interesse des Finanzkapitals überhaupt, was sich in Deutschland auch sofort zeigte, wo bestimmte Teile des Finanzkapitals (Chemie, Elektro), die der Krise zuerst mit einer neuen Variante der Arbeitsgemeinschaft Herr werden wollte (letzter Versuch: Schleicher-Regierung), spätestens mit der Berufung Hitlers zum Kanzler sofort auf die Seite des Faschismus übergingen, dessen Programm der Zerschlagung der Reste der Arbeitsgemeinschaft immer klarer dem Gesamtinteresse des Finanzkapitals entsprach und von immer grösseren Teilen des Finanzkapitals anerkannt wurde. Dimitroff arbeitete auf dem VII. Weltkongress klar die Beziehungen zwischen politischer Reaktion und Faschismus heraus, die durch die bestimmte Form der politischen Krise vermittelt sind:
" Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch die andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offen terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler. Sie würde das revolu-

tionäre Proletariat daran hindern, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr, daß die Faschisten die Macht ergreifen, zu mobilisieren, sowie die Gegensätze auszunützen, die im Lager der Bourgeoisie selbst bestehen. Doch nicht minder ernst und gefährlich ist der Fehler, die Bedeutung zu unterschätzen, die den gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zukommt, jenen Maßnahmen, die dazu dienen, die demokratischen Freiheiten der Werktätigen zu unterdrücken, die Rechte des Parlaments zu verfälschen und zu schmälern, die Repressalien gegen die revolutionäre Bewegung zu verschärfen.

Genossen, man darf sich den Machantritt des Faschismus nicht so glatt und einfach vorstellen, als faßte irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß, an dem und dem Tag die faschistische Diktatur aufzurichten. Tatsächlich gelangt der Faschismus gewöhnlich in gegenseitigem, zuweilen scharfem Kampf zwischen dem Faschismus und den alten bürgerlichen Parteien oder einem bestimmten Teil dieser Parteien zur Macht; im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößten führt, wie wir es in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tasache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel verschiedene Etappen durchlaufen, die den Machtantritt des Faschismus vorbereiten und unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der fördert ihn vielmehr."
Dimitroff, VII. Weltkongresses a.a.O. S. 76 f.)

Das Finanzkapital konnte seine offene terroristische Diktatur nicht ohne eine breite Massenbewegung errichten, denn ohne sie hätte es die bürgerliche Demokratie und die Reste der Arbeitsgemeinschaft nicht zerschlagen können. Die Errichtung der offen terroristischen Diktatur des Finanzkapitals durch eine Massenbewegung hat Leuten wie Thalheimer und erst recht den sozialdemokratischen Apologeten des Monopol-Kapitalismus ihre falsche Analyse des Faschismus ermöglicht. Dabei wurde übersehen, daß der Imperialismus ständig zu Massenmobilisierungen gezwungen ist und das Finanzkapital zur Sicherung seiner Herrschaft ständig einer Massenbasis bedarf, die ihm 1918 ff. die SPD verschaffte. Andererseits wurde aus der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Massenbewegung auf den Klassencharakter des Faschismus geschlossen. Das Finanzkapital kann diese Massenbewegung natürlich auch nicht erfinden; sie hat ihre Ursache in der politischen Krise des Imperialismus, von deren Form es abhängt, ob sie vom Finanzkapital benutzt werden kann oder nicht. 1918 ff konnte sie z.B. durch das Finanzkapital nicht zur Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeitsgemeinschaft benutzt werden, obwohl das einige Schwerindustrielle schon damals angestrebt haben. Welche Kraft und welche Bedeutung die faschistische Massenbewegung entwickelt, hängt letztlich ab vom Kräfteverhältnis zwischen den beiden Hauptklassen der kapitalistischen Produktionsweise, hängt ab vom Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Ohne die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie hat die faschistische Massenbewegung keinen Raum zur Entfaltung. Träger der faschistischen Massenbewegung sind die alte und die neue Mittelklasse und hier vor allem die neue Mittelklasse (9), die aus dem Faschismus ein vorwiegend städtisches Phänomen macht. Diese neue Mittelklasse von Staatsbediensteten und großen Teilen der Angestellten geraten in jeder politischen Krise in Bewegung und werden dann zur Manövriermasse der imperialistischen Bourgeoisie, wenn es dem Proletariat nicht gelingt, sie zu gewinnen oder wenigstens zu neutralisieren. Selbständig haben sie keine Perspektive außer der des Hin- und Herschwankens. Diesem wird die faschistische Ideologie gerecht, die sie dann tatsächlich an die Monopolbourgeoisie bindet. Der Faschismus an der Macht wendet sich gerade auch gegen seine Basis, weshalb er gezwungen wird, sich einen Terrorapparat aufzubauen, und sich nicht länger auf die faschistische Bewegung selbst stützen kann. (Ablösung der SA durch die SS).

III. HAUPTSCHLAG GEGEN DEN FASCHISMUS?

Die Bourgeoisie wird immer den faschistischen Ausweg anstreben, wenn sie keinen anderen Ausweg aus der politischen Krise findet. Das ist eine ebenso elementare Wahrheit wie die, daß die Bourgeoisie niemals freiwillig von der Bühne abtreten wird. Eine andere Frage ist, ob die Errichtung der faschistischen Herrschaft gegenwärtig auf der Tagesordnung und ob der Kampf der Arbeiterklasse gegen die politische Reaktion gegenwärtig als antifaschistischer Kampf geführt werden muß, also die Errichtung der Einheitsfront und Volksfront gegen den Faschismus gegenwärtig auf der Tagesordnung steht. Manche Marxisten-Leninisten gehen

(9) Vgl. NRF 4/71

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE bringt zweimonatlich auf ca. 40-50 Seiten Beiträge zur materialistischen Kritik des bürgerlichen Rechts, Analysen zur Entwicklung des staatlichen Herrschaftsapparats, Berichte zu politischen Prozessen.

Themen von Heft 3/72 sind u.a.:
- Innere Sicherheit: Programm der Repression
- Angriff auf Strafverteidiger
- Querschnittsgesetz: Verschärfung des Ausländerrechts
- Polizisten sollen töten lernen
- Zum Abtreibungsverbot d.§ 218

Einzelheft DM 1.50 Jahresabonnement DM 8.- plus Porto
Probeheft anfordern !
ROTE ROBE -Verlag
69 Heidelberg Werrgasse 7, Tel. 06221/43863

heute so weit, daß sie sagen, die Arbeiterklasse müsse die SPD-FDP-Regierung stützen, um den antifaschistischen Kampf zu führen, obwohl die Bourgeoisie ganz offen von einer Allparteien-Regierung der inneren Sicherheit spricht. Genauso wie wir uns gegen eine Aufwärmung der Sozialfaschismus-These wenden, genauso, wenn auch aus anderen Gründen, wenden wir uns dagegen, daß der Kampf gegen die imperialistische Herrschaft gegenwärtig als Kampf gegen den Faschismus geführt werden müsse. Eine solche Stoßrichtung liefe letzten Endes auf den umgekehrten Fehler hinaus, den die Komintern lange Zeit gemacht hat, indem sie den Hauptschlag nicht gegen den Faschismus führte, weil sie ihn mit dem Imperialismus gleichsetzte. Heute raten uns verschiedene Marxisten-Leninisten, den Kampf gegen den Imperialismus sozusagen grundsätzlich als antifaschistischen Kampf zu führen. Der damalige Fehler der Komintern hatte ultralinke Konsequenzen, der heutige Fehler hat rechte Konsequenzen. Das eine Mal wird die bestimmte Form des Faschismus vernachlässigt, weil sie am Wesen der Diktatur der Bourgeoisie nichts ändert, das andere Mal wird das Wesen der Diktatur der Bourgeoisie vernachlässigt, indem es immer schon mit der faschistischen Form in eins gesetzt wird. Das eine Mal ist der Kampf gegen den Faschismus einfach mit dem Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie identisch und kann ein spezifisch antifaschistischer Kampf nur ablenken, das andere Mal wird der spezifisch antifaschistische Kampf überhaupt die Kampfform gegen den Imperialismus. Beide Fehler beruhen auf einer mangelnden marxistisch-leninistischen Analyse der konkreten Situation des Klassenkampfs, auf einer falschen Methode der Analyse, die auf die Gleichsetzung von allgemeinem und besonderem hinauslaufen. Wenn wir heute untersuchen, gegen wen der Hauptschlag geführt werden muß, wenn wir den Hauptfeind Bourgeoisie treffen wollen, dann kann das Ergebnis dieser Untersuchung gegenwärtig nur sein: Wir müssen den Hauptschlag gegen die "Allparteien-Regierung der inneren Sicherheit", gegen die Allparteien-Regierung der imperialistischen Expansion führen, dies lehrt uns die bisherige Geschichte der Bundesrepublik.

Nach dem Zusammenbruch des Faschismus unter den Schlägen der Roten Armee und den Armeen der imperialistischen Westallierten eroberte sich die Arbeiterklasse Machtpositionen im Betrieb und als Kern der demokratischen Massenbewegung auch politische Rechte. Aber in Westdeutschland hielten die Besatzungstruppen für die Kapitalistenklasse die Stellung und drängten die Massenbewegung zurück. Die Besatzungtruppen verschafften den Kapitalisten Zugang zu den Fabriken und garantierten ihre Rückkehr, nachdem die Arbeiter die Produktion wieder in Gang gebracht hatten. Nur mit Hilfe der Besatzungstruppen konnten die Kapitalisten die Ausgangspositionen zurückerobern, von denen aus sie die Arbeiterklasse und die demokratischen Volksmassen Schlag auf Schlag zurückdrängen und ihre alte Herrschaft wiedererichten konnten. Währungsreform, Gründung der Bundesrepublik mit ihrer Verfassung, die nur ein Bruchteil der Forderungen der Arbeiterklasse und der demokratischen Volksmassen erfüllte, Erlaß des BVG, Verbot des politischen Streiks und Wiederaufrüstung sind nur einige der Schläge, die die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse führte und mit denen sie ihre Herrschaft wiederaufrichtete und konsolidierte. Diese Maßnahmen stießen zwar auf keinen ernsthaften Widerstand der alten Partner der Arbeitsgemeinschaft, der SPD- und Gewerkschaftsführung, die im Gegenteil alles taten, um den Klassenkampf abzustumpfen und einzudämmen, sie wurden aber von der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Parlament unter Führung von Adenauer ohne direkte Beteiligung der SPD- und Gewerkschaftführung durchgesetzt. Anders als in der Weimarer Republik konnte die Bourgeoisie sofort daran gehen, die KPD zu zerschlagen und ihr überhaupt keinen legalen Spielraum zu geben. 1956 wurde sie endgültig verboten. Auf Grund des imperialistischen Wiederaufbauplans für die Herrschaft des Kapitals (Marshall-Plan) gelang es der Bourgeoisie, die ökonomischen Grundlagen für diese allseitige Reaktion zu schaffen. Diese allseitige Reaktion konnte so den Klassenkampf eindämmen und die revolutionären Teile der Arbeiterklasse und des Volkes von den Massen isolieren oder zumindest ihres politischen Einflusses zu berauben. So gelang es der deutschen Bourgeoisie nach ihrer schwersten Niederlage, innerhalb von relativ wenigen Jahren in Westdeutschland ihre Herrschaft in einer Weise zu sichern, wie ihr dies in der Weimarer Republik niemals gelungen war, und zwar ohne nach innen irgendwelche Zugeständnisse machen zu müssen, die ihr ernstlich wehtaten. Erst nach Abschluß der Wiederaufbauphase, des Wonnemonds des westdtn. Kapitalismus, und während der ersten einschneidenden ökonomischen Krise von 1966/67 mußte die offen reaktionäre politische Vertretung der westdeutschen Monopolbourgeoisie eine direkte Zusammenarbeit in der Regierung mit der SPD und mit der Gewerkschaftsführung anstreben, nun aber im Gegensatz zu 1918 nicht, um die proletarische Revolution zu verhindern, sondern um mit Hilfe der SPD- und Gewerkschaftsführung eine Welle der imperialistischen Expansion nach außen einzuleiten und den Forbestand inneren Friedens zu sichern. Ausdruck dieser Tatsache sind die durch die Große Koalition gesicherte Stillhaltepolitik der Gewerkschaften zugunsten einer ersten großen Kapitalexportoffensive und die Verabschiedung der Notstandsgesetze im Jahr 1968. Die Große Koalition war die Antwort der Bourgeoisie auf die erste große Nachkriegskrise des westdeutschen Kapitalismus und auf einen Wiederaufschwung des Klassenkampfes des Proletariats und der demokratischen Massenbewegung. Die Große Koalition war in jeder Hinsicht eine Krisenregierung der Bourgeoisie, was sich in ihren Stabilitätsgesetzen, der Einrichtung von Krisenstäben etc. deutlich zeigt. Die SPD-FDP-Regierung ist ihrem Wesen nach nichts anderes als die Fortsetzung dieser Krisenregierung; selbst ihre angebliche Reformpolitik ist der demagogische Versuch, den Anfängen der sozialen und politischen Krise des westdeutschen Kapitalismus zu steuern. Aber diese Reformpolitik ist zum Scheitern verurteilt, weil sie mit den Expansionsbedürfnissen des westdeutschen Kapitalismus nicht übereinstimmt und weil sie die inflationären Folgen der staatlichen Interventionspolitik zugunsten des Finanzkapitals verstärken würde. Deshalb beschränkte sich die Politik der Reformen auf die "Politik der inneren Sicherheit", d.h. den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates. Die fieberhaften Vorbereitungen der Bourgeoisie auf die politische Krise sind durch die SPD-FPD-Regierung rasant beschleunigt worden. Daraus durfte jedoch in keiner Weise von Seiten der Marxisten-Leninisten die These "Hauptfeind SPD-Regierung" abgeleitet werden, wie dies vor allem das ZB der KPD/ML lange Zeit getan

hat. (10) Erstens bleibt nach wie vor richtig, was Manuilski 1931 auf dem XI. Plenum der EKKI festgestellt hatte: Hauptfeind war, ist und bleibt stets die Bourgeoisie, und zweitens ist der Hauptschlag nicht gegen die SPD-FPD-Regierung zu führen, sondern gegen die Allparteienregierung der inneren Sicherheit und der imperialistischen Expansion. Der entgegengesetzte Fehler wird von jenen Organisationen gemacht, die gegenwärtig den Hauptschlag gegen die CDU/CSU führen wollen und eine CDU/CSU-Regierung durch Wahlaufrufe für die SPD verhindern wollen. (11) Das ist eine höchst schädliche Neuauflage der Politik des "kleineren Übels", die seinerzeit die SPD gegenüber der Brüning-Regierung betrieben hatte, und eine durch und durch opportunistische Anpassung an bürgerliche Stimmungen in der Arbeiterklasse. Diese Politik wird damit gerechtfertigt, daß unter einer SPD-FPD-Regierung angeblich die Kampfbedingungen besser sind. In Wirklichkeit wird den Strömungen in der Arbeiterklasse nachgegeben, die glauben, unter einer SPD-FPD-Regierung könne die Arbeiterklasse um den Klassenkampf herumkommen, und wird darüber hinweggetäuscht, daß das gegenwärtige Konzept der Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterklasse die Zusammenschweißung der "demokratische" Parteien gegen die Arbeiterklasse ist und der Abbau der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes durch geschlossen durchgeführte Verfassungsänderungen und einheitlich durchgeführte administrative Verordnungen. Das Schlagwort dieser Konzeption der Bourgeoisie ist die sog. "wehrhafte Demokratie", also nicht die Zerschlagung der bürgerlichen Demokratie, sondern ihre weitere "Formierung" als Instrument der Diktatur der Bourgeoisie. Der Kampf gegen die politische Reaktion muß deshalb gerade gegen ihre gegenwärtige Hauptform, gegen die "wehrhafte Demokratie" der Bonner Bourgeoisparteien geführt werden, gegen sie muß der Hauptschlag geführt werden, denn in ihr besteht gegenwärtig die Antwort der Bourgeoise auf die beginnende politische Krise. Diese Antwort der Bourgeoisie ist nicht vergleichbar mit den Koalitionsregierungen der Weimarer Republik, denn es ist keine Koalition von Klassenparteien im damaligen Sinn, es ist kein Bündnis von Bourgeoisievertretern und Arbeiterverrätern, sondern ein Bündnis von durch und durch bürgerlichen Parteien, sog. "Volksparteien", die die bestehende Form der Herrschaft des Monopolkapitals gemeinsam verteidigen wollen, indem sie sie festigen. Dabei ist die Funktion dieser "Volksparteien", gemeinsam durch die Vorspiegelung der Überwindung der Klassengegensätze und den Kampf gegen die "Extremisten", die angeblich nichts repräsentieren, die Arbeiterklasse und die Voksmassen der bestehenden Form der Diktatur der Bourgeoisie als Basis zu sichern. Bei Verschärfung des Klassenkampfes wird diese Allparteienregierung der inneren Sicherheit und der imperialistischen Reaktion zweifellos ständig fortschreiten in der politischen Reaktion, sich aber dabei immer mehr in einer Front gegen die Massen zusammenschließen. Die Rolle der SPD als Oppositionspartei, die die Arbeiterklasse bindet, wird nicht mehr funktionieren wie in der Weimarer Republik, und die CDU/CSU wird keinen Bruch mit der SPD herbeiführen. Beide Parteien werden nicht in der Lage sein, der Kristallisationskern der unzufriedenen Massen zu sein, und die Massen, die sich von der Bourgeoisie lösen, werden nicht nach rechts sondern nach links gehen, wenn die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde den Kampf in der richtigen Frontstellung führen. Von der Entfaltung der politischen Krise und von der Etappe des Klassenkampfes hängt es ab, inwieweit der faschistische Ausweg für die Bourgeoisie notwendig und möglich wird. Der Faschismus zerschlägt mit Hilfe einer Massenbewegung der alten und der neuen Mittelklassen die Strukturen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und errichtet auf ihren Trümmern die offen terroristische Gewaltherrschaft des Finanzkapitals. Dieser Ausweg wird notwendig, wenn die Bourgeoisie nicht mehr mit den alten Mitteln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie herrschen kann, dieser Ausweg wird möglich, wenn sich eine faschistische Massenbewegung gegen die bürgerlich-parlamentarische Demokratie erhebt; d.h. der faschistische Ausweg wird notwendig, wenn die Bourgeoisie den Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sprengen muß und möglich, wenn das Proletariat zu schwach ist, die sich von der bürgerlichen Demokratie abwendenden Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Tatsächlich war der Faschismus sowohl in Italien als auch in Deutschland die Antwort auf eine gescheiterte Offensive des Proletariats, deren vorübergehende Kampferfolge durch den Faschismus liquidiert wurden, mithilfe von in Bewegung geratenen Volksmassen, der die Arbeiterklasse beim Fortgang ihrer Offensive hätte

---

(10) Vgl. zur Kritik: NRF 6/71
Die "Hauptfeind-SPD-Regierung"-These hat die KPD/ML (ZB) inzwischen offensichtlich aufgegeben. Oder wie sonst ist die neue Parole: "Schlagt Genscher, Barzel, Strauß und Brandt - den Notstandsknüppel aus der Hand" zu verstehen? Auch die Sozialfaschismus-These ist nicht mehr so oft zu finden. Eine Selbstkritik und eine Begründung des Kurswechsels natürlich auch nicht. Die "Hauptfeind-SPD-Regierung"-These verschwindet im selben Maß, wie die KPD/ML(ZB) die Notwendigkeit des demokratischen Kampfes entdeckt. Die "Hauptfeind-SPD-Regierung"-These bedeutete ja auch, dass die SPD-Regierung das letzte Hindernis für die Diktatur des Proletariats sei, die ohne das Kettenglied demokratischer Kampf sofort auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte. Wenn die KPD/ML von "Beginn einer neuen revolutionären Flut" sprach, dann setzte sie die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes analog zu der von 1918 und betrachtete sie als revolutionäre Situation, bzw. lehnte sich an die ihrerseits schon ungenügende Analyse der Komintern von 1929 ff an. Der Grundfehler besteht in der Ersetzung der marxistisch-leninistischen Analyse einer konkreten Situation durch Analogieschlüsse. Nachdem die KPD/ML(ZB) neuerdings einen Kurswechsel vorgenommen hat, scheint jetzt die KPD-AO in die Spur der KPD/ML(ZB) zu treten, wenn sie gegen die neuen Sicherheitsgesetze den Kampf unter der Parole führte: "Kampf des staatlichen Terror der SPD-Regierung" (Rote Fahne 28.6.1972). Wahrscheinlich werden wir hier bald eine neue Neuauflage der Sozialfaschismusanalyse erleben.

(11) In diesem Punkt stimmen KB-Hamburg und ABG-München trotz ihrer sonstigen Gegensätze überein. Wir halten das für ein durch und durch falsches Anknüpfen an die Gefühle der Massen, die ernstgenommen werden, aber nicht reproduziert werden müssen.

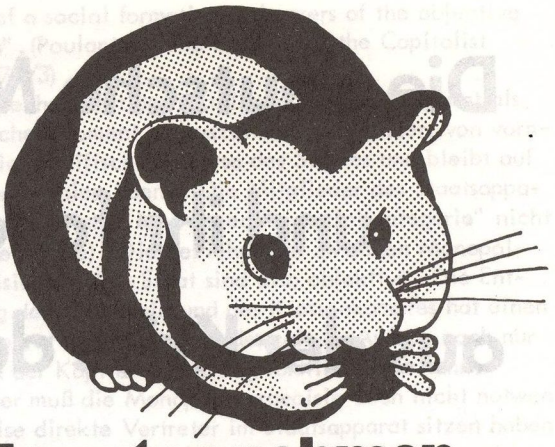
gewinnen können. Insofern stand der Verrat der Sozialdemokratie an der proletarischen Revolution am Anfang der Entfaltung der faschistischen Massenbewegung. Den Zusammenhang zwischen dem Scheitern der revolutionären Offensive des Proletariats, dem Erstarken der faschistischen Massenbewegung und dem Sieg des Faschismus hat schon Clara Zetkin klar erkannt, als sie den Unterschied zwischen dem weißen Terrorregime Horthys in Ungarn und dem Faschismus herausarbeitete: "Das Proletariat hat im Faschismus einen außerordentlich gefährlichen und furchtbaren Feind vor sich. Der Faschismus ist der stärkste, der konzentrierteste, er ist der klassische Ausdruck der Generaloffensive der Weltbourgeoisie in diesem Augenblick. Das aber nicht nur im Hinblick auf die historische Existenz des Proletariats als Klasse, die mit der Überwindung des Kapitalismus die Menschheit befreien muß; es ist auch eine Frage der Existenz jedes schlichten Proletariers, eine Frage des Brotes, der Arbeitsbedingungen und der Lebensgestaltung für Millionen und Millionen von Ausgebeuteten. Deshalb muß der Kampf gegen den Faschismus der Kampf des ganzen Proletariats sein. Es liegt auf der Hand, daß wir diesen tückischen Feind umso eher überwinden, je klarer und schärfer wir sein Wesen und die Auswirkungen seines Wesens erkennen. Nicht nur in den breiten Massen der Proletarier, sondern auch innerhalb ihrer revolutionären Vorhut, unter den Kommunisten. Die Meinung wurde vertreten, und war früher wohl vorherrschend, daß der Faschismus nichts sei als gewaltätiger bürgerlicher Terror, und er wurde geschichtlich und in seinem Wesen und seiner Wirkung nach auf eine Stufe mit dem weißen Schrecken in Horthy-Ungarn gestellt. Aber obgleich die blutigen terroristischen Methoden des Faschismus und des Horthy-Regimes die gleichen sind und sich gleicherweise gegen das Proletariat kehren, ist das geschichtliche Wesen der beiden Erscheinungen außerordentlich verschieden. Der Terror in Ungarn setzte nach einem siegreichen, wenn auch kurzen revolutionären Kampfe des Proletariats ein; die Bourgeoisie hatte vorübergehend vor der Macht des Proletariats gezittert. Der Horthy-Terror kam als Rache für die Revolution. Der Vollstrecker dieses Racheakts ist die kleine Kaste der feudalen Offiziere.
Anders ist es beim Faschismus. Er ist keineswegs die Rache der Bourgeoisie dafür, daß das Proletariat sich kämpfend erhob. Historisch, objektiv betrachtet, kommt der Faschismus vielmehr als Strafe, weil das Proletariat nicht die Revolution, die in Rußland eingeleitet worden ist, weitergeführt und weitergetrieben hat. Und der Träger des Faschismus ist nicht eine kleine Kaste, sondern es sind breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis ins Proletariat hineinreichen. Über diese wesentlichen Unterschiede müssen wir uns klar sein, wenn wir mit dem Faschismus fertigwerden wollen. Wir werden ihn nicht auf militärischem Wege allein überwinden - um diesen Ausdruck zu gebrauchen - , wir müssen ihn auch politisch und ideologisch niederringen." (Clara Zetkin, Bericht auf dem erweiterten Plenum des EKKI 2o.Juni 1923 in: C.Z., Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin 196o, Band 2, S. 689 ff.)

Wenn wir an diesem historischen Wesen des Faschismus festhalten und nicht jede politische Reaktion der Bourgeoisie in der Epoche des Imperialismus, in der die Bourgeoisie grundsätzlich zum politisch reaktionären Faktor geworden ist, als faschistisch oder als Schritt zum Faschismus begreifen- welche Schlüsse müssen wir dann für die gegenwärtige Situation des Klassenkampfes ziehen? Gegenwärtig beginnen Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, vor allem auch in der Intelligenz, dem Hauptträger der faschistischen Massenbewegung, sich vom bürgerlichen Antikommunismus zu befreien und den Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD und selbst für die proletarische Revolution aufzunehmen. Insofern können wir heute tatsächlich von einem Aufschwung der revolutionären Bewegung in der BRD sprechen, auch wenn sie aktuell noch keine ernsthafte politische Gefahr für die herrschende Klasse darstellt. Große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes beginnen die bestehenden Verhältnisse unerträglich zu finden. Der Aufbau des Sozialismus in China zerstört den Alptraum, den die Restauration des Kapitalismus in der SU in der Arbeiterklasse verursacht und der die breiten Volksmassen auch nach der Niederlage des Faschismus in die Arme der Bourgeoisie zurückgetrieben hat. In der ganzen Welt nimmt die revolutionäre Bewegung einen stürmischen Aufschwung. Gegenwärtig ist es nicht so, daß sich die Massen von der proletarischen Revolution enttäuscht abwenden und zum Spielball der faschistischen Demagogen werden. Gegenwärtig ist es so, daß sich die Massen langsam von der Bourgeoisie loslösen und sich die revolutionäre Bewegung stetig in die Breite und Tiefe entfaltet, auch in der BRD. Der Erscheinung nach ist die Bourgeoisie in der BRD gegenwärtig noch in der Offensive, historisch aber und auf längere Sicht bereitet sich die Arbeiterklasse und das Volk auf eine Offensive vor. Dies zu erkennen ist von entscheidender Bedeutung für die Avantgarde der Arbeiterklasse, wenn sie nicht Schuld an einer neuen Niederlage der Arbeiterklasse auf sich nehmen und damit dem Sieg des Faschismus den Weg bereiten will, der der Vollstrecker dieser Niederlage wäre. Was bedeutet das für den demokratischen Kampf gegen die gegenwärtige politische Reaktion, die sich gerade auf soziale Kräfte stützt, die dem Bestehenden noch verhaftet sind, und nicht auf Kräfte, die mit dem Bestehenden aufräumen wollen, aber aufgrund der Schwäche der Arbeiterklasse auf faschistische Weise? Das bedeutet, daß wir den Kampf gegen die politische Reaktion als Offensivkampf führen und ihn direkt mit dem Kampf für den Sozialismus verbinden müssen. Sonst werden wir der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes nicht gerecht. Deshalb stellt die Kommunistische Gruppe (NRF) die gegenwärtigen Kämpfe unter die Hauptparole: "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes ! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus !" Nur unter dieser Perspektive werden wir die Massen, die sich von den bestehenden Verhältnissen lossagen, für den Kampf gewinnen und verhindern, daß wir wie das Kaninchen auf die Schlange auf die Gefahr des Faschismus starren, statt ihm durch den Kampf für die proletarische Revolution jede Massenbasis zu entziehen. Das entscheidende Kettenglied im Kampf für den Sozialismus und die Diktatur des Proletariats ist gegenwärtig der Kampf gegen die politische Reaktion und für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, aber dieses Kettenglied fassen wir falsch an, wenn wir es als Kettenglied zur Entfaltung eines Defensivkampfes begreifen, statt als Kettenglied zur Entfaltung einer Offensive der Arbeiterklasse und des Volkes auf breiter Front mit dem Ziel der Zerschlagung der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Wenn wir den demokratischen Kampf nicht in dieser Perspektive führen, dann überlassen wir die Massen dem Revisionismus und dem Reformismus, den Totengräbern der Revolution und objektiven Wegbereitern des Faschismus. Die Bourgeoisie braucht den Faschismus, wenn sich die beginnende politische Krise entfaltet, ge-

nauso wie 1933, aber sie wird keine Basis finden für die faschistische Lösung, wenn die beginnenden Klassenkämpfe offensiv geführt werden und wenn sich die Avantgarde der Arbeiterklasse auch durch vorübergehende Niederlagen und den staatlichen Terror nicht einschüchtern lässt und diese strategische Perspektive fest im Auge behält. Gegenwärtig ist es so: nur wenn es dem Reformismus und Revisionismus gelingt, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen, die sich von der Herrschaft und der Ideologie der Bourgeoisie lösen, in die Sackgasse und in die Enttäuschung zu treiben, hat der Faschismus als Massenbewegung eine Chance. Solange aber die Kapitalistenklasse nur die Wahl hat, ihre Herrschaft in ihrer bestehenden Form zu verteidigen oder ihre Herrschaft zu verlieren, solange wird sie an dieser bestehenden Form mit allen Mitteln, auch mit Mitteln des Terrors und der Ausnahmegesetze, festhalten. (12) Und gegen diese bestehende Form der Herrschaft des Monopolkapitals müssen wir den Hauptschlag führen, als Hauptschlag, der direkt die Diktatur des Proletariats vorbereitet.

J.S.

(12) Diesen Weg wollte die SPD 1929 ff einschlagen, wenn sie auf dem Magdeburger Parteitag feststellte, wenn schon Diktatur, dann wolle sie selbst diese Diktatur errichten und zwar zur Verteidigung der bürgerlichen Republik. Dieser Weg war damals nicht der Weg der Monopolbourgeoisie, die genau erkannte, daß sie zur Erhaltung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft neuer Kräfte und einer neuen Herrschaftsform bedurfte.
Die KPD sah in der berühmten Diktaturrede von Wels nur ein weiteres Indiz für die Sozialfaschismustheorie, und machte sich an dem Wort "Diktatur" fest, statt zu erkennen, daß hinter den Diktaturvorstellungen der SPD und des Faschismus zwei qualitativ verschiedene Formen der Diktatur der Bourgeoisie standen, das Notstandsregime der bürgerlichen Demokratie einerseits und die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch den Faschismus andererseits. Gegen beide Formen der Diktatur der Bourgeoisie konnte der Kampf richtig nur geführt werden, wenn ihre Differenz erkannt wurde und der Hauptschlag gegen die Form der Diktatur der Bourgeoisie geführt wurde, die die Bourgeoisie mit ihrer strategischen Offensive anstrebte. Mit einer Politik des "kleineren Übels" hat das gar nichts zu tun, weil dieser Hauptschlag geführt wird, um selbst in die strategische Offensive zu kommen, und nicht, um ein größeres Übel zugunsten eines kleineren Übels zu verhindern. Veränderungen der Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse sind immer Ergebnisse des richtig und selbständig geführten Klassenkampfes und niemals eine Frage der Wahl zwischen größerem und kleinerem Übel, die den Verzicht auf den Klassenkampf und damit auf die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Proletariat und Bourgeoisie bedeuten würde.
Heute ist die Bourgeoisie in einer strategischen Defensive und das Instrument dieser Defensive ist eben gerade die "wehrhafte Demokratie".



Hamster nehmen, nehmen, nehmen. Setzen Fettpolster an. Und das nicht zu knapp. Sind Krankenkassen auch so? NEIN

Da ist zum Beispiel die DAK.

Als sozialer Krankenversicherungsträger hat sie Solidarbeiträge, die auch der Situation der Studenten gerecht werden.

Schon ab 11 Mark monatlich können sich Studenten bei der DAK versichern.

Über Beitragseinstufung und Weiterversicherung geben alle DAK-Geschäftsstellen nähere Auskünfte.

Eines aber kann schon jetzt gesagt werden: Auch den Studenten bietet die DAK vom ersten Tag der Mitgliedschaft an vollen Versicherungsschutz!

Eine Aufnahme ist möglich, wenn neben dem Studium eine Angestelltentätigkeit ausgeübt wird, z. B. als Werkstudent.

Diese Information glaubt die DAK allen Studenten schuldig zu sein.

Das Zeichen für Vertrauen und Leistung

DAK

DEUTSCHE ANGESTELLTEN-KRANKENKASSE

Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik

VORBEMERKUNG

Der folgende Artikel ergänzt die "Thesen zur Faschismusfrage", indem er die Politik der Monopolbourgoisie in der Weimarer Republik und den faschistischen Ausweg aus der Krise von 1929 historisch untersucht.

I. EXTRAPROFIT UND MONOPOLPROFIT

Die Maßnahmen des monopolkapitalistischen Staates lassen sich nur erklären, wenn man vom Extraprofit und Monopolprofit ausgeht.

Um sich zu behaupten ist der Kapitalist gezwungen, ständig einen Extraprofit zu erzielen. Der fallenden Profitrate muß durch eine Erhöhung der Profitmasse entgegenwirken. Um aber die wachsende Profitmasse realisieren zu können, bedarf es eines größeren Marktraumes. Diesen kann er aber nur dadurch erobern, daß die Preise seiner Waren kontrahieren und so ein anderer Kapitalist vom Markt verdrängt wird. Er muß es durch Verbesserung seiner individuellen Produktionsbedingungen schaffen, die Waren über ihrem individuellen Wert, aber unter ihrem gesellschaftlichen zu verkaufen." Der Kapitalist, der die verbesserte Produktionsweise anwendet, eignet sich daher einen größeren Teil für die Mehrarbeit an, als die übrigen Kapitalisten in dem selben Geschäft." (Kapital I, S.336) Die Grundlage für den Extraprofit ist die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung. Sie hat zum einen stoffliche Ursachen, zum anderen ist sie Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise, in der die einzelnen als Privatproduzenten in Konkurrenz gegeneinander produzieren, um sich am Leben zu erhalten. So setzt sich in der Erscheinung der Konkurenz und der Jagd nach dem Extraprofit das Wesen des Kapitals durch, sich als verwertender Wert im größtmöglichen Maß zu reproduzieren. Den status quo auf dem Markt, was lediglich die Realisierung eines Durchschnittsprofit bedeutet, kann sich ein Kapitalist nur vorübergehend und unter besonderen Umständen leisten, ohne vom Markt verdrängt zu werden.

Das Monopol und die Herausbildung des Finanzkapitals verschärfen die Konkurrenz der durch Konzentration und Zentralisation ungeheuer angewachsenen Kapitale.

Die Notwendigkeit, Extraprofite in entsprechend größerem Ausmaß zu erzielen, ist die unausbleibliche Folge, und die Suche nach einem größeren Marktraum drängt über die nationalen Grenzen hinweg. Dabei fallen die stofflichen Bedingungen der ungleichzeitigen Entwicklung weg, indem der Kapitalismus "die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft in engste Verbindung zueinander bringt, welche Entwicklung das Finanzkapital bis zum höchsten Maße" steigert. (Lenin LW 25, S.344) Die neuen Konkurrenzbedingungen, die durch die Herausbildung und Entwicklung des Finanzkapitals und des Kredits für die Monopole entstehen, machen die Herausbildung des monopolkapitalistischen Staates nötig. Mit der Entwicklung des Finanzkapitals steigert sich die Bedeutung des Wirtschaftsgebietes. Denn der Kartellprofit (eine besondere Art des Extraprofits) kommt durch die Umverteilung der vorhandenen Profitmasse zugunsten der Monopole zustande und ist nichts anderes als die Aneignung des Profits anderer Kapitale. So wächst einerseits rasch die Masse des in einer Hand zur Verfügung stehenden Kapitals, während sich andererseits seine Anlagesphäre kontrahiert. Dieser Widerspruch findet seine Lösung im Kapitalexport. Der Kapitalexport ist aber nicht eine Folge der Kartellierung. Er ist eine Erscheinung, die von der kapitalistischen Entwicklung unzertrennlich ist. Aber die Kartellierung steigert den Widerspruch und den Kapitalexport zur unbedingten Notwendigkeit.

"Die Politik des Finanzkapitals verfolgt drei Ziele:
1. die Herstellung eines möglichst großen Wirtschaftsgebietes
2. den Schutz dieses Wirtschaftsgebietes gegen die ausländische Konkurenz durch Schutzzoll
3. die Herstellung eines möglichst großen Wirtschaftsgebietes, das zum Exploitationsgebiet der nationalen monopolistischen Vereinigungen wird."
(Hilferding, Das Finanzkapital S.443).

Die staatliche Machtstellung wird damit zum Profitinteresse des Kapitals." Die Diplomatie erhält als wichtigste Funktion die Vertretung des Finanzkapitals." (Hilferding aaO, S.451) Die Größe des Wirtschaftsgebietes hat insbesondere die Funktion, daß der Schutzzoll einen Extraprofit innerhalb dieses Gebietes garantiert und je größer das Wirtschaftsgebiet desto größer der Extraprofit. (1)

Neben dieser Form einen Extraprofit zu erzielen, dient der Kapitalexport dem gleichen Zweck. Bedingung für den Kapitalexport ist die Ungleichheit der Profitrate, da sonst kein Anreiz zum Extraprofit gegeben wäre.

Ebenso wird der Rohstoffreichtum der vom Imperialismus unterdrückten Völker zu einer Quelle des Extraprofits für die Monopole. Die Höhe hängt dabei wesentlich mit

der mehr oder weniger geringen Grundrente zusammen, was wiederum von der politischen Beherrschung des Gebietes abhängt.
Die Erschließung neuer Märkte für den Export von Warenkapital ist ein wichtiges Moment, um die Dauer der Prosperitätsphase für die Monopole zu verlängern.
Diese Vorteile eines nationalen Kapitals gegen die unterdrückten Völker selbst und gegen die Kapitale anderer Nationen abzusichern, ist Aufgabe des monopolkapitalistischen Staates.

Die neuen Bedingungen der Konkurrenz zwingen die Monopole, sich bei der Erzielung von Extraprofiten nicht mit der Verwohlfeilerung ihrer Produktionsbedingungen zu begnügen. Da mit der Entwicklung des Kapitals zum Monopolkapital die technischen Gründe der ungleichzeitigen Entwicklung als Notwendigkeit wegfallen, nimmt nun die politische Sicherung der Ungleichzeitigkeit eine alles andere in den Schatten stellende Bedeutung an. Daneben treten als wichtige Hilfsmittel Börsenschwindel, Bildung von fiktivem Kapital, Geschäfte mit der Inflation durch die Emmission von Papiergeld, um sich auf diese Weise Zwangsanleihen bei der Bevölkerung zu holen, Steuerhinterziehung, Abschreibungsschwindel, Aktienmanipulationen; das alles werden unentbehrliche Mittel, um die für das Fortbestehen in der Konkurrenz notwendigen Monopolprofite zu erzielen.

Die Durchbrechung der Gesetze des Kapitalismus wird zur Notwendigkeit für die Monopole. (- gleichzeitig wurden die Monopole durch die Entwicklung des Kapitals notwendig hervorgerufen und existieren auch weiterhin nur auf seiner Grundlage . Dieser Widerspruch entlädt sich in den ungeheuer verschärften Krisen des Imperialismus -) Vor allem aber brauchen sie das politische Instrument zur Sicherung ihrer ökonomischen Existenz und Herrschaft : den Staat. Doch die soziale Basis der Monopolbourgeoisie ist zu klein, als daß sie im eigenen Namen die Staatsgeschäfte führen könnte. Würde die Monopolbourgeoisie unmittelbar selber die politische Macht ausüben, so würde es ihr wohl kaum gelingen, ihr besonderes Interesse -die Kapitalverwertung und den Monopolprofit - als allgemeines Interesse auszugeben und sie würde nie die Massenloyalität finden, welche die imperialistische Bourgeoisie unbedingt zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft braucht. Um sich aber die nötige Massenbasis ihrer politischen Herrschaft zu sichern und gleichzeitig das Proletariat und die werktätige Bevölkerung den Bedingungen der Kapitalverwertung zu unterwerfen, greift die Bourgeoisie zu verschiedenen Herrschaftsformen , die alle dadurch gekennzeichnet sind, daß die Regierungsgeschäfte von sozialen Gruppen getragen werden, die nicht selbst der Monopolbourgeoisie angehören. Jedoch wird dadurch der Klassencharakter des Staates als monopolkapitalistischer Staat nicht berührt. Die Funktionalität des Staates erwächst aus der Ökonomie und dem Klassenkampf. Sie bestimmt sich nicht wesentlich von den Personen her, welche die bezahlten und allgegenwärtigen Organe des bürgerlichen Staatsapparates, die militärischen, bürokratischen und die gerichtlichen Stellen besetzen. (Die Revisionisten dagegen leiten den Klassencharakter des Staates und seiner Funktionalität nicht aus der Ökonomie und dem Klassenkampf her, sondern reduzieren den Klassencharakter auf "interpersonal relations of the members of the diverse groupes that constitute the stateapparatus" und stilisieren die 'interpersonal relations' zum wesentlichen Punkt. Dagegen sind die "agents of a social formation...bearers of the objective instances". (Poulantzas, The Problem of the Capitalist State, S.72/3)
Die Klassenherkunft der Mitglieder im Staatsapparat als wesentliches Moment herauszustellen verhindert von vornherein die spezifische Analyse des Staates und bleibt auf der phänomenalen Ebene. Die Mitglieder des Staatsapparates repräsentieren eine "specific social categorie" nicht aber eine Klasse). Die Beziehungen zwischen Monopolbourgeoisie und dem Staat sind also objektive. Die Entwicklung der Ökonomie und des Klassenkampfes hat einen Staatsapparat herausgebildet, der seinem Aufbau nach nur im Sinne der Kapitalverwertung funktionieren kann.
Von daher muß die Monopolbourgeoisie auch nicht notwendigerweise direkte Vertreter im Staatsapparat sitzen haben und es ist ihr möglich in besonderen Situationen sogar reformistischen Parteien die Führung der Regierungsgeschäfte zu überlassen.
Doch die Interessen der einzelnen Monopolgruppen sind nicht gleichgerichtet ; denn der Monopolprofit macht einen nicht unwesentlichen Teil des Extraprofits der Monopole aus. Und der Monopolprofit kommt zustande durch die Umverteilung der vorhandenen Profitmasse auf Kosten des jeweils schwächeren Kapitals. "Der Kampf um die Verteilung des Profits geht auf verschieden sich durchkreuzenden Linien vor sich. Alle Schichten der Bourgeoisie der Agrarimportländer kämpfen gegen die künstliche Aufrechterhaltung der hohen Grundrente , die die Lebensmittelpreise erhöht, die Senkung der Löhne erschwert, die Verminderung der Selbstkosten und damit die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt hindert. Agrarier und Bauern, industrielle Bourgeoisie und Kleinbürgertum kämpfen gemeinsam gegen das Leihkapital, gegen die Rentnerklasse um Herabsetzung der Zinsen. Die verarbeitende Industrie kämpft gegen die Rohstoffmonopole, die Bauern gegen die großen Monopole des Zwischenhandels usw. Der Kampf geht um die Gestaltung der Zollpolitik, der Preispolitik, um die Verteilung bzw. Abwälzung der Steuern, um die staatlichen Bestellungen, Subventionen, Kredite usw. Mit einem Wort um die Beherrschung des Staates. " (Varga, Die Krise des Kapitalismus und seine politischen Folgen. S.290)
So strebt jeder Teil der Monopolbourgeoisie, sein besonderes Interesse zum allgemeinen zu machen, d.h. möglichst direkten Einfluß auf den Staatsapparat und seine weitverzweigten Organe auszuüben und die Delegation der Regierungsgeschäfte an fremde soziale Gruppen kann nur ein notwendiges Übel darstellen, welches, wenn eben möglich, aus dem Weg geräumt werden muß. Hier hat die Demokratiefeindlichkeit aller Gruppierungen des Monopolkapitals ihren Grund.
Im übrigen ist klar, daß die Demokratie der kapitalistischen Gesellschaft selbst in ihrem Wesen reaktionär ist, indem sie sich in einen bürgerlichen Staatsapparat einfügt, dessen militärische, bürokratische und gerichtliche Organe sich wie eine Netzhaut um den Körper der Gesellschaft schlingen.
Die Organe der bürgerlichen Demokratie sind parlamentarische, d.h. bürokratische, welche nur ab und zu gewählt werden, um in der Folgezeit unkontrollierbar zu sein. So können die Monopole die Demokratie einerseits akzeptieren, weil sie sowieso reaktionär ist, andererseits geht die Tendenz nach verschärfter Reaktion aufgrund der Verwertungsnotwendigkeiten der einzelnen Monopolgruppen.
Diese Entwicklung des Kapitals und seiner Herrschafts-

formen in dem verfaulenden Stadium des Kapitalismus ist eine notwendige, die sich aus den Bewegungsgesetzen des Kapitals ergibt. Doch obwohl die Herrschaftsformen eine immer mehr reaktionäre Entwicklung nehmen, stehen sie nicht unerschütterlich da, gerade aufgrund ihres Zusammenhangs mit der Ökonomie. So treibt der ungeheuere Hunger der Kapitale nach Monopol – und Extraprofiten und nach Erweiterung des Wirtschaftsgebietes und die notwendige Übertretung der Äquivalenzgesetze zu immer allumfassenderen Krisen. Der Weltmarkt ist hergestellt, der Markt läßt sich nur nach außen erweitern, indem die Monopole in den Markt ausländischer Kapitale eindringen. Die Entwicklung verschärft den für die Bourgeoisie nicht authebbaren Konflikt zwischen der wirtschaftlichen und politischen Organisation, zwischen Monopol und Nationalstaat. Durch die Verwandlung der Krise in die Krise der Nationalwirtschaft ist jede ökonomische Krise je nach ihrer Schwere mit einer entsprenden Regierungskrise verbunden. (2) Die Bourgeoisie treibt an den Rand der politischen und ökonomischen Katastrophe und ist zum imperialistischen Krieg gezwungen, worin sich die Widersprüche entladen und nach einer Lösung suchen. Die Versuche der deutschen Bourgeoisie aus solchen allumfassenden Krisen einen Ausweg zu finden, waren nach dem ersten Weltkrieg durch die Politik der "Arbeitsgemeinschaft" und in der Weltwirtschattskrise durch die Politikder "Volksgemeinschaft" gekennzeichnet.

II. DIE WEIMARER REPUBLIK UND IHR REAKTIONÄRER KLASSENCHARAKTER

Statt der erhofften Kriegsbeute brachte der erste Weltkrieg der Bourgeoisie erhebliche Gebietsverluste – außer sämtlichen Kolonien gingen auch die Industriegebiete, Elsaß Lothringen und Teile Oberschlesiens als Profitquelle verloren – und zudem "extremen Mangel an Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern, teilweisen Zusammenbruch von Gesetz und Ordnung, Desorganisation, schwache Disziplin und Unzuverlässigkeit der Streitkräfte, Verlust an Zuversicht von Seiten der herrschenden Klasse und fehlende Achtung vor bestehenden Gewohnheiten im Denken und Verhalten in weiten Teilen der Bevölkerung." (Sweezy, Theorie der kapitalistischen Entwicklung, S. 385 f) Die Bourgeoisie bot in dieser Situation der Sozialdemokratie die Arbeitsgemeinschaft in Form der Regierungsbeteilung an. So kam es, daß trotz der politischen Situation in Deutschland und trotz des Aufschwungs der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Offensive auf Grund dieses Klassenverrats der Sozialdemokratie die sich gerade entwickelnde KPD das Proletariat nicht zum entscheidenden Schlag gegen die Monopolbourgeoisie führen konnte. Vielmehr gelang es der Bourgeoisie trotz ihrer anhaltenden ökonomischen Schwierigkeiten die politische Herrschaft in den Händen zu behalten. Die Kämpfe der Arbeiterklasse wurden blutig niedergeschlagen. Die Sozialdemokratie unter ihrer reformistischen Führung gefährdete niemals die Interessen des Monopolkapitals, sondern lehnte im Gegenteil jede Zusammenarbeit mit der ebengegründeten KPD ab. Die SPD glaubte von der Weimarer Demokratie, daß sie sich immerweiter bis hin zur Wirtschaftsdemokratie ausdehnen würde und daß die Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung schließlich mit den Monopolen in den Sozialismus hinüberwachsen würden. Doch diese Demokratie entwickelte sich in der Realität immer undemokratischer. Was sich ausdehnte waren die Monopole, nicht die Demokratie. Statt daß die Wirtschaftsdemokratie wie erhofft aufblühte, zogen sich die Angriffe auf die Lebensverhältnisse des Volkes wie ein roter Faden durch die Geschichte Weimars.

Die Hintergründe dieser Entwicklung – einmal das Zustandekommen der Demokratie, zum anderen deren Abbau-liegen in den ökonomischen – und in den Klassenverhältnissen der Weimarer Republik. Die Notwendigkeit auf der ökonomischen Ebene – d.h. die Forderungen des Kapitals nach Beendigung der Streikkämpfe – führten zur "zentralen Arbeitsgemeinschaft, einem weiteren großen Kompromiß, in dem die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung mit ihrer Anerkennung als Sozialpartner bei lohn,- tarif- und arbeitstechnischen Verhandlungen " (Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, S.23) die politischen Interessen der Arbeiterklasse verkaufte. Auf der politischen Ebene erzwangen die Ereignisse der Novemberrevolution die parlamentarisch-demokratische Herrschaftsform. Es war, wenn auch der wesentliche so doch nicht der einzige Grund, der zum parlamentarischen Parteiensystem führte. Das Zustandekommen der Weimarer Verfassung ist damit ungenügend angegeben. Wie alle Umwälzungen vervollkommnete auch die von 1919 den bürgerlichen Staatsapparat. Die Demokratie diente der Bourgeoisie dazu, in einem Kleinkrieg den Ansturm des Proletariats zu zermürben und den eigenen Staatsapparat auszubauen, auch, um der Situation im eigenen Lager Herr zu werden. Denn die Machtzentren der deutschen Bourgeoisie – die Reichswehr, die Banken, die Spitzen der jeweiligen Monopolgruppen, waren sich zwar in dem Willen einig die Ergebnisse des ersten Weltkrieges und die Folgen der Revolution zu beseitigen. Doch mit welchem Ziel die Liquidierung der Republik und auf welche Art sie vorgenommen werden sollte, in diesem Punkt waren die einzelnen Gruppen erbitterte Gegner. (Schon oben wurde angezeigt, welche Bedeutung der Kampf um den Staat hat.) Um eine Diktatur der eigenen Interessen zu errichten mußte auch eine politische Liquidierung der Konkurrenten möglich sein. Gerade dazu war aber keine der Bourgeoisgruppen angesichts der gerade vergangenen Revolution eigenständig und stark genug. So war die Demokratie nicht nur ein Ergebnis des Kräfteverhältnisses von Bourgeosie und Proletariat, sondern auf diesem Hintergrund ebenso Ausdruck der Tatsache, daß die einzelnen Gruppen der Bourgeosie nicht fähig waren, ihre jeweils besonderen Verwertungsinteressen kompromißlos gegen die anderen durchzusetzen.

Eine Beseitigung der Demokratie mußte somit abgesehen von einer wesentlichen Veränderung im Kräfteverhältnis zum Proletariat auch eine wesentliche Änderung in dem Verhältnis der einzelnen bürgerlichen Machtzentren zueinander zur Voraussetzung haben. Da dies bis zum Zeitpunkt 1929 nicht gegeben war, war die Bourgeoisie insgesamt gezwungen in der Weimarer Republik ihre Interessen durchzusetzen und sich mit der Demokratie zu arrangieren. Es wurde notwendig die Parteien als Interessenvertreter im politischem Sektor zu benutzen. Jede Monopolgruppierung mußte vorläufig die Gegebenheiten akzeptieren, " wenn sie nicht im Klassenkampf neue lebensgefährliche Erschütterungen riskieren wollte, die sie zu meistern nicht in der Lage war. Arbeitsgemeinschaftsabkommen, Weimarer Verfassung, welche die Last der Bedingungen des Versailler Vertrags noch vergrößerte können angesichts der ökonomischen – und Klassenver-

hältnisse als im Gesamtinteresse des deutschen Imperialismus bezeichnet werden." (vgl. Gossweiler, Industrie, Monopole, Banken und Staat, S.158)
Und daß diese Demokratie reaktionär genug war, um für die Monopole fortschrittlich zu sein, belegt die Geschichte der Weimarer Republik. (3) Sie brachte nicht die Nationalisierung der Banken, der Syndikate, die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, die Zwangssyndizierung der Industriellen, Kaufleute und Unternehmen überhaupt, sie brachte nicht die Bildung von Konsumgenossenschaften und die öffentliche Kontrolle aller dieser Maßnahmen. (vgl. Lenin Werke B. 25, S.337 ff)

Denn Deutschland war ein monopolkapitalistisches Land in der Epoche des Imperialismus. Der Staatsapparat, seine Bürokratie etc. hatte sich so entwickelt, daß es nur noch die Wahl gab zwischen verschiedenen reaktionären Formen der Herrschaft der Monopole und der Zerschlagung dieses Apparats. Auch die Idee der Demokratie eingepaßt in diesem Staatsapparat bedeutete Reaktion. Sie erreichte In Deutschland in den Jahren bis 23 die Zerschlagung der Offensive der Arbeiterbewegung und machte aus dem deutschen Reich wieder ein befriedetes Wirtschaftsgebiet, in dem es sich lohnte Kapital anzulegen.

Die Etappen dieser Befriedung waren 1919 in Berlin, im Ruhrgebiet und in Bayern; 1920 Ruhrgebiet, 1921 Mitteldeutschland. Und als 1923 die Stabilisierung der Währung die vollständige Wiederherstellung der Diktatur der Bourgeoisie erforderte, holte sie zum letzten entscheidenden Schlag gegen das Proletariat aus. (Varga, a.a.O.S.72/73)
Außenpolitisch erreichte die Republik die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands als imperialistischer Konkurent. Die Demokratie war auf der ganzen Linie ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes und legt schließlich sogar das nötige Instrumentarium für den Faschismus bereit. Den besonderen Interessen der einzelnen Monopole war diese Demokratie allerdings nicht reaktionär genug. Die Umsturzversuche von 1920 bis 23 bringen das zum Ausdruck. Wenn auch der Kapp-Putsch oder der Hitler-Ludendorf-Putsch von vornherein zum Scheitern verurteilt war, mußte die Bourgeoisie dennoch erst am Scheitern dieser Versuche erfahren, daß ein Diktaturunternehmen notwendig über Locarno, den Völkerbund, den Young-Plan, Streichung der Reparationen, Herstellung der Rüstungsgleichheit, also durch Weimar führen mußte. Denn um als imperialistische Macht friedlich oder kriegerisch in die Neuaufteilung der Welt einzugreifen, mußte Deutschland mit seinen Konkurrenten gleichberechtigt sein. Dazu brauchte es den Frieden im Innern für die ungestörte Kapitalverwertung und die Anerkennung nach außen. Dies ließ sich nur über die Weimarer Republik erreichen und so war die Demokratie die reaktionärste aller möglichen Herrschaftsformen.

1929 zeichnete sich die Notwendigkeit und die Möglichkeit ab, die reaktionäre Weimarer Demokratie abzulösen durch eine andere reaktionäre Herrschaftstorm, die sich wesentlich von allen bisherigen unterscheiden sollte. Hier sollte der Staat nicht mehr als besonderes Instrument gegenüber der Gesellschaft auftreten, sondern als totaler Staat funktionieren, der jeden gesellschaftlichen Bereich auf die Unterstützung der Monopole, auf die Förderung des schaffenden Kapitals ausrichtete. Die Monopolbourgeoisie rief nach der "Volksgemeinschaft."
Sie sollte die "Arbeitsgemeinschaft," welche die Verwertungsnotwendigkeiten in bedrohlicher Weise behinderte, ablösen.

1928/29 brach für das deutsche Monopolkapital und für das ganze imperialistische Weltsystem eine in ihrer Schwere und Dauer noch nie dagewesene Krise aus. Die Geschäfte des Finanzkapitals zeigten ihre Wirkung. "Aufgrund der Sonderstellung, die Deutschland im imperialistischen System einnahm, wurde es nach den USA am stärksten von der Krise betroffen und in Mitleidenschaft gezogen. Das aus dem ersten Weltkrieg herrührende Mißverhältnis von ökonomischen Potenzen und der Möglichkeit ihrer Umsetzung in Profite trat in der Krise jetzt besonders scharf hervor. Auf der einen Seite verfügte Deutschland über gewaltige Produktionskapazitäten, auf der andern Seite war es politisch bei der Neuaufteilung der Welt ausgeschlossen und beim Kampf um die Absatzmärkte im Hintertreffen. Die ihm auferlegten Reparationsverpflichtungen und die ausländischen Kapitalinvestitionen und Anleihen usw. versetzten es in besondere Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital. Deutschland hatte nur unbedeutende finanzielle Ressourcen, und war stärker als andere Großmächte von der Rohstoffzufuhr abhängig. Zudem war es nur geringfügig am Kapitalexport beteiligt, der eine wichtige Profitquelle der führenden imperialistischen Staaten darstellte." (Ruge, Deutschland 1917 bis 33 , S.349)
Die besondere Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital besonders vom amerikanischen, schlug sich in der Krise so nieder, daß es kaum Mittel für langfristige Investitionen gab, weil das US-Kapital sämtliche langfristig angelegten Mittel angesichts der Krise im eigenen angesichts der Krise im eigenen Land und in Deutschland zurückzog. Die sowieso schlechte Lage der Rohstoffzufuhr verschärfte sich in der Weltwirtschaftskrise, die zu einer Auflösung des Weltmarkts führte, ins Unerträgliche. "Der starke, langandauernde Preisfall hatte zur Folge, daß der Verkauf von Waren oft zu Verlustpreisen erfolgte; die Arbeiter wurden ausgebeutet, aber das Kapital realisierte doch keinen Profit. Der Kampf um die Verteilung des Profits bzw. des Verlusts mußte unter solchen Umständen besonders scharf werden." (Varga, a.a.O. S. 290)Damit auch der Kampf des Kapitals gegen eine hohe Grundrente, welche die Lebensmittelpreise erhöht und die Senkung der Löhne erschwert, der Kampf der Industrie und auch des Kleinbürgertums gegen das Leihkapital und umgekehrt; der Kampf der Bauern gegen die großen Monopole des Zwischenhandels usw., der Kampf um die Zollpolitik, die Preispolitik, um die Steuerpolitik, um die staatlichen Subventionen, Kredite und Aufträge des Staates. Für die Monopole ging der Kampf um die Forcierung der Konzentration und Zentralisation durch den Einsatz der Mittel des Staatsapparates. Der Kampf ging um eine kompromißlose Beherrschung des Staates. (Vgl. Varga, a.a.O., S. 290) Für die Monopole wurde es unaufschiebbar und lebensnotwendig, ihre besonderen Interessen als Gesamtinteresse durchzusetzen. Über den Inhalt dieser Notwendigkeiten und Interessen und auf welchem Weg sie durchzusetzen waren, davon sei hier noch abgesehen. Zuerst stellt sich die wichtige Frage, ob sich überhaupt die Situation gegenüber der Arbeiterklasse und gegenüber den bedeutsamen Machtzentren der Bourgeoisie (z.B. das Militär, die Interessenvertretungen der kleineren und mittleren Kapitale) zugunsten der für die Gesamtverwertungsbedingungen ausschlaggebenden Monopolgruppen so verändert hatte, daß sie ihre besonderen Interessen in entscheidender und allgemeiner Weise gegen die anderen durchsetzen konnten, ob sie in der Lage waren, den Klassenkampf zu unterdrücken und jede Opposition anderer bürgerlicher Gruppen auszuschalten.
Die gesellschaftlichen Klassen und Schichten standen sich

auf dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise - die für das Proletariat und die werktätige Bevölkerung eine Arbeitslosigkeit von 44% mit sich brachte - in folgender Weise gegenüber:
Das Lager der Monopolbourgeoisie war so geordnet, daß sie selber auf dem Feldherrnhügel saß, Hitler der Offizier war und als Truppen die faschistischen Banden eingesetzt wurden. Daß der offene Pakt zwischen Bourgeoisie und Nationalsozialisten erst gegen Ende der Weimarer Republik geschlossen wurde, ändert nichts daran, daß das Heer in dieser Weise funktionierte und agierte. Es läßt sich sowieso bestenfalls von einem organisatorischen Eigenleben aber keinesfalls von einem ideologischen Eigenleben der NSDAP sprechen. (4) Natürlich war dieses Lager der Bourgeoisie nicht widerspruchsfrei. Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß sich die einzelnen Interessen z.T. unversöhnlich gegenüberstanden, und die einzelnen Gruppen, wie auch die Harzburger Front, fanden sich nur auf der Ebene zusammen, daß es jetzt unbedingt galt, angesichts der Krise die Arbeiterbewegung endgültig zu zerschlagen und ebenso dem Hin und Her der Weimarer Regierungen ein Ende zu machen. Diese Gemeinsamkeiten reichten aber in dieser Situation des Klassenkampfes aus, um der Arbeiterbewegung, die in sich gespalten war, entscheidende Schläge zu versetzen.
Die andere Front war zum Kampf gegen den Faschismus angetreten, angeführt wurde diese antifaschistische Kampffront durch die Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD. Doch war diese Front erheblich geschwächt. Die Schläge in den folgenden Jahren der Novemberrevolution - nur möglich durch den Verrat der Sozialdemokratie - hatten die Arbeiterbewegung zwar nicht vernichtet, aber entscheidend in die Defensive getrieben. Das kam jetzt darin zum Ausdruck, daß die Avantgarde der Arbeiterbewegung zwar erbittert gegen den faschistischen Terror kämpfte, die KPD aber in den Betrieben selbst nur eine schwache Basis hatte und daß sie den Einfluß auf die Gewerkschaften weitgehend der SPD überlassen mußte, die unter der Parole "lieber Brüning als Hitler" den Faschismus "bekämpfte." Die KPD war weder in der Lage den Sozialdemokratismus in der Arbeiterschaft entscheidend zurückzudrängen noch einen nennenswerten Einfluß auf die Mittelschichten zu gewinnen. Die SPD nahm in dieser Situation eine Rolle ein, die den Faschismus objektiv begünstigte, ja zu einer Voraussetzung für seinen Sieg wurde, obwohl der Faschismus sie selber bedrohte. Mit dem Gesicht der Monopolbourgeoisie zugewendet, schlug sie nach hinten gegen die revolutionären Kräfte aus und lehnte sich nach vorne über das anstürmende Monopolkapital, und seine faschistischen Banden. Ihr "Kampfruf" war "lieber ein Präsidialkabinett als den Faschismus". Daß sie in dieser Lage nur den revolutionären und antifaschistischen Kräften schadete und den reaktionären faschistischen Kräften nicht wehtat, ist deutlich. Hier hat dann auch die Sozialfaschismus-These, wie sie Remmele z.B. ausführt, ihre Berechtigung. Aber wer nur die ausschlagenden Hacken der SPD spürt und nicht die tödliche Bedrohung durch die faschistischen Banden sieht und die vom Monopolkapital angeführte Front, muß den Kampf verlieren. Wer in dieser Klassenkampfsituation die SPD zum Hauptfeind macht, hat wenig Aussichten, den Kampf zu gewinnen, weil er die Übersicht über die Fronten verloren hat.
Das bürgerliche Lager war gegenüber der Arbeiterklasse in einen entscheidenden Vorteil gekommen. Die Arbeiterklasse war gegenüber ihrem revolutionären Ansturm von 1919 in die Defensive geraten, in den Kampf um die Existenz ihrer Organisationen. Das relative Gleichgewicht zu Beginn der Krise wurde durch das Anwachsen der faschistischen Bewegung zugunsten der Bourgeoisie verschoben. Doch oben war bemerkt worden, daß auch eine Kräfteverschiebung im bürgerlichen Lager selbst notwendig war, um den Angriff auf die Republik zu einem positiven Abschluß (für die Monopole) zu bringen. Diese Kräfteverschiebung war ebenfalls eingetreten.
a) Die ökonomische Situation hatte die wichtigsten Monopolgruppen zusammengebracht, welche anfangs der 20er Jahre noch erbittert gegeneinander gekämpft hatten. (Personell schlug sich dies damals in den Auseinandersetzungen zwischen Rathenau und Stinnes nieder)
b) Die zur Massenpartei gewordene NSDAP schlug sich bewußt auf die Seite der Monopole, auf die Seite des "Schaffenden" Kapitals. Zumindest hatten die Fraktionen, die bereit waren, mit dem Großkapital zusammenzuarbeiten, die Organisation der NSDAP in der Hand und konnten sich gegen sozialreformistische Richtungen durchsetzen.
c) Dagegen waren die herkömmlichen Träger der politischen Macht stark geschwächt. Die bürgerlichen Parteien konnten in den Wahlen keine Massen mehr hinter sich bringen, was ihnen eine politische Bedeutung verschafft hätte. Ihre programmatischen Widersprüche machten sie unfähig eine parlamentarische Mehrheitsregierung zustande zu bringen. Jede einzelne Partei plagte sich mit internen Schwierigkeiten, die durch den Gegensatz zustande kamen, als Partei ein bestimmtes Programm vertreten zu wollen und gleichzeitig die Interessen der hinter ihnen stehenden pressure groups im Parlament durchsetzen zu müssen. Abgesehen davon enthielt z.B. die Programmatik der DNVP eine Absage an die Demokratie und dennoch war sie gezwungen, sich auf eine "positive" Parlamentsarbeit einzulassen. Diese Widersprüche führten zu ständigen Abspaltungen und Neubildungen von Parteien und parlamentarischen Interessengruppen. 1930 beteiligten sich 22 Parteien und Organisationen an den Wahlen. So konnten sich die traditionellen bürgerlichen Parteien der Republik in den Wahlen keine entsprechend große Wählerschaft mehr sichern, um so für die Monopole eine politische Relevanz zu besitzen und eine funktionsfähige Regierung bilden zu können. (5) Die politischen Parteien und die Demokratie wurden für die Monopole zunehmend als Mittel untauglich ihre Interessen auf der politischen Ebene wirksam durchzusetzen. Die Krise und ihre Folgen, die einen scharfen Interessenkampf unter allen möglichen Gruppen entfachte, wurde von dem parlamentarischen System und seinen Parteien mehr widergespiegelt und wie von einer Lupe vergrößert, als daß es in der Lage gewesen wäre, die Situation zugunsten der Monopole zu verbessern und ein durch den Staat befriedetes Wirtschaftsgebiet zu garantieren.
d) Die Reichswehr war ebenfalls nicht mehr in der Lage, in den Machtkampf bestimmend einzugreifen. Sie wurde wie die Parteien von verschiedenen sich widersprechenden Positionen paralysiert. "Die einen drängten unmittelbar zur Macht, (und verlangten das Verbot der NSDAP, B.F.) andere in nüchterner Berechnung des richtigen Zeitpunkts zur Verwirklichung einer Lösung, die aus einer politischen Gefahr (NSDAP, B.F.) einen nationalen Gewinn machen würde, warteten ab." "Den lange gehegten Plan, Hitlers Machtanspruch abzufangen und seine Massenbewegung in ihren positiven Nationalismus einer starken von der Reichswehr kontrollierten Präsidialregierung zuzuführen" wollten sie (nun) verwirklichen. (Bracher, a.a.O., S.611) Daneben spielte der Widerspruch zwischen preußisch feudalen Traditionen und der Funktionalität der Armee für einen imperialistischen Staat eine wichtige Rolle in der Reichswehr.
e) Auch die außenpolitische Situation hatte sich so verändert, daß Deutschland nahe vor dem Ziel stand, wieder

ein in seiner Souveranität anerkannter imperialistischer Staat zu sein, was vor allem dem ökonomischen Erstarken des Monopolkapitals zu verdanken war. Zwar fehlten noch einige Punkte, wie die endgültige Streichung der Reparationen, die Rheinlandräumung und die Herstellung der Rüstungsgleichheit. Aufgabe der Präsidialregierungen sollte es sein, dies zu verwirklichen. Aufgrund eines stark angewachsenen ökonomischen Potentials war Deutschland wieder ein Konkurrent geworden, mit dem man auch verhandeln mußte, und in dessen Angelegenheiten man sich nicht beliebig und ungestraft einmischen konnte.

Die Lage des Klassenkampfes und die Situation in der Bourgeoisie stellte sich also so dar, daß es der Monopolbourgeoisie möglich war, entsprechend ihrer lebenswichtigen Interessen, den bürgerlichen Staat ausschließlich zu ihrem Staat zu machen und in ihrem Sinne zu vervollkommnen; die Konkurrenten und ihre politische Opposition zu beseitigen, ohne eine lebensgefährliche Erschütterung durch einen revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse befürchten zu müssen, dem sie nicht gewachsen gewesen wäre.

III. DER FASCHISTISCHE WEG DER MONOPOLBOURGOISIE

Die Verwirklichung folgender Ziele wurde den Monopolen von den durch die Weltwirtschaftskrise entstandenen Verwertungsbedingungen diktiert:

1. Aufhebung des Normalarbeitstags und Abschaffung der Tarifverträge

Die Lage des deutschen Monopolkapitals war so, daß eine absolute Verlängerung des Arbeitstages unausweichlich wurde; denn die finanziellen Ressourcen waren sehr gering und Geldkapital für langfristige Investitionen nicht vorhanden. Um die Schutzzölle der anderen Nationen zu unterlaufen war ein Extraprofit auf Grundlage der verstärkten Auspressung von relativem Mehrwert, also durch Verbesserung der Maschinerie, was langfristige Investitionen erforderlich gemacht hätte, nicht möglich. Eine Abwertung der Währung, eine Inflation also, war ausgeschlossen, weil die anderen Länder es schon vorher getan hätten oder aber bald nachziehen könnten. Außerdem hätte eine Inflation den Import von Rohstoffen noch mehr erschwert. Also gab es nur eine Möglichkeit: Die gesteigerte Auspressung von absolutem Mehrwert, d.h. Verlängerung des Arbeitstags. Doch der auf Kosten der Lebensfähigkeit der Arbeitskraft erzielte Extramehrwert konnte den Monopolen nicht genügen. Ihr Ziel war es über Steuerpolitik, Subventionspolitik, Preispolitik, staatliche Bewirtschaftung der Rohstoffe und des Lebensmittelbereichs, - die Selbstkosten für die Produktionsfaktoren und die Ware Arbeitskraft möglichst gering zu halten, und damit - die Umverteilung der erarbeiteten Profitmasse ausschließlich zu ihren Gunsten zu erreichen. Die Bedingungen der Krise zwangen, sich über den Staat einen extrem hohen Monopolprofit zu sichern. Deshalb strebten die Monopole als zweites Ziel an:

2. Zwangskartellierung der für das Kapital wichtigen Wirtschaftsbereiche

Zwangskartellierung bedeutete: "Wirtschaftliche Selbstverwaltung unter staatlicher Kontrolle. Die Zielsetzung der Zusammenschlüsse war, die zerrütteten und deshalb schwer lenkbaren Märkte völlig umzugestalten. Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurde den Zusammenschlüssen die volle Marktgewalt verliehen... Die Marktgewalt ist pflichtgebundenes Gestaltungsrecht... Die pflichtgebundene Gewalt der neuen Zusammenschlüsse ist der staatlichen Wirtschaftsführung gegenüber verantwortlich und gewährleistet daher den Wirtschaftsfrieden... In jedem Zusammenschluß sind die Betriebe eines Wirtschaftszweiges zusammengeschlossen. Die Ordnung des Marktes vollzieht sich durch die Einflußnahme auf die Tätigkeit der am Markt beteiligten Berufsgruppen... Die Mitgliedschaft ist eine Zwangsmitgliedschaft... Der Vorsitzende leitet seine Berechtigung nicht von einer Wahl durch die Mitglieder ab, sondern durch eine Bestellung von oben her. Dem Führerprinzip entspricht das Beratungsprinzip... Hier sollte einerseits die Gebietserfahrung zum Ausdruck kommen, andererseits die Berufs- und Sacherfahrung der einzelnen Wirtschaftszweige... Die Marktordnung sollte vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Wirtschaftsführung behandelt werden. ... Rechtsgedanken des öffentliche Rechts drangen ein in Vorgänge, die bisher sich in der Form des bürgerlichen Rechts abgespielt hatten." (Vgl. Merkel, Die Marktordnung, Berlin 1942)

Hier in der Gesetzgebung der Marktordnung zeigt sich, wie die wichtigsten Monopole ihr besonderes Interesse zum allgemeinen machten, wie sie ihr privates Interesse zum staatlichen und öffentlichen machten und damit die Vervollkommnung des Staates im Sinne des Kapitals bis zum Extrem verwirklichten.

Die Zwangskartellierung wurde dadurch noch dringlicher, daß das deutsche Monopolkapital der Krise, die sich als Krise der Nationalwirtschaft darstellte, und so den Widerspruch zwischen Monopol und Nationalstaat zum Ausdruck brachte, durch die Vorbereitung des Krieges begegnen mußte.

3. Dieser Krieg war für das deutsche Kapital unbedingt nötig angesichts seines großen wirtschaftlichen Potentials aber seines engen Wirtschaftsgebietes und akuten Rohstoffmangels. Die friedlichen Expansionspläne waren während der Weimarer Republik gescheitert. Und als Lösungsmöglichkeit gab es nur noch den imperialistischen Raubkrieg. Vorher mußte jedoch die endgültige Souveranität durchgesetzt werden, d.h. Streichung der Reparationen, Rheinlandräumung, das Recht zur Aufrüstung. Um diese Ziele zu erreichen, galt es, das relative Gleichgewicht, das sich seit Erhebung des Proletariats 1919-23 bis in das Jahr 1929 hineingehalten hatte, zu zerstören. Zu diesem Zweck mußte das Monopolkapital eine Front gegen die Arbeiterklasse errichten. Dies gelang ihr mit Hilfe der NSDAP. Es bedeutete gleichzeitig die Zerschlagung der kommunistischen Organisationen, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Die Zwangskartellierung erforderte weiterhin die Abschaffung des Parlamentarismus, jeder Opposition und die Einführung des Führer- und Leistungsprinzips. Es wurde schon erwähnt, daß der Parlamentarismus den Interessenkampf in der Gesellschaft in vollem Ausmaß reproduzierte. Um aber durch den Staat den Monopolprofit friktionslos sichern zu können, mußte auch die politische Interessenvertretung der Teile der Bourgeoisie ausgeschaltet werden, auf deren Kosten die Monopole die Monopolprofite einstrichen. Die extreme Krisensituation erforderte die Totalausrichtung des Staates auf die besonderen Interessen der winzigen Monopolbourgeoisie. Die Kombination des Führer- und Leistungsprinzips mit der Zwangskartellierung entspricht diesen Erfordernissen. Sie macht eine bruchlose Interessenvertretung möglich, da die Chefs der staatlichen Vereinigungen je nach ihrer Funktionsfähigkeit ein- und abgesetzt werden können. Voraussetzung ist nur eine Übereinstimmung von Staatsleitung und Monopolen. Die Zufälle von Mehrheitsentscheidungen sind ausgeschlossen.

Um aber einen solchen Staatsapparat funktionsfähig zu erhalten, der jegliche Opposition verbot, aber unbedingte Mitarbeit und bedingungslosen Verzicht forderte; um die Arbeiterbewegung angesichts einer nur begrenzt funktions-

fähigen Reichswehr völlig zu vernichten; um den imperialistischen Krieg durchführen zu können, brauchte die Bourgeoisie nicht nur die Loyalität eines Teils der Massen, sondern war auf seine aktive Mitarbeit angewiesen. Das Monopolkapital brauchte die "Volksgemeinschaft". Zu gewinnen war diese "Volksgemeinschaft" nicht mit einer reformistischen Ideologie und Hurra-Patriotismus, sondern nur durch eine mystifizierende völkische Ideologie. Wie die "Volksgemeinschaft" die "Arbeitsgemeinschaft" ablöste, so löste die NSDAP die SPD in ihrer Funktion ab, um dem Kapital noch einmal einen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen. Für das Kapital war der faschistische Weg angesichts der beschriebenen ökonomischen Krise und der Klassenverhältnisse und der Situation in dem eigenen Lager die einzige Möglichkeit, die für ihre Verwertungsbedingungen notwendigen Maßnahmen zu verwirklichen.

Jedoch waren die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher unerläßliche Vorläufer der faschistischen Herrschaftsform. Ihre Aufgabe bestand darin, mit der Demokratie und ihren Parteien zu brechen und den Staatsapparat unabhängig von der Republik zu machen, die volle Souveranität Deutschlands herzustellen und das notwendige Instrumentarium zu schaffen für einen total auf die Monopolinteressen und ihre Verwertungsbedingungen ausgerichteten Staat. Doch waren diese Kabinette immer noch Abkömmlinge der traditionellen Machtgruppen der Weimarer Republik. So befanden sich auch ihre Regierungsprogramme nur in partieller Übereinstimmung mit den Zielen der Monopole und konnten von daher nur Übergangscharakter haben. Das Kabinett Brüning stellte einen Bruch mit dem weltanschaulichen und interessenpolitischen Hin und Her der Weimarer Parlamente dar. Es war eine Regierung der "Fachmänner", die nicht aus parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt wurden. Dieses Kabinett war auch nicht durch eine Parlamentsmehrheit zustande gekommen, basierte aber nach wie vor auf der Weimarer Verfassung und war so zumindest auf eine Tolerierung durch das Parlament angewiesen. Da aber Brüning sich von der Arbeitsgemeinschaftspolitik lösen wollte, versuchte er sich von der SPD dadurch unabhängig zu machen, daß er eine rechte Parlamentsmehrheit suchte. Um dieses Ziel zu erreichen, löste er 1930 das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Jedoch erfüllten sie seine Hoffnungen nicht, sondern seine Regierung basierte bis zum Schluß auf den letzten Resten der Arbeitsgemeinschaft. Die SPD unterstützte die Regierung Brüning gegen die Angriffe der Faschisten mit ihrer Parole: Lieber Brüning als Hitler. Und Brüning war auf diese Unterstützung angewiesen, da er als ein Vertreter des Teils der Bourgeoisie, der aus der Weimarer Republik hervorgegangen war, letztlich am Parteiensystem festhielt, auch wenn er glaubte, durch eine Interimsphase dessen "Auswüchse" beseitigen zu müssen. (Seine Emigration unter der faschistischen Herrschaft kam nicht von ungefähr.) So bestand der Nutzen dieser Regierung darin, daß sie den Versuch unternahm, sich vom Weimarer Parlament zu lösen und die entsprechenden staatlichen Mittel anwendete und ausbaute; weiterhin bestand ihr Nutzen darin, daß die Herstellung der Souveränität durch die Beseitigung der Auflagen des Versailler Vertrags vorantrieb. Wegen ihrer beschränkten Tauglichkeit wurde sie jedoch schließlich von Papen abgelöst. Im Organ der Schwerindustrie (DAZ) heißt es in dieser Zeit, es sei Brünings Methode zwischen links und rechts zu lavieren und so notwendige parlamentarische Unterstützung für seine eingeleitete Notverordnungspolitik zu gewinnen. Aber niemand könne leugnen, daß diese taktische Haltung inzwischen durch die Ereignisse überholt sei. (Gemeint war, das Erstarken der NSDAP und die Gewinnung der Mittelschichten durch die Monopolbourgeoisie.) Brünings Nachfolger versuchte im Einsatz staatlicher Mittel über die Ansätze seines Vorgängers hinauszugehen. Doch auch er bemühte sich um eine rechte Parlamentsmehrheit; allerdings um in der Folge zur Monarchie zurückkehren zu können. Er wollte dies durch die Umwandlung des Notverordnungsparagraphen in ein Ermächtigungsgesetz erreichen. Doch brachten die gegensätzlichen Absichten der bürgerlichen Parteien DNVP, NSDAP und DVP diesen Versuch zum Scheitern. Daß sich Papen an der Monarchie ausrichtete, besiegelte auch das Schicksal seines autoritären Präsidialkabinetts, das seine Regierungserklärung im Rundfunk und überhaupt nicht mehr im Parlament vor den Parteien abgegeben hatte. Diesem Kabinett war es unmöglich, die für die imperialistische Bourgeoisie nötige Massenaktivität für sich zu gewinnen. So war auch diese Regierung nur eine Übergangslösung. Ihre partielle Nützlichkeit für die Monopolbourgeoisie bestand in der Fortführung und Vollendung der Versuche, die Brüning inbezug auf die Außenpolitik, die Lösung vom Weimarer Parlament und die Vervollkommnung der staatlichen Mittel unternommen hatte, und in einer weiteren Gewöhnung der Massen an die sich abzeichnende verschärfte Diktatur der Monopolbourgeoisie. Ein besonderer Punkt muß noch erwähnt werden. Papen zentralisierte den Staatsapparat, indem er das preußische Landesparlament auflöste und einen Staatskommissar einsetzte. Der Anlaß war, daß die SPD in diesem Parlament noch immer die Rolle einer Regierungspartei spielte. Damit wurden durch die Maßnahmen Papens die letzten Reste der Arbeitsgemeinschaftspolitik und des Föderalismus beseitigt.

Erst nach dem Abschluß dieser vorbereitenden Entwicklung stand das Instrumentarium bereit und war die Situation gegeben, die faschistische Diktatur der Monopolbourgeoisie zu verwirklichen. Doch waren dies nicht die einzigen Gründe, die Hitler erst 1933 zur Macht kommen ließen.

Erst durch die Bewährung der NSDAP-Führung als Reserve der Bourgeoisie reiften die konkreten Verbindungen mit dem Finanzkapital heran. Die Führer der faschistischen Bewegung mußten unter Beweis stellen, daß sie imstande waren, ihre paramilitärisch organisierte Massenbasis wirklich im Sinne des Monopolkapitals einzusetzen und eine eigenständige Entwicklung kleinbürgerlicher und sozialreformerischer Strömungen in der Partei zu unterbinden. In dem Maße wie Hitler diese Beweise erbrachte, waren immer größere Kreise von Industriellen bereit, sich hinter ihn zu stellen und ihm und seiner Partei den Weg in den Staatsapparat zu ermöglichen. "Natürlich wäre es unsinnig zu behaupten, daß 1929 alle führenden deutschen Industriellen Nazis gewesen seien. Soweit ging die Einigkeit der Kapitalisten nicht. Sie bestand aber, und das ist das entscheidende, in der gemeinsamen Ausrichtung auf die allgemeinen Ziele des deutschen Imperialismus. Der energische Kampf der Großbourgeoisie für diese Ziele aber führte Hitler zur Macht." (Fritz Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deusche Großbourgeoisie, in: ZfG 1953)

Es gab zu dem damaligen Zeitpunkt und unter den gegebenen ökonomischen Bedingungen und Klassenverhältnissen keine andere politische Macht, auf die sich die

Monopole zur Durchsetzung ihrer Ziele hätten stützen können.
Die faschistische Bewegung, deren Führung im Dienst des Kapitals stand, bot als einzige die entsprechenden Bedingungen und Möglichkeiten für die offen terroristische Diktatur der Monopolbourgeoisie. Die NSDAP hatte die entsprechende Massenbasis, die nicht nur eine passive Anhängerschaft darstellte, sondern die zugleich als Partei eine Bewegung war. Die nationalchauvinistische Ideologie des Faschismus machte den Einsatz der Anhänger für die imperialistischen Ziele der Monopole möglich, ohne daß diese den Massen unmittelbar deutlich wurden, was zu dem Verlust der Massenbasis und zu einer Verunmöglichung der Politik der "Volksgemeinschaft" geführt hätte. Die NSDAP wies die entsprechende Organisationsform auf, um die Zwangskartellierung durchzusetzen und das Führer-und Leistungsprinzip zu verwirklichen. Zudemwar die NSDAP eine Partei ohne konkrete Programmatik, was ihre Verwendungsfähigkeit für die Monopole mitbedingte.

B.F.

) Die EWG ist ein solches Schutzzollsystem. Jedoch ist nicht anzunehmen, daß dieser Zusammenschluß den Widerspruch zwischen Monopol und nationalstaatlicher politischer Organisation überwindet. Es liegt viel näher, diesen Zusammenschluß so zu deuten, daß für die Monopole zeitweise das Bedürfnis besteht, die Konkurrenz um Anlagesphären und Wirtschaftsgebiete auszuschalten, insofern für Länder der Kapitalexport zu einer dringenden Notwendigkeit geworden ist, die unter allen Umständen erfüllt werden muß. (Vgl. Hilferding, Das Finanzkapital, S.439) Es ist anzunehmen, daß dieser Zusammenschluß keinen Ewigkeitswert hat.
(2) Die Krise der Nationalwirtschaft stellt sich heute als Krise der nationalen Währung dar.
(3) Entfällt
(4) Entfällt
(5) Ideologische Gruppierungen des Weimarer Parlaments

(in Prozent der Reichstagssitze):		1928	193o	1932
Demokratie:	SPD	56,7	47,3	36,6
	Zentrum, DVP Staatspartei Wirtschaftspartei			
Faschismus:	NSDAP	2,5	18,5	33,6
Kommunismus:	KPD	11,o	13,3	17,1
Konservative, autoritäre, monarchistische Splittergruppen:	DNVP, DVP	29,4	2o,8	12,7

(vgl. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik)

Die Statistik zeigt ,daß seit Beginn der Weltwirtschaftskriseund der Aufkündigung der Arbeitsgemeinschaft keine Mehrheitskoalition im Weimarer Parlament möglich war.
Daß die DVP in der Statistik unter den Gruppierungen Demokratie und Monarchie gleichzeitig auftaucht ist eine Folge der Flügelbildungen in der Partei.

TRIKONT

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 11

TRAGT DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE

Beiträge der Gauche Proletarienne und Lotta Continua zum antimilitaristischen Kampf

Obwohl Heer aus dem Volk/kein Heer des Volkes/sondern Heer gegen das Volk.
Neuerscheinung 100 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 27

KONZEPTION DER PROLETARISCHEN PARTEI BEI LENIN

Avanguardia Operaia

Geschichte und Entwicklung der leninschen Parteikonzeption in ihrer ständigen Konfrontation mit der konkreten Klassenkampfpraxis. Die notwendige Verbindung von organisierter theoretischer und praktischer Arbeit.
Neuerscheinung 120 Seiten DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 26

USA: FARBIGE REVOLUTION UND KLASSENKAMPF

Herausgeber: D. Peters

Die Organisierung des farbigen Fabrik- und Lumpenproletariats im Verhältnis zur weißen Arbeiterbewegung/Ghetto, Gangs und politische Organisierung/Programmatik der League
Neuerscheinung ca. 100 Seiten ca. DM 5,80

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 28

SIND WIR PROLETARIER?

Zur Verbindung der Kämpfe im Produktions- und Distributionsbereich.
Die Kämpfe der Kaufhausangestellten in Frankreich

Arbeiter in der Handelsbranche - vollberechtigte Mitglieder der Arbeiterklasse/"Massenkonsum" - ein gesellschaftlicher Fortschritt?/ Bedingungen für eine revolutionäre Aktion/Angriff auf das System ideologischer Unterdrückung/Vereinigung von Arbeitern und Angestellten/Vertretung durch die Gewerkschaften oder Autonomie?/ Die Gründe der Unzufriedenheit in den Warenhäusern des Pariser Großraums/Arbeitsbedingungen, Lohn und Kampfmaßnahmen/"Kunden, Verkäufer, alle gemeinsam gegen die Unternehmerdiebe und ihre Bullen"/All das ist nur ein Anfang!
60 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 4,00

SCHRIFTEN ZUM KLASSENKAMPF NR. 29

NEHMEN WIR UNS DIE STADT

Klassenanalyse, Organisationspapier und Kampfprogramm von Lotta Continua.
Beiträge von Lotta Continua zur Totalisierung der Kämpfe

Über unsere politische Situation/Die Kämpfe von 1962 und die Konjunktur/Der Heiße Herbst/Warum es schwierig ist, eine Klassenanalyse zu machen/Die Haltung zur Revolution/Die Arbeitsteilung und ihre Folgen/Die Politik der Bündnisse, materielle Grundlage des Revisionismus/Die revolutionäre Alternative/Der französische Mai/ "Volk" und "Proletariat"/Produktive und unproduktive Arbeit/Was ist Arbeiterautonomie?/Die Ablehnung der Arbeitsteilung/Die Arbeiterklasse und die Ablehnung der Lohnarbeit/Der Kampf gegen die kapitalistische Schule ist ein Kampf gegen die Arbeitsteilung
140 Seiten (im Abonnement 15% billiger) DM 7,80

TRIKONT-VERLAG · 8 München 80, Josefsburgstr. 16

KAMPF ZWEIER LINIEN IN DER KLASSENANALYSE

VORBEMERKUNG

Die beiden folgenden Beiträge stammen von Berliner Genossen. Der eine von ehem. Mitgliedern des ehem. Westberliner KB/ML. Der zweite Beitrag vom Gen. Till Damm, einem Mitarbeiter des NRF.
Den ersten Beitrag drucken wir ab, entsprechend der Devise "Aus negativen Beispielen lernen".
Den zweiten Beitrag drucken wir ab, weil er geeignet ist, die notwendigen Lehren aus diesem negativen Beispiel zu ver mitteln.
Der erste Beitrag zeigt, wohin der bürgerliche Weg in der Klassenanalyse führt: unter dem Deckmantel des Geschreis von fehlender Konkretion wird die Voraussetzung jeder konkreten Klassenanalyse, die marxistisch-leninistische Methode der Klassenanalyse, aufgegeben und durch revisionistisches Herumfuhrwerken mit marxistischen Begriffen ersetzt. Unter dem Vorwand, der Artikel zur Klassenanalyse sei nicht genügend konkret, wird der ökonomische Begriff der Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn, mehrwertproduzierende Arbeit zu sein, aufgegeben, wird das Proletariat als Klasse an sich aufgehoben und damit die Entwicklung des Proletariats zur Klasse "für sich" zu sabotieren versucht. Damit das Proletariat seine führende Rolle wahrnehmen kann, damit es sich mithilfe seiner Partei vereinheitlichen kann, ist es allerdings notwendig, daß das Proletariat sich als von allen anderen Klassen unterschiedene Klasse begreift, als die Klasse, die durch ihre Arbeit das Kapitalverhältnis produziert. Die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse ist gerade die ideologische Aneignung des Wesens des Proletariats als polarischen Gegensatz der Kapitalistenklasse durch das Proletariat selbst. Wer dieses Wesen nicht erkennt, kann weder zur Vereinheitlichung des Proletariats noch zur richtigen Bündnispolitik etwas beitragen. Für solche Leute bleiben die Marxisten auf dem "Standpunkt des individuellen Kapitals stehen", wenn diese den wesentlichen Unterschied herausarbeiten zwischen dem Proletariat, das den gesamten Mehrwert für die Kapitalistenklasse produziert, und jenen Lohnabhängigen, die durch ihre Arbeit ihren Kapitalisten die Aneignung eines Teils des produzierten Mehrwerts als Profit ermöglichen. Durch seine mehrwertproduzierende Arbeit setzt das Proletariat sich selbst als ausgebeutete Klasse und die Kapitalistenklasse als ausbeutende Klasse. Daß die Kapitalisten alle, die in dieser oder jener Form für sie arbeiten und Dienste verrichten, analog zum Proletariat bezahlen, ihnen also nur den Wert Arbeitskraft ersetzen, ist für das Kapitalverhältnis nicht konstitutiv, sondern lediglich Ausdruck dessen, daß in einer Gesellschaft, in der die kapitalistische Produktionsweise herrscht, die "Form der Arbeit als Lohnarbeit absolut" wird und alle Tätigkeiten den Gesetzen verfallen, "die den Preis der Lohnarbeit regeln". (Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Ffm 1969, S. 67)
Wir haben jene Lohnabhängigen, die keinen Mehrwert produzieren, die aber wie das Proletariat ihre Arbeitskraft verkaufen müssen und dabei denselben Gesetzen unterliegen wie das Proletariat, neue Mittelklasse genannt. Dieser Begriff der "neuen Mittelklasse" ist ökonomisch durch den Verkauf der Arbeitskraft und durch den Charakter der Arbeit als unproduktive Arbeit bestimmt. Das unterscheidet sie von der traditionellen Mittelklasse, der Kleinbourgeoisie.
Gemeinsam mit dieser ist ihr, daß sie nicht auf den Extremen des polarischen Gegensatzes steht, der die kapitalistische Gesellschaft zerreißt und aus den Produktionsverhältnissen hervorgeht. (Weitere ökonomische Bestimmung, s. NRF 4/71)
Wenn diese ökonomische Bestimmung auch hinreichend ist, um von einer Klasse zu sprechen, so darf sie doch über die Differenzen auch im ökonomischen Verhältnis der neuen Mittelklasse nicht hinwegtäuschen, je nachdem, ob deren Angehörige im Dienst des einzelnen Kapitalisten (Hausangestellte etc.), der Kapitalistenklasse (d.h. des Staates) stehen oder ob sie durch ihre Arbeit dem Warenhandlungs- oder Bankkapital seinen Anteil am produzierten Mehrwert vergrößern helfen müssen. Dazu kommen die mannigfaltigen Differenzen innerhalb dieser durch den Zweck des Kaufes und den Charakter des Käufers ihrer Arbeitskraft objektiv unterschiedenen Teile der "neuen Mittelklasse". Es versteht sich auch, daß die verschiedenen Teile und Schichten der neuen Mittelklasse sich in unterschiedlicher Weise den beiden Extremen des polarischen Gegensatzes annähern und teilweise direkt in sie übergehen (z.B. die Verkäufer und Verkäuferinnen, die weithin Transportarbeiten und damit produktive Arbeit verrichten). Wenn wir die Bündnisfähigkeit dieser Teile und Schichten untersuchen, müssen wir all diese Faktoren berücksichtigen und vor allem die politischen Bewegungen in der neuen Mittelklasse genau erfassen. Diese Aufgabe kann nicht am Schreibtisch erfüllt werden, sondern nur durch die umfassende Tätigkeit kommunistischer Organisationen, letztlich der Partei des Proletariats. Vor dieser Aufgabe haben die Liquidatoren des KB/ML kapituliert. Da sie diese Aufgabe von ihrem theoretischen Ausgangspunkt, der Absolutheit der Lohnform in der kapitalistischen Gesellschaft, auch gar nicht lösen konnten, ist die Auflösung des KB/ML Westberlin nur die Konsequenz der theoretischen Verwirrung in seinen Reihen. Darauf weist der Beitrag des Genossen Till Damm richtig hin.
Wir wollen noch auf eine Konsequenz des falschen Ausgangspunktes der ehemaligen Genossen des ehemaligen KB/ML hinweisen: das völlige Versacken in den Ökonomismus. Wie stellen sich diese Genossen die Vorbereitung der proletarischen Revolution und die Gewinnung der breitesten Volksmassen für dieses Ziel vor? Folgendermaßen: "Gemeinsame Basis für diese Taktik (Vereinheitlichung der Arbeiterklasse - Einbeziehung der Gesamtheit der Lohnabhängigen in die sozialistische Perspektive) ist die Lohnarbeit. Auf ihr aufbauend, muß die Überwindung der partiellen Differenzen zwischen Arbeiterklasse und anderen Abteilungen der Lohnabhängigen mit der Verallgemeinerung und Politisierung der ökonomischen Kämpfe angestrebt werden. Die Organisation auch der unproduktiven Lohnarbeiter in den Gewerkschaften ist ein erster Schritt dafür." Wie

immer bei ökonomistischen Positionen, ist in diesen Sätzen etwas richtiges, und doch sind sie prinzipiell falsch und von einer geradezu kindlichen Naivität inbezug auf die Vorbereitung der proletarischen Revolution als Volksrevolution. Durch die "Verallgemeinerung und Politisierung der ökonomischen Kämpfe" käme weder die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse noch ein Bündnis mit entscheidenden Teilen der neuen Mittelklasse zustande, obwohl natürlich die produktive Lohnarbeit aufseiten des Proletariats und die Lohnform der Arbeit der neuen Mittelklasse die Basis, die ökonomische eben, sowohl für die Vereinheitlichung des Proletariats als auch für sein Bündnis mit Teilen der anderen Lohnabhängigen ist. Aber diese Vereinheitlichung und dieses Bündnis können nur im ideologischen Kampf hergestellt werden durch die Partei der Arbeiterklasse, die die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen allseitig anzuleiten versteht und so gerade die ideologische und politische Unterwerfung der Arbeiterklasse und des Volkes durch die Bourgeoisie durchbricht. Der ökonomische Kampf bleibt ja dem Kapitalverhältnis und dem Lohnfetisch verhaftet, auch wenn er "politisiert" (?) wird. Auch tritt im Lohnkampf weder die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse gegenüber, er bleibt auf die einzelnen und ihre Verbände bezogen, auch wenn er verallgemeinert wird. Erst recht kann er nicht bewirken, daß sich größere Teile der Lohnabhängigen um die revolutionäre Führung des Proletariats sammeln, da er bestenfalls um die Angleichung des Preises der Ware Arbeitskraft geführt wird, aber niemals um die Beseitigung des Kapitalverhältnisses, in dem die Arbeitskraft gekauft wird, um Mehrwert zu produzieren. Dieses Wesen des Kapitalverhältnisses kann nur erkannt werden, wenn der Lohnfetisch durchschaut wird. Das ist nur vom Standpunkt des Proletariats aus möglich, auf den sich die anderen Lohnabhängigen hinaufarbeiten müssen, wenn sie die Notwendigkeit und Möglichkeit der Umwälzung der Produktionsverhältnisse erkennen sollen. Nicht die "Politisierung" der Lohnkämpfe, sondern die allseitige Entfaltung des Klassenkampfes ist die Aufgabe der Kommunisten. Nur wenn sie diese Aufgabe erfüllen, können sie die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse, die Entwicklung der Klasse an sich zur Klasse für sich vorantreiben und die breiten Volksmassen um die Arbeiterklasse sammeln.

Eine zentrale Rolle spielt in dem Papier der ehemaligen Genossen des ehemaligen KB/ML-Westberlin und auch im KOMMUNIST Nr. 4/5 die Frage, ob und wieweit die Lohnabhängigen dem industriellen Zyklus unterworfen sind. Diese Fragestellung ist natürlich unzureichend. In allgemeiner Weise sind alle Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft den Auswirkungen des industriellen Zyklus unterworfen. Diese Fragestellung kann die objektive Klassenanalyse überhaupt nicht ersetzen; darüberhinaus ist sie aber auch unzureichend, um die Auswirkungen des Kapitalismus in seiner imperialistischen Epoche auf die Arbeiterklasse, die anderen Lohnabhängigen und die breiten Volksmassen umfassend zu untersuchen und die politischen Bewegungen zu erfassen, die sich auf der Grundlage der allgemeinen Krise des Imperialismus entfalten. Auch hier nehmen die ehemaligen Genossen des ehemaligen KB/ML einen ökonomistischen Standpunkt ein. Weil der KB/ML eine ökonomistische Theorie und Praxis hatte, hat er zweifellos tatsächlich, wie ihm die KPD/AO immer wieder vorwarf, den Revisionisten in die Hände gearbeitet. Aber die KPD/AO erklärt diese Tatsache aus dem Zirkelcharakter des KB/ML, statt umgekehrt den Defaitismus dieser Organisation, der sich u. a. in ihrem Zirkelstandpunkt niederschlug, aus ihrer ökonomistischen Theorie und Praxis zu erklären. Das wiederum liegt an der im wesentlichen, trotz aller Beteuerungen bloß formalen Parteiauffassung der KPD/AO.

Zu dem Aufsatz:

Die Neuen Mittelklassen und das Proletariat - bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse

Joscha Schmierer, Neues Rotes Forum 4/71

I. Die Auseinandersetzung mit dem klassenanalytischen Ansatz Schmierers ist deshalb von großer Bedeutung, weil er in den politischen Diskussionen vieler sozialistischer und kommunistischer Gruppen die Grundlage für eine bündnispolitische Konzeption (z.B. gegenüber den Studenten, Angestellten) der Arbeiterbewegung ist; und zweitens weil er für den Stand und mögliche Fehlentwicklungen der Marx-Rezeption und marxistischer Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse ziemlich bezeichnend ist. In dieser Auseinandersetzung werden wir uns vornehmlich auf der Ebene methodischer und politischer Kritik bewegen, unsere eigenen Vorstellungen zur Vorgehensweise und zu ersten Resultaten der Klassenanalyse nur andeuten (1). Auf die Einschätzung und Kritik der Diskussion um die Klassenlage der Studenten, und um Inhalt und Stellenwert der Begriffe produktive und unproduktive Arbeit durch Schmierer werden wir hier nicht eingehen. Allerdings teilen wir voll die Stoßrichtung seiner Kritik, wo sie sich gegen die umstandslose Unterschlagung des Begriffs der produktiven Arbeit und deren Konsequenzen richtet (2).

II. In dem Aufsatz werden folgende zentrale Thesen aufgestellt:

1. Lohnarbeit ist kapitalproduzierende Arbeit, das ist ihr eigentlicher Sinn ("Lohnarbeit in wissenschaftlichem Sinn"). Nur die proletarisch dem Kapital entgegengesetzte Arbeit konstituiert das Proletariat.
2. Beim Austausch von Geld gegen Arbeit zur unmittelbaren Konsumtion eines Gebrauchswerts handelt es sich um unproduktive Arbeit.
3. Die Gemeinsamkeit der Lohnform verdeckt den Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit: Lohnarbeit im ökonomisch-wissenschaftlichen Sinn ist mehrwertsetzende Arbeit, nicht einfach Arbeit schlechthin, auch nicht einfach unselbständige abhängige Arbeit für andere.
4. Die alten Mittelklassen sind untergegangen, neue an ihre Stelle getreten: sie tauschen ihre Arbeit nicht gegen Kapital, sondern gegen Revenue.
5. Sie leben auf Kosten des durchs Proletariat produzierten Mehrwerts; ihr Lohnkampf richtet sich gegen alle Produktionsagenten, Kapitalisten wie produktive Arbeiter.
6. Doch liegt in der gemeinsamen Lohnform auch der Ansatz eines Bündnisses zwischen Proletariat und

(1) vgl. Kommunist 4/5 1971, S. 74 ff.
(2) Die Kritik richtet sich in diesem Aufsatz vor allem gegen Lothar Peter, Thesen über Studenten und Arbeiterklasse, SoPo 12/70, S. 75 ff.

neuen Mittelklassen. Um die historische Stärke des Proletariats ist entscheidend für die Kämpfe der Mittelklassen, deren Bewegung vor allem aus den allgemeinen Zusammenbruchstendenzen des Kapitals abzuleiten ist.

7. Die Klassenanalyse zeigt folgendes Ergebnis:
Die beiden Hauptklassen, die im antagonistischen Widerspruch zueinander stehen, sind Kapitalisten und Proletarier. Zum Proletariat zählen alle produktiven Arbeiter. Zwischen diesen Hauptklassen stehen als Mittelklassen die unproduktiven Arbeiter, die sich zusammensetzen aus:
- den traditionellen Mittelklassen und
- den neuen Mittelklassen, wozu Staatsbedienstete, unproduktive Arbeiter im privaten Dienst und Zirkulationsarbeiter gehören.

III. An der Vorgehensweise und den Resultaten Schmierers ist ganz deutlich erkennbar, daß er im wesentlichen über ein statisches soziologisches Zuordnungsverfahren nicht hinauskommt. Dies vor allem aus folgenden Gründen:
"Produktive" und "unproduktive Arbeit" werden als kategorisierendes Begriffspaar über die Gesellschaft gestülpt, ohne noch zu berücksichtigen, welchen Stellenwert dieses Begriffspaar in der Kritik der politischen Ökonomie hat. Es knüpft an die fortgeschrittene klassische bürgerliche Ökonomie an und wird zugleich zu einem Hebel ihrer Überwindung. Vor allem aber eröffnet es den analytischen Zugang zur Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Wertprodukts (3).

Schmierer dagegen bleibt auf dem Standpunkt des individuellen Kapitals (im wesentlichen auf der Ebene des ersten Bandes des "Kapital") stehen. Es muß daher die der Bewegung des zu verwertenden Werts folgende Verallgemeinerung und Differenzierung der Lohnarbeit fehlen, die ausgeht vom Produktionsprozess des individuellen Kapitals über den Zirkulationsprozess bis hin zur Herausbildung der verselbständigten Kapitalformen im Reproduktionsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals sowie der Funktionen des kapitalistischen Staates - Stufen der Entfaltung des Kapitalverhältnisses, deren je verschiedene Formbestimmungen der Lohnarbeit entsprechen. Die Auseinanderreißung des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses durch die Unterscheidung von "Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn" hypostasiert und isoliert die verschiedenen Sphären der gesellschaftlichen Arbeit voneinander. Das "innere Band" der kapitalistischen Produktionsweise, die Bewegung des sich verwertenden Werts, wird zerschnitten.

Mit der wachsenden Stufenleiter der kapitalistischen Produktion, ihrer Verwissenschaftlichung und der Vergesellschaftung der Leitungstätigkeit, der Konzentration und Zentralisation der Kapitale und dem Untergang der Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen weitet sich die Lohnarbeit aus und verallgemeinert sich zur herrschenden Form der Arbeit, die sich selbst in Produktionsverhältnissen durchsetzt, die dem Kapitalverhältnis widersprechen (4).
Eine genaue Analyse muß herausarbeiten, wie die verschiedenen Subsumtionsformen der Lohnarbeit aussehen - produktiver Gesamtarbeiter, Oberleitungsagenten, kommerzielle Arbeiter, Lohnabhängige beim Staat usw. Sie muß untersuchen, in welcher Weise sie der Bewegung des Werts - Anwendung durch ein individuelles Kapital zum Zwecke seiner Vermehrung, Grad der Unterworfenheit unter den industriellen Zyklus, Anwendung durch den Staat zum Zwecke der Herstellung der allgemeinen Produktionsbedingungen im Rahmen der durch das Profitinteresse gezogenen Grenzen usw. - unterliegen, woraus sich Höhe und Bestandteile ihres Lohns zusammensetzen, in welchen Sphären und Funktionen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses die jeweilige Lohnarbeit fungiert, welche Möglichkeiten und Schranken von Bewußtsein dem entsprechen, usw. Erst dann kann auf der begrifflichen Ebene bestimmt werden, welche Abteilungen der Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse zu rechnen sind (5), welche zur Bourgeoisie und welche durch eine differenzierte und heterogene Zwischenstellung bestimmt sind.
Einem solchen Verfahren kann eine von bloß zuordnenden Begriffen ausgehende Einteilung, die alles, was nicht prima facie zur Bourgeoisie oder zum Proletariat gehört, zu den diffusen "Neuen Mittelklassen" zusammenwirft, nur mit falschen Resultaten vorgreifen.
Die allgemeinen und notwendigen Tendenzen der Kapitalbewegung, zu denen die Formbestimmung von produktiver und unproduktiver Arbeit gehört, sind zwar im Begriff des Kapials im allgemeinen enthalten, jedoch nur als Möglichkeit, der Krise ebenso wie der Entwicklung von Klassenbewußtsein. Die politisch-ökonomischen Kategorien sind nur "Abstraktionen von den wirklichen, vorübergehenden, historischen gesellschaftlichen Beziehungen" (6), sie stellen "nur die innere Organisation der kapitalistischen Produktionsweise, sozusagen in ihrem idealen Durchschnitt" (7), dar. Wenn auch die begriffliche Analyse aufzeigen kann und dies auch vorgängig tun muß, wie differierende Klassenlagen und Bewußtseinsformen der Produktions-, Zirkulations- und Staatsagenten durch die Kapitalbewegung bestimmt, hervorgetrieben und gehemmt werden - so schließt doch jede konkrete Klassenanalyse ein die Untersuchung der allgemeinen Tendenzen der Kapital- und Klassenbewegung in einer historischen Epoche, ihrer nationalen, branchenmäßigen usw. Besonderheiten sowie der dadurch hervorgetriebenen auf sie zurückwirkenden Bewußtseins- und Organisationsformen der Klassen und ihrer Abteilungen, Verfaßtheit und Tätigkeit des Staates im kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Erst in dieser Untersuchung der erscheinenden Bewegung der kapitalistischen Produktionsweise wird die historische Konstitution der Klassen und ihres Bewußtseins sichtbar und mit der begrifflichen Analyse vermittelbar.
Wenn auch die wissenschaftlichen Arbeiten der Marxisten erst am Anfang dieses Unternehmens stehen und vorläufige Aussagen deshalb durchaus berechtigt sind, so kann doch der ebenso begriffslose wie unkonkrete unvermittelte Sprung Schmierers von der begrifflichen Klassenanalyse zur wirklichen Klassenbewegung nur als falsch bezeichnet werden. Produktive Arbeiter werden mit Proletariern, unproduktive mit Mittelklassen

(3) D.L.- Diplomarbeit
(4) vgl. MEW 26.1 /382 ff. und der vorliegende Aufsatz S.46
(5) So werden zum B. in "Kommunist" als vorläufige Resultate der begrifflichen Analyse produktive und indirekt produktive (=kommerzielle) Arbeiter zur Arbeiterkl. gezählt.
(6) Brief von Marx an P.W.Annenkow, MEAW II/417
(7) MEW 25/839

gleichgesetzt. Gegen diese Grobschlächtigkeit hilft auch die kurze Einschränkung im Vorwort nicht viel (8).

IV.

Das fehlerhafte Vorgehen Schmierers impliziert auch notwendigerweise fragwürdige Bestimmungen einzelner Abteilungen der Lohnabhängigen. Daß die unproduktiven Arbeiter im Interesse des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zur Verringerung seiner Gattungskosten unbezahlte Mehrarbeit leisten, wird zwar - wenn auch gewunden - ausgeführt (S 47). Dagegen ist gar nicht einzusehen, daß die kommerziellen Arbeiter in der Zirkulation, die ja notwendiges Moment der Reproduktion des Kapitals ist, zu den Mittelklassen zählen sollen; sind sie doch durchaus - nach Schmierers eigener Voraussetzung - polarisch dem Kapital gegenübergesetzt. "Von den unproduktiven Mittelklassen im privaten und öffentlichen Dienst unterscheiden sich dadurch, daß ihnen ein Privatkapitalist gegenübersteht, vom Proletariat unterscheiden sie sich dadurch, daß dieser Privatkapitalist nicht die Personifikation des von ihnen gesetzten Kapitals ist" (S 54). Hier wird eben übergangen, daß es sich bei den Zirkulationskapitalen nur um die Verselbständigung von Funktionen des industriellen Kapitals handelt, die in den Reproduktionsprozess des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, die Produktion und Realisierung des Mehrwerts eingeschlossen sind. "Das Kapital als sich verwertender Wert umschließt nicht nur Klassenverhältnisse, einen bestimmten gesellschaftlichen Charakter, der auf dem Dasein der Arbeit als Lohnarbeit ruht. Es ist eine Bewegung, ein Kreislaufsprozeß durch verschiedene Stadien, der selbst wieder drei verschiedene Formen des Kreislaufprozesses einschließt. Es kann daher nur als Bewegung und nicht als ruhendes Ding begriffen werden" (9).
"Geldkapital und Warenkapital, soweit sie mit ihren Funktionen als Träger eigener Geschäftszweige neben dem industriellen Kapital auftreten, sind nur noch durch die gesellschaftliche Teilung der Arbeit verselbständigte und einseitig ausgebildete Existenzweisen der verschiedenen Existenzweisen der verschiedenen Funktionsformen, die das industrielle Kapital innerhalb der Zirkulationssphäre bald annimmt, bald abstreift" (10) Die kommerziellen Arbeiter sind daher nicht polarisch dem Zirkulationskapital entgegengesetzt, sondern auch den Bedingungen und zyklischen Schwankungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses ausgesetzt, werden "aufs Pflaster geworfen", sobald sie "für die Verwertungsbedürfnisse des Monsieur Kapital ... überflüssig" sind (11). Sie sind zur Arbeiterklasse zu zählen, und nicht zu den Mittelklassen, obwohl Schmierer durchaus feststellt: "Die breiten Massen der Zirkulationsagenten (?) sind die engsten Verbündeten des Proletariats" (S 54). Eine ähnliche Konsequenz der Fixierung auf das produktive Einzelkapital zeigt sich bei der Analyse der Arbeiter, die einem Dienstleistungskapital unterworfen sind. Hier wird zwar richtig ausgeführt, daß sie zum Proletariat zu rechnen sind (S 51), aber die Benennung ihres spezifischen Platzes im "System der gesellschaftlichen Produktion", im Reproduktionsbereich, und der Folgen, die das für das Unterworfensein unter den kapitalistischen Zyklus, für Bewußtseins- und Organisationsformen hat, unterbleibt. Das wäre umso wichtiger, als sich hier um eine Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit handelt, die in der Regel erst in jüngster Zeit dem Kapitalverhältnis unterworfen wurde und wird.

V.

Vor diesem Hintergrund wird der Begriff der neuen Mittelklassen zusehends fragwürdig. Haben wir schon oben versucht nachzuweisen, daß ihnen keineswegs die Zirkulationsarbeiter zugehören können - auch gemäß Schmierers eigener Definition: "Die Mittelklasse ... tauschst ihre Arbeit gegen Revenue; ihre Arbeit ist weder formell noch reell dem Kapital subsumiert (S 52) - so bleibt auch unklar, welche Abteilungen der Lohnabhängigen unter der "vermehrten Beschäftigung von unproduktiven Arbeitern durch die Monopole selbst" (S 52) zu begreifen sind. Auch die von Schmierer herangezogenen und weitere Ausführungen von Marx über die Mittelklassen (12) zeigen, daß unter diesen Begriff sowohl einfache Warenproduzenten, öffentlichen Dienstleistende, "Nichterwerbsfähige", Rentiers und Lumpenproletarier subsumiert werden - eine Ansammlung, die alles andere als eine klare Klassenbestimmung ermöglicht.
Während nun allenfalls zu prüfen wäre, inwieweit die unproduktiven Lohnarbeiter beim Staat als Kern der neuen Mittelklassen zu begreifen sind, löst Schmierer diese unversehens zum "Volks"-Konglomerat auf, dessen Bestimmung nun völlig verschwunden bzw. nur noch von einem voluntaristischen, außerhalb der Sache liegenden Standpunkt (hoffentlich nicht dem der Kommunisten) vorgenommen werden kann: "In der kapitalistischen Gesellschaft gehören die Klassen und Schichten zum Volk, die in keinem antagonistischen Widerspruch zum Proletariat, als der einzigen selbständigen revolutionären Klasse stehen, und zunehmend in antagonistischen Widerspruch zum Kapital geraten. In der monopolkapitalistischen Gesellschaft gehören zum Volk: die Reste der alten Mittelklasse, d.h. die kleinen Bauern und Handwerker und große Teile der neuen Mittelklasse, sofern ihr Schicksal nicht unmittelbar mit der Herrschaft des Monopolkapitals verbunden ist: kleine, mittlere und höhere Beamte, sofern sie nicht privilegierte Herrschaftsfunktionen ausüben, der weitaus größte Teil der Zirkulations- und Verwaltungsagenten, die im Dienst und Sold des Privatkapitals stehen." (S. 55) Die Herkunft dieser Konstruktion von Widerspruchsebenen und politischen Hilfskonstruktionen - "privilegierte Stellung", "Schicksal" - bleibt Schmierers Geheimnis.

VI.

Es ist die "Aufgabe einer Klassenanalyse der monopolkapitalistischen Gesellschaften, in denen der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital neue Mittelklassen hervorgebracht hat, zu untersuchen, welche Klassen und Schichten zum Volk gehören, d.h. welche Schichten der Mittelklasse sich im proletarischen Klassenkampf nach und nach um das Proletariat sammeln werden, um dem Monopolkapital einen entscheidenden Schlag zu versetzen." (S. 55) Abgesehen davon, daß Richtung und Intensität dieses "entscheidenden

(8) "Die Analyse der Mittelklassen wird nicht konkret durchgeführt, was größere empirische Untersuchungen voraussetzen würde." (S 44)
(9) MEW 24, S.109
(10) MEW 24, S. 61
(11) MEW 23, S. 642, FN 70
(12) so MEW 23, S. 469; MEW 26.1, S.189f; MEW 26.2 S. 563 und 575

Schlags" unklar bleiben, ist Bündnismöglichkeit und -fähigkeit der Mittelklassen nicht aus den Bedingungen ihrer Klassenlage und ihres Bewußtseins heraus entwickelt. So bleiben nur tendenziell moralische Kategorien wie etwa die, daß die Mittelklassen auf Kosten des Proletariats lebten - wobei völlig verloren geht, daß die Mehrheit der Lohnabhängigen, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichtet, (13) von Zugeständnissen des Staates an sie bestenfalls teilweise die Rede sein kann - oder der Verweis auf die allgemeinen Zusammenbruchstendenzen des Kapitals. Hier ist allerdings zu unterstreichen, daß das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Hauptklassen für Richtung und Intensität der Kämpfe der unproduktiven Lohnabhängigen und der Kleinbourgeoisie letztlich ausschlaggebend ist. Obwohl Schmierer davon ausgeht, daß Proletariat und Mittelklassen in keinem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen, wird doch ein Bündnis zwischen ihnen als Klassenkonstruiert, dessen Basis und Interessenkoalition ebenso unklar ist, wie es für die Angehörigen der neuen Mittelklassen die Festlegung auf einen imaginären Klassenstandpunkt und die Verhinderung der Einsicht in ihre wirkliche Klassenlage bedeutet.

VII.

Demgegenüber müßte eine proletarische revolutionäre Taktik, ausgehend von einer Vereinheitlichung der verschiedenen Fraktionen der Arbeiterklasse die Gesamtheit der Lohnabhängigen in die Perspektive des sozialistischen Kampfes einzubeziehen versuchen, bzw. ihre bourgeoisen und konterrevolutionären Teile zu isolieren. Gemeinsame Basis für diese Taktik ist die Lohnarbeit. Auf ihr aufbauend muß die Überwindung der partiellen Differenzen zwischen Arbeiterklasse und anderen Abteilungen der Lohnabhängigen mit der Verallgemeinerung und Politisierung der ökonomischen Kämpfe (14) angestrebt werden. Die Organisation auch der unproduktiven Lohnarbeiter in den Gewerkschaften ist ein erster Schritt hierfür. (15) Die Alternative, die Schmierer am Ende seines Aufsatzes stellt, entspringt nur der Logik seiner Absicht und verfehlt das Problem: "Jene Ideologen, die entweder die Mittelklassen generell vernachlässigen und nur die zunehmende Polarisierung von Lohnarbeit und Kapital berücksichtigen, oder die, indem sie den wissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit vom Kapitalverhältnis trennen, die neuen Mittelklassen als Teil des Proletariats betrachten, wollen das Proletariat entweder in die Isolation führen, d. h. vom übrigen Volk trennen, oder die Führung des Proletariats den Mittelklassen überantworten." (S. 55)

(13) So ist wohl auch die Formulierung von Hübner und anderen zu verstehen, gegen die sich Schmierer wendet.

(14) Vgl. Albers/Goldschmidt/Oehlke: Klassenkämpfe in Westeuropa, Hamburg 1971, und Hoffmann/ Neusüß/ Semmler: Zu einigen Aspekten der Klassenkämpfe in Westeuropa, Probleme des Klassenkampfs 4/72.

(15) Vgl. Sondernummer 3/72 des Kommunist.

Wir beschränken uns auf grobe quantitative Tendenzen. Nähere Angaben vgl. Albers/Goldschmidt/Oehlke: Klassenkampf in Westeuropa, Hamburg 1971; RKW-Studie, Berichtsband, Frankfurt/Main 1970; Argument 61/70; Kommunist 4,5, /71; Ökonomische Tendenzen und Klassenwidersprüche in Westdeutschland, DWI-Berichte 8/69; Serge Mallet: La nouvelle classe ouvriere, Paris 1963; Niels Beckenbach u.a.: Zur Analyse der wissenschaftlich-technisch qualifizierten Lohnarbeiter, unveröffentlichtes Manuskript Berlin (W) 1971; J. Schischkow: Neue Erscheinungen des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, Sowjetwissenschaft 9/71; Helmut Steiner: Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967

* * *

DIE WIDERSPRÜCHE IN DER GRUNDLEGENDEN BESTIMMUNG DER POLITIK DER MLH's UND DES KB - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER KLASSEN ANALYSE DES "KOMMUNIST" 4/5

1. Einleitung

Nachdem der KB/ML Westberlin sich als unfähig erwiesen hat, seine Auflösung auch nur der Erscheinungsweise nach zu erklären, wird es höchste Zeit, die Ursachen jener Auflösung zu analysieren. Jedoch wäre der Eindruck falsch, daß erst mit der Auflösung des KB auch der Zerfall der MLH's beginnt. Vielmehr bildete die Widersprüchlichkeit bei der Bestimmung der Grundlagen der Politik der MLH's und des KB die Ursache für das Scheitern sowohl der Erarbeitung einer einheitlichen hochschulpolitischen Linie als auch der Gründung einer kommunistischen Hochschulorganisation. Nachdem die Unfähigkeit, eine klare politische Linie zu entwickeln, flugs zur notwendigen Folge des unterentwickelten Standes der Arbeiterbewegung erklärt, damit die Widersprüchlichkeit der eigenen Position ausschließlich als Ausdruck der objektiven Bedingungen verstanden (Kommunist 4/5, S.11) und diese Unfähigkeit schließlich auch noch in eine Praxis des Kampfes gegen Anleitungsillusionen verklärt wurde, (siehe Redebeitrag des MLH's auf dem teach-in vom 14. 1. 72, in: Kommunist Sondernummer 3), konnte die Überwindung der eigenen Widersprüche nicht mehr als Aufgabe begriffen werden. Erst unter diesen Bedingungen mußten die Widersprüche im KB und in den MLH's notwendig zur Auflösung bzw. zur bewußtlosen Fraktionierung führen. Es soll im folgenden gezeigt werden, wie die immanenten Widersprüche in der KB-Position -dargestellt an der Klassenanalyse - eine einheitliche politische Linie unmöglich machten und wie sie auch zur völligen Desorientierung in der Hochschulpolitik beitrugen.

Eine solche Einschätzung der grundlegenden Fragen sozialistischer Hochschulpolitik ist notwendig, um den fachbereichsbornierten, politisch völlig versumpften Zustand der MLH's (Kongreß !) zu überwinden.

2. Die revolutionäre Linie in der Klassenanalyse

Grundlage der Bestimmung kommunistischer Politik ist die Analyse der objektiven Lage und der sich daraus ergebenden Interessen der Klassen. Marx und Engels haben die Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen enthüllt und als die objektive Bedingung dieser

Kämpfe die aus der Stellung der Klassen zum gesellschaftlichen Mehrprodukt, bzw. aus der Art der Aneignung dieses Mehrprodukts resultierenden Widersprüche analysiert und damit den wissenschaftlichen Sozialismus als revolutionäre Theorie der Arbeiterklasse im Gegensatz zum utopischen Sozialismus begründet. "Der bisherige Sozialismus kritisierte zwar die bestehende kapitalistische Produktionsweise und ihre Folgen, konnte sie aber nicht erklären, also auch nicht mit ihr fertig werden; erkonnte sie nur einfach als schlecht verwerfen. Es handelte sich aber darum, diese kapitalistische Produktionsweise einerseits in ihrem geschichtlichem Zusammenhang und ihrer Notwendigkeit für einen bestimmten geschichtlichen Zeitabschnitt, also auch die Notwendigkeit ihres Untergangs, darzustellen, andererseits aber auch ihren innern Charakter zu enthüllen, der noch immer verborgen war, da die bisherige Kritik sich mehr auf die üblen Folgen als auf den Gang der Sache selbst geworfen hatte. Dies geschah durch die Entdeckung des Mehrwerts. Es wurde bewiesen, daß die Aneignung unbezahlter Arbeit die Grundform der kapitalistischen Produktionsweise und der durch sie vollzogenen Ausbeutung des Arbeiters ist; daß der Kapitalist, selbst wenn er die Arbeitskraft eines Arbeiters zum vollen Wert kauft, den sie als Ware auf dem Warenmarkt hat, dennoch mehr Wert aus ihr herausschlägt, als er für sie bezahlt hat; und daß dieser Mehrwert in letzter Instanz die Wertsumme bildet, aus der sich die stets wachsende Kapitalmasse in den Händen der besitzenden Klassen aufhäuft. Der Hergang sowohl der kapitalistischen Produktion wie der Produktion von Kapital war erklärt." (F. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, MEW 20, S. 26). Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Klassenanalyse muß also das gemeinsame Verhältnis der Gruppen von Menschen zur Mehrwertproduktion sein, das sie als Klasse definiert. Das Proletariat ist diejenige Klasse, die unmittelbar Wert und Mehrwert schafft und damit das Kapital als seinen polarischen Gegensatz.

Die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, alle Tätigkeiten in Lohnarbeiten zu verwandeln, d.h., die "Form der Arbeit als Lohnarbeit absolut" (Marx, Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Ffm 1970, 1. Aufl. S. 67) zu setzen, hat - aus verschiedensten Interessen - zur Gleichsetzung von Lohnarbeitern und Proletariern geführt. Dem hält Marx jedoch den Begriff des "produktiven Arbeiters" entgegen, der allein die Arbeiterklasse konstituiert, weil nur der produktive Arbeiter Kapital als seinen polarischen Gegensatz schafft und von daher seine revolutionäre Rolle bestimmt ist. "Diese Erscheinung nun, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, alle Dienste sich in Lohnarbeit verwandeln und alle ihre Verrichter sich in Lohnarbeiter verwandeln, sie also diesen Charakter mit dem produktiven Arbeiter gemein haben, gibt zur Verwechslung beider umsomehr Anlaß, weil es eine die kapitalistische Produktion charakterisierende und durch sie selbst geschaffene Erscheinung ist. Andererseits gibt es den Apologeten Anlaß, den produktiven Arbeiter, weil er Lohnarbeiter ist, in einen Arbeiter zu verwandeln, der bloß seine Dienste (d.h. seine Arbeit als Gebrauchswert) gegen Geld austauscht. Damit wird dann glücklich über die differentia specifica dieses produktiven Arbeiters und der kapitalistischen Produktion - als eine Produktion von Mehrwert, als Selbstverwertungsprozeß des Kapitals, dessen bloße sich einverleibende agency die lebendige Arbeit ist, hinweggeschlüpft. Ein Soldat ist ein Lohnarbeiter, Söldner, aber er ist deswegen kein produktiver Arbeiter." (Resultate, S. 67 f).

"Wer den Begriff des Proletariats auf den Charakter der Arbeit als Lohnarbeit reduziert und ihn vom Begriff der produktiven Arbeit trennt, begreift das Proletariat nicht mehr als polarischen Gegensatz des Kapitals und reduziert tendenziell das Kapitalverhältnis auf Erscheinungsformen, die es mit ganz anders bestimmten Produktionsweisen gemeinsam hat. Gleichzeitig wird der Begriff der unbezahlten Mehrarbeit, durch die Geld überhaupt erst zu Kapital wird, vom Kapitalverhältnis gelöst und aus dem Charakter der Arbeit als Lohnarbeit umgekehrt geschlossen, daß Lohnarbeit per se, losgelöst vom Kapitalverhältnis unbezahlte Mehrarbeit bedeute: dabei wird völlig übersehen, daß die unproduktiven Arbeiter zwar aus dem Produkt der unbezahlten Mehrarbeit der produktiven Arbeiter,des Proletariats, bezahlt werden, ihre eigene Arbeit aber gar nicht unter dem Zwangsverhältnis des Selbstverwertungsprozesses des Kapitals, der Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit steht, weil ihre Arbeitskraft nicht wegen ihrer mehrwertheckenden Fähigkeit gekauft wird, sondern ausschließlich wegen ihres Gebrauchswerts.", genauer wegen ihres konkret nützlichen Charakters. (J. Schmierer, Die neuen Mittelklassen und das Proletariat, bürgerliche und proletarische Linie in der Klassenanalyse, in: NRF 4/71, S.46f)

3. Bürgerliche und proletarische Linie im Kommunist 4/5: Bestimmung der Arbeiterklasse durch den Begriff 'produktive Arbeit' vs. Bestimmung durch die Kategorie 'Lohnarbeit'

Im Kommunist 4/5 finden wir durchaus eine richtige Bestimmung der Arbeiterklasse durch den Begriff des "produktiven Arbeiters": "Die zentrale Bedeutung der Kategorie produktive Arbeit für die Bestimmung der revolutionären Klasse ist darin begründet, daß nur ein produktiver Arbeiter unmittelbar Mehrwert produziert und somit seine Arbeit Grundlage der gesamtgesellschaftlichen Wertproduktion und -verteilung einerseits und Quelle des Mehrwerts des individuellen Kapitals andererseits ist." (S.84) Diese richtige Bestimmung der revolutionären Klasse führt die Verfasser zu der "zentralen Frage für eine revolutionäre Politik": "Welche Teile der ständig zunehmenden Lohnabhängigen (1969 in der BRD und Westberlin 82 % der Erwerbstätigen) gehören zur Arbeiterklasse und welche nicht..." (S.83)
Jedoch wird die richtig aufgewiesene Bedeutung der Kategorie 'produktive Arbeit' als konstituierend für den Begriff der Arbeiterklasse nicht durchgehalten, ja durch den Zusammenhang selbst relativiert; in dem vorausgehenden Abschnitt "C. Zur Methode der Klassenanalyse" heißt es nämlich: "Im Zentrum der Analyse muß... die Kategorie der Lohnarbeit stehen." (S.81; dies übrigens wieder im Gegensatz zur Einleitung, in der als notwendiger Ausgangspunkt die Kategorie 'produktive Arbeit' gefordert wird, S.10) Entsprechend diesem Ausgehen von der Kategorie 'Lohnarbeit' ist der Abschnitt "D. Zusammenfassung der Untersuchung der Klassenstruktur in der BRD" gegliedert, was eine Übernahme des methodischen Vorgehens Jungs bedeutet (H. Jung, Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs 'Arbeiterklasse' und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse, in: Das Argument 61, Heft 9-10/1970, 12. Jg., S.665-698, hier: S.670-677). Über diese Anlehnung hinaus sind ganze Absätze inhaltlich von Jungs Argumentation bestimmt, ja bei geringfügigen Umstellungen wörtlich, aber ohne Quellenangabe (was das gute Gewissen

wohl ausreichend dokumentiert!) abgepinselt: vgl.: Absatz 1. (S. 84) mit Jung, S.671 und 674, Absatz 2. mit Jung, 676 und Absatz 3. (S.85) mit Jung 675. Inhaltliche Variationen ergeben sich vor allem beim Ersetzen der Begriffe "Primär- und Sekundärproduzenten von Mehrwert" durch die Kategorien 'produktive' und 'indirekt produktive' Arbeiten, die allerdings auch bei Jung aufgeführt sind (S.673). Letztlich läuft aber auch dieser Begriffsaustausch auf dasselbe hinaus: Wie Jung (mit M. Gronau) "die Grenzen zwischen Primär- und Sekundärproduzenten" sich verwischen sieht (Jung, S.673), so sehen auch die Verfasser des Kommunist 4/5 nur graduelle "unterschiedliche Abhängigkeiten zur Wertbewegung" (S.85) bei den produktiven und indirekt produktiven Arbeitern und zählen deshalb beide zur Arbeiterklasse. So landen sie schließlich bei der Aufhebung der Bestimmung der Arbeiterklasse durch die Kategorie 'produktive Arbeit': "Die Arbeiterklasse ist jedoch nicht allein auf die produktiven Arbeiter zu beschränken." Die "indirekt produktiven Lohnarbeiter bilden zusammen mit den direkt produktiven Lohnarbeitern die Arbeiterklasse." (S.85) Diese Behauptung widerspricht nun aber der zuvor beschriebenen "zentralen Bedeutung der Kategorie produktive Arbeit für die Bestimmung der revolutionären Klasse" (S.84). Erstaunlich ist, wie diese beiden, sich gegenseitig ausschließenden Bestimmungen nebeneinander stehenbleiben konnten.

Unser Erstaunen schlägt allerdings in restlose Verwirrung um, wenn wir noch eine dritte Bestimmung der Arbeiterklasse im Kommunist 4/5 finden: unter der Überschrift "Akkumulation von Kapital - Akkumulation von Arbeiterklasse" wird zunächst als Ausdruck der Akkumulation von Kapital die "wachsende Akkumulation von Lohnarbeitern" (S.63) betont; die schon mit der Überschrift deutlich gewordene Gleichsetzung von Lohnarbeitern und Arbeiterklasse wird nachdrücklich bestätigt durch den Hinweis auf "die hier beschriebene Akkumulation von Arbeiterklasse", die ihren "weiteren Ausdruck" darin finden soll, "daß der Anteil der Arbeiterklasse an der Erwerbsbevölkerung' von 1950 bis 1968 um mindestens 10% gestiegen ist" (S.63, unter Bezug auf eine Tabelle, in der wiederum von Lohnarbeit die Rede ist! S.64). Jetzt zählen nicht nur die indirekt produktiven Arbeiter zur Arbeiterklasse, sondern auch die unproduktiven Arbeiter, die Lohnabhängigen schlechthin, d. h. auch der größte Teil (?) der Angestellten und Beamten.

4. Der Versuch der Aussöhnung der bürgerlichen mit der proletarischen Linie führt zur Preisgabe des revolutionären Standpunktes: die Funktion der Kategorie 'indirekt produktive Arbeit'

Die aufgezeigten Widersprüche lassen sich folgendermaßen erklären:

Wir haben sowohl die revolutionäre, als auch die bürgerliche Linie in der Klassenanalyse des Kommunist 4/5 gefunden. Der ganze intellektuelle Scharfsinn der Verfasser richtet sich darauf, mit diesen sich ausschließenden Positionen fertigzuwerden, sie miteinander zu versöhnen, wobei es sich der intellektuelle Scharfsinn noch nicht einmal auf eigene Anstrengungen bezieht, sondern auf das Aufstöbern entsprechender, für diesen Zweck verwertbarer Stellen bei Revisionisten. Es ist klar, daß bei einem solchen Versuch nur vollständige Konfusion herauskommen kann, die aber genau die Funktion hat, über die Preisgabe des klaren revolutionären Standpunktes in der Klassenanalyse hinwegzutäuschen.

Wenn gerade die Marxsche Mehrwerttheorie den materialistischen und revolutionären Inhalt des Klassenkampfes aufdeckt, dann muß jede Abschwächung der an die Entstehung des Mehrwerts gebundenen Kategorie der produktiven Arbeit in der Klassenanalyse eine Abstumpfung der revolutionären Widersprüche und ein Abgleiten der Klassenanalyse ins Fahrwasser bürgerlicher Ideologie bedeuten.

Schon im "Arbeitsbericht der Ingenieurkommission" (einer Vorarbeit zum Kommunist 4/5) war eindeutig eine revisionistische Position bezogen worden. Schlankweg wurde dort die Arbeiterklasse aus "drei Hauptabteilungen" (S.10) zusammengesetzt: produktive, indirekt produktive und unproduktive Arbeiter, was natürlich einschloß, den Lohnarbeiterstatus zum Kriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu machen (revisionistische Abteilungstheorie). Offensichtlich waren sich etliche Genossen im KB des Widerspruchs dieser revisionistischen Verfälschung der einzig proletarischen Linie in der Klassenanalyse - die Bestimmung der Arbeiterklasse durch den Begriff produktive, d. h. mehrwert- und kapitalproduzierende Arbeit - bewußt. Sie haben diesen Widerspruch allerdings nicht ausgetragen, sondern zu versöhnen versucht, was sich besonders in der Verwendung des Begriffs 'indirekt produktiv' niederschlägt, mit dem die Lohnarbeiter des Geldhandlungs- und Warenhandlungskapitals charakterisiert und zur Arbeiterklasse geschlagen werden.

Obwohl die Genossen in ihren Bemerkungen "Zur Methode der Klassenanalyse" mit Marx darauf hinweisen, daß sich durch die Konkurrenz in der fertigen Gestalt der ökonomischen Verhältnisse alles verkehrt darstellt und daß es gerade Aufgabe der Klassenanalyse ist, zu der inneren, wesentlichen, aber verhüllten Kerngestalt und dem ihr entsprechenden Begriff - was im Gegensatz steht zu den Erscheinungen an der Oberfläche! - vorzudringen, - also trotz dieses Hinweises verfallen die Genossen selbst der Erscheinungsform der Verselbständigung des Geld- und Warenhandlungskapitals und bezeichnen die Lohnarbeiter unter dem Kommando jener Kapitale "aufgrund der Nähe zur Wertbewegung durch die direkte Einbeziehung in die Realisierung des Werts als indirekt produktiv" (S.85).

Die schwammigen Begriffe "Nähe zur Wertbewegung" und "Einbeziehung in die Realisierung des Werts" verschleiern nur den klaren von Marx hervorgehobenen Sachverhalt, daß Bank- und Handelskapital "weder Wert noch Produkt schaffen", egal ob die Funktion der Zirkulationsagenten vom Kapitalisten selbst wahrgenommen wird oder auf Lohnarbeiter übertragen wird.

"Die Zirkulation ist ebenso notwendig bei der Warenproduktion wie die Produktion selbst, also die Zirkulationsagenten ebenso nötig wie die Produktionsagenten. Der Reproduktionsprozeß schließt beide Funktionen des Kapitals ein, also auch die Notwendigkeit der Vertretung dieser Funktionen, sei es durch den Kapitalisten selbst, sei es durch den Lohnarbeiter, Agenten desselben. Dies ist aber ebensowenig ein Grund, die Zirkulationsagenten mit den Produktionsagenten zu verwechseln, als es ein Grund ist, die Funktion von Warenkapital und Geldkapital mit denen von produkivem Kapital zu verwechseln. Die Zirkulationsagenten müssen bezahlt werden durch die Produktionsagenten. Wenn aber Kapitalisten, die untereinander kaufen und verkaufen, durch diesen Akt weder Produkte noch Wert schaffen, so ändert sich das nicht, wenn der Umfang ihres Geschäfts sie befähigt und nötigt, diese Funktion auf andere abzuwälzen." (Kapital, Bd.2, MEW 24, S.129)

Durch die Funktion des Kaufmannskapitals und die Tatsache, daß es Lohnarbeiter beschäftigt, entstehen Illusionen, die gerade die inhaltliche Bestimmung des Handels als bloßem Formwandel der Ware verdunkeln. Die Metamorphose der Warenin Geld, vom Zirkulationsagenten durchgeführt, benötigt Zeit und Arbeitskraft. Derjenige, der diese Operation vollzieht - ob einfacher Warenproduzent, industrieller Ka-

pitalist, Kaufmann oder Lohnarbeiter des Handelskapitals - "verrichtet eine notwendige Funktion, weil der Reproduktionsprozeß selbst unproduktive Funktionen einschließt. Er arbeitet so gut wie ein anderer, aber der Inhalt seiner Arbeit schafft weder Wert noch Produkt. Er selbst gehört zu den faux frais der Produktion. Sein Nutzen besteht nicht darin, eine unproduktive Funktion in eine produktive zu verwandeln, oder unproduktive Arbeit in produktive. Es wäre ein Wunder, wenn dergleichen Verwandlung durch solche Übertragung der Funktion bewerkstelligt werden könnte. Sein Nutzen besteht vielmehr darin, daß ein geringerer Teil der Arbeitskraft und Arbeitszeit der Gesellschaft in dieser unproduktiven Funktion gebunden wird. Noch mehr. Wir wollen annehmen, er sei bloßer Lohnarbeiter, meinetwegen besser bezahlter. Welches immer seine Zahlung, als Lohnarbeiter, arbeitet er einen Teil seiner Zeit umsonst. Er erhält vielleicht täglich das Wertprodukt von 8 Arbeitsstunden und fungiert während 10. Die 2 Stunden Mehrarbeit, die er verrichtet, produzieren ebenso wenig Wert wie seine 8 Stunden notwendige Arbeit, obgleich vermittels dieser letzteren ein Teil des gesellschaftlichen Produkts auf ihn übertragen wird." (Kapital II, MEW 24, S. 133f.) (Ich habe diese Stelle noch einmal ausführlich zitiert, 1. weil die bloße Erscheinungsform, daß die Lohnarbeiter in der Zirkulationssphäre einem Kapital untergeordnet sind, die Verf. des Kommunist 4/5 dazu verleitet hat, sie unbesehen in die Arbeiterklasse einzureihen, ohne dem Charakter jenes Kapitals auf den Grund zu gehen, 2. um die Behauptung zu widerlegen, die ausschließliche Verwendung des Begriffs produktive Arbeit zur Bestimmung der revolutionären Klasse bliebe auf dem Standpunkt des Einzelkapitalisten stehen.)

Zu den 'unproduktiven Arbeitern' wagen die Verfasser schließlich keine Aussagen mehr zu machen, bzw. überlassen das Problem " der weiteren Untersuchung" (S. 85, Anm. 3). Immerhin weist die Fragestellung, "inwiefern Teile der unproduktiven Arbeiter, die vermittelt noch dem industriellen Zyklus unterworfen sind (Dienstleistungen, speziell vom Staat bezahlte Tätigkeiten), noch als Teile der Arbeiterklasse bzw. als der Arbeiterklasse aggregierte Lohnarbeiter zu bezeichnen sind" (aaO), in die Richtung der revisionistischen Abteilungstheorie.
Konsequent heißt es dann im nächsten Punkt: " Die Zugehörigkeit der produktiven und unproduktiven Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse noch einzugrenzen." (S. 86), obwohl eine solche Zugehörigkeit - was die unproduktiven Arbeiter betrifft - zuvor überhaupt nicht festgestellt, geschweige denn begründet worden war.

5. Völlige Konfusion bei dem Begriff 'unproduktiv' als notwendiges Ergebnis der Preisgabe des revolutionären Standpunktes (unproduktive Arbeit, unproduktiver Sektor, unproduktive Zwischen klassen)

Zu welcher Konfusion der Versöhnungsversuch zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie in der Klassenanalyse führen muß, zeigt sich auch in dem Abschnitt über den 'unproduktiven Sektor' und über die 'unproduktiven Zwischenklassen' (S. 50-53). Hier werden zunächst die Begriffe 'produktiv' und 'unproduktiv' "vom Standpunkt des gesamten Reproduktionsprozesses" her bestimmt: "Die unproduktive Arbeit schafft keine Produkte, die produktiv im Produktionsprozeß konsumiert werden (z.B. Produktionsmittel) noch in die individuelle Konsumtion des produktiven Arbeiters eingehen (Lebensmittel), sondern Luxusgüter etc." (S. 50)
Die Verneinung einer geballten Ladung 'produktiver' Vokabeln läßt jedoch noch lange keine unproduktive Arbeit entstehen und kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier im Gegensatz zur Marxschen Analyse produktive Arbeit nicht von ihrer mehrwertproduzierenden, kapitalschaffenden Funktion her bestimmt wird, also von der Tauschwertseite, sondern von der Gebrauchswertseite.
Für die Mehrwertproduktion ist jedoch der Charakter der Waren (ob geistiger Natur oder materieller, ob lagerfähig oder nicht - Dienstleistung) völlig gleichgültig ebenso wie die Tatsache, was der Käufer der Ware nach dem Kauf mit ihr anstellt, auf welche Weise er sie konsumiert (individuell, staatlich oder produktiv als stoffliche Form von Kapital), was schon Bischoff u.a. herausgearbeitet hatten: "Wenn aus dem bestimmten stofflichen Inhalt einiger Arbeiten, wie z. B. Rüstungs- und Luxusgüterproduktion und Werbung, ihr unproduktiver Charakter abgeleitet wird, so zeigt dies, wie wenig das Wesen der kapitalistischen Produktion begriffen ist." (J. Bischoff u.a., Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse, in: SoPo 6/7, 1970, S. 69-89, hier S. 87f.). Bischoff u.a. kritisieren in diesem Zusammenhang die Kapitalismuskritik von Baran und von W. Hoffmann als bloß moralisierend, weil vom kapitalistischen Charakter der Produktion abstrahierend. (a.a.O. S. 88).
(Vgl. auch den Ansatz zu einer Kritk des Mattickschen Begriffs als unproduktiver=unprofitabler Produktion im gesamtkapitalistischen Sinne, NRF 2/71, S. 61f.)
"Der Unterschied zwischen Luxus- und Rüstungsindustrie auf der einen Seite und der Produktion von Konsumtions- und Produktionsmitteln hat mit der Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit nichts zu tun. Die Proletarier der Luxus- und Rüstungsindustrie produzieren genauso Wert und Mehrwert, d.h. Kapital wie ihre Klassengenossen in der übrigen Industrie. Der Unterschied liegt nur darin, daß ihre Produkte stofflich nicht als Kapital, weder als konstantes noch als variables fungieren können (vgl. ThM 3, MEW 26.3, S. 241f.)" (Schmierer aaO S. 51).
Gleichrangig neben die falsche Bestimmung produktiver Arbeit von der Gebrauchswertseite wird dann jedoch die richtige - von der Tauschwertseite her - gestellt: "Zum andern soll in unserem Zusammenhang die Arbeit als unproduktiv verstanden werden, die keinen Mehrwert schafft (wenngleich die Mehrarbeit die unproduktiven Kosten verringern kann) ..." (S. 50) Schließlich wird aufgrund einer weiteren Definition von unproduktiv = nicht an der Mehrwertabpressung beteiligt (S. 51) noch eine "unproduktive Zwischenklasse" geschaffen, die im Gegensatz zu den unproduktiven Lohnarbeitern und zu den "tradierten Mittelklassen" als "der Bourgeoisie aggregiert" zu betrachten ist. Die Angehörigen jener "unproduktiven Zwischenklassen" üben zwar teilweise einen Beruf aus (S. 77), aber das soll ihre Klassenlage nicht weiter beeinträchtigen, entscheidend sei ihre Eigenschaft als "Kleinkapitalbesitzer, Kleinaktionäre, Träger von mittelbarem Vermögen etc." (S. 51) oder als "kleine und mittlere Grund- und Aktienbesitzer" (S. 77).
Solcher von der Art des Einkommens ausgehenden Bestimmung einer Klasse hielt schon Lenin entgegen: "Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der verschiedenen Gesellschaftsklassen in der Quelle ihres Einkommens suchen, heißt an die erste Stelle die Distributionsverhältnisse rücken, die doch in Wirklichkeit das Resultat der Produktionsverhältnisse sind. Auf diesen Fehler hat Marx vor langem hingewiesen und die Leute, die ihn nicht sahen, Vulgärsozialisten genannt. Das wesentliche Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist ihr Platz in der gesellschaftlichen Produktion und folglich ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln." (Lenin, Werke Bd. 6, S. 256, zit. nach Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, S. 100f., Hervorhebung Steiner)

Nachdem also der Begriff unproduktiv die widersprüchlich-

sten (keineswegs aber dialektischen) Bestimmungen erfahren hat und die Widersprüchlichkeit dieser Bestimmungen: "(1) Verwendung produktiver Arbeit für unproduktive Produkte, (2) unproduktive Verwendung von Arbeit und (3) die unproduktiven Zwischenklassen" (S. 51) mit einem Begriff der bürgerlichen Soziologie, dem des 'tertiären Sektors' (den bürgerliche Soziologen nicht fassen können) verdeckt werden soll, kann man ihn als Ursache für alle möglichen glaubwürdigen und phantastischen Entwicklungen angeben: Da die unproduktiven Lohnarbeiter und unproduktiven Zwischenklassen angeblich ein krisenfestes ("von Schwankungen in der Akkumulation des Kapitals relativ unabhängiges") Einkommen beziehen, schwächen sie damit die Zyklizität der Krisen und halten die Akkumulation flüssig (hier wurde noch die dynamische Altersrente mit ihrem antizyklischen Effekt vergessen!).
Die unproduktive Konsumtion bringt das Wunder zustande, gleichzeitig den Fall der Profitrate zu vermindern, weil es Kapital absorbiert, und ihn zu beschleunigen, weil es mit der Absorption von Arbeitskräften die Steigerung der Produktivkraft und damit die Erhöhung der organischen Zusammensetzung erzwingt.
Um das Wunder komplett zu machen: die unproduktive Konsumtion erhöht und vermindert nicht nur die Profitrate, sondern sie beschränkt auch das Kapitalwachstum, während die unproduktiven Klassen die Akkumulation flüssig halten.
Und nicht ein Wort der Erklärung für dieses ganze Durcheinander!
(Die Argumente zum "unproduktiven Sektor" und seiner Bedeutung für die Akkumulation scheinen inhaltlich auf P. Mattick zurückzugehen - P. Mattick, Marx und Keynes - auch hier fehlt jeder Quellenhinweis; der Argumentation liegt eine mißverstandene Marx-Stelle zugrunde: ThM3, MEW 26.3, S. 234-248.
Ähnlich wird auch mit den Begriffen "Vergesellschaftung der Leitungsfunktion" und "Verwissenschaftlichung der Produktion" (S.86) umgesprungen, ohne Quellenangabe und kritische Auseinandersetzung sind sie offensichtlich Steiner entnommen: H. Steiner, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1967, S. 57 und 71).

Bei solchem methodischen Vorgehen und aufgrund der Widersprüchlichkeit der eigenen Position, die faktisch aus drei verschiedenen besteht, ist eine fundierte Auseinandersetzung mit anderen Beiträgen zur Klassenanalyse zwangsläufig widersprüchlich und unausgewiesen. Eine Kritik an der DKP/SEW vom revolutionären Standpunkt ist den Verfassern des Kommunist 4/5 gar nicht mehr möglich, stützen sie sich doch selbst in wichtigen Punkten auf Jung und Steiner.

6. Ausweichen vor der revolutionären Bestimmung des Proletariats in der Analyse der objektiven Klassenlage auf die Frage nach dem Klassenbewußtsein.

Ich habe an den Beispielen der Bestimmung der revolutionären Klasse und der Funktion eines sogenannten unproduktiven Sektors aufzuzeigen versucht, welche widersprüchlichen Positionen im K.4/5 vertreten werden.

Da den Verfassern eine klare wissenschaftliche Bestimmung der Klassen nicht möglich war, versuchen sie dementsprechend von der Fragestellung nach der objektiven Klassenlage auszuweichen auf die Frage nach der "Bedingung der Möglichkeit von Klassenbewußtsein", was gleich zwei Schritte hinter Marx zurück bedeutet: über Hegel zu Kant (so S. 82, 85, 86). Sie relativieren folglich auch die Bedeutung der Analyse der objektiven Klassenlage als bloß begriffliche Bestimmung, die "jetzt noch" erhebliche Differenzen zu einer realen Bestimmung aufweist, was aber durch die Klassenkämpfe und durch die theoretische und praktische Arbeit der Kommunisten überwunden werden soll. Dabei erscheint jene "begriffliche" Bestimmung der AK (= Arbeiterklasse) im schlechten Sinn als abstrakt, nämlich als von der Realität abgehoben und ihr weitgehend nicht entsprechend.
Offen wird kurz zuvor eine "Bestimmung und Abgrenzung der AK" als "definitorisch", "statisch" und damit als "unsinnig" abgelehnt (S. 83). Demgegenüber hat eine wissenschaftliche Analyse genau gegen den verkehrten Schein der kapitalistischen Verhältnisse die sich aus der objektiven Lage ergebenden Interessen der Klassen herauszuarbeiten und ist in diesem Sinne konkreter als die verkehrten Erscheinungsformen.

7. Negierung kommunistischer Bündnispolitik und des marxistisch-leninistischen Volksbegriffes.

Faktisch dient jene Relativierung der nur "begrifflichen Abgrenzung" als vorläufiger (S. 83) aber der Verschleierung der Preisgabe wichtiger m-l-Positionen, was bei der - im Text noch vorsichtigen - Infragstellung "traditioneller Bündnispolitik" deutlich wird - unter Hinweis auf den "unentwickelten russischen Kapitalismus" zu (S. 99), der Lenins Analyse zugrunde lag.

Der KPD in der Weimarer Republik wird vorgeworfen, sie habe die Angestellten als "bloße Bündnispartner" verstanden und durch diese "bündnispolitische Ausgrenzung" (was sich hier doch nur auf die Ausgrenzung aus der AK beziehen kann!) den "Widerspruch zwischen Klassenlage und Klassenbewußtsein der Angestellten") noch verstärkt (S.100).

Aus der Aufgabe der revolutionären Linie in der Klassenanalyse und der Wiederholung der im politischen Kern auf die Ablehnung der führenden Rolle der kommunistischen Partei zielenden Hinweise der 'Links'- und Rätekommunisten auf den "unentwickelten Kapitalismus in Rußland" (vgl. zur Entwicklung des Kapitalismus in Rußland und der Leninschen Bündnispolitik: J.Schmierer, Der Bolschewismus und die Bauernfrage in der Russischen Revolution, in: NRF 1/71, S. 9-36) wird in der Einleitung die klare "politische Konsequenz" gezogen, daß "das Verhältnis des Proletariats zu anderen Klassen und Klassenfraktionen... nicht die traditionelle Bündnisbeziehung sein (kann)" (S. 10), deren Grundlage "frühkapitalistische Verhältnisse" (S. 92) waren. Diese Argumentation ist banal, sofern sie die Bündnisbeziehung des Proletariats zu den Bauern in Rußland meint, sie geht aber völlig daneben, wenn sie sich auf eine Verallgemeinerung bestimmter Lehren in der Bündnispolitik und auf eine Bündnispolitik gegenüber Teilen der neuen Mittelklassen bezieht.

Die Ablehnung von Bündnispolitik ist z.T. linksradikal, als in Bündnispolitik "jeweils eine Einschränkung des proletarischen Standpunktes" (S. 92) gesehen wird, und würde auf eine Isolierung des Proletariats von seinen Bündnispartnern hinauslaufen, z.T. ist sie revisionistisch, als halt alle Lohnabhängigen zur Arbeiterklasse geschlagen werden und die Vereinheitlichung der AK nicht neben, sondern an die Stelle von Bündnispolitik tritt. Dem entspricht das völlige Fehlen des klassenanalytischen Volksbegriffs. Die Charakterisierung der proletarischen Revolution als Volksrevolution wird mit der Begründung abgelehnt, sie sei von der "Unione" (del Marxisti-leninisti Italiani) "bei der politischen Arbeit im Landproletariat

DVVK-DRUCK-VERLAGS——VERTRIEBS-KOOPERATIVE

6 Frankfurt a. M., Schifferstraße 9 Telefon 0611/616361 und 0611/523878

Bücherei des Marxismus-Leninismus

Band 1
Karl Marx – Friedrich Engels
Die deutsche Ideologie
Kritik der neuesten deutschen Philosophie
in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer,
Stirner und des deutschen Sozialismus in seinen
verschiedensten Propheten
mit Sachwortverzeichnis von 100 Seiten
698 Seiten DM 10,50

Band 2
Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Institut für Ökonomie
Politische Ökonomie – Lehrbuch I
Die kapitalistische Produktionsweise
Deutsche Ausgabe besorgt vom Marx-Engels-
Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED
360 Seiten DM 9,00

Band 3
Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Institut für Ökonomie
Politische Ökonomie – Lehrbuch II
Die sozialistische Produktionsweise
Deutsche Ausgabe besorgt vom Marx-Engels-
Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED
mit einem Sachwortverzeichnis
400 Seiten DM 9,00

Band 5
Victor Perlo
Der USA-Imperialismus I
Der Aufstieg zur Weltherrschaft
304 Seiten DM 10,00

Band 6
Victor Perlo
Der USA-Imperialismus II
Die imperialistischen Hauptgruppen
477 Seiten DM 12,00

Band 7
LKJV dSU
Komsomol – Vorhut der Sowjetjugend
Teil I: Kurze Darstellung
Teil II: Acht Vorlesungen
392 Seiten DM 10,00

Band 8
Bund Proletarisch-Revolutionäre Schriftsteller
Linkskurve – Jahrgang 1929
192 Seiten DM 7,00

Band 9
Bund Proletarisch-Revolutionäre Schriftsteller
Linkskurve – Jahrgang 1930
452 Seiten DM 14,00

Band 10
Bund Proletarisch-Revolutionäre Schriftsteller
Linkskurve – Jahrgang 1931
462 Seiten DM 14,00

Band 11
Bund Proletarisch-Revolutionäre Schriftsteller
Linkskurve – Jahrgang 1932
522 Seiten DM 15,00

Band 12
Chen Po-ta
Klassenanalyse und Partei in China
Drei Aufsätze
234 Seiten DM 9,00

Band 13
Zeri i Popullit (Zentralorgan der PdAA)
Der Marxismus-Leninismus wird über den
Revisionismus siegen – I
452 Seiten DM 12,00

Band 14
Zeri i Popullit (Zentralorgan der PdAA)
Der Marxismus-Leninismus wird über den
Revisionismus siegen – II
244 Seiten DM 12,00

Band 15
Karl Marx – Friedrich Engels
Über die Gewerkschaften
Ein Quellenbuch
272 Seiten DM 8,00

Band 16
Rajani Palme Dutt
Faschismus und proletarische Revolution
Übersetzung aus dem Englischen, London 1934
ca. 330 Seiten ca. DM 10,00

Band 17
Ernst Thälmann
Reden und Aufsätze 1919 – 1928
Band I 665 Seiten DM 12,00

Band 18
Ernst Thälmann
Reden und Aufsätze 1919 – 1928
Band II 581 Seiten DM 11,00

Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus

Band 1
W.I. Lenin
Über den historischen Materialismus
mit einer Einleitung von Hermann Duncker
105 Seiten DM 3,00

Band 2
Karl Marx – Friedrich Engels
Über den historischen Materialismus I
mit einer Einleitung von Hermann Duncker
146 Seiten DM 4,00

Band 3
Karl Marx – Friedrich Engels
Über den historischen Materialismus II
mit einer Einleitung von Hermann Duncker
160 Seiten DM 4,00

Band 4
Ernst Thälmann
Der revolutionäre Ausweg und die KPD
Rede auf der Plenartagung des ZK der KPD am 19.2.1932
100 Seiten DM 3,00

Band 5
Friedrich Engels
Kleine ökonomische Aufsätze
mit einer Einleitung von Hermann Duncker
160 Seiten DM 4,00

Band 6
J.W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus
116 Seiten DM 3,00

Band 7
Chen Po-ta
Mao Tse-tung über die chinesische Revolution
72 Seiten DM 2,00

Band 8
Informationsbüro der SU
Geschichtsfälscher
Moskau 1946
62 Seiten DM 2,00

Band 9
J. Stalin
Reden 1939 – 1943
ca. 90 Seiten ca. DM 3,00

J. Stalin
Werke in 13 Bänden
1901 – 1934
je Band ca. 370 Seiten DM 100,00
Einzelband je DM 8,50

J. Stalin
Werke Band 15
Geschichte der KPDSU(B)
(Kurzer Lehrgang)
459 Seiten DM 7,50

Paul Merker
Von Weimar zu Hitler
Deutschland Sein oder Nichtsein I
Mexico 1944
424 Seiten DM 11,00

Paul Merker
Das 3. Reich und sein Ende
Deutschland Sein oder Nichtsein II
Mexico 1945
574 Seiten DM 13,--

KPD
Protokolle der Verhandlungen des 12. Partei-
tages der Kommunistischen Partei Deutschlands
Berliner Wedding 9.– 16. Juli 1929
Berlin 1929
535 Seiten DM 10,00

(gewonnen)" (S.92).

8. Ideologie der neuen Mittelklassen als politischer Kern des "Arbeitsberichts der Ingenieur-Kommission".

Die Ablehnung der Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber anderen Schichten und Klassen des Volkes ist das Ergebnis des "Arbeitsberichts der Ingenieur-Kommission", deren durch und durch revisionistische Begründungen jedoch dem Leser vorenthalten werden.

Dort resultiert aus der Zugehörigkeit der drei Hauptabteilungen: produktive, indirekt produktive und unproduktive Arbeiter zur "Lohnarbeiterklasse" (!) (S.10) die richtige Taktik der Vereinigung der Arbeiterklasse (S.8 f). Das bedeutet z B. für eine kommunistische Taktik im Ärztestreik, "die objektiv vereinheitlichenden Momente der krausen Forderungen herauszuarbeiten, indem sie die fortschrittlichsten Forderungen unterstützt und spalterische Forderungen bekämpft, ganz wie in den Kämpfen der traditionellen Industriearbeiterschaft" (!), schließlich würden die angeblichen Privilegien der Ärzte keine Sonderinteressen darstellen, sondern "bei ihrer besseren Bezahlung handelt es sich zunächst um objektive Unterschiede im Wert der Arbeitskraft" (S.10).

Es ist klar, daß hier die objektiven Klassenunterschiede zwischen Proletariat und neuen Mittelklassen verwischt werden, indem sie auf bloße Unterschiede in der Einkommenshöhe reduziert werden, die zudem noch "objektiv", also als notwendig, gerechtfertigt sind. Hinter solchen Versuchen stehen die Interessen und Ideologien der "unproduktiven Mittelklassen", die "sich einerseits ihrer vom Kapital unterschiedenen Interessen schon bewusst geworden sind, aber andererseits die Führung des Proletariats in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus noch nicht anerkennen wollen" (Schmierer, a.a.O. S.55).

9. Fachliche und politische Qualifikation als Grundbedürfnis für die Hochschulpolitik - Konsequenz der bürgerlichen Linie.

Entsprechend sind die Konsequenzen für die Hochschulpolitik; da die Studenten in ihren zukünftigen Berufen größtenteils zur Arbeiterklasse gehören werden, muß der Ausgangspunkt bei den materiellen Interessen der Studenten genommen werden, der erst eine reale Basis für die Hochschulpolitik abgibt; die Vertretung der "materiellen Interessen der Studenten wird offensichtlich analog gesehen zum ökonomischen Kampf der traditionellen Industriearbeiterschaft", bei dem es sich immerhin um die Keimform des Klassenkampfes handelt.

Lediglich in Bezug auf das Klassenbewußtsein der unproduktiven Lohnarbeiter kommen der Ingenieur-Kommission Bedenken: die pädagogisch- und medizinisch-wissenschaftlichen Lohnarbeiter dürften es ungleich schwerer haben, die "Mystifikation" zu durchbrechen, weil sie der Wertbewegung nur "in ungleich vermittelterer Weise unterworfen" sind (S.9).

Basis der Hochschulpolitik soll die Interessenvertretung der "zukünftigen wissenschaftlichen Lohnarbeiter" sein und zwar konkretisiert in folgenden Schwerpunkten:

"1. Erkämpfung besserer Bedingungen der Qualifikation der Arbeitskraft
2. Aufbau des sozialistischen Studiums
   a) Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus
   b) Vorbereitung auf den gewerkschaftlichen und politischen Kampf am Arbeitsplatz.
3. Beteiligung an den Auseinandersetzungen um die Erkämpfung und Absicherung des sozialistischen Studiums ..." (S.11).

Die Verfasser des "Kommunist 4/5" sind bei der Einreihung der Studenten in die Arbeiterklasse vorsichtiger, aber auch sie lehnen "eine pauschale Zuordnung der Studenten auf Grund ihrer Berufsperspektive zu den unproduktiven Zwischenschichten" als "unsinnig" ab (S. 87) und sehen "die Ausbildungssituation ... mit der Bewegung des Kapitals ... vermittelt": durch die "für die Ausbildung zur Verfügung stehenden Mittel" und durch die "Anforderungen des Kapitals an die Qualifikation der zukünftigen Arbeitskraft der Studenten" (S. 87).

Mit dieser Bestimmung der Studenten als auch noch irgendwie mit dem Kapital"vermittelt" können dann die Forderungen der Ingenieur-Kommission für die Hochschulpolitik faktisch übernommen werden, wobei der Charakter ständischer Interessenpolitik durch den Fortfall der politischen - wenn auch illusionären - Forderungen nach dem sozialistischen Studium noch deutlicher zutagetritt:

"a) Kampf um Inhalt und Form der wissenschaftlichen Qualifikation und die Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit an der Hochschule
b) Kampf, der ausgerichtet ist auf die Perspektive der zukünftigen Arbeit." (S.87)

Solange "Inhalt und Form" nicht bestimmt werden, kann dieser Kampf nur Ausdruck des spontanen Widerstandes der Studenten gegen die monopolkapitalistische Hochschulreform sein, nicht aber bewusstes politisches Eingreifen in diese Kämpfe mit der Perspektive des Bündnisses mit dem Proletariat.

Solange nur verschwommen von der Ausrichtung "auf die Perspektive der zukünftigen Arbeit" gesprochen wird, kann man noch nicht einmal den Kampf gegen die kapitalistische Ausrichtung des Studiums (nicht auf die zukünftige Arbeit, sondern) auf die Verwertungsinteressen des Kapitals und die dadurch bestimmten Interessen des monopolkapitalistischen Staates führen.

Über das Fehlen jeglicher politischer Bestimmung - außer durch die "materiellen Interessen" der Studenten - soll dann die Propagierung des gewerkschaftlichen Kampfes im späteren Beruf und der "gemeinsamen politischen Arbeit von Studenten mit Lohnabhängigen, die bereits ihren zukünftigen Beruf ausüben" (S.87) hinwegtäuschen, wobei unter diesen Bedingungen natürlich die politische Funktion der Gewerkschaften, insbesondere derjenigen der unproduktiven Mittelklasse und damit die objektiven Grenzen politischer Arbeit in solchen Gewerkschaften verschwiegen werden müssen.

10. Die Erarbeitung des"allgemeinen Begriffs des Kapitals" am Otto-Suhr-Institut-Schreibtisch

Wir sind inzwischen bei den falschen Konsequenzen der Widersprüche in der Klassenanalyse des "Kommunist"4/5 für die Hochschulpolitik angelangt. Es wird im weiteren geprüft werden müssen, wieweit diese Positionen sich auch in der Hochschulpolitik der MLHs finden und in welcher Beziehung sie zueinander stehen.

Zuvor sei nur noch darauf hingewiesen, daß die bewußtlose Auflösung des KB/ML Westberlin ein notwendiges Resultat seiner politischen Widersprüche war. Auf der Grundlage der hier kritisierten Widersprüche in der Klassenanalyse konnte der KB allerdings keine einheitliche Politik mehr betreiben. Schon im "Kommunist" 4/5 ist der Rückzug der "Kommunisten" an den Schreibtisch vorgezeichnet:
Zwar wird einerseits richtig angegeben, daß die Vermittlung von allgemeinem Begriff und konkreter Entwicklung dies Kapitalverhältnisses nur durch die Verbindung der Kommunisten mit dem Kampf des Proletariats gewährleistet ist und nur so die praktische Arbeit der Kommunisten selbst Teil der Theoriebildung werden kann (S. 11).

Aber dieser Weg der Analyse sei "gegenwärtig" nicht einzulösen, weil der "Entwicklungsstand des Kampfes des Proletariats" "noch relativ niedrig ist". Daraus wird nicht nur eine noch "weitgehende Isolierung der kommunistischen Organisationen von den spontanen Kämpfen", sondern auch vom "Stand der marxistischen Theorie" abgeleitet. Da fragt sich der Leser allerdings verblüfft, warum jene Organisationen kommunistisch sein sollen, wenn ihre aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Träger ihre Aufgabe nicht in dem Hineintragen des wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung sehen.

Vielmehr schielen die Verfasser des "Kommunist" 4/5 schon nach den Fleischtöpfen Ägyptens, also nach ihren Dissertationen am Otto-Suhr-Institut, wenn sie darauf hinweisen, daß die marxistische Theorie "bis jetzt noch zum größten Teil von sozialistischen Intellektuellen ausserhalb der kommunistischen Organisationen erarbeitet wird". (S.12).

Bei der Faszination, die der "allgemeine Begriff des Kapitals" (S. 11 und öfter) auf die Verfasser ausübte, verwundert es nicht, daß etliche KB'ler ihre politische Perspektive darin sahen, nun selber als "sozialistische Intellektuelle außerhalb der kommunistischen Organisationen" die marxistische Theorie in Gestalt des "allgemeinen Begriffs des Kapitals" zu erarbeiten. Da der wichtigste Diskussionsgegenstand dieser Leute ihre Publikationsstrategie sein dürfte, werden wir auf die Produkte dieser neuesten Form des Seminarmarxismus nicht mehr allzu lange warten müssen.

West-Berlin, 31. 5. 72 T. Damm

Verlag Neues Rotes Forum

Der Verlag Neues Rotes Forum wird in den nächsten Wochen und Monaten folgende Broschüren, bzw. Bücher, herausgeben:

- BERICHTE UND ANALYSEN ZUR AUSEINANDERSETZUNG IN DER KPCH ca. 120 S.
- DOKUMENTE ZUR FASCHISMUSFRAGE IN DER KOMINTERN ca.200 S.
- KOMMENTIERTES SCHULUNGSMATERIAL DER KG(NRF)

Die angekündigte Neuauflage der BVG-Broschüre wird nicht herausgegeben. In ihrer bisherigen Anlage wäre eine Neuauflage nicht sinnvoll.

BESTELLUNGEN FÜR DIE OBENGENANNTEN BÜCHER AN UNSERE POSTADRESSE:

Verlag Neues Rotes Forum
69 HEIDELBERG
Bahnhofstr.17

INTERVIEW MIT EINEM GENOSSEN DER IRA (OFFICIALS)

VORBEMERKUNG

Das folgende Interview mit Erin O´ Murchu, Herausgeber des UNITED IRISHMAN, fand in der letzten Märzwoche 1972 in Dublin statt. Die Überschriften wurden wegen der besseren Übersichtlichkeit vom Übersetzer hinzugefügt. Die Anmerkungen stammen ebenfalls vom Übersetzer.

Materialien der Sinn Fein- Partei und der Republikanischen Bewegung (Official), United Irishman, teoiric, Broschüren, Schallplatten, können unter folgender Adresse bezogen werden:

Sinn Fein, DUBLIN 1, 3o Gardiner Place,
Republik Irland

Gegenüber März hat sich die Lage in Irland, besonders im Norden, in einigen wesentlichen Punkten, freilich nicht in den Grundzügen verändert. Was die Einschätzung der politischen Verhältnisse im allgemeinen angeht, entspricht das Interview der Sachlage nach wie vor. Eingetreten ist keineswegs eine Verringerung, sondern eine Verschärfung der Widersprüche zwischen dem britischen Imperialismus und dem irischen Volk. Insbesondere die Einführung der direct rule, d.h. der Ersatz der nordirischen Stormont-Regierung durch den britischen Ulster-Minister Whitelaw, hat dazu beigetragen.
Im einzelnen sind folgende Punkte von Wichtigkeit:

1. In der Republik Irland

Das Referendum über den EWG-Beitritt hat mittlerweile stattgefunden und eine große Mehrheit für den Beitritt erbracht. Die Gründe dafür liegen einerseits in dem übertriebenen Optimismus, den die Regierung Lynch verbreitet hat(daß sie es konnte, ist andererseits ein Zeichen relativer Schwäche der EWG-Gegner, vor allem der Official-Sinn-Fein, da die Gegnerschaft der Labour-Party nur eine sehr halbherzige war), und darin, daß die beiden wichtigsten bürgerlichen Parteien Fianna Faill und Fine Gael sich für den Beitritt stark gemacht haben. Andererseits spielte als politischer Faktor eine besondere Rolle die Hoffnung, die in der EWG formal gewährleistete Stimmengleichheit könne sich als Katalysator zur nationalen Einigung Irlands auswirken (vergl. Financial Times v. 4.7.) Diese Hoffnung kann deshalb realistisch erscheinen, weil eine Einigung Irlands innerhalb der EWG, d.h. im sicheren Griff des Imperialismus, zu den Zielen des britischen Imperialismus keineswegs in Gegensatz steht. Aber ebenso trügerisch ist von daher diese Hoffnung.

Obwohl das Referendum für die Official IRA, die am entschiedensten gegen den Beitritt aufgetreten ist, eine Niederlage bedeutet, muß doch festgehalten werden, daß selbst bürgerliche Zeitungen in Rechnung stellen, der Sieg der Befürworter des EWG-Beitritts könne auf lange Sicht ein Phyrrus-Sieg sein. So schreibt die Financial Times am 4.7.: "Eher als daß die Iren sich mit dem Supranationalismus identifizieren und ihre wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen auf der europäischen Ebene zu erfüllen suchen werden, indem sie die Demokratisierung der EWG-Institutionen (!) anstreben, ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß die Forderungen des Volkes nach Unabhängigkeit, nach einer Wiederherstellung der irischen nationalen Souveränität und nach konsequentem Brechen der Grundprinzipien der EWG immer stärker werden, je mehr die Auswirkungen der Mitgliedschaft sich fühlbar machen. Natürlich, wahrscheinlich wird das auch in Großbritannien geschehen. Die irische nationale Frage tritt in eine neue Phase ein."

Zu diesem Prestigegewinn der Regierung tritt die verschärfte Verfolgung der IRA durch den südlichen Staat, die mit der "Offences Against The State Act" - dem Gegenstück zur nordirischen "Special Power Act" - eingeleitet wurde. Dieses Gesetz bedeutet Sondergerichte mit Militärrichtern und zumindest die Gefahr einer Internierung auch im Süden. Gegen wen es sich richtet, wird an den Worten Lynchs selber klar. In seiner ersten größeren öffentlichen Rede nach dem Ergebnis des Referendums sagte er: "Wir haben innerhalb des Gesetzes gehandelt, um die zu verfolgen, die das Gesetz verletzen. Wir beabsichtigen fortzufahren, sie entschieden zu verfolgen, und wo Teile unserer Gesetze sich als unzureichend erweisen, beabsichtige ich, die Regierung zu bitten zu bedenken, wie diese Gesetze gestärkt werden können, wo es möglich und wünschenswert ist." Er sagte, "daß die zerstörerischen Kräfte, von denen einige für dem Volk fremde und vom Volk niemals emphatischer als im kürzlich stattgefundenen Referendum abgelehnte Ideologien kämpften, die gegenwärtige Lage in Nordirland benützten, um, während sie sich mit der Maske des Patriotismus bedeckten, die demokratischen Einrichtungen des Staates niederzureißen." (Guardian, 23.5.)

Daß dieser Angriff nicht anders vorgetragen wird als von der Reaktion überall - nämlich unter dem Vorwand, die Gesetze zu schützen, wo in Wirklichkeit nur die Herrschaft der Bourgeoisie geschützt werden soll, liegt auf der Hand. Daß er sich gegen die Officials in erster Linie richtet, wird klar am Beschwören des Schreckbilds "zerstörerischer Kräfte", am Verweis auf eine dem Volk "fremde" Ideologie und auf das Ergebnis des Referendums.

2. In Nordirland

Die "Kompromißbereitschaft" des britischen Imperialismus gegenüber dem katholischen Teil der nordirischen Bevölkerung, die der Einsetzung Whitelaws und der Aufhebung des Stormont (Nordirisches Regionalparlament) zugrundeliegen soll, und die sich scheinheilig in Entlassungen Internierter äußert, hat ihre Früchte getragen. Die Ablenkung

vom tatsächlichen Ziel des Imperialismus, die Unterdrückung aufrechtzuerhalten, wird erreicht durch Hoffnungen auf einen Ausgleich zwischen den unterdrückten Katholiken und Großbritannien, einen Ausgleich zu Lasten der bislang favorisierten protestantischen Bourgeoisie Nordirlands. Das Friedensbedürfnis der Volksmassen, das sich in der Bewegung der Hausfrauen etwa äußert, versuchen die britischen Imperialisten und die Versöhnler von der SDLP, die als Vertreter der katholischen Mittelklasse auf einen Anteil am Kuchen der Herrschaft spekulieren, für ihre Ziele einzusetzen. Wo dieses Zuckerbrot seine Wirkung zu verfehlen droht, wo die katholische Arbeiterklasse ihren Kampf um Bürgerrechte entschieden fortsetzt, ist immer noch die Peitsche der britischen Armee zur Hand.

Die Officials haben dem Friedenswillen der breiten Volksmassen entsprochen , indem sie die Feuereinstellung verkündet und eingehalten haben. In einer Stellungnahme des Armeerats der offiziellen IRA heißt es zur Frage, wie der Kampf zu führen ist: "daß sogar der erfolgreichste militärische Kampf in Ulster nicht isoliert von der Errichtung einer unabhängigen sozialistischen Republik zum Ergebnis haben könnte. Es sei unerläßlich, daß ein Volkskampf im Süden entwickelt werde, um den Kampf im Norden zu ergänzen, so daß eine "Vereinigung des Volkes in beiden Gebieten im Widerstand zu den Herrschenden möglich sei." (Guardian, 22.5.) Sektiererische Angriffe auf protestantische Arbeiter, wie sie von den Provisionals vorgenommen werden, kritisierte die Erklärung. Sie besagte, "Frieden in Nordirland könne mit relativ einfachen Mitteln erreicht werden. Sie verlangte den Rückzug der britischen Truppen in die Kasernen, die Aufhebung der Special-Powers-Act , Amnestie für die politischen Gefangenen, und zwar Verurteilte und nicht Verurteilte, und ein massives Programm sozialer Investitionen, um Nordirland zu helfen, sich sozial und wirtschaftlich zu erholen." (ebd.)

Das verstärkte Gewicht, das die Officials dem politischen Kampf der Massen beimessen ("Zurück auf die Straße - Es ist der Kampf der Volksmassen - Sie werden entscheiden" ist die Titelzeile der Juli-Nr. des UNITED IRISHMAN) und die Einstellung des militärischen Kampfes angesichts der Gefahr eines Bürgerkriegs, der statt gegen den Imperialismus unter dem irischen Volk geführt würde, konnte ein Sprecher der Provisional IRA auf einem Teach-In am 14.6. in Heidelberg noch "dem Druck von der Bourgeois-Presse, der Priesterschaft und dem katholischen Mittelstand" zuschieben. Allerdings gab auch er gleichzeitig zu, daß die Bevölkerung den Frieden wünscht. Die Provisionals reagieren darauf schwankend. Einerseits stellten sie das Feuer ein, nahmen jedoch die militärischen Aktionen wieder auf, verhandeln jetzt aber erneut mit Whitelaw und Wilson . In diesen Verhandlungen sehen sich die Provisionals, wie ihr Vertreter auf dem Teach-In erklärte, in der Rolle des militärischen Siegers, der mit dem geschlagenen Gegner die Bedingungen des Waffenstillstandes aushandelt.

Diese illusionäre Einschätzung, die aus der Überschätzung des militärischen Elements und der daraus folgenden Propagierung des offensiven militärischen Kampfes im Norden resultiert, übersieht, wie generell die Einschränkung auf den bloß militärischen Kampf, daß so errungene Positionen nichts nützen gegenüber der Macht des britischen Imperialismus, wenn nicht durch aktive politische Kämpfe das Volk selbst am Kampf gegen den Imperialismus beteiligt wird. Nur darin aber liegt die Möglichkeit, die Spaltung zwischen dem katholischen und dem protestantischen Teil der Massen aufzuheben.

Zunächst hat als weitere Folge der "direct rule" freilich eine verstärkte Aktivität der protestantischen Sektierer (im ursprünglichen, religiösen Sinn) und ihrer militärischen Organisationen Ulster Vanguard und Ulster Defence Association eingesetzt. Das Errichten von Barrikaden geschützten No-Go-areas in protestantischen Vierteln Belfasts ist eine Machtdemonstration ebenso gegenüber den Katholiken wie gegenüber Großbritannien, zumal Whitelaw erklärt hat, außer den bestehenden katholischen no-go-areas in Derry werde er keine dulden. Diese nachhaltige Ablehnung der " Friedenspolitik " Whitelaws und die Demonstration von Unversöhnlichkeit wie militärischer Stärke am Orange Day haben den britischen Imperialismus deutlich in eine schwierige Situation gebracht. In seinem Interesse liegt eine " friedliche Lösung ". Die kann er nur erreichen, wenn es ihm gelingt, sowohl die IRA als auch die radikalen Unionisten von den Volksmassen zu isolieren. Die Haltung der Protestanten zwingt Whitelaw jedoch, so gegen sie vorzugehen, daß unter den " Loyalisten " antibritisches Bewußtsein entsteht. So hat die Räumung der Barrikaden im protestantischen Shankhill-Gebiet " jeden guten Willen zwischen den Loyalisten und den Streitkräften der Krone beendet " (Guardian, 22.5.). Ein Protestant, der seinen Namen nicht angab, sagte über die Paras (Fallschirmjägerregiment, d.Übersetzer): "ich fange an zu denken, die Leute in der Bogside haben recht. Diese Fallschirmjäger spielen verdammt verrückt, wenn sie hereinkommen." (ebd.)

Die Möglichkeit, diesen Widerspruch zwischen prostestantischer Bourgeoisie und britischem Imperialismus kurzfristig zu überdecken, besteht in der Verfolgung der IRA, deren Ziel einer unabhängigen sozialistischen Republik, was die Officials angeht, ebenso beiden ein Dorn im Auge ist, wie die militärischen Aktionen der Provisionals (diese freilich den Unionisten aus anderen Gründen als Whitelaw).
So erklärt es sich auch , daß nach der Besetzung des katholischen Belfaster Stadtteils Lenadoon durch britische Truppen, die zum Auszug der Bevölkerung geführt hat, die Drohungen der bewaffneten Protestanten leiser geworden sind.
In ihrem Angriff auf die IRA können sich die britischen Imperialisten der Kumpanei von Loyalisten, kirchlicher Hierarchie und des Quislingregime von Jack Lynch sicher sein.

Wie stellt sich also die Lage in Ulster zum gegenwärtigen Zeitpunkt dar?
Die Widersprüche sind verschärft bis an den Rand des Bürgerkriegs. Zieht sich England zurück (was von Teilen der "öffentlichen Meinung" Großbritanniens verlangt wird, damit die Iren ihr "Bangla Desh" machen sollen, aber allein), riskiert es den Bürgerkrieg. Da es die Situation selbst verschuldet hat, bleibt Großbritannien angesichts der Weltöffentlichkeit nichts anderes übrig, als diese "Lösung" nach Möglichkeit zu verhindern. Vor allem liegt ein Massaker nicht im Interesse des britischen Imperialismus, der von einer Kompromißlösung ökonomisch und politisch viel mehr profitieren kann. Bleiben die britischen Truppen präsent, um das Erreichen dieses Ziels abzusichern, besteht die Alternative zwischen einem offenen Angriff auf die katholischen Stadtviertel und restloser militärischer Vernichtung des Widerstandes (was den Wirkungen eines Bürgerkriegs in etwa gleich kommt) oder dem Fortsetzen der bisherigen " Befriedungspolitik". Im ersten Fall würde der alte, unhaltbare Zustand perpetuiert, was den Interessen des britischen Imperialismus angesichts der veränderten Lage (EWG-Beitritt,"sichere Basis" in Südirland) widerspricht. Es bleibt ihm also faktisch keine Wahl als den beschrittenen Weg weiterzugehen, d.h. die

Taktik von Zuckerbrot und Peitsche weiter anzuwenden. Die bisherige Politik bewirkt nämlich Widerstand von protestantischer wie katholischer Seite. Einerseits wollen die Imperialisten durch Zugeständnisse (als weitestgehendes das Versprechen einer Volksabstimmung über die Teilung Irlands) die IRA "moralisch" isolieren. Diese Isolation auf politischem Weg verspricht zu gelingen, wenn der Weg der Provisionals beschritten wird: rein militärischer Kampf mit vorwiegend nationalistischem Ziel, kurzatmig und im übrigen in falscher Einschätzung der strategischen und politischen Lage nur auf die Abschaffung des nordirischen Staates gerichtet. Andererseits führen Zugeständnisse zu Unzufriedenheit bei den Protestanten. Diese können die Imperialisten wieder nur durch militärische Angriffe auf die IRA eindämmen . Solang sie dabei mit den militärischen Aktionen der Provisionals ihre Taktik legitimieren können, können die Imperialisten an dieser Politik festhalten, die, weil sie aus dem Zirkel nicht herauskönnen, täglich neue Opfer kostet.

Auch das irische Volk wird in diesem Zirkel eingespannt bleiben, solange es nicht gelingt, in der protestantischen Bevölkerung das proimperialistische Bewußtsein abzubauen und das Sektierertum zu bekämpfen.

Der Imperialismus kann die Widersprüche in Nordirland, sein eigenstes Produkt, nicht lösen, da auch ein "friedlicher Kompromiß" den Hauptwiderspruch nicht aufhebt: die Ausbeutung des irischen Volkes durch den Imperialismus. Die Lösung der Widersprüche ist auch nicht möglich auf rein militärischem Weg im Norden. Nur die Mobilisierung der Volksmassen, Protestanten und Katholiken, im Norden und im Süden, im einheitlichen und allseitig geführten Kanpf führt zum Ziel der unabhängigen sozialistischen Republik.

Red.

Interview mit Erin O'Murchu

S.F.: Ich gebe euch zuerst einen allgemeinen Überblick, und wenn ihr dann noch besondere Fragen habt, könnt ihr sie nachher stellen.

Zunächst mal: Ich bin Erin o'Murchu, der Herausgeber des United Irishmen (1). Grundsätzlich ist unsere Analyse, daß ganz Irland, der Norden wie der Süden, vom britischen Imperialismus beherrscht wird, d.h., unsere Reichtümer werden vom ausländischen Kapital kontrolliert. Ausländisches Kapital wird in unser Land gepumpt, und weit größere Profite werden wieder herausgeholt, im klassischen Sinn vom Imperialismus.

Die gegenwärtige Situation wird hauptsächlich von zwei Faktoren bestimmt. Wir selbst als Bewegung und die Spaltungen unserer Bewegung. Der Unabhängigkeitskrieg in Irland war ein klassisches Beispiel eines nationalen, demokratischen Kampfes. Unglücklicherweise wurde die sozialistische Führung (James Connoly und die anderen, die die Bürgerarmee gründeten, (2) nach dem Aufstand von 1916 zerschlagen, sie wurden alle hingerichtet. Die Führung, die sich in der Zeit um 1918 herausbildete, entstammte den Mittelklassen und trug bereits den Keim des Kompromisses in sich. Das führte zum ersten Verrat am nationalen Kampf im Jahre 1921 (3), als die Großindustriellen, die Landbesitzer, die ganze Bourgeoisie sich mit dem Imperialismus arrangierten. Dadurch wurde die imperialistische Herrschaft zementiert, und die irische Nationalbourgeoisie erhielt einen etwas größeren Anteil an den imperialistischen Profiten sowie Zugang zu den imperialistischen Überseemärkten. Außerdem wurde das Land geteilt, um im Norden die Spaltung der Arbeiterklasse anhand der Religion aufrechtzuerhalten.

Der Kampf in Irland blieb weiterhin grundsätzlich der gleiche antiimperialistische Kampf und wir standen immer noch denselben Problemen gegenüber. Nämlich, daß die Massen der Arbeiter und der kleinen Bauern keine Bewegung oder Partei mit klarer theoretischer Grundlage hatten, die sie in ihrem Kampf hätte führen können. Daher fiel jedesmal, wenn eine Krise kam, die Führung in die Hände von Mittelklassenelementen. Das zweite antiimperialistische Element in dieser Phase in den frühen 30er Jahren waren die kleinen, aufstrebenden irischen Industriellen, die einen nationalen irischen Kapitalismus entwickeln wollten. Sie gründeten 1926 die Fianna Fail Partei, die heutige Regierungspartei. Von 1932 bis 1938 versuchte das nationale Kapital, sich in Auseinandersetzung mit dem Imperialismus zu entwickeln. Aber gegen Ende dieser Periode entschied sich, daß dieser Weg nicht gangbar war. Die nationale Bourgeoisie traf 1938 ein Übereinkommen mit den britischen Imperialisten, indem sie die britische Kontrolle über den Norden sowie bestimmte Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit im eigenen Land akzeptierte. Das war 1938.

---

(1) Der "United Irishman" ist das Zentralorgan der Official Sinn Fein Parie, der politischen Partei, in der sich die official republikanische Bewegung organisiert hat. Die I.R.A. ist im Gegensatz dazu die militärisch-politische illegale Organisation. Siehe dazu auch weiter unten unter "Organisationsfragen"

(2) Die Gruppe um James Connolly, Patrick Pearse usw. war die erste klar sozialistisch ausgerichtete Führung der republikanischen Bewegung in Irland. Sie war aus der irischen Arbeiterbewegung hervorgegangen. Die "Citizen Army" (Bürgerarmee) enstand 1913, nachdem ein Generalstreik der Dubliner Arbeiter von der englischen Armee blutig niedergeschlagen worden war. Sie wurde im Verlauf des Aufstands von 1916 zerschlagen. Die heutige I.R.A. ging aus den "Irish Volunteers" hervor, die etwa zur selben Zeit von der Sinn Fein Partei, ursprünglich eine Organisation des republikanischen Kleinbürgertums, gegründet wurde als Reaktion auf die Bildung der "Ulster Volunteer Force", einer von der protestantischen Bourgeoisie aufgebauten paramilitärischen Organisation.

(3) 1921 akzeptierte ein Teil der Sinn Fein Partei, die nach den ersten allgemeinen Wahlen in Irland 1918 eine inoffizielle Regierung gebildet hatte, einen Vertrag mit England. Darin erhielt Süd-Irland als "Irish Free State " den Status eines Dominions, während der größte Teil der nördlichen Provinz Ulster weiterhin unter der direkten Kolonialherrschaft Englands verbleiben sollte. England war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Kämpfe der irischen Massen nicht mehr in der Lage, seine direkte koloniale Herrschaft über ganz Irland aufrechtzuerhalten. Um die Massen zu beschwichtigen, machte es daher der irischen Bourgeoisie die Konzession der politischen Unabhängigkeit innerhalb bestimmter Grenzen. Durch die Teilung Irlands, die den industriell entwickelten Norden vom agrarischen Süden abschnitt, waren jedoch von vorneherein die ökonomischen Voraussetzungen für die Entwicklung eines eigen-

Die Kriegsjahre brachten eine Art Übergangsperiode, in der der Niedergang des nationalen Kapitalismus noch nicht so deutlich wurde. Aber in den 50er Jahren befand sich der irische Kapitalismus in völliger Stagnation. Es gab kein Wirtschaftswachstum, und die irischen Großindustriellen, die sich völlig mit dem Imperialismus arrangiert hatten, zogen es vor, ihr Kapital im Ausland zu investieren. Es kam zu keinerlei Aufschwung in der irischen Wirtschaft. Es gab große Arbeitslosigkeit und ernste soziale Unruhen. Das führte 1957 zur völligen Abschaffung des "Protektionismus", wie wir es hier nennen (4). Das war das Ende des Versuchs, einen irischen Kapitalismus aufzubauen. Die irischen Kapitalisten fanden sich mit einer Handlangerrolle für den Imperialismus ab. Wir sagen dazu:"Managerstatus", d.h. die einheimischen Kapitalisten werden Manager im Sold des Imperialismus. Das geschah 1957, als sie das Land voll und ganz der Durchdringung mit ausländischem Kapital öffneten.

Und jetzt etwas zur revolutionären Bewegung in dieser Periode. Seit 1798 hat es in Irland immer eine Massenbewegung gegeben, eine radikale Bewegung der Volksmassen. Aber dieser Bewegung fehlte es durchweg an theoretischer Klarheit. Sie appellierte an die weit verbreitete radikale Haltung der Iren und an ihre nationale Unterdrückung. Als der Kampf gegen den Imperialismus von den Mittelklassen untergraben wurde, waren die revolutionären Kräfte in tiefer ideologischer Verwirrung. Die Frage war: Sollten sie weiterhin versuchen, eine Einheitsfront aller Klassen aufrechtzuerhalten, ohne klare Analyse der verschiedenen Positionen, oder sollten sie ganz entschieden klarstellen, was auch in der Tat alle bedeutenden republikanischen Führer im letzten Jahrhundert und in unserer ganzen Geschichte getan haben: daß nur die "Leute ohne Eigentum", wie wir sie nennen, den Kampf für nationale Freiheit führen können, daß nur sie die nationale Befreiung erreichen können und natürlich auch die soziale Emanzipation. Das führte 1934 zu einer Spaltung der republikanischen Bewegung in einen linken und einen rechten Flügel. Der linke Flügel gründete den Republikanischen Kongreß. Dieser zerfiel während des spanischen Bürgerkrieges, als die meisten seiner Mitglieder nach Spanien gingen. Das war ein klassischer Fehler in der irischen Geschichte, denn es bedeutete, daß Irland den Imperialisten und ihren Kollaborateuren überlassen wurde, die so ungestört den Ausverkauf der irischen Sache betreiben konnten. Das Schlimme an dieser Spaltung war vor allem, daß nicht der gesamte linke Flügel in den Republikanischen Kongreß ging, etwa die Hälfte blieb in der IRA. Als daher die andere Hälfte fort war, hatte der rechte Flügel der IRA eine knappe Mehrheit. Mit rechtem Flügel meine ich Nationalisten ohne klaren Klassenstandpunkt. Nach dem Übereinkommen zwischen De Valera (5) und England im Jahre 1938 entstand unter ihnen eine starke Tendenz, Politik zu vermeiden und einen rein militärischen Standpunkt einzunehmen.

Während des Krieges gab es natürlich starke Repressionen gegen Republikaner. Viele unserer Mitglieder wurden gehängt hingerichtet oder erschossen, und andere wurden für lange Zeit ins Gefängnis geworfen. In der Übergangsperiode nach 1949 wurde der Versuch gemacht, die revolutionäre Bewegung neu zu beleben. Da man in den 30er und 40er Jahren in einen Kampf zwischen Geheimpolizei und IRA verwickelt gewesen war, ohne daß das Volk in irgendeiner Weise daran beteiligt war, wurde ein neues Vorgehen beschlossen. Man meinte, wenn man die Aufmerksamkeit vor allem auf die militärische Besetzung des Nordens und die direkte britische Präsenz im Norden lenken würde, dann würden die Leute automatisch dagegen rebellieren. Diese Position hatte immer noch denselben Mangel an politischer Grundlage, politischem Ziel und ideologischer Klarheit wie die früheren Positionen. Es wurde beschlossen, eine militärische Kampagne im Norden durchzuführen, die 1956 begann, ein Jahr vor dem Ausverkauf an den Imperialismus - was ich bereits erwähnt habe. Das Ergebnis der militärischen Kampagne war katastrophal. Man muß bedenken: die IRA war gut ausgerüstet, gut trainiert und hatte große Sympathien bei der Bevölkerung im ganzen Land, aber sie hatte nie aktive Beteiligung, nie das, was man tatsächlich Unterstützung nennen könnte, denn Sympathie und Unterstützung sind zwei verschiedene Sachen.

Die Lehren aus diesem Kampf - es waren hauptsächlich junge Leute, die daran teilnahmen - war die Erfahrung, daß es nur einen Weg gibt, das Land vom Imperialismus zu befreien, nämlich den, das Volk zum Kampf zu mobilisieren; und daß die Grundlage für alles der Kampf des Volkes ist gegen ein System, das ihm schadet und von dem es erkennen kann, daß es ihm schadet. Sie lernten, daß es nicht darum geht, daß eine militärische Elite plötzlich aus dem Nichts heraus Freiheit zu produzieren versucht.

Die Niederlage in dieser Kampagne führte zu einer Periode des Umdenkens in der republikanischen Bewegung, in deren Verlauf die Klassendifferenzen in der republikanischen Bewegung immer deutlicher zutage traten. Die Elemente, die in den Massen verankert waren, Arbeiter, Bauern, usw, sahen immer deutlicher, daß der Imperialismus nicht nur eine Armee oder eine andere Fahne ist, sondern daß er die völlige Kontrolle unseres Landes bedeutet, all die Ausbeutung und Erniedrigung, der wir unterworfen sind; und daß deshalb der Kampf gegen den Imperialismus in ganz Irland geführt werden mußte - das war eine unserer wich-

---

→ ständigen irischen Kapitalismus nicht gegeben, und England erhielt sich zugleich einen Brückenkopf, von dem aus es ganz Irland wieder unter seine Kontrolle bringen konnte. Indem man den Grenzverlauf so festsetzte, daß drei Bereiche der Provinz Ulster zum Free State geschlagen wurden, wurde künstlich eine protestantische Mehrheit in Nordirland erzeugt, die mit Hilfe der religiösen Propaganda der protestantischen Bourgeoisie, durch die scharfe Diskriminierung der Katholiken und ein ganzes Netz von Institutionen zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zur festen Stütze der englischen Herrschaft in Nordirland wurde.

(4) 1957 wurden die Gesetze abgeschafft, die festlegten, daß mindestens 51% des Kapitals von Aktiengesellschaften sich in irischen Händen befinden mußten. Danach folgte eine Reihe von Gesetzen, die ausländischen Unternehmern bei Investitionen in Irland staatliche Zuschüsse und Steuerfreiheit gewährten.

(5) De Valera war der Führer der Fianna Fail Partei. Mithilfe nationalistischer Demagogie und durch die Unterstützung der Kampagne der I.R.A. zur Abschaffung der Landrenten, die immer noch an die englischen Großgrundbesitzer bezahlt werden mußten, gelang es ihm in den Jahren 1926-32 die Unterstützung der I.R.A. zu bekommen. Mit ihrer Hilfe gelangte die Fianna Fail Partei in den Wahlen von 1932 an die Regierung. In den folgenden Jahren griff De Valera dann zu immer stärkeren Repressionen gegen die I.R.A. Als England auf die Abschaffung der Landrenten mit einem Handelskrieg reagierte, mußte die Fianna Fail Partei immer größere Konzessionen an die britischen Imperialisten machen, die in dem Abkommen von 1938 gipfelten, in dem sich die Fianna Fail Regierung verpflichtete, 10 Mill. Lb. als Entschädigung für die Landrenten an England zu zahlen. Diese Politik der Regierung führte zu einer starken Desillusionierung im rechten Flügel der I.R.A. und zu der Tendenz, Politik überhaupt für ein schmutziges Geschäft zu halten und sich auf rein militärische Aktionen zu beschränken.

tigsten Erkenntnisse. Zum anderen mußte es ein Kampf sein, der das ganze Volk einbezieht, der eine Massenbasis hat und alle Fragen des täglichen Lebens der einfachen Leute berührt. Die kleinbürgerlichen Elemente, hauptsächlich Lehrer, kleine Warenhändler, kleine, nationalistisch gesonnene Unternehmer, stimmten nicht mit uns überein, waren aber unfähig, von einer klaren Grundlage aus dagegen zu argumentieren, zumal die Niederlage von 1956 ein so offensichtlicher und schlagender Beweis war.

VIER FRONTEN DES KAMPFES

So beschloss die republikanische Bewegung etwa 1965, eine Massenlinie im Kampf zu verfolgen, sie erklärte als ihr Ziel eine sozialistische Republik, definierte Sozialismus als die Herrschaft der Arbeiterklasse im Staat, erklärte, daß die nationale Befreiung vom Imperialismus notwendig ist, um den Sozialismus in Irland aufbauen zu können, und daß die nationale Befreiung nur unter Führung der Arbeiterklasse erreicht werden kann, wobei die Arbeiterklasse zugleich andere Klassen mit einbeziehen muß. Es wurde beschlossen, den Kampf an vier Fronten zu führen:

I. An der ökonomischen Front, d.h. wir wollten die Massen organisieren zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, gegen die Schließung von Fabriken, gegen Entlassungen, gegen zu wenig Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten, gegen niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen, mit denen sich die Arbeiter gezwungenermaßen abfinden mußten, und außerdem gegen die ganze Ausbeutung und Korruption, durch die Millionen Pfund an ausländische Kapitalisten verschwendet wurden, während Iren noch immer gezwungen waren, auszuwandern.

II. An der sozialen Front. Wir organisierten die Leute, die in unzureichenden Wohnungen lebten oder obdachlos waren, so daß sie sich in Wohnungskomitees zusammenschlossen, um ihre Rechte zu fordern. Dadurch wurden breite Massen mobilisiert, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen in den Straßen. Mieterorganisationen arbeiteten ähnlich. Außerdem führen wir Landkampagnen und Fischereikampagnen durch. Die Ziele in diesen Kampagnen sind für sich genommen gut, es ist z.B. gut, wenn die Bevölkerung Wohnungen hat; aber wir müssen den Leuten dabei zeigen, daß die Ursache dieser Probleme in unserem Herrschaftssystem liegt, in unserem Gesellschaftssystem, das dem Imperialismus unterworfen ist, z.B. daß mehr Profit gemacht wird, wenn Bürohäuser gebaut werden statt Wohnungen für das Volk.

III. An der kulturellen Front. Die kulturelle Frage hat einen besonderen Stellenwert für uns, denn unsere eigene Kultur und Sprache wurde jahrhundertelang vom Imperialismus unterdrückt und verächtlich gemacht. In der Vergangenheit wurde sie durch Gesetz bekämpft, und heute wird sie ins Lächerliche gezogen. Teil unseres Kampfes ist die Organisierung der Bevölkerung zur Verteidigung ihrer eigenen Sprache und Kultur, damit sie in den Gebieten, wo die irische Sprache Umgangssprache ist, Widerstand leistet, und damit sie die besondere Bedeutung erkennt, gerade in diesen Gebieten den revolutionären Kampf zu entfalten. Wir wollen ein Erziehungssystem, das den Bedürfnissen der "communities" (6), die in diesem Land existieren, entspricht. Das bedeutet auch die Verteidigung der historisch gewachsenen "communities" in Irland. Deshalb haben wir in den Orten Kampagnen anhand der Erziehungsfrage durchgeführt, wo die Regierung Schulen bestimmter "communities" geschlossen hat. Wir haben die Leute organisiert, diese Schulen offenzuhalten, ihr eigenes Erziehungssystem zu entwickeln, ihre eigenen Lehrer anzustellen, außerhalb des staatlichen Schulsystems. In der Tat, der Kampf darum hat den Massen viele revolutionäre Erfahrungen vermittelt. Das entspricht auch meinen eigenen Erfahrungen, denn ich habe selbst in einer dieser Schulen unterrichtet.

Frage: Hattet Ihr denn damit Erfolg?

S.F.: Bis zu einem gewissen Grade ja. Mehrere Schulen bestanden drei Jahre lang, einige arbeiten immer noch, andere wurden geschlossen, und wir sind dabei, neue aufzubauen.

IV) Die vierte Kampffront - vielleicht diejenige, die bisher das größte öffentliche Interesse auf sich gezogen hat - ist die politische. Wir gingen daran, politische Rechte für das Volk zu fordern; im Norden war das die Frage der Bürgerrechte, die Forderung nach mehr Demokratie, und im Süden war das zunächst die Frage nach gleichen Rechten für die irisch sprechende Bevölkerung, in den Regionen, wo Irisch noch die Muttersprache ist. Letzterem messen wir große Bedeutung bei. Im Norden setzten wir bei einigen besonders vordringlichen Mißständen an. In diesen Kampagnen hatten wir einige Erfolge, die halfen, das Bewußtsein der Massen von ihrer eigenen Stärke zu entwickeln. Sie machten die Erfahrung, daß sie stark sind, wenn sie vereint in Massenbewegungen kämpfen. Zudem bildete sich bei ihnen eine klarere Vorstellung darüber heraus, wer ihre Feinde sind, in welchem Gesellschaftssystem sie leben und was sie tatsächlich bekämpfen. Sie lernten, daß sie nicht nur gegen eine britische Armee, sondern einen britischen Finanzapparat, nicht nur gegen eine Fahne, sondern gegen ein ganzes System finanzieller Abhängigkeit und Kontrolle stehen. Obwohl wir im Norden ein besonders starkes Gewicht auf die Forderung nach mehr demokratischen Rechten legten, sind wir der Überzeugung, daß der Sozialismus in Irland nur erreicht werden kann, wenn die Arbeiterklasse in diesem Kampf die Führung hat.

Die Arbeiterklasse Irlands war immer stark gespalten. Sie wurde mittels des Sektierertums (7) erfolgreich gespalten. Das geht schon jahrhundertelang so. Die Imperialisten haben es dadurch getan, daß sie im Norden einen völlig undemokratischen Staat - selbst an bürgerlichen Normen gemessen - aufrechterhalten haben. Ob man einen Arbeitsplatz oder eine Wohnung bekommt, wieviel Stimmen bei der Wahl zählen, all die Rechte bürgerlicher Demokratien hängen davon ab, ob einer die richtige Religion hat. Wir wissen, daß dieses Sektierertum, solange es existiert, eine Waffe in der Hand der Imperialisten ist, die gegen uns gerichtet werden kann, und in der Vergangenheit auch erfolgreich eingesetzt wurde, um die protestantischen Arbeiter gegen die katholischen zu mobilisieren, obwohl beide objektiv dieselben Interessen haben. Deshalb hielten wir es für das wichtigste, um die Arbeiterklasse zu einigen, im Norden "demokratische" Zustände zu erreichen, d.h. die Überwindung des Sektierertums und die Abschaffung des sektiererischen Regimes. Gerade deswegen begannen wir, Bürgerrechtsorganisationen aufzubauen und den Kampf um die Bürgerrechte in Gang zu bringen. Dieser Kampf verschärfte die Widersprüche im System wesentlich, und zwar aus einem wichtigen ökonomischen Grund:
Wie schon gesagt, 1957 wurde das Land wiederum der im-

---

(6) "communities" - historisch entstandene ländliche oder städtische Gemeinschaften, Gemeinden.

(7) Der Begriff des Sektierertums wird in diesem Interview immer im Sinn von Spaltung auf Grundlage der Zugehörigkeit zu katholischen oder protestantischen Religionsgemeinschaften gebraucht.

perialistischen Herrschaft und Kontrolle völlig geöffnet. Daraus resultierte zweierlei: 1) die Teilung des Landes, die der britische Imperialismus vorgenommen hatte, um einen Brückenkopf für die Wiedereroberung ganz Irlands zu haben, hatte nun ihren Zweck erfüllt und war nicht länger notwendig. 2) Und deshalb war es nötig, den Südiren eine neue Art von Arrangement zu verkaufen. Sie mußten überredet werden, daß es für den alten Antagonismus zum britischen Imperialismus keine Grundlage, keine Ursache und keine Rechtfertigung mehr gab; daß die Morde und die Ausbeutung in der Vergangenheit nun vergeben und vergessen werden sollen. Aber das kann die Regierung der Republik unmöglich tun, solange im Norden ein so gewalttätiger Staat besteht, der auf dermaßen offener Diskriminierung, auf Sektierertum und Bigotterie aufgebaut ist. Deshalb wurde es für die Briten notwendig, die Struktur Nordirlands zu ändern und der katholischen Mittelklasse, die durch Leute wie John Hume, Austin Currie und andere von der SDLP (8) vertreten wird, eine Beteiligung an der Macht im Norden zu verschaffen.
Dabei gibt es zwei Schwierigkeiten: 1) Jahrhundertelang hatte man den protestantischen Massen erzählt, daß ihr angeblicher Wohlstand, ihre Privilegien, ihre Positionen, ihre Kultur, ihr Erbe und ihre Religion völlig von der Existenz dieses sektiererischen Staates abhängig seien; in anderen Worten: ein protestantischer Staat für ein protestantisches Volk. Der Versuch, die katholische Mittelklasse an der Macht zu beteiligen, mußte zwangsläufig Widersprüche zwischen dem Unionismus, dem herrschenden System im Norden, und dem Imperialismus erzeugen. Da der Imperialismus der dominierende Teil ist, mußte der Unionismus nachgeben. Seine Unfähigkeit, sich den geforderten Veränderungen anzupassen, führte letzte Woche zur Einsetzung von "direct rule" (9) durch Westminster. Das führte zu einem mächtigen Gegenschlag (die faschistische protestantische Vanguard-Bewegung führte einen dreitägigen Generalstreik sowie Versammlungen, an denen Zehntausende Protestanten teilnahmen, durch, um gegen diese Maßnahme der Briten zu protestieren; Anm.d.Red.). 2) Die zweite Schwierigkeit ist das Eingreifen der revolutionären Bewegung, die sich entwickelt und erfolgreiche Massenarbeit geleistet hatte. Dies zeigte, daß die Volksmassen nicht bereit waren, nur kleinere Reformen innerhalb des Systems zu akzeptieren, die allenfalls den katholischen Mittelklassen eine Beteiligung an der Macht gestatten. Die Erwartungen des Volkes nach großen Veränderungen sind geweckt und noch nicht befriedigt worden. Das Volk zu befriedigen, ohne zugleich wirklich etwas zu verändern - das ist der Widerspruch, in dem sich der britische Imperialismus zur Zeit befindet.

Wir werden im gegenwärtigen Stadium unsere demokratischen Forderungen weiter vorantreiben, um die Einheit der Arbeiterklasse in den sozialen, ökonomischen und kulturellen Fragen zu erreichen. Mit demokratischen Forderungen meinen wir die Aufhebung der Repression, der Internierungen, der Gesetze gegen fortschrittliche politische Aktivität, der Gesetze, die bestimmte Zeitungen und unsere politische Partei verbieten. Unser Ziel ist, völlige Handlungsfreiheit zu erreichen, sodaß wir unsere Auffassungen unter allen Arbeitern verbreiten können; Legalität für unsere Aktionen zu erreichen, um unseren Kampf insgesamt auf eine höhere Stufe zu heben. Im Süden sehen wir derzeit die EWG-Frage als den allerwichtigsten Punkt unserer Politik an, weil wir glauben, daß das Vorgehen der Briten gänzlich von dem Wunsch bestimmt wird, die EWG zu einem riesigen, westeuropäischen imperialistischen Block auszuweiten. Es ist klar, daß die britischen Pläne in Bezug auf Irland auf eine völlige Reintegration Irlands in das Vereinigte Königreich hinauslaufen. Wirtschaftlich hat dies England bereits durch die Freihandelsverträge von 1965 (10) erreicht. Dies soll dadurch vollendet werden, daß Irland politisch in die EWG integriert wird. Wir wollen den EWG-Beitritt verhindern, und wir haben in letzter Zeit sehr große Anstrengungen gemacht, um das Volk zum Kampf dagegen zu mobilisieren

Provos und Officials

Jetzt will ich noch auf die Spaltung in unserer Bewegung eingehen. Wie ich bereits sagte, wurde die Kampfmethode, die wir 1965 annahmen, von kleinbürgerlichen Elementen für falsch gehalten, obwohl sie unfähig waren, sie mit Argumenten zu widerlegen. Als die Krise in der republikanischen Bewegung kam, als der Bürgerrechtskampf zu den Progromen von 1969 (11) führte, und der Staat - dazu noch eine Bemerkung: es waren die staatlichen Kräfte, die R.U.C.,

---

(8) SDLP: Social Democratic Labour Party; sie war die in Bezug auf ihren Masseneinfluß bedeutendste Oppositionspartei im Stormont, dem Nordirischen Parlament. Ihren Abgeordneten, wie z.B. John Hume aus Free Derry, ist es durch die persönliche Teilnahme an der Bürgerrechtsbewegung sowie durch ihr verbales Eintreten gegen die Diskriminierung der katholischen Minderheit gelungen, bedeutenden Einfluß unter den katholischen Massen zu gewinnen.

(9) Direct Rule: Am 28.3.72 verabschiedete das englische Parlament ein Gesetz, das die gesetzgebende sowie die exekutive Gewalt über Nordirland zunächst für die Frist eines Jahres in die Hände des englischen Parlaments und der englischen Regierung legte. Der "Stormont", das nordirische Parlament, wurde für ein Jahr außer Kraft gesetzt. Die englische Regierung schuf ein besonderes Ministerium unter der Leitung von William Whitelaw, das die Regierung Nordirlands übernehmen sollte. Außerdem wurde die Bildung einer Kommission aus führenden nordirischen Persönlichkeiten beschlossen, die Whitelaw beraten soll.

(10) 1965 schloß die Fianna Fail Regierung mit Großbritannien ein "Free Trade Agreement" (Freihandelsabkommen) ab. Es wurde festgelegt, daß innerhalb der nächsten 10 Jahre sämtliche Zollmauern zwischen der Republik Irland und dem Vereinigten Königreich abgebaut und der freie Verkehr von Arbeitskräften und Kapital garantiert werden soll. Das führte zu einer ungeheuren Steigerung des englischen Exports nach Irland (Irland ist heute der drittwichtigste Handelspartner Englands) und in der Folge - da die irische Industrie der englischen Konkurrenz nicht standhalten konnte - zur fast völligen Ruinierung der noch bestehenden irischen Industrien.

(11) Am 12. August 1969 führten die protestantischen Orangemen ihre traditionellen Umzüge durch. Dabei kam es an den Grenzen zu den katholischen Stadtvierteln in Belfast und Derry zu Auseinandersetzungen zwischen militanten Protestanten und der katholischen Bevölkerung. Die Royal Ulster Constabulary (R.U.C., die nordirische Polizei) und die B-Specials, eine paramilitärische Hilfspolizeitruppe, griffen ein, drangen in die katholischen Stadtviertel ein, plünderten, setzten Häuser in Brand usw. Daraufhin errichtete die katholische Bevölkerung Barrikaden und verteidigte sich mit Molotow-Cocktails und Steinen. Zwei Tage lang dauerten die heftigen Straßenkämpfe, bei denen die Polizei wahllos in die Menge schoß und eine Reihe von Katholiken ermordete. Am 14. August wurden britische Truppen eingesetzt, die als "Friedensbringer" die kämpfenden Parteien trennten.

(12) entfällt

die B-Specials (12) und nur sehr wenige protestantische Zivilisten, die tatsächlich in katholische Viertel eindrangen. Die Gewehre, mit denen sie auf die Bevölkerung schossen, waren von der britischen Regierung geliefert. Ebenso die Schützenpanzerwagen, die Uniformen usw. - Also nach den Progromen von 1969 sagten diese kleinbürgerlichen Elemente sofort: "Wo bleibt die Verteidigung unserer Bevölkerung?" Wie ich bereits sagte, war die IRA 1962 nach der Kampagne total am Ende. Sie hatte keine Ausrüstung, kein Geld, keine Organisation, nichts. Sie begann im Jahre 1965 mit einem Programm für die Revolution. Und 1969 hatte sie bereits erfolgreich gegen die beiden großen Machtblöcke in unserem Land gekämpft und einen Keil zwischen sie getrieben. Militärisch war sie in einer schwachen Position, da sie kaum Ausrüstung hatte. Dies wurde von opportunistischen Elementen innerhalb der Regierungspartei hier im Süden ausgenutzt. Sie wollten die emotionalen Reaktionen der Südiren auf den Kampf im Norden dazu benutzen, um selbst zur Macht zu kommen. Diese Elemente, die Haughey, Boland und Blaney-Clique, die später wegen illegaler Waffenimporte rausgeworfen wurden aus der Regierung (13), vereinigten sich mit den kleinbürgerlichen Elementen in der republikanischen Bewegung. Die Regierung im Süden machte der republikanischen Bewegung das Angebot, ihr 200 000 Pfund zum Kauf von Waffen zu geben, unter folgenden Bedingungen: 1) alle sozialistische Politik aufzugeben, im Norden wie im Süden. 2) alle Aktivitäten auf den Norden zu beschränken, den Kampf um Wohnungen, den gewerkschaftlichen Kampf usw. im Süden zu beenden. 3) die Führer, die für die Entwicklung der republikanischen Bewegung (nach links, Anm.d.Red.) verantwortlich gewesen waren, auszuschließen. Dieses "Angebot" wurde natürlich zurückgewiesen.

Aber ein Mann, der zu dieser Zeit an der Führung war, John McStiofian, nahm das Angebot an; inzwischen ist er Stabschef der Provisional IRA. Seine Position ist etwa die eines "holy Mary crusader", wie wir es nennen - er ist ein religiöser Fanatiker. Er arbeitete mit diesen äußerst korrupten und opportunistischen Elementen der Regierungspartei zusammen, spaltete bewußt die Bewegung, um den Kampf von den sozialistischen Zielsetzungen auf rein nationalistische Bahnen abzulenken. Das hatte natürlich nichts mehr mit den Interessen der Arbeiter zu tun. Auf diese Weise entstand die Bewegung der Provisionals. Wir selbst nennen sie eine provisorische Allianz, unter anderem deshalb, weil sie keine klaren Zielsetzungen hat. Sie vereinigt in sich Leute mit den verschiedensten Ansichten, sodaß überhaupt keine Basis für eine Einheit gegeben ist. Sie besteht 1. aus sozusagen traditionellen Republikanern, die ein vereinigtes Irland wünschen, sogar mit einer gewissen antiimperialistischen Einstellung, die aber keinen Klassenstandpunkt haben, von dem aus sie ihre Politik bestimmen können. Zudem haben sie eine starke Vorliebe für parlamentarische Aktionen jeder Art; 2. aus einer sehr kleinen Gruppe von Leuten, die sich als überzeugte Sozialisten betrachten. Das sind etwa 3 %. Sie ziehen aber eine Art "Guerillakampf", wie sie es nennen, der Mobilisierung der Massen vor. D.h., sie glauben, daß man den Sozialismus erreichen kann, indem eine Armee, die im Lande herumzieht, nur eine andere Armee zu schlagen braucht - und schon ist der Sozialismus da. Aber zumindest vertreten sie ihren Standpunkt mit einer gewissen Aufrichtigkeit, was mehr ist, als man von dem nächsten Element sagen kann, nämlich den 3. offen auf der Seite des Establishments und des Imperialismus stehenden opportunistischen Elementen, die von Blaney aus der Fianna Fail Partei angeführt werden, wie z.B. John Kelly aus Belfast und Paddy Kennedy, der Abgeordnete im Stormont. (14) Sie haben große Mengen Geld

(13) Haughey, Blaney und Boland waren zu dieser Zeit Minister in der südirischen Regierung. Sie mußten später von ihren Ämtern zurücktreten, da sie in einen Skandal wegen illegalen Waffenhandels zur Unterstützung der Provisional I.R.A. verwickelt wurden. Sie sind heute noch Abgeordnete im Leinster Hause, dem südirischen Parlament.

(14) entfällt

Hilfe für die IRA

The Official Irish Republican Army (I R A)

Hans Branscheidt
6373 Weißkirchen
Postfach 35

Mai 1972

HILFEAUFRUF FÜR DIE IRISCHEN PATRIOTEN

Für die westdeutschen Sozialisten und Demokraten war der bewaffnete Befreiungskampf des irischen Volkes im Süden und im Norden des Landes bislang mehr oder minder eine Angelegenheit der "Tagesschau": ein Ereignis am Rande von minderer Bedeutung, das eigentlich dem weltweiten antiimperialistischen Kampf nicht zuzuordnen ist. Damit ist der große Befreiungskampf der irischen Patrioten, ganz im Sinne der Struktur der bürgerlichen Presseinformation, als eine religiös-nationalistische Abenteuerlichkeit eingeschätzt worden. Bedrohliche Ereignisse der letzten Wochen lassen es jedoch unumgänglich erscheinen, den internationalistischen Charakter unserer Bewegung zu betonen, indem wir uns mit der Bitte um Hilfe, Solidarität und publizistische Unterstützung an sympathisierende Organisationen und Einzelpersonen wenden.

Vor wenigen Tagen hat die Regierung Lynch im Süden "entschlossen" angekündigt, ab sofort mit allen polizeistaatlichen Mitteln der Verfolgung und Zerschlagung hauptsächlich gegen den sozialistischen Flügel der IRA "vorzugehen". Gleichzeitig verstärken sich im Norden die Tendenzen zu einer entlarvenden Allianz von britischen Besatzungstruppen, faschistischen Protestanten und liberalen Katholiken.

Das gemeinsame Ziel dieses von den Briten angezettelten und mit Lynch verabredeten Komplotts ist die vollständige Zerschlagung der OFFICIAL IRISH REPUBLICAN ARMY.

Wir können unseren westdeutschen Freunden und Genossen deshalb nicht eindringlich genug sagen, daß jeden Tag mit einem blutigen Massaker gegen die revolutionären Patrioten zu rechnen ist, deren noch mangelhafte Bewaffnung, materielle Ausrüstung und Massenverankerung viel zu schwach ist, um einem konzentrierten Angriff technisch überlegener Truppen auf Dauer standzuhalten.

Die konkrete Bitte um sofortige Hilfe bezieht sich auf ein "Überlebensprogramm", eine Aktion der materiellen Unterstützung und Versorgung der notleidenden irischen Ghettobewohner, das uns, vergleichbar den Programmen der nordamerikanischen Farbigenbewegung, intensiver in den Massen verankern soll.

Dazu benötigen wir *finanzielle Unterstützung* von allen Seiten, da wir, im Gegensatz zum chauvinistischen IRA-Flügel, nicht mit der Hilfe reicher Nationalisten rechnen können.

Wir bitten weiter dringend um eine umfassende publizistische Solidarität, wozu wir sowohl über die obige Adresse allen Interessierten unsere Materialien zur Verfügung stellen, als auch darum bitten, daß sozialistische und demokratische Journalisten, Filmemacher und Schriftsteller verstärkt die irischen Kampfgebiete aufsuchen. Dies ist sehr wichtig, weil in der bürgerlichen Presse das Gespenst einer einzig und allein bombenlegenden Terrortruppe gezeichnet wurde, dem nun durch objektive Berichte über unsere Organisationsstruktur, unsere Schulungen, unsere Massenarbeit entgegenzustellen wären.

Wir versichern abschließend, daß jede Spende und Unterstützung ausschließlich dazu verwendet wird, die notleidende Bevölkerung materiell zu sichern, also z. B. Medikamente und Verbandszeug zu erwerben.

Vor allem bitten wir die hilfswilligen Freunde und Genossen in allen Gebieten der BRD, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit regionale und städtische Solidaritätskomitees initiiert werden, um eine große und wirkungsvolle Hilfsaktion für die revolutionären irischen Patrioten zu schaffen!

Für das westdeutsche Komitee

Rory O'Saughnessy

Spenden auf das Konto
Hans Branscheidt
Nr. 302479 Postscheckamt
Frankfurt am Main
Kennwort: I R A

für Bestechung aufgewandt, um Leute zu kaufen.
4. Das vierte Element sind Leute von antiprotestantischer Gesinnung. Als im August 69 die katholischen Gebiete angegriffen wurden, gab es viele politisch unbewußte Arbeiter, die den Kampf nicht als Kampf zwischen dem britischen Imperialismus und dem irischen Volk begriffen, sondern ihn nur als Kampf zwischen Katholiken und Protestanten verstanden. Das sind die sektiererischen Elemente. Sie sind für die meisten Bombenattentate gegen zivile Einrichtungen verantwortlich. Sie jagen öffentliche Gebäude, Restaurants usw. hoch, und zwar nicht in Wohngebieten der herrschenden Klasse, sondern in normalen Arbeitervierteln. Das haben sie z.B. in der Shankill Road, mitten im protestantischen Arbeiterviertel gemacht. Diese Elemente sind am gefährlichsten, denn sie sind völlig sektiererisch und können zum Keim einer faschistischen Organisation werden.

Wenn man sich nun den Mangel an Klassenbewußtsein und politischem Verständnis vor Augen hält, dazu die proimperialistische, opportunistische Führung nimmt und die finanzielle Unterstützung, die sie vom Kapital aus dem Süden erhält, so wird einem klar, daß die Provisionals ein klassisches Beispiel für eine rechtsorientierte, militärische Organisation sind, die vom proimperialistischen Kapital finanziert wird und einer revolutionären Massenbewegung wie der unseren äußerst feindlich gegenübersteht.

Frage: Sie werden wohl auch aus Amerika unterstützt ?

S.F. : Ja, sie werden von sehr weit rechts stehenden Gruppen in Amerika unterstützt. Denn die irischen Amerikaner, die im 19. Jhdt. auswanderten, haben sich eine bestimmte Klassenposition dort erarbeitet und sind ängstlich bemüht, sie zu erhalten. Sie stehen sehr weit rechts. Bis zu einem gewissen Punkt jedoch sind sie antibritisch, und deshalb stellen sie Geld für Waffen zur Verfügung, damit die Briten aus dem Norden vertrieben werden. Aber sie wollen nicht die amerikanischen Militärbasen und die amerikanischen Industrien aus dem Süden vertreiben, was wir gerne möchten. (15)

Die Politik kommandiert die Gewehre

Frage: Du hast über die ökonomische, soziale kulturelle und politische Front gesprochen, nicht aber über die militärische.

S.F. : Natürlich haben wir eine militärische Front. Aber während früher unsere antiimperialistische Bewegung rein militärischen Charakter hatte, so haben wir mit der Zeit gelernt, daß die Politik der alles entscheidende Faktor ist, und daß der Krieg nur die Fortsetzung der Politik darstellt. Unsere Position ist, daß wir die Kämpfe des Volkes militärisch unterstützen und verstärken. Beispiele:
An der ökonomischen Front: Bei großen Streiks haben wir militärisch eingegriffen, um das Management zu zwingen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben. Als sich z.B. die Geschäftsleitung einer amerikanischen Fabrik in Shannon weigerte, irisch sprechende Arbeiter einzustellen, Gewerkschafter rausschmiß und versuchte, Streikbrecher in die Fabrik zu bringen, verbrannten wir die Busse, in denen sie die Streikbrecher transportieren wollten. Dadurch zwangen wir sie, auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen. Wir hatten auch einen großen Zementarbeiterstreik, der 17 Wochen dauerte. Die Zementgesellschaft hat ein Monopol im Land. Um den Forderungen der Arbeiter nicht nachgeben zu müssen, importierten sie Zement aus dem Ausland. Zusammen mit anderen Sozialisten im Norden und in England unternahmen wir Aktionen, um die Verladung des Zements zu stoppen. Wir jagten die Lastwagen in die Luft und behandelten die Streikbrecher wie es ihnen gebührt.

Ähnlich gingen wir auch bei Landkampagne vor. An einem Ort gab es eine große Zahl kleiner Bauern, die Land haben wollten und keines hatten, und es gab sehr viel brachliegendes Land. Und das wichtigste dabei war, daß die Bauern dieses Land nicht untersich aufteilen, sondern in Form einer Kooperative gemeinsam bewirtschaften wollten. Das war eine der ersten spontanen Forderungen nach kollektiver Arbeit in der Landwirtschaft in Irland. Die großen Geschäftsleute dieses Gebietes, die Hoteliers usw. wollten das Ackerland in einen Golfplatz für ausländische Touristen verwandeln. Im Moment versuchen sie, die Bevölkerung zu vertreiben. Wir sind in diesem Gebiet fünfmal in Aktion getreten: Wir haben Maschinen in die Luft gejagt, mit denen das Land in einen Golfplatz verwandelt werden sollte, wir haben Häuser angesteckt, die den beteiligten Geschäftsleuten gehörten. Bisher haben wir sie gänzlich daran gehindert, ihr Ziel zu erreichen. Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen müssen sie den Golfplatz bis Oktober fertighaben, sonst wird das Projekt abgeblasen. Ich glaube, diese Schlacht haben wir gewonnen. Kürzlich entschied ein britisches Gericht, daß die Fischereirechte in Lough Neagh, einem großen Hafen im Norden, von König Charles I. irgendwann um 1640 herum vergeben worden waren. Eine große Fischereigesellschaft beanspruchte diese Rechte für sich. Die Bevölkerung dort aber bestritt, daß überhaupt irgendjemand das Recht habe, Rechte zu vergeben, die dem irischen Volk gehören gehören und ihm immer gehörten. Es gab dort eine sehr bittere Auseinandersetzung. Wir haben Patrouillenboote der Fischereigesellschaft in die Luft gesprengt. Sie sind mit Maschinengewehren bewaffnet und erschießen die einheimischen Fischer, um sie von der See zu vertreiben. Das war erst vor kurzem.
An der sozialen Front haben wir gegen Wuchermieten und Wohnungskündigungen gekämpft. In bestimmten Fällen kämpfen wir gegen den Bau von Bürohochhäusern, wir besetzten Büros, zerstörten sie und so verschiedenes mehr. Sehr wichtig ist auch die Unterstützung bei Demonstrationen, nicht so sehr militärische, als vielmehr organisierte und disziplinierte Unterstützung, so daß die Leute, wenn sie von der Polizei angegriffen, verteidigt und die Polizei vertrieben werden konnte.
An der kulturellen Front haben wir die Bevölkerung in gälischen Gebieten organisiert und militärische Unter-

(15) Unseres Wissens gibt es eine amerikanische Militärbasis in Irland, und zwar bei Londonderry. Man muß hier die Bedeutung berücksichtigen, die Irland strategisch für die NATO hat. Die Integration der Republik Irland in die EWG hat nicht zuletzt auch das Ziel, die Neutralität Irlands aufzuheben und es auch in die NATO einzubeziehen.

stützung gegeben, wenn ausländische Kapitalisten Hotels bauten und versuchten, die Einheimischen zu vertreiben. So haben wir z.B. ein Hotel im Norden in die Luft gejagt, das benutzt wurde, um die Gegend mit Leuten aus der Mittelklasse der Großstädte zu überschwemmen, die in diesem landschaftlich schönen Gebiet ihre Wochenden genießen wollten. Man weigerte sich im Hotel, an die Einheimischen Getränke auszuschänken, ließ sie gar nicht erst rein und nahm eine sehr elitäre Haltung ihnen gegenüber ein. Wir zerstörten das Hotel, wenn die Einheimischen nicht in das Hotel dürfen, hat dort niemand etwas zu suchen.

An der politischen Font haben wir zwei Hauptpositionen: Verteidigung und Vergeltung. Wenn z.B. der Staat Gewalt gegen das Volk anwendet, ist es unsere Pflicht, es zu schützen. Das umsomehr, als wir Avantgarde werden wollen und im Kampf der Massen bereits eine führende Rolle einnehmen. Wir haben da für Verteidigung gesorgt, wo Einheiten der britischen Armee oder der R.U.C. versuchten, Wohnviertel anzugreifen, besonders in Belfast. Wir üben Vergeltung für die Greueltaten, den Terror, und das allgemeine Brandstiften und Plündern der britischen Armee, indem wir britische Soldaten erschießen. Dabei haben wir ziemliche Erfolge gehabt. Hier will ich nur einen Punkt besonders betonen: Wir befinden uns nicht in einer offensiven militärischen Kampagne, wie die Provisionals, denn wir wollen, daß die Volksmassen diesen Kampf tragen. Wir sind völlig dagegen, das Volk aufgrund der Religion zu spalten, wir sind entschieden gegen alles, was in irgendeiner Weise dem Sektierertum Vorschub leisten könnte. Wir meinen, daß sich die militärische Aktivität im gegenwärtigen Stadium auf den Schutz vor bewaffneten Angriffen staatlicher Kräfte beschränken sollte. Das entspricht dem Bewußtseinsstand der Massen. Sie wollen Schutz haben, wenn das Militär angreift. Sie wollen aber nicht, daß wir als Angreifer auftreten, wenn dafür keine Notwendigkeit besteht. Die Massen wollen zwei Dinge: Verteidigung und Vergeltung, und dafür sorgen wir.

DER KAMPF UM DIE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE

Frage: Die Kämpfe im Norden und Süden Irlands sind verschieden weit entwickelt. Wie wird sich die weitere Verschärfung der Kämpfe in Nordirland auf eure politische Arbeit im Süden auswirken?

S.F.: Wir sind in einer sehr schwierigen Situation. Organisatorisch sind wir immer noch ziemlich schwach. Unsere Stärke liegt einzig und allein in der Unterstützung durch das Volk. Mit den Massen sind wir stark, ohne sie sind wir nur irgeneine Gruppe von Leuten, wie mal jemand gesagt hat. Täglich sind wir hier von Repressionen, Internierungen, Militärgerichten, durch Schikanen aller Art, bedroht. Daraus ergibt sich, daß unser politisches Vorgehen sehr sorgfältig abgewägt werden muß, damit vermieden wird, daß wir in irgendwelche abenteuerliche Positionen verfallen und unötige Verluste riskieren. Wir müssen an sovielen Fronten wie möglich Druck ausüben. Das tun wir im Moment vor allem im Kampf um mehr Demokratie und im Kampf um nationale Souveränität, gegen den EWG-Beifritt. Das sind die beiden wichtigsten Sachen, um die wir im Norden und im Süden kämpfen. Zugleich handhaben wir es sehr flexibel, wieviel Kraft wir jeweils in die einzelnen Aktionen stecken.

Es gibt zum Beispiel viele Dinge, die wir hier im Moment im Süden nicht in Angriff nehmen können. Sie vor zwei Wochen aufzugreifen, hätte katastrophale Folgen für uns gehabt, während jetzt eine günstige Zeit dafür wäre. Wir müssen ständig die politische Situation hier berücksichtigen; Das ist ein Auf und Ab, und die Leute ändern sich sehr stark. Genauer gesagt, wir befinden uns in einer vorrevolutionären Situation, die sich in ein oder zwei Jahren, was wahrscheinlich ist, zu einer revolutionären entwickeln kann. Es ist aber ebensogut möglich, daß sie sich in eine Periode schärfster Reaktion verwandelt. Unser Problem ist, daß wir dafür sorgen können, daß die Reaktion nicht kommt, bevor wir stark genug sind, um ihr begegnen und sie schlagen zu können. Wir handhaben es also sehr flexibel, wie stark wir jeweils die einzelnen Dinge vorantreiben. Natürlich werden wir im Norden in keiner Weise zurückstecken. Wir verwenden ungeheure Energie darauf. Ebenso auf den Kampf gegen die EWG hier unten.

Frage: Glaubst du, daß wirklich die Chance besteht, eure demokratischen Forderungen im Norden durchzusetzen? All die antiimperialistischen Kämpfe heute zeigen, daß es nicht möglich ist, und die Imperialisten haben viel dazu gelernt.

S.F.: Was wir durch den demokratischen Kampf erreichen wollen, wozu er dient, ist, daß er alle Widersprüche innerhalb unserer Gesellschaft bloßlegt. Das sieht im Augenblick so aus: England wurde in eine Konfrontation mit seinen loyalsten Alliierten und Helfern gezwungen, den unionistischen Parteibossen. Es mußte sie entmachten. Aber damit war das Volk noch nicht zufrieden, denn das hat weder politische Rechte noch Freiheiten mit sich gebracht. Wir müssen zum einen die protestantische und katholische Arbeiterklasse vereinigen, zum anderen aber auch den Kampf der schon weiter fortgeschrittenen katholischen Arbeiterklasse intensivieren und eskalieren und dürfen dabei nicht in Sektierertum verfallen.

Wir gehen davon aus, daß sich das ganze imperialistische System in einer Krise befindet, was vor allem zwei Ursachen hat: 1) Der Erfolg der nationalen Befreiungskämpfe in der ganzen Welt, der die Märkte, die die Imperialisten ausbeuten können, beschränkt und 2) die sehr bedeutenden Veränderungen der Produktionsweise innerhalb des Kapitalismus durch die Entwicklung neuer Technologien, die die alten ersetzen. Das kann man in England sehr deutlich sehen, wo sich die traditionellen Industrien in völligem Niedergang befinden, ebenso in Nordirland. Diese Probleme des Imperialismus machen es ihm umso schwerer, dem wachsenden Kampf in Irland entgegenzutreten. Es wäre allerdings falsch, wenn wir unseren Kampf allzu schnell entwickeln würden, bevor nicht das Volk selbst den Kampf aufnehmen will.

Unser größtes Problem ist das politische Bewußtsein der protestantischen Arbeiter, die im Moment, wie jeder zugeben muß, pro-imperialistisch sind. Unserer Ansicht nach kann durch den demokratischen Kampf eine Konfrontation zwischen dem Imperialismus und den protestantischen Arbeitern erreicht werden. Das fängt jetzt gerade erst an. Diese Auseinandersetzung steht im Augenblick noch unter Führung der unionistischen Bourgeoisie. Wir arbeiten auf eine Radikalisierung der Basis hin. Das hat es in den letzten zwei Jahren schon gegeben. So haben wir z.B. in Belfast die "West Belfast Democratic Alliance" aufgebaut, die Kampagnen zu sozialen und lokalen Fragen machte. In ihr waren Leute aus dem Falls-Road- und dem Shankill-Road-Gebiet, den beiden wichtigsten katholischen und protestantischen Arbeitervierteln. Es war nur die Bombenkampagne

der Provisionals, die diese Einheit zerstörte. Ich erinnere mich an eine Versammlung, auf der eine der Führerinnen der "Shankill-Road-Development-Association" zu uns sagte: Wenn wir es mit unserer Erklärung, daß wir für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten, ehrlich meinten, dann sollten wir uns mit den Provisionals auseinandersetzen, da weder der Staat noch die Protestanten in der Lage seien, mit ihnen fertig zu werden. Das könnten allein wir schaffen. Allerdings vereinfachte sie viele politische Probleme. Aber wichtig ist: Es war diese Bombenkampagne, die uns daran hinderte, die Einheit damals weiterzuentwickeln. Wir wollen erreichen, daß Leute wie diese Frau den Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen, der z.Z. unter reaktionären Vorzeichen geführt wird. (16) Die führenden Elemente propagieren und führen politische Streiks durch, weil sie die Arbeiterklasse in ein pro- und ein antiimperialistisches Lager spalten. Dies gilt nicht für die üblichen wirtschaftlichen Streiks, aber der politische Streik wird von den Reaktionären benutzt, um die Arbeiter zu spalten.

Was wir anstreben, ist etwas anderes. Unter den Katholiken haben wir mitgeholfen, eine Kampagne des zivilen Ungehorsams zu organisieren, d.h. die Bevölkerung zahlt keine Mieten, Steuern oder sonst etwas an den Staat. Wir fordern die protestantische Bevölkerung auf, das gleiche zu tun; zudem müssen wir ihr klarmachen, daß England keinerlei Rechte in Irland hat und daß die Probleme des irischen Volkes in demokratischer Weise durch es selbst gelöst werden müssen.

Frage: Habt ihr dabei schon Erfolg gehabt?

S.F.: Nun, wir haben Erfolg in demSinn, daß eine Reihe von Leuten, die in ihren Vierteln angesehen sind, diese Ideen akzeptieren. Bis jetzt ist diese Sache noch nicht sehr weit fortgeschritten, aber sie wird sich wohl zwangsläufig dahin entwickeln. In diesem Fall wird natürlich sofort ein offener Widerspruch zwischen den Zielen der herrschenden Unionisten, wie Faulkner, Craig usw. und den Interessen der Masse der protestantischen Bevölkerung entstehen. Dann werden wir darauf hinarbeiten, daß sich in den protestantischen Vierteln Straßenkomitees bilden, wie wir sie in vielen antiunionistischen Vierteln im Norden bereits eingerichtet haben. Dann kann die Zusammenarbeit zwischen den Straßenkomitees der katholischen und protestantischen Arbeiter beginnen, um bestimmte Forderungen zu stellen, über die wir einer Meinung sind.

Prinzipienreiterei und revolutionäre Taktik

Frage: Die Provisionals sagen in ihrer Erklärung zur Spaltung im Jahre 1970, daß ihr die Parlamente in Dublin, Belfast und Westminster anerkennt und daß ihr in beiden Teilen Irlands über den "parlamentarischen Weg" zum Ziel kommen wollt. Wie war eure Position damals und wie ist sie heute?

S.F.: Zunächst mal muß man klarstellen, daß die Provisionals praktisch jede Position, die wir vertreten, fürchterlich verdreht haben. Bis 1969 vertraten wir die in unserer Bewegung seit 1922 traditionelle Ansicht, daß wir unter keinen Umständen ins Parlament gehen würden. Wir erkannten die Gerichte nicht an und lehnten deshalb eine Freilassung auf Kaution ab. Etliche Mitglieder der Provisionals sitzen jetzt schon seit Weihnachten im Gefängnis, und zwar deshalb, weil sie jedesmal, wenn sie der Richter fragt, ob sie Kaution wollten, antworten: "Nein, ich weigere mich, die Autorität dieses Gerichts anzuerkennen." Darauf der Richter: "Dann bleibst du eben im Gefängnis." Ich nenne das Haft aufgrund eigener Borniertheit. Ich meine, daß es eine Marotte von nationalistischen Mittelklasseleuten ist, absurde Prinzipien hochzuhalten, die keine Bedeutung für die Kämpfe des Volkes haben. Denn schließlich geht es nicht darum, um jeden Preis irgendeine Geradlinigkeit und Ehrbarkeit zu demonstrieren, sondern es geht darum zu siegen. Es geht darum, daß unsere Leute so effektiv wie möglich ihre Aufgaben erfüllen können. Wir wollen, daß von ihnen so wenige wie möglich im Gefängnis sitzen. Die Provisionals jedoch sind stolz darauf, wenn sie sagen können: "Wir haben 1000 und die anderen haben nur 200 im Gefängnis." Sowas ist Unfug.

Ähnlich ist die Sache mit dem Parlament. Die Provisionals sind der Meinung, diese Parlamente sind von den Engländern geschaffene Institutionen. Das sagen wir ja auch. Nur übersehen sie die offensichtliche Tatsache, daß die Volksmassen bis heute - die Sache ändert sich wohl im Augenblick - das parlamentarische System akzeptierten, ja sogar in ihm einen Weg sahen, um ihre Lage zu verbessern. Wir hatten Schwierigkeiten, die parlamentarische Methode zu entlarven, da wir selbst nicht daran beteiligt waren. Die Mitglieder des Palaments, die heute für die katholische Mittelklasse sprechen, wurden alle gewählt als Ergebnis des Bürgerrechtskampfes im Norden, als Ergebnis der Kämpfe, die wir geführt, Organisationsarbeit, die wir gemacht, und der Politik, die wir vorangetrieben haben. Als es zur Wahl kam, waren wir aufgrund unserer angeblichen Prinzipien unfähig, die Sache auszunutzen, nämlich das System zu entlarven und seine inneren Widersprüche zu verschärfen. Diese opportunistischen Parlamentarier sind heute die größte Gefahr in Bezug auf den Ausverkauf Irlands, denn sie können auch noch vorgeben, im Namen des katholischen Volkes zu sprechen. Wir machten uns zueigen, was Lenin über die katholischen Gewerkschaften in Deutschland sagte: Wenn auch nur 5% der Arbeiter daran glauben und darauf vertrauen, ist es für Revolutionäre wichtig, einzutreten, darin zu arbeiten und sie zu entlarven. So ist unsere Haltung zum Parlament. Wir wollen Leute ins Parlament, nicht als Individuen oder "Persönlichkeiten", sondern als Vertreter des Volkes, die durch eine demokratisch-zentralistische Partei diszipliniert und kontrolliert werden. Wir werden das nur da tun, wo wir Kampagnen durchgeführt haben und die Massen am Kampf teilnehmen. Im Süden gibt es besondere Gebiete, in denen wir große Kampagnen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt haben und wo wir erreichen können, daß unsere Leute gewählt werden. Wenn wir es da, wo wir dazu stark genug sind, nicht tun, dann steht irgendein Opportunist auf, der in der einen oder anderen Weise in der Kampagne in Erscheinung getreten ist, und nimmt diesen Platz ein. Jahrhundertelang haben wir

---

(16) Seit die Engländer die "direct rule" einführten, haben die reaktionären Führer der protestantischen Vanguard-Bewegung, allen voran William Craig, die protestantischen Massen zum Kampf gegen Großbritannien mobilisiert. Ziel in diesem "antiimperialistischen Kampf" ist es, der protestantischen Bourgeoisie und ihrem politischen Ausdruck, den Unionisten, die absolute Herrschaft über Nordirland zu erhalten bzw. wiederzuerringen. Ende März wurde ein zweitägiger Generalstreik durchgeführt; seither hat es eine ganze Reihe von Massenversammlungen und Demonstrationen gegeben. Der Plan, auch einen Mieten-und Steuerstreik durchzuführen, wurde sehr schnell wieder aufgesteckt, da er sich letztlich gegen die protestantische Bourgeoisie richtet und vor allem die Gefahr in sich birgt, daß sich die protestantische Arbeiterklasse von ihren reaktionären Führern löst.

das Problem, daß diese sogenannnten "Persönlichkeiten" auf dem Rücken der Kämpfe des Volkes zur Macht klettern. Das ganze Konzept also, das die Provisionals immer noch aufrechterhalten, ist völlig kleinbürgerlich und hat nichts mit Politik, mit der Wirklichkeit, mit Klassenbeziehungen zu tun; deshalb haben wir es zurückgewiesen.

Frage: Werdet ihr hier in der Republik an den nächsten Wahlen teilnehmen?

S.F.: Nicht unbedingt. Wir stellen uns nur dort zur Wahl, wo wir politische Arbeit geleistet haben, d.h. überall dort, wo wir eine starke Bewegung in der Bevölkerung aufgebaut haben.

Organisationsfragen

Frage: Du hast von einer demokratisch-zentralistischen Partei gesprochen. Das ist die Organisationsform einer Kommunistischen Partei. Ihr nennt euch Sinn Fein und es gibt die republikanische Bewegung, die wohl viele Gruppen umfaßt. Wo ist die Partei? Wie arbeitet sie in der Bewegung? Wollt ihr eine leninistische Partei aufbauen, wie entwickelt sich das?

S.F.: Wir haben unsere organisatorischen Formen aus der Vergangenheit geerbt. Sie stimmen überhaupt nicht mit dem überein, was wir im Augenblick brauchen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die eine Hälfte unserer Bewegung illegal ist und die andere nicht. Viele Leute sagen, die republikanische Bewegung hätte zwei Flügel: einen politischen, die Sinn Fein, und einen militärischen, die IRA. Das ist nicht richtig. Es gibt tatsächlich zwei Flügel; der eine ist illegal, das ist die IRA, aber sie ist eine militärisch-politische Organisation; der andere ist legal, offen, konstitutionell, er ist eine politische Partei, die registriert ist und alles, was sonst noch dazu gehört. Unser organisatorisches Problem besteht darin, wie wir die Schwierigkeit der Existenz von zwei Organisationen überwinden sollen. Beide Organisationen sind demokratisch aufgebaut, insofern als alle Ebenen, von der Grundeinheit unserer Organisation, dem Cunman, bis zur Führung, der Cunman-Exekutive, demokratisch verbunden sind. Sie sind zentralisiert, insofern als wir von der nationalen Führung her Leute bestimmen, die beschlossene Anweisungen ausführen, um zu gewährleisten, daß im Vorgehen, in den Kampfmethoden usw. Einheitlichkeit besteht. Aber das findet gleichzeitig in zwei Organisationen statt. In gewissem Maße wurde das dadurch überwunden, daß in vielen Fällen die Personen identisch sind. Über dieses schwierige Problem diskutieren wir im Moment sehr intensiv. Unser Ziel ist eine völlig demokratisch-zentralistische Partei, im leninschen Sinn.

Frage: Wir haben euer theoretisches Organ "teoiric" Nr.2 gelesen. Dort sagt ihr, daß es neben den politischen und ökonomischen auch den theoretischen Kampf gibt, den ihr jetzt verstärkt zu führen begonnen habt. Gibt es Fraktionen oder Gruppen in eurer Bewegung?

S.F.: Viele der Probleme sind noch nicht geklärt, wie bei anderen Organisationen auch. Wir sind wirklich gerade erst dabei, die Grundlagen unserer Probleme herauszufinden. Wir tun das in der bestmöglichen Weise, indem wir die theoretischen Probleme, die wir haben, mit den praktischen Problemen, denen wir gegenüberstehen, verbinden. In gewissem Sinne beginnen sich Fraktionen zu entwickeln. Wir haben z.B. Probleme mit ultralinken Gruppen. Es gibt Genossen in unserer Bewegung, die von ultralinken Ideen beeinflußt sind. Aber wir haben keine großen Schwierigkeiten damit, denn unsere Erziehungsarbeit geht gut voran. Es gibt keine bedeutenden Kämpfe oder größere Spaltungen bei uns. Der linke Radikalismus ist zumeist ein Ausdruck mangelnder politischer Bewußtheit.

Sinn Fein und andere politische Organisationen

Frage: Gibt es ultralinke Organisationen in Irland?

S.F.: Ja, es gibt mehrere. Die People's Democracy im Norden, die sich erst vor kurzer Zeit mit den Provisionals verbunden hat. Ultralinke und Ultrarechte also zusammen, eng vereint in bitterer Feindschaft uns gegenüber. Sie sind die einzige Gruppe von Bedeutung, was den Masseneinfluß betrifft. Dann gibt es die "Revolutionary Marxist Group", die verbunden ist mit der "Gruppe Internationaler Marxisten" von Tarique Ali. Es gibt die "League for a Workers' Republic", ebenfalls eine trotzkistische Gruppe. Außerdem die "Socialist Labour League" von Jerry Healy's Vierter Internationale. Und dann die "League for a Worker's Vanguard", die Vierte Internationale von irgendjemand anderem. Aber ich zweifele, ob irgendeine dieser Organisationen mehr als ein Dutzend hat. People's Democracy hat ungefähr 50 Mitglieder, wir haben 5 000, Nord und Süd zusammengenommen

Frage: Wie steht es mit P.D.? Sie war eine Zeitlang in der Civil Rights Organisation (Bürgerrechtorganisation) und hat sich dann abgespalten?

S.F.: P.D. war ursprünglich eine reine Studentenorganisation. Sie hatte keine Beziehungen zu den Arbeitern. Trotzkistische Elemente waren und sind in ihr stark tätig. Ihre Position war, daß jede Organisation für den Sozialismus kämpfen muß, d.h. daß z.B. eine Bewegung gegen die Wohnungsnot wie auch jegliche Bürgerrechtsbewegung den Sozialismus fordern müsse. Sie meinten, dadurch seien sie revolutionär. Unser Standpunkt dazu ist, daß es Aufgabe einer revolutionären Bewegung ist, den Sozialismus zu propagieren, für den Sozialismus zu kämpfen. Wenn wir Kampffronten anhand verschiedener Tagesforderungen aufbauen, so verfolgen wir dabei den Zweck, solche Leute, die noch nicht für den Sozialismus eintreten, anhand solcher Probleme zu mobilisieren, die sie unmittelbar angehen, wie die Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Bürgerrechtsprobleme usw. In diesen Kampf, an dem sie dann aktiv teilnehmen, versuchen wir dann, ihnen bestimmte weitergehende Ideen zu vermitteln.

Frage: Wir haben gehört, daß ihr sehr eng mit der irischen Kommunistischen Partei zusammen arbeitet. Das Elend der bisherigen Kämpfe des irischen Volkes war gerade die bedeutende Rolle, die die Opportunisten einnahmen. Und wir meinen, daß es sich bei diesen "Kommunisten" um Opportunisten handelt.

S.F.: Ihre ideologischen Positionen haben nichts mehr mit Marx und Lenin zu tun, daß gerade sind unsere politischen Differenzen zu ihnen. Auf der anderen Seite stellen sie eine Organisation dar, die einen bestimmten Grad an Unterstützung, Fähigkeiten, Einfluß usw. hat, obgleich sie an die Theorie der "heimlichen Revolution" glauben. Ihre Vorstellung ist, daß man nur auf den linken Flügel der Sozialdemokratie Druck auszuüben braucht, dann käme die Revolution über die Leute, ohne daß sie viel davon merken. Das ist allerdings eine völlig revisionistische Linie, die keine Chancen haben wird. In Bezug auf die Kämpfe, in denen wir derzeit stehen, zeigen sie Bereitschaft mitzuarbeiten, und helfen beim Aufbau verschiedener Massenorganisationen. Unsere Position ist, daß wir zur Schaffung einer möglichst breiten Front, soviele Organisationen wie möglich einbeziehen wollen, wenn sie sich auf den Boden des Programms stellen. Wir sind uns natürlich sehr im Klaren darüber, daß die Irish Communist Party keine Organisation ist, die den Kampf vorantreiben wird. Tatsächlich scheint

unser Hauptproblem mit ihnen zu sein, daß sie versuchen, die Entwicklung des Kampfes aufzuhalten. Aber allgemein gesehen, können wir mit ihnen in den meisten Fragen zusammenarbeiten. Wir haben bis jetzt in der Auseinandersetzung mit ihnen den kritischen Punkt noch nicht erreicht. Wir sind uns dessen voll bewußt.

Frage: Ihr versucht mit ihnen in einer Einheitsfront zusammenzuarbeiten?

S.F.: Ja.

Frage: Sie werden sicherlich versuchen, die Führung in einer solchen Einheitsfront zu bekommen.

S.F.: Das ist klar. Aber wir können das nur verhindern, wenn wir theoretisch und organisatorisch besser sind als sie, und wenn unsere Positionen weit prinzipienfester sind, was meiner Ansicht nach auch der Fall ist. Allerdings sind sie organisatorisch geschlossener und besser als wir. Sie haben sehr gute internationale Kontakte, wogegen es uns daran mangelt, was für uns ein sehr dringliches Problem ist.

Frage: Kannst du noch etwas über die Bedingungen der illegalen Arbeit in Nordirland sagen?

S.F.: Es ist schwierig. Die Lage ist die, daß wir illegalisiert worden sind und die Illegalität bittere Wahrheit geworden ist, zu einem Zeitpunkt, wo wir bereits so stark unter dem Volk verankert waren, daß wir damit fertig werden konnten. Um ehrlich zu sein, es ist nicht so sehr die IRA, die das Volk verteidigt, als vielmehr das Volk, das die IRA schützt. Als z.B. in Derry die Soldaten eindrangen, waren es die Massen, die sie zurücktrieben. Sie schützen die revolutionäre Bewegung. Die Lehre, die wir daraus ziehen müssen, ist, daß wir die Propagandaarbeit unter den Massen verstärken müssen. Wir haben bereits Radiostationen in Belfast und Derry. Besondere Probleme gibt es in Gebieten, wo die Truppen freien Zugang haben, wie in Belfast. Dort werden viele unserer Leute gesucht und müssen im Untergrund arbeiten. Deshalb mußten wir unsere Organisation vor sehr kurzer Zeit umstrukturieren und eine andere Organisationsform einführen. Früher hatten wir ziemlich große Grundeinheiten, und jetzt mußten wir sehr kleine Kollektive von 3-5 Leuten einrichten, die gemeinsam in ihrer Straße arbeiten und die Bevölkerung in alles einbeziehen, was so läuft. Sonst kann ich über diese Arbeit jetzt nicht mehr sagen, außer, daß man sehr viel vorsichtiger sein muß.

Frage: Aber ihr verbreitet eure Zeitung dort?

S.F.: Sicher, wir verkaufen sie von Tür zu Tür.

Frage: Aber nicht offen?

S.F.: Nein, das geht nicht. Früher war es möglich, aber wenn wir es heute täten, würden unsere Leute festgenommen.

Frage: In der letzten Nummer des United Irishman stand, daß die Auflage bei 7o ooo liegt?

S.F.: Ja, und in diesem Monat werden es 75 ooo sein. Der Grund dafür, daß sich die Auflage erhöht hat, ist, daß unsere Mitgliederzahl steigt, und zwar sehr schnell. Z.B. treten hier in Dublin viele Leute den "New Membership Classes" (Kurse für Leute, die Mitglieder der Sinn Fein Partei werden wollen, Anm. der Red.) bei. Meistens sind es am Anfang um die 5o herum.

Frage: Was sind das für Kurse? Werden dort Schriften studiert? Was Test ihr gewöhnlich?

S.F.: Wir fangen mit einer Reihe von eigenen Vorträgen an über verschiedene grundlegende Fragen, z.B. was ist Imperialismus? Dann studieren wir die Literatur unserer Partei und die Zeitungen. Wir brauchen allerdings noch viel mehr theoretische Schriften, als wir schon haben. Es ist noch eine Menge theoretische Arbeit, Analysen über verschiedene Fragen nötig. Aber die theoretischen Schriften, die wir haben, werden in diesen Kursen nach und nach studiert. Danach schicken wir die Leute in die Grundeinheiten. Im Durchschnitt bleibt etwa die Hälfte dabei; das ist ein ziemlich guter Prozentsatz. In den "cunmans", den örtlichen Grundeinheiten unserer Partei, nehmen sie dann an der politischen Arbeit teil und beginnen mit der praktischen Arbeit.

Frage: Organisiert ihr viele Arbeiter? Ihr habt sicher viele Intellektuelle?

S.F.: Unsere Basis ist die Arbeiterklasse. Leider fehlt es uns an Intellektuellen. Die meisten Intellektuellen, die wir haben, nahmen einen gemäßigten, reformistischen Standpunkt ein. Erst kürzlich haben uns einige verlassen. Wir haben also zu wenig Intellektuelle. Das ist sehr schlecht, denn es ist einer der Hauptgründe dafür, daß in unserer Arbeit ein Ungleichgewicht besteht zwischen der praktischen Arbeit und der Theorie. Wir sehen das als ein sehr wichtiges Problem an, das wir lösen müssen. Die Basis unserer Organisation liegt fast völlig in der Arbeiterklasse. Wir haben allerdings jetzt auch eine gewisse Verankerung erreicht in einigen Gebieten mit kleiner Landwirtschaft, in den Fischerdörfern und auch unter dem Landproletariat, d.h. in den Bergarbeiterdörfern, unter den Landlosen und den Taglöhnern, die eine wachsende Kraft darstellen. Aber eine Landkarte unserer Organisation würde zeigen, daß wir in den Städten sehr stark sind und schwach in den ländlichen Gebieten.

Frage: Wie steht es mit euren Kontakten mit der europäischen ML-Bewegung?

S.F.: Vor kurzem haben wir einen von uns auf eine Europa-Tour geschickt. Aber dabei gibt es Schwierigkeiten. So hatte er z.B. folgendes Erlebnis in Malmö: Eine Organisation dort, die KFML, hat sich in zwei getrennte Organisationen gespalten. Beide hatten uns einfach als KFML geschrieben. So hatte ich zwei Adressen und dachte, es sei dieselbe Organisation. Ich schickte also an beide ein Telegramm und meldete unseren Genossen an. Als er ankam, fand er zur selben Zeit in verschiedenen Räumen zwei Versammlungen vor, die auf ihn warteten. Beide schwenkten ihre Telegramme und meinten, sie seien die einzigen, die auf den Redner warteten. Da sieht man einige Probleme, die auftauchen, wenn man internationale Kontakte sucht. (17)

Wir haben vor, im Herbst, wahrscheinlich September oder Oktober, noch einmal einen Genossen nach Skandinavien und auch nach Deutschland zu schicken. Wir haben allerdings große finanzielle Schwierigkeiten. Die letzte Europa-Reise z.b. kostete uns ca. 100 £, mehr, als wir in Sammlungen zusammenbekamen. Es wäre daher gut, wenn wir Versammlungen und Treffen in Deutschland organisieren könnten, auf denen einer unserer Genossen spricht und wo dann auch Sammlungen gemacht werden.

(17) Die Namen der hier aufgeführten trotzkistischen Organisationen und ihrer Repräsentanten sind möglicherweise nicht korrekt vom Tonband abgehört worden.

KAPITALISTISCHER STAAT UND KAPITALISTISCHE "PLANUNG"

Vorbemerkung

1. Die Entwicklung der Hochschulreform in den letzten beiden Jahren hat die vielen divergierenden, z.T. großsprecherischen Reformvorhaben zusammenschrumpfen lassen und das eigentliche Wesen dieser Reform offengelegt. Die zentralen Maßnahmen, die ausnahmslos alle Reformprojekte im Hochschulsektor auszeichnen, sind: Komprimierung der Lehrinhalte, die unmittelbare Lenkung in den einzelnen Fachbereichen, Trennung in Kurz- und Langzeitstudium, die Verkürzung der Studiendauer. Durch verschärfte Selektion und Kontrolle soll die Hochschulausbildung kurzfristig an die unmittelbaren Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses angepaßt werden. Während sich in den z.T. schon verabschiedeten Landesgesetzen diese Maßnahmen schon durchgesetzt haben, wird der Kampf um die äußeren Bedingungen der Reform noch geführt. Mit massiven Angriffen auf demokratische Rechte, auf Diskussions- und Redefreiheit, auf Versammlungs- und Publikationsfreiheit, soll der äußere Rahmen zu ihrer reibungslosen Durchsetzung, soll Friedhofsruhe an den Universitäten geschaffen werden.

Allerdings sind die bürgerlichen Bildungsplaner sich darüber im klaren, daß diese Maßnahmen die schon permanente Krise im Ausbildungsbereich, die in mehr oder minder scharfer Form in allen imperialistischen Staaten auftritt, nicht beenden werden. Der Heidelberger Bildungsreformer und Theologe Picht bemerkt in einem Interview mit dem Spiegel voll Schrecken: "Die Mühlen werden grausam mahlen. Und ich bin überzeugt, daß auf unser Bildungswesen und auf alle anderen Bereiche in der Infrastruktur Restriktionen zukommen, von denen sich bisher niemand etwas träumen läßt"! (1) Denn die "Bildungskatastrophe" ist nicht einfach ein aktuelles Finanzproblem des kapitalistischen Staates, sie hat ihre Ursache in den sich verschärfenden Widersprüchen der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Epoche des Imperialismus, in der Anarchie der kapitalistischen Produktion.

Im folgenden Artikel soll diese Frage untersucht werden. Aus den Bedingungen des kapitalistischen Krisenzyklus und der ihm unterworfenen Politik des kapitalistischen Staates sollen, ausgehend von dem allgemeinen Verhältnis von Wissenschaft und Kapital, die allgemeinen Grenzen und Schranken der Hochschulreform aufgezeigt werden. Auf diesem Hintergrund wird erst der notwendige Zusammenbruch einer Gesamtplanifikation des Ausbildungssektors, mit der die Reform des Ausbildungswesens begonnen wurde, deutlich, zeigt sich, daß das, was jetzt wie Stückwerk und Flickschusterei in der Ausbildungsreform erscheinen mag, von Anfang an das Wesen dieser Reform ausmachte (2).

Diese Einschätzung ist insofern von Bedeutung, als sie zur Vorbereitung der beginnenden Diskussion über ein Aktionsprogramm für eine kommunistische Politik gegenüber der studierenden Jugend in wichtigen Fragen der Einschätzung der monopolkapitalistischen Hochschulreform die Tendenzen ihrer zukünftigen Entwicklung analysieren soll.

1.1 Funktion der Krise

Der anarchische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise erscheint in der Verselbständigung der zusammengehörigen Momente von Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion. "Die Krise manifestiert also diese Einheit

(1) Spiegel Nr. 3o, 26. Jg. s.59

(2) Zu diesen Fragen liegen bisher nur sehr wenige Analysen vor. Neben den schon vor einiger Zeit veröffentlichten Analysen von Roth/Kan zow, Unwissen als Ohnmacht, und Altvater, Zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, ist im April 1972 ein Buch der Marxistischen Gruppe Erlangen, Kapitalistische Hochschulreform, erschienen, das beansprucht, "zu einem Teilproblem sozialistischer Politik"... "in die überregionale Diskussion" einzugreifen. (siehe Vorbemerkung). Neben der nützlichen, allerdings schon zum großen Teil bekannten empirischen Darstellung einzelner Ausbildungsgänge und des HRG sowie einigen Bemerkungen zum allgemeinen Verhältnis von Wissenschaft und Kapital enthält dieses Buch, gemessen an seinem eigenen Anspruch, grundsätzliche Fehler.
Da diese Gruppe, die ein schlechtes Produkt der Studentenbewegung ist, apriori die Notwendigkeit politischer Praxis, des politischen Kampfes - und nur durch ihn und in ihm sind relevante Fortschritte der revolutionären Theorie möglich - pauschal ohne weitere Erläuterungen leugnet, muß sie schlicht ihre theoretische Arbeit zur "politischen Praxis" erklären. Die Marxistische Gruppe Erlangen geht davon aus, daß zuerst "die reale Entwicklung der kapitalistischen Produktion in der BRD" (S. Vorbemerkung) quasi als fertige Theorie erarbeitet werden müsse. So heißt es in den mageren politischen Schlußfolgerungen ihrer Darstellung: "Die Rekrutierung von sozialistischen Intellektuellen, ihre theoretische und methodische Qualifizierung in der Kritik der politischen Ökonomie und ihre Einbeziehung in diejenigen theoretischen Arbeiten, die erste Vorarbeiten zur Analyse aktueller Verhältnisse darstellen, sind daher die Inhalte (!) unserer Politik an der Hochschule als Sphäre (!) der geistigen Produktion (!)." (S.194) Der verwunderliche Anspruch dieser Gruppe, aus der Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft und Kapital, eine sozialistische Politik an der Hochschule zu formulieren, ist damit gelöst. Zur Politik an der Hochschule wird die schlichte Akkumulation einer falsch begriffnen "Marxschen Theorie". Lächerlicherweise erklärt dann diese Gruppe, indem sie die Bedingungen ihrer eigenen Politik zur Voraussetzung ihrer Kritik macht, nur eine "solidarisch zu führende theoretische Diskussion mit den Gruppen führen zu wollen, die dafür noch offen sind" (s. Vorb.). Nachdem der Verzicht auf die praktische Führung des Kampfes damit begründet wird, daß "wer heute noch - nach

der scheinbar gegeneindnder verselbständigten Momente. Es fände keine Krise statt ohnediese innere Einheit des scheinbar gegeneinander gleichgültigen" (3). Als ökonomische ist ist sie daher die konkrete Erscheinungsform des Doppelcharakters der Arbeit als abstrakter und konkreter, des Doppelcharakters des Produktionsprozesses als Arbeits- und Verwertungsprozeß.

Die Funktion der Krise besteht in der Herstellung derspezifisch kapitalistischen Form der Einheit der verselbständigten Momente des Akkumulationsprozesses. Da sie fürs Kapital bloß als Krise erscheint, indem sie die Profitabilität der Produktion verringert, besteht ihre Funktion in der Wiederherstellung der Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Krisen sind daher nicht als Abweichungen von irgend einem Trend zu fassen sondern als die "reale Zusammenfassung und gewaltsame Ausgleichung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie" (4).

Insofern sind Formulierungen wie, daß "die periodischen Krisen ... im Verlauf der kapitalistischen Produktion notwendig zur gewaltsamen Beseitigung der stofflichen und wertmäßigen Disproportionalitäten" (KOMM. 4/5) führen, nicht ausreichend, weil sie unterschlagen, daß die Disproportionalität permanent, als bloßer Ausdruck für die Permanenz des Grundwiderspruches, wenngleich sie bloß in der Krise dem Kapital gewaltsam als Schranke seiner Produktion aufgezwungen wird. (5) Die Verschlechterung der Verwertungsbedingungen des Kapitals, die sich in der Krise manifest zeigen, sind durch die Entwicklungstendenzen des Kapitals, wie sie in der Tendenz zum Fall der Profitrate ihren Ausdruck finden, selbst gegeben.

Diese setzt sich aber nicht linear, sondern selbst bloß in der zyklischen Verlaufsform des Akkumulationsprozesses, in der Verschärfung der Widersprüche, vermittelt über die entgegenwirkenden Tendenzen, durch. Daher ist der Ausgangspunkt der Krise im Doppelcharakter des Produktionsprozesses und der historischen Entwicklung dieses Widerspruches und nicht im Verhältnis von Mehrwertproduktion und seiner Realisierung, was gleichwohl immer ein Moment der Krise darstellt, zu sehen.

Der Ursprung der Krise liegt in der Mehrwertproduktion selbst, im Verhältnis der toten zur lebendigen Arbeit. Wenn aber "die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehen zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals" (6). Die Lohnarbeit kann im Verhätnis zum vorgeschossenen Kapital nicht mehr profitabel angewandt werden. "Der Widerspruch, ganz allgemein ausgedrückt, besteht darin, daß die kapitalistische Produktionsweise eine Tendenz einschließt nach absoluter Entwicklung der Produktivkräfte, abgesehen vom Wert und dem in ihm eingeschlossenen Mehrwert, auch abgesehen von den gesellschaftlichen Verhältnissen, innerhalb derer die kapitalistische Produktion stattfindet, während sie andererseits die Erhaltung des existierenden Kapitalswertes und seine Verwertung im höchsten Maß (d.h. stets Anwachs dieses Wertes) zum Ziel hat. Ihr spezifischer Charakter ist auf den vorhandenen Kapitalwert als Mittel zur größtmöglichen Verwertung dieses Werts gerichtet, Die Methoden, wodurch sie dies erreicht, schließen ein: Abnahme der Profitrate, Entwertung des vorhandenen Kapitals und Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit auf Kosten der schon produzierten Produktivkräfte. Die periodische Entwertung des vorhandenen Kapitals, die ein der kapitalistischen Produktionsweise immanentes Mittel ist, den Fall der Profitrate aufzuhalten und die Akkumulation von Kapitalwert durch Bildung von Neukapital zu beschleunigen, stört die gegebenen Verhältnisse, worin sich der Zirkulations- und Reproduktionsprozeß des Kapitals vollzieht, und ist daher begleitet von plötzlichen Stockungen und Krisen des Produktionsprozesses" (7).

"Die wahre Schranke des kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst" (8), d.h. die schon erreichte Größenausdehnung des Kapitalwertes und der darin eingeschlossene Grad seiner Verwertung. Damit ist der Ausgangspunkt der Krisen aber nicht mehr in der Überproduktion von Waren, sondern in der Überproduktion von Kapital zu suchen, obgleich die Überproduktion von Kapital stets Überproduktion von Waren einschließt. Die Eingriffe des Staates können damit den Krisenzyklus nicht aufheben, sie sind auf die Zirkulation begrenzt.

Da der Krisenzyklus des Kapitals unter den Bedingungen

→

Polizeieinsätzen an der Uni, Kriminalisierung politischer Organisationen, usw... - an die Freiheit von Forschung und Lehre ... glaubt," (S.35) daß dem eh nicht mehr zu helfen sei, legt dann der kümmerliche Rest ihrer politischen Vorstellungen den Charakter ihrer Politik offen.

Da heißt es als "Kernpunkt" sozialistischer Politik an der Hochschule: "Im Prozeß der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft muß aufgezeigt werden, daß diese ihrem Erklärungsanspruch nicht gerecht wird und daß dieses Versagen, ihre Unfähigkeit über das bewußtlose Verknüpfen von Oberflächenphänomenen hinauszukommen, in ihrem unbegriffenen Verhältnis zum Produktions- und Reproduktionsprozeß der kapitalistiscshen Gesellschaft begründet ist." (S.195)

Der Klassencharakter der bürgerlichen Wissenschaft und der konsequente Kampf gegen sie ist damit eliminiert; es geht offensichtlich nur noch darum, die intellektuelle Brillianz der Marxschen Theorie den Studenten und nicht nur den Studenten vorzuführen. In einer nicht zu übertreffenden intellektuellen Borniertheit heißt es da: "Die vielfach zu beobachtende eskapistische Theoriefeindlichkeit innerhalb vieler Zirkel - deren Kehrseite zwangsläufig der Dogmatismus ist - negiert gerade jene Fähigkeiten, die Intellektuelle als Intellektuelle (!) zumindest der Möglichkeit nach auch noch heute (?) besitzen und diese dem Proletariat voraushaben: die Fähigkeit zu theoretischer Arbeit." (S.194) Wenn man auch gegenüber der Arbeiterklasse mit Sicherheit das Scheitern ihrer missionarischen Bemühungen voraussagen kann, so haben diese Intellektuellen doch an der Hochschule ihre Funktion. Als Grenzgänger der Bourgeoisie sollen sie durch Verstümmelung der Marxistischen Theorie zum reinen intellektuellen Genuß die fortschrittlichen Studenten vom konsequenten Kampf gegen die monopolkapitalistische Hochschulreform abhalten.

In der Darstellung der Marxistischen Gruppe wird abschließend eine Kritik an "KSV, KSB, KHG etc." (S.183-192) geleistet, die von der Behauptung lebt, daß diese Gruppen die gleiche Politik wie der Spartakus betreiben, weil sie den Begriff "Monopol" verwenden. Wir halten dieses Niveau der Diskussion in der "Sphäre der geistigen Produktion" nicht für angemessen.

(3) MEW 26.2, S. 501
(4) a.a.O., 510
(5) Entfällt
(6) MEW 25, S.223
(7) MEW 25, S.259f (8) MEW 25, S.260

des Imperialismus als Weltsystem nicht mehr in borniert nationaler Verlaufsform sich darstellt, sondern "Weltbürger" wird und als abhängig vom Zyklus des Weltmarktes nicht bloß die Widersprüche des nationalen Kapitals zum Ausdruck bringt, stellen Krisen, deren "allgemeinen Bedingungen ... aus den allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion zu entwickeln" sind(22), somit im Imperialismus die zugespitzten Widersprüche nicht bloß des nationalen, sondern des internationalen Kapitals dar (23).
Für die Kapitalisten, die als Charaktermasken Ausdruck und Träger der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit der Einzelkapitale sind, erscheint die Krise in verkehrter Form als Kostendruck (zu hoher Kostenpreis) und andererseits, bei gegebnem Kostenpreis als mangelnde, fürs Kapital profitable, zahlungsfähige Nachfrage, als Realisierungsschwierigkeit. Da in dieser Darstellungsform die reale Ursache der Krise verborgen ist, können sich die Kapitalisten bloß in verkehrter Form gegenüber ihren eigenen, in der Krise reell erscheinenden Widersprüchen verhalten, deren Ursache darin besteht, "daß die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit im Fall der Profitrate ein Gesetz erzeugt, das ihrer eigenen Entwicklung in einem gewissen Punkt feindlichst gegenübertritt und daher beständig durch Krisen überwunden werden muß" (9). Damit ist das Verhalten der Kapialisten gegenüber der Krise durch die Form bestimmt, in der sie sich ihnen darstellt - zu hohe Kosten, zu geringer Profit - womit die Strategien des Einzelkapitals zur Überwindung der Krise gesetzt sind.

1.2 Staat als Institution des Allgemeinen

Es bleibt ein Mangel der meisten Einschätzungen des Verhältnisses von Staat und Kapital, daß in die Bestimmung und Aufführung der meisten Staatsfunktionen die Kategorie des Staates als unabgeleitete und immer schon vorausgesetzte eingeht.
Dieser Sachverhalt begründet auch die Strukturidentität von Keynsianischer Staatsauffassung und Bestimmung der Staatsinterventionen und des Staatsbegriffs in den Theorien des staatsmonopolistischen Kapitslismus. Das jeweils bloß äußerlich mechanische Verhältnis von kapitalistischer Gesellschaft und kapitalistischem Staat ermöglicht bei den Keynsianern die Regulierung der kapitalist. Widersprüche durch einen diesen Widersprüchen enthobenen, von außen hinzutretenden Staat, während er für die Revisionisten fug- und bruchlos von den Monopolen als Instrument vereinnahmt und damit entsprechend ihnen entrissen und in der Phase der "antimonopolitstischen Demokratie" gegen sie gewandt werden kann. Diese Identität beider Theorien ist aber nicht methodisches Problem oder gar Zufall, sondern Ausdruck der Bürgerlichkeit der staatsmonopolistischen Theorien und ihrer Theoretiker.
Demgegenüber ist (10) der Staat selbst noch einmal aus dem "Springpunkt der politischen Ökonomie" dem Doppelcharakter der Arbeit abzuleiten als Garant der Realität des Allgemeinen in der Form des Geldes, als die "reelle Existenz" des Kapitals im allgemeinen (11).
Leitet sich daraus, auf der Grundlage der kapitalistischen Ökonomie, die Kategorie des Staates ab, so leiten sich aus den Funktionen des Geldes die Funktionen des bürgerlichen Staates ab: "Da die Bestimmung der Maßeinheit, ihrer aliquoten Teile und deren Namen einerseits rein konventionell ist, andererseits innerhalb der Zirkulation den Charakter der Allgemeinheit und Notwendigkeit besitzen soll, mußte sie gesetzliche Bestimmung werden. Die rein formelle Operation fiel also den Regierungen anheim." (12) Die aus den allgemeinen Produktionsbedingungen des Kapitals resultierenden Funktionen des bürgerlichen Staates, die den in der Form des Gesamtkapitals vergesellschafteten Charakter der Kapitale ausdrücken, ihren objektiv stofflichen Zusammenhang, lassen sich dagegen bloß als historisch-konkrete bestimmen. Insofern kritisiert Altvater das Projekt Klassenanalyse zurecht, wenn dort von "apriori gemeinschaftlichen" Arbeiten die Rede ist, als den bloß historisch-konkret ausmachbaren allgemeinen Produktionsbedingungen. Freilich übersieht er dabei selbst die aus dem Geld apriorisch resultierenden Funktionen des bürgerlichen Staates (13).
Instrument der Kapitalistenklasse bleibt der bürgerliche Staat als Gewaltapparat, da dies nicht seine spezifisch kapitalistische Bestimmung ist, sondern eine Bestimmung, die ihm in seiner Eigenschaft als Klassenstaat überhaupt zukommt.
Übernimmt der Staat die Produktion der allgemeinen Voraussetzungen der einzelkapitalistischen Verwertung, die als notwendige Voraussetzung der Verwertung aller Einzelkapitale durchschnittliche Bedingungen des kapitalistischen Produktionsprozesses abgeben, so stellt er in diesem Sinne den Gesamtkapitalisten dar. Er fungiert aber bloß als "ideeller Gesamtkapitalist", weil der Kategorie des Gesamtkapitals in der kapitalistischen Praxis keine Realität entspricht, weil das Gesamtkapital auf der realen Ebene der Einzelkapitale sich bloß vermittelt über die Einzelkapitale und damit die Konkurrenz geltend machen kann.
Wenn also der monopolkapitalistische Staat als Prozeß zum "reellen Gesamtkapitalisten" (14) beschrieben wird, so kommt dies der Aufhebung der Konkurrenz durch das Monopol gleich (15).
Aus dem bisher gesagten läßt sich folgern: Der Staat als Besonderung ist Resultat des Doppelcharakters der Lohnarbeit, des Widerspruchs von privater Aneignung und gesellschaftlicher Produktion.
Er ist unmittelbar die reale Form, in der sich der Widerspruch von Allgemeinem und Besonderem bewegt, welcher zur Absonderung des Allgemeinen von der je besonderen einzelkapitalistischen Produktionssphäre führen muß. Daher kann man, so wenig man das Geld verwenden kann, um die Lohnarbeit aufzuheben, auch den kapitalistischen Staat nicht verwenden, um den Kapitalismus aufzuheben.

1.3 Instrumentarium der Staatseingriffe

Es ist nach dem bisher Entwickelten klar, daß mit dem Begriff der Staatseingriffe nicht ein Eingriff durch einen dem Kapital äußerlichen Staat gemeint ist (16).

(22) MEW 26.2, 515f
(23) a.a.O., S.500 "In den Weltmarktkrisen bringen es die Widersprüche und Gegensätze der bürgerlichen Produktion zum Eklat."
(9) MEW 25, S.268
(10) Es ist klar, daß hier die Genese des bürgerlichen Staats nur angedeutet, nicht aber entwickelt wird.
(11) Grundrisse, S.353
(12) MEW 13, S.56
(13) Vgl. PROKLA 3, S.11
(14) Diese Tendenz besteht in den StaMoKap-Theorien, aber auch bei ihren Kritikern, wie z.B. M. Wirth, Kapitalismustheorie in der DDR.
(15) Es bleibt hier offen, wie die Stelle bei Engels zu verstehen sei, in der er selbst von einer Tendenz zum reellen Gesamtkapitalisten spricht. MEW 20, S.260. "Je mehr Produktivkräfte er (der Staat, d. Verf.) in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist."
(16) Zur Problematik des Begriffs "Staatsinterventionismus" vgl. PROKLA 3/1

Als aus den Widersprüchen des kapitalistischen Produktionsprozesses abgeleitet, kann der bürgerliche Staat gegenüber deren Realität bloß reagieren. Sofern sich dieses auf die "konjunkturpolitische" (17) Aktivität des Staates bezieht, heißt dies, daß die antizyklische Politik des Staates auf den Krisenzyklus als ihre materielle Basis verwiesen ist, wie es offen verräterisch schon im Begriff der antizyklischen Politik liegt, die ja allemal einen Zyklus, der dann nicht mehr Gegenstand der Politik ist, voraussetzt.
Die allgemeinste Grenze der Staatseingriffe ist also zunächst durch diesen allgemeinen Zusammenhang gegeben, daß staatliche Politik und Planung bloße Reaktionsbildung gegenüber den Widersprüchen, wie sie im Krisenzyklus zum Ausdruck kommen, darstellt und diese damit prinzipiell nicht aufheben kann. Die Funktionen des Staatsapparates bestimmen sich daher aus der widersprüchlichen Einheit von Produktion, Distribution, Austausch und Konsumtion, die zusammen die Produktionsverhältnisse darstellen.
Das Instrumentarium der Staatseingriffe läßt sich ableiten aus der Form, in der sich die Widersprüche fürs Einzelkapital darstellen, denn in dieser Form sind sie die materielle Basis der Reaktion des ideellen Gesamtkapitalisten.
Stellt sich die Krise dar als Unabsetzbarkeit von Waren zu einem bestimmten (profitablen) Preis, als sinkende Profitabilität, dann formuliert der bürgerliche Ökonom Föhl kapitaladäquat die Strategie, die aus Rezession und Stagnation herausführt: "Worauf es ankommt, ist ausschließlich (!), daß die Einnahmen der Gesamtheit der Unternehmungen größer werden müssen als die Ausgaben" (18). So einfach und zutreffend formuliert in entlarvender Ehrlichkeit ein bürgerlicher Ökonom die Grundtatsache des Kapitalismus. Ebenso unverblümt drückt es sich in dem Jahresgutachten 71/72 des Sachverständigenrates aus: "Kernproblem der Stabilisierungspolitik (ist) die Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus," was vorrangig zur Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiterklasse führt; "jetzt gilt es vor allem, auch den Auftrieb der Lohnkosten weiterzuverringern und schließlich zu beenden" (19). Damit ist vorgegeben, worauf sich die Staatseingriffe beziehen müssen. Einerseits auf die Verbesserungen der Realisierungsbedingungen des Kapitals durch Schaffung staatlicher Nachfrage, andererseits auf den Verwertungsprozeß über die Herstellung größerer Gewinne und die Absorption überschüssiger Produktionskapazitäten durch die Vergrößerung des nichtreproduktiven bzw. reproduktiven Sektors (Steuerpolitik, Subventionen etc.). Der Charakter des Produktionsprozesses als Arbeitsprozeß und der stoffliche Zusammenhang der Einzelkapitale als Moment des Gesamtkapitals begründen die auf den Arbeitsprozeß und die stofflichen Grundlagen des Reproduktionsprozesses in verwertungsbestimmter Weise bezogenen Staatseingriffe (Strukturpolitik, Raumordnungspolitik etc.). Da der Staat als Institution des Allgemeinen bloß vermittelt (Anreiz zur Produktionsveränderung und -innovation, Gesetzgebung) in den Produktionsprozeß der je besonderen Einzelkapitale eingreifen kann, denn alles andere wäre identisch mit der Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise selbst, ergibt sich damit eine Grenze der Staatseingriffe, die unmittelbar aus dem Klassencharakter des kapitalistischen Staates resultiert.
Diese Beschränkung drückt sich in § 1 des Stabilisierungsgesetzes von 1967 aus: "Die Maßnahmen (die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ;d.V.) sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig für Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen".

1.4 Das allgemeine Verhältnis von Wissenschaft und Kapital

Die kapitalistische Produktion als schrankenlose Produktion von Mehrwert findet bei bloß formeller Subsumtion der Arbeit unters Kapital ihre Beschränkung in der Größe der ausbeutbaren gesellschaftlichen Gesamtarbeit und der Länge des Arbeitstages. Das Kapital setzt diese Grenze als relativ durch die Umwälzung des Arbeitsprozesses. D.h., die spezifisch kapitalistische Produktionsweise, die sich in der reellen Subsumtion der Arbeit unters Kapital ausdrückt, beinhaltet die permanente Notwendigkeit fürs Kapital, die technologische Basis des Produktionsprozesses ständig umzuwälzen, "der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben". (Marx)
Wissenschaft und Technik entfalten sich somit nicht als exogene Faktoren der kapitalistischen Produktionsweise, als Entwicklung von Produktivkräften "an sich", (20) sondern werden durchs Kapitalverhältnis selbst hervorgetrieben und entwickeln sich daher in formbestimmter Weise.
Der Wissenschafts- und Bildungssektor unterliegt somit in seiner Entwicklung den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise.

Wird dieser allgemeine Zusammenhang in den Analysen der "marxistischen Gruppe Erlangen" oder in der Veröffentlichung der AK München (21) auch in dieser Form entfaltet, so unterschlagen sie doch einen entscheidenden Punkt: die Formbestimmtheit der Entfaltung von Wissenschaft und Technik verändert sich mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus, zur imperialistischen Phase des Kapitalismus. Obwohl im Folgenden gerade dieser spezifische Gesichtspunkt nicht weiter verfolgt wird, ist doch klar, daß dies unmittelbar den politischen Wert der folgenden Einschätzungen entscheidend verringert.
Die o.e. Verwissenschaftlichung der Produktion drückt sich im Steigen der organischen Zusammensetzung des Kapitals aus und stellt sich in der Tendenz zum Fall der Profitrate dar, die empirisch in der zyklischen Verlaufsform des Akkumulationsprozesses ihren Ausdruck findet. (Das allgemeine Verhältnis von Wissenschaft und Kapital ist schon sehr häufig in verschiedenen Publikationen in extenso entwickelt worden. Wir gehen daher hier nicht weiter auf diese Frage ein.)
Exkurs: Planung und Gesamtkapital
Unmittelbarer Ausgangspunkt einer historischen Debatte um die Möglichkeit von Planung im Imperialismus bildete die

(17) Der ideologische Gehalt des Worts "Konjunktur" ist klar. Er begreift die Krise nicht mehr als Zuspitzung der Widersprüche, sondern die verschiedenen Phasen des Zyklus sind Abweichungen vom Trend (Wachstumspfad).
(18) Zitiert in PROKLA 2
(19) Gutachten des Sachverständigenrats 1971/72, S.111
(20) Ein solches Verständnis der Entwicklung der Produktivkräfte liegt der Theorie der SU vom "ökonomischen Wettbewerb" notwendig zugrunde. Darin ist beschlossen die Negation der Rolle der massen beim Aufbau des Sozialismus, statt der Herrschaft der lebendigen über die tote, die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit. Insofern ist dies ein adäquater Ausdruck der Restauration des Kapitalverhältnisses in der SU.
(21) Z.B. Kapitalistische Hochschulreform, hrsgg. von der Marxistischen Gruppe Erlangen.

Einschätzung der von Marx im 2. Band des "Kapitals" entwickelten Reproduktionsschematas, aus denen die Möglichkeit "der störungsfreien Reproduktion im Kapitalismus" (so der Austromarxist Eckstein) (24) herausgelesen wurde.
Für Kautsky gar hat Marx "im 2. Band des "Kapitals", d.h. in den Reproduktionsschemen, das Gegenteil" einer Zusammenbruchstendenz des Kapitalismus" dargetan. (25)
Entsprechend folgert Hilferding, daß störungs-, also krisenfreie Reproduktion im Kapitalismus möglich wäre, wenn nur die Proportionen eingehalten würden. (26)
Dieses Abstrahieren von den Widersprüchen des Kapitals erhält seinen zugespitzten Ausdruck in der Aussage Hilferdings: " Gerade der 2. Band des 'Kapitals' zeigt, wie innerhalb des kapitalistischen Systems die Produktion auf immer erweiterterer Stufenleiter möglich ist. Ich habe mir oft gedacht, es ist nicht so schlimm, daß dieser 2. Band so wenig gelesen wird, denn es könnte u.U. ein Hohelied des Kapitalismus aus ihm herausgelesen werden." (27)
Gerade aber auf die umfassende Planung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die die "Kontrolle der Gesellschaft über die gegenständlichen Mittel ihrer eigenen Reproduktion" voraussetzen würde, (28) kann sich Planung unter kapitalistischen Verhältnissen nicht mehr beziehen.
(Ende des Exkurses)

2.0 Planung und Finanzierung

Der Charakter staatlicher Planung unter kapitalistischen Verhältnissen ist unter zwei Gesichtspunkten zu diskutieren: als Reaktion auf die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise und als Finanzierungsproblem.
Der Doppelcharakter des Produktionsprozesses muß die Widersprüche aufzeigen, innerhalb derer alle staatliche Planung notwendig verfangen ist. Die allgemeinen Produktionsbedingungen, auf die sich staatliche Planung bezieht, sind zuerst die Durchschnittsbedingungen des Arbeitsprozesses (allgemeine Schulbildung als Voraussetzung der einfachen Durchschnittsarbeit) und die einzelkapitalistisch nicht produzierbaren allgemeinen Voraussetzungen der Verwertung der Einzelkapitale als Moment des Gesamtkapitals (z.B. Infrastruktur). Damit ergibt sich die erste und gleichsam als objektiv notwendige, untere Grenze staatlicher Planungs- und Finanzierungsaktivität aus dem Charakter des Produktions- und Reproduktionsprozesses als Arbeitsprozeß. Der bürgerliche Staat muß die durch den Stand der Produktivkräfte bestimmte Quantität und Qualität der für die einzelkapitalistische Verwertung notwendigen allgemeinen Produktionsbedingungen zur Verfügung stellen.
Dies heißt im Bereich der Planung im Bildungssektor, daß die aus dem Arbeitsprozeß resultierenden Notwendigkeiten kapitalistischer Bildungsplanung, die dem Stand der Produktivkräfte entsprechende Qualifikationsstruktur der Ware Arbeitskraft in notwendigem Ausmaß zur Verfügung zu stellen, zur unteren Grenze kapitalistischer Bildungsplanung wird.
Setzt der Arbeitsprozeß die objektiven Notwendigkeiten und damit die untere Grenze für die kapitalistische Bildungsplanung, so ergibt sich die 'obere Grenze' aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals.
Da der Staat in der Finanzierung seiner Planung an die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Mehrwertproduktion gebunden ist, setzt diese und damit der Verwertungsprozeß die absolute Schranke der Ausdehnung des Bildungssektors.

Dies gilt unabhängig davon, ob die staatliche Finanzierung sich über Steuern oder Verschuldung vollzieht, die selbst nichts anderes als einen Vorgriff auf noch zu produzierenden Mehrwert darstellen.
Dies schließt gerade die Tendenz ein, die Steuern auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, was sich historisch im Wandel von den Luxussteuern (Steuern für Luxuskonsum der Kapitalisten) zu den Einkommens- und Verbrauchssteuern ausdrückt.
Da aber der allgemeine Charakter der Steuern darin besteht, daß "ein Teil der Arbeit des Landes, der früher zur Verfügung des contributor der Steuer war, ... nun zur Verfügung des Staates gestellt (ist) und ... daher nicht produktiv verwandt" werden kann (so folgt daraus, daß "alle Steuern ... die Tendenz (haben), die Macht der Akkumulation aufzuhalten.") (29) Während also auf der werttheoretischen Ebene die Steuern bloß als ein Teil des Mehrwerts begriffen werden können (30), so wächst ihnen auf der realen Ebene des Klassenkampfes eine neue Bestimmung zu; als Mittel zur Senkung des Preises der Arbeit.
Aus dem bisherigen folgt, daß unabhängig davon, in welchem Maße es der Kapitalistenklasse gelingt, die Staatsausgaben über die Steuern auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, sich der staatlichen Finanzierung eine aus dem Verwertungsprozeß des Kapitals abgeleitete obere Grenze stellt. Die Staatsausgaben finden ihre Grenze in den Akkumulationsnotwendigkeiten des Kapitals.
Der Versuch der Globalsteuerung des Bildungssektors über einen von der 1969 eingerichteten Bund-Länder-Kommission auszuarbeitenden Bildungsgesamtplan und ein dazu zu erstellendes Bildungsbudget drückt diesen Doppelcharakter deutlich aus. Die Notwendigkeit der Neubestimmung und Golbalsteuerung des Bildungssektors resultierte historisch aus der mit Beginn der 60er Jahre sich entfaltenden Differenz von sich verändernden Anforderungen der Arbeitsplatzstruktur durch Veränderung der Produktivkräfte und qualitativem Zurückbleiben der tatsächlich vorhandenen Qualifikationsstruktur der Arbeit.
Dieser Versuch einer Globalplanung des Bildungssektors scheiterte nicht zuletzt an den Grenzen des Verwertungsprozesses, die auch für das Kapital durch die Krise 66/67 und die sich verschärfende Weltmarktkonkurrenz deutlich wurde. Zugespitzt wurde der widersprüchliche Charakter kapitalistischer Bildungsplanung als Ausdruck des Doppelcharakters des Produktionsprozesses durch die sich 1970 anbahnende rezessive Entwicklung, die entgültig zum Scheitern der Bildungsgesamtplanung führen mußte. (31)
Der Versuch des Leiters der Geschäftsstelle der BLK, den Widerspruch zwischen SPD und CDU/CSU in der BLK in der Formel "ob man sagt, was können wir aus der vorhandenen Finanzmasse bezahlen, oder wieviel Geld brauchen wir,

---

(24) Gustav Eckstein, zitiert bei Luxemburg, Antikritik
(25) K. Kautsky, Materialistische Geschichtsauffassung, Bd.2, S.546f
(26) R. Hilferding, Finanzkapital, S.318
(27) Hilferding, zitiert bei Grossmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistichen Systems, Ffm.1970, S.57f, Anm. 97, vgl. auch: S.94, Anm. 36.
(28) MEW 24, S.465
(29) Grundrisse, S.838f

(30) Allerdings gehen bestimmte Steuern in den historisch konkret bestimmten Wert der Arbeitskraft ein, sofern sie deren Wert erhöhen.
(31) Vgl. dazu Roth/Kanzow, Unwissen als Ohnmacht, erw. Auflage, S.348f

um das, was wir wollen, finanzieren zu können" zu fassen, drückt aus, daß es bei den Schranken der Bildungsplanung nicht um eine obere und eine untere Grenze handelt, sondern daß unter kapitalistischen Verhältnissen nichts und niemand sichert, daß die Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses durch die Möglichkeiten des Verwertungsprozesses unter allen Umständen eingelöst werden können. Daß so das Kapital in Widerspruch zu sich selbst geraten kann, ist bloß Ausdruck seiner realen Natur. Die "radikalsten Reformer" des Bildungswesens haben diese Ursache des Scheiterns der Bildungsplanung auch am deutlichsten begriffen. Die jetzigen Vorschläge zur Bildungsplanung, "Bildungsgutscheine" (Weizsäcker), Selbstfinanzierung und Rückerstattung über den Lohn (Lutz), Erhöhung der Steuern auf Kosten des Konsums (Picht) sind als Ausdrucks des Versuchs zu werten, die durch den Verwertungsprozeß gesetzte Schranke der Bildungsplanung relativ zu setzen durch Abwälzung der Finanzierungskosten auf die Bevölkerung, bzw. die Arbeiterklasse. Systematisch bleibt dies in der Leussinkschen Tradition des Vorschlags einer Finanzierung des Bildungssektors über die Bildungsanleihe.

Innerhalb dieser durch den Arbeits- und Verwertungsprozeß gesetzten Schranken, die dem Staat als Zwangsgesetze seiner Aktivität vorgegeben sind, tummeln sich die Planungsfraktionen der Bourgeoisie und damit die Bildungsreformer und ihre Planer.

Was sich in dieser doppelten Begrenztheit der Planung und ihrer Realisierung im Bildungssektor ausdrückt, ist unschwer als Ausdruck des Widerspruches von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu begreifen.

Dagegen drückt sich die monopolkapitalistische Formbestimmtheit der Entwicklung der Produktivkräfte unmittelbar nicht mehr im ökonomischen, sondern nur im politischen Zusammenhang aus: im zunehmenden Ausbau der Wissenschaften als Vernichtungs- und Unterdrückungswissenschaften (weite Bereiche der Sozial- und Naturwissenschaften). (32)

2.1 Entwicklung der Grenzen kapitalistischer Bildungsplanung

In den folgenden Ausführungen ist eine Differenzierung des Ausbildungssektors noch nicht vorgenommen. Es ist kein Wunder, daß, während die Gesamtreform des Hochschulsektors praktisch gestorben ist, das Kapital sich jetzt verstärkt z.B. auf den Fachschul- und Berufsschulsektor wirft. Auch innerhalb des Hochschulsektors müßte entscheidend differenziert werden. Die einzige, die hier aufgegriffen wird, geht von der Tatsache aus, daß knapp 2/3 der im Hochschulsektor Ausgebildeten ihre Arbeitskraft an den kapitalistischen Staat verkaufen (öffentlicher Dienst), rund 1/3 an das Kapital; die Restgröße dagegen stellt Freiberufliche dar. (33)

a) Der Arbeitsprozeß als Schranke

Die Funktion des Ausbildungssektors besteht darin, die Ware Arbeitskraft für das Kapital wie für den Staat in bestimmten Qualitäten und Quantitäten herzustellen, gleichgültig, ob sie sich anschließend auf produktive oder unproduktive Arbeit bezieht. Bildungspolitik hat von daher den Charakter von Arbeitsmarktpolitik und muß unter qualitativen und quantitativen Gesichtspunkten betrachtet werden.

Qualitative Erfordernisse

Der Hintergrund, vor dem die qualitativen Aspekte der monopolkapitalistischen Bildungsreform zu sehen sind, ist die über die Verwertungssituation der Kapitale vermittelte Veränderung der Qualifikationsstruktur der konkreten Arbeit.

Es wäre daher im Bereich der qualifizierten Arbeit nichts planbar, wenn der Umwälzung des Arbeitsprozesses nicht bestimmte Schranken gesetzt wären. Diese Schranken ermöglichen eine kurz- und mittelfristige Einschätzung der Veränderungen des Arbeitsprozesses fürs Kapital.

Die daraus resultierende Unmöglichkeit langfristiger, an den Notwendigkeiten des Arbeitsprozesses orientierter Bildungsplanung drückt sich in allen Studien der kapitalistischen Planer aus. Solche an Bedarfsschätzung orientierte Planung ist so unverbindlich, daß selbst nach Meinung bürgerlicher Bildungsökonomen "eine Bildungsplanung auf ihrer Grundlage für jeden verantwortlichen Politiker zu einem unkalkulierbaren Risiko würde". (F. Edding).

Dieses Problem allerdings gilt vorwiegend nur für den Bereich der qualifizierten Arbeitskraft, da sich die konkrete Struktur der einfachen Durchschnittsarbeit als unqualifizierter Arbeit nur extrem langsam und langfristig in der historischen Entwicklung des Kapitalismus verändert. Sie ist relativ leicht, abhängig vom Bevölkerungswachstum, planbar, da sie ja allererst die Voraussetzung von Lohnarbeit überhaupt schafft. Die Schulpflicht drückt dies auch adäquat aus, da sie kein "Wohlfahrtsverhalten" des Staates darstellt, sondern, indem der Staat die Produktion der historisch konkreten unqualifizierten Lohnarbeit übernimmt, ist die Schulpflicht als allgemeine schlicht die Pflicht, sich als Lohnarbeiter produzieren zu lassen. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, daß im Bereich der Grundschule von einer der Hochschule ähnlichen Krise des Bildungswesens nicht die Rede sein kann. (34)

Entsprechend verringern sich die Planungsprobleme im Hochschulsektor in jenen Bereichen (z.B. Mediziner), in denen unabhängig vom Arbeitsprozeß in Relation zum Bevölkerungswachstum geplant werden kann.

Dem Scheitern der Bildungsgesamtplanung trägt die Reformerfraktion dadurch Rechnung, daß die Planung, die den Zusammenhang von Bildungssektor und Arbeitsmarkt herstellt, in der Zeit zerlegt wird, um die Folgen von Fehlplanung zu verringern. Den zugespitzesten Ausdruck findet das bei Edding, der die Abschaffung der Akademiker vorschlägt. Die Konsequenz dieser scheinbar demokratischen Parole, "der Akademiker als privilegierte Klasse wird abgeschafft" (35), ist der Vorschlag, das "Intervallstudium" einzuführen. Nur wer bereits einen Beruf hat, kann in verschiedenen Zeiträumen und Längen studieren; "der einzelne Arbeitnehmer übersieht dann viel eher, ob die Qualifikation, die er erwerben will, gerade gefragt ist. Sein Geld kann er auch ohne Weiterstudium verdienen". (ebd.) Dieselbe Konsequenz zieht Picht: "Abschaffung der Universitäten herkömmlicher Art - studieren darf nur noch, wer zuvor einen Beruf erlernt hat." (36)

Quantitative Erfordernisse

Läßt sich über die Qualität der Entwicklung der Produktiv-

(32) Die imperialistische Formbestimmtheit des Gebrauchswerts drückt sich unbegriffen in den Kategorien des "Vergeudungs-" oder "Verschwendungskapitalismus" aus.

(33) Für die qualifizierte Arbeit wird hier als Ausbildungsort der Fach-, Fachhochschul- und Hochschulbereich unterstellt.

(34) Obwohl die Bestimmung der Grundschule als Ort der Ausbildung der einfachen Arbeit nicht die gesamte Funktion des Grundschulsektors umfaßt, bleibt dies doch sein wesentliches Bestimmungsmoment

(35) Spiegel 23, 1972

(36) Spiegel 3o, 1972

kräfte nichts ausmachen, so allemal auch nichts über deren Quantitäten. Die Unmöglichkeit quantitativer Bildungsplanung ist darum bloße Konsequenz der qualitativen Probleme. Dies verschärft sich noch dadurch, daß die quantitativen Erfordernisse unmittelbar vom Krisenzyklus abhängen.

Exkurs: Der durch erhöhte Qualifikation erhöhte Preis der Arbeit tritt tendenziell in Widerspruch zur Logik des Kapitals, den Arbeiter und damit der Möglichkeit nach die Arbeiterklasse als Reservearmee zu setzen. Die Ausbildung der einfachen Durchschnittsarbeit ist - sieht man von ihrem Kostencharakter ab - als Planungsproblem auch nicht dem Krisenzyklus unterworfen. Die Produktion der qualifizierten Arbeit dagegen, die den gegenwärtigen Akkumulationsfonds der Kapitalisten beschneidet, lohnt sich für diese bloß, wenn auch ihre Verwendung im Arbeitsprozeß oder als Beschäftigte im Staatsdienst gesichert ist. Die qualifizierten Arbeiter widersprechen daher der Logik des Kapitals, der Möglichkeit nach einen Teil der Reservearmee darzustellen. Dieses ist der rationale Kern des Gejammers über das zu erwartende "akademische Proletariat", ein Gejammer, das über die permanente Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse noch nie zu hören war.
Daß gerade dieses auch durch die Pläne der Bildungsreformer zur Vorschaltung des Berufes vor das Studium als Problem für das Kapital beseitigt werden soll, ist unmittelbar klar.

b) Der Verwertungsprozeß als Schranke

Die im Bildungssektor verausgabten Kosten erscheinen dem Kapital unmittelbar als nicht profitvermittelnde. Sie sind objektiv notwendig, gleichwohl faux frais für das Kapital. Es hat daher unmittelbar die Tendenz, sie zu minimieren.
Damit steht die kapitalistische Bildungsplanung unter dem Druck der historischen Tendenz zum Fall der Profitrate und in Abhängigkeit vom Krisenzyklus. Da der Staat grundsätzlich nicht über die nächste Phase des Krisenzyklus hinaus in verbindlicher Form planen kann (dies lässt sich an jedem Gutachten des Sachverständigenrates zeigen), ist das "konjunkturgerechte Verhalten", das jedes Moment staatlicher Politik zunehmend bestimmt, schon durch die Notwendigkeit, kurzfristig antizyklisch wirksam zu sein, weiter beschränkt. Nicht nur sind die Möglichkeiten staatlicher Finanzierung abhängig von der Mehrwertproduktion und ihrem zyklischen Verlauf, zunehmend werden sie noch eingeschränkt durch die Notwendigkeit ihrer antizyklischen Verwendung.
Damit besteht für den kapitalistischen Staat die Notwendigkeit, insbesondere in rezessiven Phasen die sowieso krisenhaften Staatsfinanzen vorrangig in Bereiche fließen zu lassen, in denen sie kurzfristig wirksam sind und damit in der Auswirkung bestimmbar sind.
Dies drückt sich z.b. darin aus, daß im gleichen Zeitraum, in dem von Konstanz bis Oldenburg der Hochschulbau eingestellt wurde, die "Schlüsseltechnologien für industrielle Innovationen" von 1961 bis 71 um rd. 360% von 15 auf 70 Mill.DM angehoben wurden.(37)

Tendenzen staatlicher Planung

Staatliche Planung ist weder bloße Anpassung von Strukturkrisen an ein imaginäres Gleichgewicht, noch Ausdruck der Aufhebung der kapitalistischen Widersprüche durch den Staat. Da staatliche Planung vielmehr Ausdruck von Widersprüchen ist, ist die zunehmende staatliche Planungsaktivität Ausdruck der Entfaltung und Verschärfung der Widersprüche im nationalen wie im internationalen Rahmen. Das Scheitern der Globalplanung im Ausbildungssektor, das seinen adäquaten Ausdruck im "Sofortprogramm" vom 6.7.72 (gemeinsames Prioritätenprogramm der BKL und des Bundes für die Planung und Finanzierung im Ausbildungssektor) als Rest der Konkursmasse kapitalistischer Bildungsgesamtplanung findet, ist exemplarisch für die Möglichkeit von Globalplanung im Monopolkapitalismus.
Entweder stellt sie unverbindliche Spielerei dar und taugt weder etwas für die Verwertungsinteressen des Kapitals noch für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie oder sie ist Planung in begrenzten Teilbereichen und Zeiträumen. Solche sektorale Planung vermag zwar Teilbereiche des Kapitalismus in Grenzen zu planen, verschärft damit aber die Ungleichzeitigkeit innerhalb und zwischen den verschiedenen Bereichen des Kapitals und ist damit widerspruchsvoll. Dies scheint aber die grundsätzlich richtige Einschätzung bezüglich jeder staatlicher Planung: entweder Globalplanung mit hoher Unverbindlichkeit oder sektorale Planung und Verstärkung der Ungleichzeitigkeit (Anm.38).
Da der grundsätzliche Charakter staatlicher Planung als Reaktion auf die sich entfaltenden Widersprüche begriffen werden muß, lassen sich daraus folgende Trends ableiten:
- Die Herausbildung der Klassenkämpfe und die Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz sowie die durch die Tendenz zum Fall der Profitrate gesetzte Verschlechterung des kapitalistischen Verwertungsprozeßes treiben zunehmend staatliche Planungsfunktionen aus sich heraus. Damit wachsen die Planungsanforderungen an den kapitalistischen Staat, so daß sich die grundsätzliche Planungsunfähigkeit zunehmend deutlicher darstellen wird.
- Diese Planungsunfähigkeit im Bereich der Globalplanung führt zu einer Tendenz der räumlichen und zeitlichen Zerlegung der staatlichen Planung in die verschiedensten Formen sektoraler Planung.
- Diese sektorale Planung verschärft die ungleichzeitige Entwicklung der verschiedenen Bereiche und führt damit unmittelbar zu weiteren Widersprüchen. Soweit sie in partiellen Bereichen durch z.B. staatlich garantierte Profitraten (Luftfahrtindustrie) die Krisenerscheinungen abzumildern versucht, bedeutet dies andererseits die Herausbildung permanenter Krisen in diesen Bereichen, da hier die Krise nicht mehr ihre Funktion der Wiederherstellung besserer Verwertungsbedingungen erfüllen kann. Die kapitalistische Krise kann darum nicht zerstückelt werden durch "staatsmonopolistische Märkte", "ohne nicht damit letztlich den Widerspruch zwischen Produktion und Markt zu verschärfen" (Anm.39) .
- Verfangen im Widerspruch unter den Bedingungen der historischen Tendenz zum Fall der Profitrate zunehmend grössere Teile des Mehrwerts in Form von Steuern dem Staat für dessen wachsende Planungstätigkeit zu übereignen, verschärft sich die staatliche Finanzsituation in zunehmenden Maße.
Aufgrund des unverbindlichen Charakters globaler Steuerung des Bildungssektors spricht wenig dafür, daß die Kapitalistenklasse ihre Akkumulationsrate zugunsten unverbindlicher kostenträchtiger Bildungsplanung einzuschränken bereit wäre.
Dies haben auch die Reformer begriffen: "Je billiger man die Sache machen muß, desto radikaler muß man reformieren" (Picht) (40). Die Richtung wird dann durch die Konzeption einer auf Disziplinierung und politische Be-

(37) Bundesforschungsbericht IV
(38) Entfällt
(39) Kommunist 4/5
(40) Spiegel 30/1972

friedung der Hochschule abzielende bundeseinheitliche Planung bestimmt, während die mit Kosten verbundene Planung als sektorale Planung zur zunehmenden Bedeutung von Schwerpunktprogrammen führen wird.
Diese Planung wird durch den verstärkten Druck des Kapitals zur Minimierung der faux frais des Bildungssektors begleitet, wie es sich in den Personalstrukturreformen (z.b. Abschaffung der wiss.Ass. in B/W) ausdrückt.

Konkurrenz staatlicher Finanzierungsprogramme

Die durch den Verwertungsprozeß gesetzten Möglichkeiten und Grenzen der Bildungsfinanzierung konkretisieren sich durch die Bestimmung ihres Konkurrenzverhältnissen zu anderen staatlichen Planungs- und Finanzierungsaktivitäten.
Wenn dies im Folgenden im Verhältnis zum Rüstungssektor geschieht, dann ist dies nur als ein erster Ansatz zu verstehen. Seine Funktion besteht insbesondere darin, den idealistischen Charakter einer Parole wie "in der Rüstung sind sie fix, in der Bildung tun sie nix" (so die DKP) zu denunzieren.
Dabei ist zunächst festzustellen, daß in dieser Diskussion (z.b. wenn Rüstungsproduktion Kapitalvernichtung darstellt, stellt sich die Frage, warum dies nicht genauso gut im Bildungssektor geschehen kann.) zwei Bestimmungen dessen, was als Kapitalvernichtung begriffen wird, durcheinander gehen. Meist wird unter dem Begriff der Kapitalvernichtung alles subsumiert, was von seiner stofflichen Seite her nicht zur Akkumulation taugt. Im zweiten Schritt wird solche Arbeit dann als "unproduktiv" bezeichnet wie z.b. im Kommunist 4/5, in welchem die ganze Luxusgüterproduktion und damit auch entsprechend Rüstungsproduktion unproduktiv genannt wird.
Unhaltbar ist auch der Versuch produktive Arbeit einmal vom Standpunkt des Einzel- und das anderemal vom Standpunkt des Gesamtkapitals zu bestimmen.
In diesen Versuchen, in denen gerade der Widerspruch von Tauschwert und Gebrauchswert hinwegraisonniert werden soll, drückt sich die Verwischung der Aufteilung der produktiven Arbeit in reproduktive und nichtreproduktive Arbeit aus.
Über die nichtreproduktive Arbeit schreibt Marx: "Diese Sorte produktiver Arbeit produziert Gebrauchswerte, vergegenständlicht sich in Produkten, die nur für die unproduktive Konsumtion bestimmt, in ihrer Realität, als Artikel keinen Gebrauchswert für den Reproduktionsprozeß haben" (41 Herv.v. Marx) .
Als gleichwohl kapitalistisch betriebene Arbeit schafft sie Profite für das Einzelkapital und erscheint ihm nicht als faux frais seiner Existenzweise. Der spezifische Charakter solch nichtreproduktiver Arbeit stellt sich für das Kapital erst in der Krise dar: "Wird der Reproduktionsprozeß gehemmt oder sein Fortschritt... durch unverhältnismäßige Anwendung solcher produktiver Arbeit, die in unproduktiven Artikeln sich darstellt...,so ist der Luxus (Marx spricht hier speziell von Luxusproduktion), verdammlich vom Standpunkt der kapitalistischen Produktion (42).
Stellt dagegen der an den Staat ausgelagerte unproduktive Sektor auch für das Einzelkapital faux frais der kapitalistischen Produktionsweise dar, so daß hier unmittelbar die Tendenz zu seiner Begrenzung deutlich wird, so drückt sich die Schranke der Ausdehnung des nichtreproduktiven Sektors für das Einzelkapital nur über die Krise vermittelt aus (43).
Daraus leitet sich systematisch eine Bevorzugung der Ausdehnung des nichtreproduktiven Sektors gegenüber dem unproduktiven im staatlichen Bereiche ab.
Hinzu kommt, daß der nichtreproduktive Sektor als Teil des Reproduktionsprozesses des Ges amtkapitals unmittelbarer antizyklisch bestimmbar ist und daher den Anforderungen an die Staatseingriffe mehr entspricht.
Die Konkurrenz der Finanzierungsprogramme im Bildungssektor und im Bereich des staatlichen Unterdrückungsapparates ist aber letztlich keine ökonomische, sondern wesentlich eine politische Frage und als solche auch schon entschieden. Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates als Reaktion auf die sich in der BRD verschärfenden Widersprüche, der Ausbau des Rüstungssektors als Ausdruck der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz und des Hegemonialstrebens des BRD-Imperialismus im europäischen Raum hat die Weichen in den Prioritäten staatlicher Finanzierung längst gestellt.

Zusammenfassung und Konsequenzen

1. Über die gegenwärtige Entwicklung der Kapitalakkumulation in der BRD können wir aus verschiedenen Gründen nur sehr vorsichtige Einschätzungen liefern:

a) Wir haben ansatzweise gezeigt, daß Staatseingriffe nicht grundsätzlich den Krisenzyklus aufheben, wohl aber seinen Verlauf und seine Form beeinflußen können. Da wir z.B. nicht wissen können ob die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung einer expansiven Finanzpolitik zugunsten des Wachstums oder einer restriktiven zugunsten der Stabilität über Eventualhaushalte den Vorrang geben wird, lassen sich auch die daraus resultierenden Modifikationen des Krisenzyklus nicht ableiten.

b) Da der nationale Krisenzyklus über den Weltmarktzyklus vermittelt ist, der selbst wieder Ausdruck der Akkumulationsbewegungen der verschiedenen nationalen Kapitale ist, würde eine einigermaßen fundierte Einschätzung der realen Entwicklung die Untersuchung der Akkumulationsbedingungen der verschiedenen nationalen Kapitale und ihrer Vermittlung mit dem Weltmarktzyklus verlangen, über die wir schlichtweg nicht verfügen.

c) Da das Kapitalverhältnis das Verhältnis der Kapitalistenklasse zur Arbeiterklasse darstellt, ist die Akkumulationsbewegung des Kapitals auch nicht aus der immanenten Logizität des Kapitals ableitbar, sondern vom Stand der Klassenkämpfe im nationalen wie internationalen Rahmen abhängig, nicht zuletzt wird sich hier entscheiden, inwieweit es dem Kapital gelingt, über einen generellen Angriff auf die materielle Lage der Arbeiterklasse die Mehrwertrate und damit ihre Profite zu erhöhen, um einen neuen Aufschwung einzuleiten.

Weiterhin stützt sich unsere Einschätzung der gegenwärtigen Tendenzen nicht auf eigene analytische Arbeit, sondern ausschließlich auf das Material der bürgerlichen Konjunkturforscher.

---

(41) Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S.71
(42) a.a.O.
(43) Wichtig wäre auch zu entwickeln, in welcher Bestimmung die beiden Sektoren zur Bildung der Durchschnittsprofitrate stehen, und ihr unterschiedlicher Charakter als Gegentendenzen zum Fall der Profitrate.

Zur Konjukturlage:
Das Zusammenfallen der Weltwährungskrise mit Phasen auslaufender Booms oder bereits langanhaltender Stagnationen (wie in den USA)in den meisten kapitalistischen Ländern bewirkte auch eine recht pessimistische Einschätzung des Sachverständigenrates bezüglich der Entwicklungen des BRD-Kapitals für 1972 (vgl. Gutachten des Sachverständigenrates 71/72):"Der Konjunkturabschwung wird sich zunächst fortsetzen. Ob er im späteren Verlauf des Jahres in eine Rezession führen, zum Stillstand kommen oder in einen neuen Aufschwung münden wird, ist zur Zeit nur schwer abzuschätzen."
Für die Weltkonjunktur dagegen prophezeihte der Sachverständigenrat optimistischer:"Alles in allem wird 1972 das Wirtschaftswachstum der westlichlichen Welt kräftiger als im Vorjahr sein. Ein fühlbares Nachlassen des Preisauftriebes ist nicht zu erwarten."
Dabei ist diese optimistische Einschätzung bezüglich der Weltkonjunktur weitgehend von der Annahme abhängig, daß "in den USA...sich die konjunkturelle Erholung 1972 beschleunigen wird."
Obwohl diese Annahme fraglich erscheint, da man nämlich nicht davon ausgehen kann, daß die kurzfristigen Wirkungen der wirtschaftspolitischen Eingriffe der Nixon-Administration des Jahres 71 auch längerfristig wirksam sein werden, können wir dazu aufgrund unserer mangelnden empirischen Kenntnisse nichts sagen.

Schlußfolgerungen:
Seit der Rezession 66/67 und der Weltwährungskrise 71 hat sich die Richtigkeit der marxistischen Theorie des zyklisch und in Krisen gewaltsam sich äußernden Verlaufs des kapitalistischen Akkumulationsprozesses gezeigt.
Da generell die Krise nicht auf Realisierungsschwierigkeiten, sondern auf den fürs Kapital mangelnden Ausbeutungsgrad im Produktionsprozeß hinweist, kann sie also bloß über Kapitalvernichtung, über Intensivierung der Arbeit oder Entwicklung der Arbeitsproduktivität überwunden werden.
So ist einerseits eine durch die Kapitalistenklasse forcierte Ausbeutung der lebendigen Arbeit, andererseits eine vorrangig staatliche Finanzierung wachstums- und verwertungs relevanter Produktionssphären (was sich auch normal aus der Verschärfung der imperialistischen Konkurrenz begründet) zu erwarten.
Unter der Voraussicht einer stagnierenden Phase der Kapitalakkumulation (und hier ist die Entwicklung der Lohn- und Klassenkämpfe von zentraler Bedeutung) im nationaler wie internationalen Rahmen spricht nichts für Investitionen in den unproduktiven Hochschulbereich, der weder für die Verwertungsbedingungen des Kapitals noch für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates unmittelbar relevant ist. Die daraus zu erwartende Verschlechterung der materiellen Lage der Studenten wird sich aber vermittelt über eine Differenzierung (trotz Gesamthochschule) nach Ausbildungsbereichen (Lang- Kurzstudium), also nicht generell durchsetzen.

2. Die Tendenz zur globalen Einschränkung der Ausbildungskosten, wie auch der Forschungsaufwendungen, wird sich längerfristig fortsetzen. Mit ihr einher geht der Zusammenbruch der Gesamtplanifikation des Ausbildungsbereiches, der noch vor drei Jahren mit viel Optimismus angegangen wurde. Für die staatliche Bildungspolitik und ihre ausführenden Organe, die bürgerlichen Parteien, gilt, daß Bildungsreform, bei Zwang zur optimalen Kostenminimierung nur noch sektoral nicht mehr als Umwälzung des gesamten Ausbildungsbereiches stattfinden kann. Die stärksten Monopole und die von ihrer Gebrauchswertseite entscheidenden Industriegruppen für die Steuerung des Krisenzyklus werden kurzfristige und schnell umsetzbare Veränderungen in ihren Ausbildungsgängen erzwingen: z.B. Chemiereform nach dem Plan der Gesellschaft der deutschen Chemiker, Ingenieurausbildung, Berufsausbildung. Bildungsreform heißt also: Einschränkung der Ausgaben, Zerschlagung der Gesamtplanifikation und innere Schwerpunktverlagerungen, wobei nur diejenigen Bereiche des Ausbildungssektors entwickelt werden, deren Ergebnisse geeignet erscheinen, beim Kampf gegen den tendenziellen Fall der Profitrate kurzfristig und unmittelbar wirksam zu sein. Daher hat jetzt die Berufsausbildung oberste Priorität. Diese Teilreformen, die nicht mehr primär nach den Planungsgesetzen der Erhöhung der Flexibilität und Fungibilität der Arbeitskraft stattfinden, also nicht mehr als Teil der langfristigen Gesamtplanifikation, bedeuten: Straffung der Ausbildungsdauer und Komprimierung der Lehrinhalte. Die Auseinandersetzungen zwischen CDU und SPD um die eigentliche Reform sind auf diesem Hintergrund zu sehen. Die CDU hat bereits vor zwei Jahren Gesamtplanifikationsprojekte verworfen, während die SPD noch bis vor einem halben Jahr, vor allem aus ideologischen Gründen an einer einheitlichen Umwälzung des gesamten Ausbildungsbereiches festgehalten hatte (siehe etwa die Auseinandersetzung um integrierte oder kooperierte Gesamtschule). Insoweit die bürgerlichen Parteien jetzt allgemein die Ausbildungsreform unter den angegebenen Bedingungen durchsetzen, werden die Auseinandersetzungen vor allem um die Festzsetzung der Prioritäten, Schwerpunkte, und den Umfang der Reform gehen, die sich nach dem Konjunkturverlauf und den Kräfteverhältnissen der Monopolgruppen in den bürgerlichen Parteien und im Staatsapparat bestimmen werden.
Während die SPD zur Verabschiedung des Zwischenberichts im Herbst 1971, der als signifikanter Ausdruck der Aufgabe ihrer Gesamtplanifikationspläne zu werten ist, noch an integrativen Varianten der politischen Durchsetzung ihrer Bildungskonzeptionen festgehalten hat, sind die Differenzen zur CDU jetzt ausgeräumt. Ordnungsrecht, Selektion und Kontrolle stehen auf der Tagesordnung.
Diese Entwicklung bedeutet: der breite Angriff auf das Lebensniveau aller in der Ausbildung stehenden, wenn auch in verschiedener Stärke, wird sich verschärfen. Das betrifft die materiellen Ausbildungsbedingungen, ihre Inhalte, das Lebensniveau allgemein.
Für die kommunistischen Gruppen heißt das, sie müssen ihre Anstrengungen in der Formulierung einer korrekten Massenlinie für die Politik an der Hochschule verstärken, um die bevorstehenden Kämpfe dieses Teils der Mittelschichten richtig aufgreifen und anleiten zu können.

E.R. u. P.C.

Kommunistische Hochschulzeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe (NRF)
Mannheim/Heidelberg

BESTELLUNGEN AN : KHZ _REDAKTION: 69 Heidelberg Grabengasse 14

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen und die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Aus dem Inhalt der letzten Ausgaben:

Nr. 1/ Februar 1972

- **Unsere nächsten Aufgaben und die Rolle der Zeitung**
- **Organisatorische Fragen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland**
- **Zur Weltwährungskrise**
- **Bewaffneter Kampf in Westeuropa heute (Kritik an der RAF)**

Nr. 2/ März 1972

- **Nixon in China**
- **Betriebsrätewahl 1972**
- **Kampf dem Berufsverbot**
- **Die DKP und der Lohnkampf der Metallarbeiter 1971**

Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt auf den Ladenpreis von DM –,50.

Bestellungen sind zu richten an: Michael Tilgner, 2800 Bremen 15, Postfach 15 01 06. Zahlungen im voraus an das Postscheckkonto Nr. 34 62 64, Postscheckamt Hamburg.

SCHULKAMPF

herausgegeben von der Oberschülerkomission der Kommunistischen Hochschulgruppe in Zusammenarbeit mit dem AUSS Heidelberg.

Aktionsprogramm: Arbeiterjugend S. 8-11 Umweltverschmutzung S. 7, 14 Brasilien S. 15

ARBEITER-ZEITUNG

Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg

Nr. 6, Juli 1972

Preis: 30 Pf
Laden 50Pf

Demonstration gegen den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates

In Mannheim nahmen am letzten Samstag etwa 1000 Menschen an einer Demonstration gegen die erneuten Notstandsvorbereitungen des westdeutschen Staates teil.
Zu der Demonstration hatte ein Aktionskomitee aufgerufen, das die Kommunistische Gruppe (NRF) Mannheim/Heidelberg mit anderen kommunistischen und fortschrittlichen Organisationen gebildet hatte.

Unmittelbarer Anlaß der Demonstration war die blitzschnelle Verabschiedung von drei Gesetzen zur "inneren Sicherheit": Bundesgrenzschutzgesetz, Verfassungsschutzgesetz, Einführung der Vorbeugehaft. Innerhalb von drei Stunden haben die Bonner Parteien einmütig einschneidende Eingriffe in die demokratischen Rechte des Volkes beschlossen. Dem staatlichen Spitzelwesen wird Tür und Tor geöffnet, unliebsame Gegner der Kapitalisten können ohne Gerichtsurteil ins Gefängnis gesteckt werden und der Bundesgrenzschutz erhält die legale Grundlage dafür, was er sch seit mehreren Jahren üb: Abwehr von Fabrikbesetzungen, Niederschlagung von Streiks und Demonstrationen und die Abriegelung von sogenannten "aufrührerischen" Stadtvierteln.

Wie Genscher offen zugab, lagen diese Gesetze schon la ge in den Schubladen vorbereitet. Die Hetze gegen die Baader-Meinhof-Gruppe war also bloß ein nützlicher Vorwand. Wer soll wohl anders Fabriken besetzen und wohnt wohl anders in diesen "aufrührerischen" Stadtvierteln, als eine kämpfende Arbeiterklasse?
Das zeigt, was die Bourgeoisie wirklich fürchtet: starkende Arbeiterbewegung. Die drei Ge einem ganzen Bündel von Vorbereitun herrschende Klasse in den letzten 1968 mit den Notstandsgesetz

sten Jahre werden verschärfte Ausbe für die Arbeiterklasse und das Volk die Kapitalisten ihre Profite aus der retten können. Die Arbeiter und ande kes werden sich dagegen wehren. Das sie und dafür baut sie den staatlichen

Dagegen müssen alle fortschrittlichen Me nisationen ihre Kräfte zusammenfassen. E dazu in unserem Raum war die Aktionseir scher und demokratischer Organisationen einer Arbeiterversammlung am Abend vor der Demons bekräftigt und von den etwa 100 Anwesenden begrüßt. Von der DKP hat das Aktionskomitee trotz schriftlicher Aufforderung nichts gehört. Eine einheitliche Front im Abwehrkampf hält die DKP für schädlich, wie schon ihr spalterisches Vorgehen auf der Vietnamdemonstration in Mannheim gezeigt hat. Schädlich für ihre sozialdemokratische Politik.

Eine kleine Episode am Rande: Bei einer Zwischenkundgebung vor dem DGB-Haus war "zufällig" Herr Karg, der 2. Bevollmächtigte der IG-Metall anwesend. Er trug ausnahmsweise einen blauen Arbeitsanzug, weil er gerade an seinem Auto bastelte. Als er öffentlich dazu aufgefordert wurde, Stellung zu dem Antrag der IG-Metall Mannheim auf Ausschluß des fortschrittlichen Kollegen Dillmann zu nehmen (siehe Resolution letzte Seite), lehnte er das ab und ging wieder an sein Hobby.

Nur im Kampf kann die Arbeiterklasse ihre Lage verändern

Im Jahr 1971 ist das durchschnittliche Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie um 4,5% gestiegen. Es ist damit stärker gestiegen als 1970, wo die Steigerung 3% betrug. Diese Steigerung der Produktion ist fast ausschließlich auf die Steigerung des Arbeitstempos zurückzuführen. Besonders nach der Metalltarifrunde wurde das Arbeitstempo noch mehr zenmuß 10 bis 20 den, an ei so

...it den Kapitalistenbossen ... s Bundes Deutscher Industrieller

...jenigen, die keine Überstunden ... keine machen können, weil sie ...sten. Das heißt also, daß die Ar...nen, im Durchschnitt weit mehr ...Es sind genügend Fälle bekannt, ...einer Woche geschafft wurden.

...e gesundheitsschädlichen Arbeits... l für viele Kollegen der Lohn für ...t ausreicht, um seine Familie men... n. Denn die Lohnerhöhungen sind ...gen und die enorm gestiegenen Abzü...zen. Aber die Frechheit der Kapitali... Sie schreiben nämlich in ihren Unter... einer befriedigenden Entwicklung der ...och nicht die Rede sein." Die Profit... h.

Fortsetzung Seite 2

Bestellungen an:
H. Walla
69 Heidelberg 1
Karlstr. 22

...n McLeod

...offenen Terror und die verschärfte Un...ühnen. Innenminister Weyer (Nordrhein... Staatsanwalt aus Karlsruhe faßten das Vor... Unterdrückungsapparates offen drohend ...ger muß sich an den Anblick von Polizei... schinenpistolen gewöhnen wie an das Steu...

...te Mac Leod nicht für wahr genommen. Er ...olizisten mit der Knarre im Anschlag offen... ...n ausgemachten Banditen und wollte sich vor ...retten. Das ließ der Polizist nicht zu und er...

...tatsächlich zur Baader-Meinhof Gruppe gehört ...ne, hieß ...n folgenden Tag in allen bürgerlichen Zeitungen gestanden: "Polizist handelte in Notwehr!" Auch wenn es offensichtlich Notwehr durch die verschlossene Tür gewesen wäre.

...Mac Leod mit fadenscheini... ...tigen Schlüsselfigur" der Baader... ... Die Ermordung von Mac Leod war von ...Zufall und kein sogenannter tragischer Irr... ...bloße Mordlust eines einzelnen Polizisten.

Denn in allen drei politischen Polizeimorden des letzten Jahres hat die Polizei nach ihren eigenen Angaben in Notwehr gehandelt, auch wenn Augenzeugen in allen drei Fällen das genaue Gegenteil angaben:
Petra Schelm ohne Warnung von hinten erschossen;
Georg von Rauch mit dem Gesicht zur Wand und mit

Fortsetzung Seite 2

...n offen gegen die bestehende Gesellschaft wendet, ...oder von wem die Polizei es nurannimmt, den behandelt der so oft zitierte "Rechtsstaat" außerhalb der "rechtsstaatlichen Grundsätze", gegen den wird der staatliche Unterdrückungsapparat als Vernichtungsinstrument eingesetzt. Die Morde durch Polizisten sind somit der zugespitzte Ausdruck der Politik der herrschenden Klasse selbst.
Da bleibt von den vielgepriesenen "rechtsstaatlichen Grundsätzen" nichts übrig als der Schrei nach "ORDNUNG und RUHE", hinter dem der "freiheitlich-demokratische Rechtsstaat" seine nackte Gewalt zur Sicherung der Herrschaft der Kapitalistenklasse ungestört ausüben kann, eine Gewalt, die den Mord bewußt einkalkuliert.
Unter dem Deckmantel der Jagd auf sogenannte politische Kriminelle versucht der staatliche Unterdrückungsapparat sein Vorgehen zu rechtfertigen und die Arbeiterklasse und die breiten

Inhalt: (unter anderem)

Anklage gegen Rechtsanwälte	S. 2
DKP verhindert breite Vietnam-Solidarität	S. 3
ÖTV-Gewerkschaftstag: Vorstand für Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee	S. 4
Polit. Entlassung am Helmholtz-Gymnasium (HD)	S. 4
John Deere MA: Verschärfte Ausbeutung	S. 6
Bergbauabschluß: So prellt man die Arbeiterklasse	S. 6
Italien: Kampfbedingungen der Arbeiter	S. 13
Rhodesien: Bergwerksleitung läßt 431 Arbeiter verrecken	S. 13
"Lebensqualität" - neues Schlagwort des DGB	S. 14